

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franz Kerker und Tommy Tabor (AfD)

vom 21. Mai 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Mai 2019)

zum Thema:

Schulische Qualitätsentwicklung: Geltende Rechtsnormen für Schule und Bildung

und **Antwort** vom 05. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Franz Kerker und Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/18958
vom 21. Mai 2019
über Schulische Qualitätsentwicklung: Geltende Rechtsnormen für Schule und Bildung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1.) Die Senatsverwaltung stellt unter <http://gesetze.berlin.de> alle Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes Berlin zum Abruf zur Verfügung. Die Rundschreiben der Senatsverwaltungen können in der „Rundschreibendatenbank des Landes Berlin“ unter <https://www.berlin.de/politik-und-verwaltung/rundschreiben/> abgerufen werden. Unterhalb der Verordnungen sind die Zumessungsrichtlinien für den Bereich Bildung verankert unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/fachkraefte/> Eine Auflistung der Normen findet sich auch in der Drucksache 18/15709.

Die AV Schulprogramm wird beispielsweise nicht in der Liste aufgeführt, wird allerdings angezeigt unter https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/schulqualitaet/mdb-sen-bildung-rechtsvorschriften-av_schulprogramm.pdf. Die VV Sponsoring und die VV Werbung gelten auch für Schulen, werden allerdings nicht erwähnt.

Welche Rechtsnormen gelten für die Organisation von Schule und Bildung – angefangen von Frühkindlicher Bildung bis hin zu Hochschulen – derzeit im Land Berlin? (Bitte um Erläuterung der Normenhierarchie und vollständige Auflistung aller geltenden Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Ausführungsvorschriften, Rahmenvorgaben, Zumessungsrichtlinien, Rundschreiben, Rahmenlehrpläne, rechtsverbindlichen Handreichungen, Bildungsprogramme usw. mit Titel, Datum des Inkrafttretens und Weblink oder alternativ Übermittlung im Anhang.)

Zu 1.:

Eine Auflistung der für Organisation von Schule und Bildung geltenden Rechtsnormen im Land Berlin kann den Anlagen 1 (für Schule und frühkindliche Bildung) und 2 (für Hochschulen) entnommen werden. Die Auflistung orientiert sich an der fachlichen Zuständigkeit und an der Normenhierarchie. Nach der Normenhierarchie sind

den formellen Gesetzen die Rechtsverordnungen und beiden die Verwaltungsvorschriften untergeordnet. Ein Gesetz im formellen Sinn ist jedes Parlamentsgesetz, das in einem verfassungsgemäß vorgesehenen förmlichen Gesetzgebungsverfahren ergeht und ordnungsgemäß ausgefertigt und verkündet ist.

Rechtsnormen, die für eine unbestimmte Anzahl von Personen allgemein verbindliche Regelungen enthalten, sind Gesetze im materiellen Sinn. Zu den Gesetzen im materiellen Sinn zählen neben den formellen Gesetzen mit Rechtssatzqualität alle anderen Rechtsnormen, die für eine unbestimmte Anzahl von Personen allgemein verbindliche Regelungen enthalten. Hierzu zählen Rechtsverordnungen und Satzungen.

Keine Rechtsnormen sind Verwaltungsvorschriften. Sie enthalten keine allgemein verbindlichen Anordnungen und sind nur für die angesprochenen Behörden verbindlich. Verwaltungsvorschriften, die zur Ausführung von Gesetzen, Rechtsverordnungen oder anderen Rechtsvorschriften erlassen werden, sind als Ausführungsvorschriften zu bezeichnen. Rahmenvorgaben, Zumessungsrichtlinien und Rahmenlehrpläne (§ 11 Absatz 3 SchulG) sind Verwaltungsvorschriften im Sinne des § 128 SchulG.

2.) Die AV Hausaufgaben beispielsweise ist nicht mehr Kraft. Welche Rechtsnormen sind im Bereich Schule und Bildung in den letzten Jahren vollständig außer Kraft getreten?

Zu 2.:

Werden Gesetze und Verordnungen erlassen, so kann diesen Rechtsnormen jeweils entnommen werden, ob und welche Rechtsnormen durch sie aufgehoben werden. Beispielsweise können dem § 130 SchulG die Rechtsnormen entnommen werden, die durch das Inkrafttreten des Schulgesetzes am 1.2.2004 außer Kraft getreten sind.

Verwaltungsvorschriften sind in der Regel mit einem Datum des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens zu versehen. Ersetzt die Verwaltungsvorschrift eine bereits existierende Verwaltungsvorschrift, wird hierauf beim Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift explizit hingewiesen. Verwaltungsvorschriften, die außer Kraft getreten sind, können über die Selbstbindung der Verwaltung nach Artikel 3 GG weiterhin Anwendung finden, soweit die Regelungen nach wie vor sachlich geeignet sind und nicht im Widerspruch zu geltenden Regelungen stehen.

Auf die AV Hausaufgaben trifft dies nicht zu, da durch das Schulgesetz vom 26.1.2004 die Regelungen zu den Grundsätzen über den Umfang und die Verteilung der Hausaufgaben gemäß § 76 Absatz 1 Nummer 11 SchulG in die Entscheidung der Schulkonferenz gelegt wurde.

3.) In welchen Bereichen werden nach Kenntnis der Senatsverwaltung BJF die schulrechtlichen Vorgaben derzeit unzureichend oder nicht vollständig umgesetzt?

a). Welche Paragraphen des Schulgesetzes für Berlin werden nach Kenntnis der Senatsverwaltung BJF derzeit unzureichend oder nicht vollständig umgesetzt?

b). Welche schulrechtlichen Verwaltungsvorschriften werden nach Kenntnis der Senatsverwaltung BJF derzeit unzureichend oder nicht vollständig umgesetzt?

c.) Welche schulrechtlichen Ausführungsvorschriften werden nach Kenntnis der der Senatsverwaltung BJF derzeit unzureichend oder nicht vollständig umgesetzt?

d.) Welche Teile der Rahmenlehrpläne werden nach Kenntnis der der Senatsverwaltung BJF derzeit unzureichend oder nicht vollständig umgesetzt?

Zu 3.:

a.-c.) Die sachgerechte Umsetzung der rechtlichen Vorgaben wird im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule realisiert. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat die Aufgabe, auf rechtskonforme Vorgehensweisen und Beschlüsse an der Schule zu achten. Sollte in Einzelfällen eine Rechtsvorschrift nicht sachgerecht umgesetzt werden, schreitet die Schulaufsicht beratend und ggf. auch korrigierend ein.

d.) Rahmenlehrpläne geben einen Rahmen vor, der von den Schulen eigenverantwortlich umzusetzen ist. Dazu werden in allen Schulen schulinterne Curricula erstellt, die ausweisen, mit welchen Schwerpunkten Schulen die allgemeinen Vorgaben umsetzen. Dabei handelt es sich um einen fortzuschreibenden Qualitätsprozess, der mit der Kategorie Vollständigkeit nicht hinreichend beschrieben werden kann.

4.) Welche Schlussfolgerungen zieht die Senatsverwaltung BJF daraus und wie soll der unzureichenden Umsetzung im Konkreten begegnet werden?

Zu 4.:

Der Senat ist nicht der Auffassung, dass schulrechtliche Vorgaben unzureichend umgesetzt werden.

Berlin, den 5. Juni 2019

In Vertretung

Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Anlage 1 zu Frage 1 der Schriftlichen Anfrage 18/18958

Schule und frühkindliche Bildung

Titel des Gesetzes, der VO, VV, AV, Rahmenvorgabe, Zumessungsrichtlinie, der rechtsverbindlichen Handreichung, des Rundschreibens, Rahmenlehrplans, Bildungsprogramms	Datum des Inkrafttretens	Weblink bzw. Übermittlung als Anhang
Schule		
Gesetze		
Schulgesetz für das Land Berlin (Schulgesetz - SchulG) vom 26. Januar 2004	01.02.2004	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Gesetz über die John-F.-Kennedy-Schule (Deutsch-Amerikanische Schule) vom 3. November 1987	03.11.1987	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Gesetz über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein in der Fassung vom 2. August 1982	21.04.1982	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Gesetz über die Beteiligung an den Kosten der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege sowie in außerunterrichtlichen schulischen Betreuungsangeboten (Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz - TKBG) in der Fassung vom 23. April 2010	01.01.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Gesetz über die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Land Berlin (Lehrkräftebildungsgesetz – LBiG) vom 7. Februar 2014	20.02.2014	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=LehrBiG+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Gesetz über die staatliche Anerkennung in sozialpädagogischen und sozialpflegerischen Berufen im Land Berlin (Sozialberufe-Anerkennungsgesetz - Soz-BAG) in der Fassung vom 5. Oktober 2004	01.08.2003	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnungen		
Verordnung über den Bildungsgang der Grundschule (Grundschulverordnung - GsVO) vom 19. Januar 2005	01.02.2005	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die sonderpädagogische Förderung (Sonderpädagogikverordnung - SopädVO) vom 19. Januar 2005	1.2.2005	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Schularten und Bildungsgänge der Sekundarstufe I (Sekundarstufe I-Verordnung – Sek I-VO) vom 31. März 2010	01.08.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) vom 18. April 2007	01.01.2007	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Prüfung zum Erwerb	04.11.2009	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/

der allgemeinen Hochschulreife von Nicht-schülerinnen und Nichtschülern (PrüfVO-Nichtschülerabitur) vom 03. November 2009		e/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Prüfung zum Erwerb des Latinums, Graecums und Hebraicums (PrüfVO-Latinum/Graecum/Hebraicum) vom 10. Februar 2010	11.02.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die staatlichen Kollegs und Abendgymnasien des Landes Berlin (VO-KA) vom 11. Februar 2010	01.08.2009	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Schularten und Bildungsgänge der Sekundarstufe I (Sekundarstufe I-Verordnung – Sek I-VO) vom 31. März 2010	01.08.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung (Aufnahme VO-SbP) vom 23. März 2006	1.2.2006	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Lehrgänge und Prüfungen zum nachträglichen Erwerb der Berufsbildungsreife, der erweiterten Berufsbildungsreife und des mittleren Schulabschlusses (Zweiter Bildungsweg-Lehrgangs-Verordnung -ZBW-LG-VO) vom 01. Oktober 2013	01.08.2012	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Prüfung besonders befähigter Berufstätiger (Begabten-PrüfVO) vom 26. Juli 1984	27.07.1984	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die ergänzende Förderung und Betreuung und die außerunterrichtliche Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern (Schülerförderungs- und -betreuungsverordnung - SchüFöVO) vom 24. Oktober 2011	09.11.2011	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Beteiligung an den Kosten für ein in Tageseinrichtungen, der Kindertagespflege und in außerunterrichtlichen schulischen Betreuungsangeboten im Angebot enthaltenes Mittagessen (Mittagessensverordnung - MittagVO) vom 19. November 2013	01.02.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Lernmittel an allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Lernmittelverordnung - LernmittelVO) vom 16. Dezember 2010	31.12.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Schulwesen (Schuldatenverordnung - SchuldatenV) Vom 13. Oktober 1994	4.11.1994	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über schulische Qualitätssicherung und Evaluation Vom 29. November 2011	16.12.2011	http://gesetze.berlin.de/jportal/portal/t/y0a/page/bsbeprod.psml?doc.hl=1&doc.id=jlr-EvalVBErahmen&documentnumber=1&numberofresults=1&doctyp=Norm&showdoccase=1&doc.part=R&paramfromHL=true#focu

		spoint
Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Berufsoberschule (APO - BOS) vom 6. März 2005	24.03.2005	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=BOSchulAPrV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Fachoberschule (APO - FOS) vom 17. Januar 2006	01.08.2005	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=FOSchulAPrV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Berufsfachschule für Altenpflege (APO - OBF Altenpflege) vom 11.03.2004	01.08.2003	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die einjährige Berufsfachschule im Land Berlin (VO einjährige OBF) 19.09.2007	01.08.2007	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Berufsfachschulen des Landes Berlin (Berufsfachschulverordnung - APO-BFS) vom 14. Juli 2009	01.08.2009	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Studiengänge an den staatlichen Fachschulen der Fachbereiche Technik, Agrarwirtschaft und Wirtschaft des Landes Berlin (Fachschulverordnung Technik, Agrarwirtschaft und Wirtschaft) vom 30. April 2014	28.05.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Studiengänge und Prüfungen an den staatlichen Fachschulen für Sozialpädagogik im Land Berlin (Sozialpädagogikverordnung - SozpädVO) vom 13.6.2016	09.07.2016	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=FSchulSozP%C3%A4dAPrV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Verordnung über die Ausbildung und Prüfung an der staatlichen Fachschule für Heilerziehungspflege und der staatlichen Fachschule für Familienpflege im Land Berlin (APVO Heilerziehungs- und Familienpflege) vom 14.10.2008	01.02.2007	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Studiengänge an den staatlichen Fachschulen für Heilpädagogik im Land Berlin (Heilpädagogik-Verordnung - HeilpädVO) vom 2. Februar 2015	08.02.2015	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Berufsschulverordnung für das Land Berlin vom 13. Februar 2007	01.08.2007	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über Zuschüsse für Ersatzschulen (Ersatzschulzuschussverordnung - ESZV) vom 29. November 2004	29.11.2004	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Privatschulen und den Privatunterricht (Privatschulgesetz) vom 9. Dezember 1959	18.12.1959	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Satzung des Lette-Vereins vom 21. März 1966	30.03.1966	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über die Satzung des Pestalozzi-Fröbel-Hauses vom 21. März 1966	30.03.1966	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über den Vorbereitungsdienst	10.07.2014	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quel-

und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO) vom 23. Juni 2014		le=jlink&query=LehrVorbDStPrV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Verordnung über den Zugang zu Lehrämtern (Lehramtszugangsverordnung – (LZVO) vom 30. Juni 2014	10.07.2014	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=LehrZV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten der Laufbahnfachrichtung Bildung (Bildungslaufbahnverordnung-BLVO) vom 18.12.2012 zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 18.12.2018 (GVBl. S. 740)	18.12.2012	http://gesetze.berlin.de/jportal/portal/t/pxf/page/bsbeprod.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=1&numberofresults=1&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-BiLbVBErahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=1#focuspoint
Verordnung über die Weiterbildung für Lehrkräfte im Land Berlin (WBLVO) vom 26. Januar 2015	08.02.2015	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=LehrKWeitBiV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Verordnung über die Anerkennung förderlicher Zeiten bei der erstmaligen Stufenfestsetzung nach § 28 Absatz 1 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin für die Laufbahnfachrichtung Bildung (Anerkennungsverordnung förderliche Zeiten Bildung (FöZBildVO)	5.3.2016	http://gesetze.berlin.de/jportal/portal/t/rqp/page/bsbeprod.psml?doc.hl=1&doc.id=jlr-F%C3%B6ZBiAnerkVBErahmen&documentnumber=1&numberofresults=1&doctype=Norm&showdoccase=1&doc.part=R&paramfromHL=true#focuspoint
Verwaltungsvorschriften u.a.		
Ausführungsvorschriften über die Wahrnehmung der Aufsichtspflicht im schulischen Bereich und die Verkehrssicherungspflicht sowie die Haftung (AV Aufsicht) Vom 25. April 2006	1.6.2006	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausführungsvorschriften zur Sicherstellung der ersten Hilfe in Schulen Vom 10. November 2003	1.1.2004	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausführungsvorschriften über Beurlaubung und Befreiung vom Unterricht (AV Schulbesuchspflicht) Vom 19. November 2014	19.11.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 7 / 2018 Übergang von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 7 der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2019/20	21.09.2018	siehe Anhang 1-17
Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 6 / 2018 Übergang von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 5 der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2019/20	21.09.2018	siehe Anhang 18-19
Verwaltungsvorschrift Nr. 8/2018 Verfahren über die Aufnahme in Jahrgangsstufe 7 bzw. 5 von Schülerinnen und Schülern aus Ersatzschulen, besonderen Lerngruppen, anderen Bundesländern und dem Ausland sowie bei einer Unterbrechung des Schulbesuchs	21.08.2018	siehe Anhang 20-21
Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 13/2014 vom 8. Dez. 2014 i.d.F. der Korrektur durch	1.1.2015	siehe Anhang 22-23

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 6/2019 vom 18. Mai 2019 Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern islamischen und jüdischen Glaubens		
Ausführungsvorschriften zur Förderung bei besonderen Schwierigkeiten im Rechnen (AV Rechenstörungen) vom 16. Januar 2014	1.8.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Rahmenvorgaben der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) als Schule besonderer pädagogischer Prägung	1.6.2018	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Staatlichen Internationalen Schulen Berlin	Schuljahr 2018/19	siehe Anhang 24-31
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für Schnelllernerklassen an Gymnasien	Schuljahr 2013/14	siehe Anhang 32-34
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Peter-Petersen-Grundschule (Jenaplanschule)	Schuljahr 2002/03	siehe Anhang 35
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Martin-Buber-Schule und die Sophie-Scholl-Schule	Schuljahr 2011/12	siehe Anhang 36-37
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für grundständige bilinguale Gymnasialzüge	Schuljahr 2010/11	siehe Anhang 38-39
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die John-F.-Kennedy-Schule	Schuljahr 2016/17	siehe Anhang 40-43
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik	Schuljahr 2001/02	siehe Anhang 44-45
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge an der Andreas-Oberschule, der Heinrich-Hertz-Oberschule, der Herder-Oberschule und der Immanuel-Kant-Schule	Schuljahr 2012/13	siehe Anhang 46-47
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge am Käthe-Kollwitz-Gymnasium	Schuljahr 2016/17	siehe Anhang 48
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Schulfarm Insel Scharfenberg	Schuljahr 2004/05	siehe Anhang 49-50
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium	Schuljahr 2005/06	siehe Anhang 51-53
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule	Schuljahr 2006/07	siehe Anhang 54-55
Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung für die naturwissenschaftlichen Züge am Hildegard-Wegscheider-Gymnasium,	Schuljahr 2015/16	siehe Anhang 56-58

Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, Emmy-Noether-Gymnasium, Melanchthon-Gymnasium			
Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 Berlin Brandenburg		01.08.2017	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/
Ergänzungen zum Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 Berlin Brandenburg Teil C für die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB): Muttersprache und Partnersprache für die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB)		2019/20	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/
Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe (allgemeinbildende Fächer)			https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/
Fach	Inkraftsetzung		
Bildende Kunst	2006/2007		
Biologie	2006/2007		
Chemie	2006/2007		
Chinesisch	2006/2007		
Darstellendes Spiel	2006/2007		
Deutsch	1.8.2014		
Englisch	1.8.2014		
Französisch	1.8.2014		
Geografie	2006/2007		
Geschichte	2006/2007		
Griechisch	2006/2007		
Hebräisch	1.8.2017		
Informatik	2006/2007		
Italienisch	1.8.2017		
Japanisch	2006/2007		
Latein	2006/2007		
Mathematik	1.8.2014		
Musik	2006/2007		
Neugriechisch	1.8.2017		
Philosophie	2006/2007		
Physik	2006/2007		
Politikwissenschaft	2006/2007		
Polnisch	2006/2007		
Portugiesisch	1.8.2017		
Psychologie	2006/2007		
Recht	2013/2014		
Russisch	1.8.2017		
Sozialwissenschaften	2006/2007		
Spanisch	1.8.2017		
Sport	2006/2007		
Türkisch	1.8.2017		
Wirtschaftswissenschaft	2006/2007		
Curriculare Vorgaben Ergänzungskurs	2011/2012		

Studium und Beruf			
Curriculare Vorgaben Ergänzungskurs Digitale Welten (Anhörungsfassung bereits veröffentlicht)	Geplant: 2019/2020		
Berufsbezogenen Rahmenlehrpläne des Beruflichen Gymnasiums			
Rahmenlehrplan für Gestaltung- und Medi- entechnik	Schuljahr 2013/14		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Gestaltung_Medientechnik-RLP_BG_2013_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Ernährung	Schuljahr 2016/17		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Ernaehrung-RLP_BG_2016_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Pädagogik	Schuljahr 2014/15		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Paedagogik-RLP_BG_2014_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Informationstechnik	Schuljahr 2014/15		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Informationstechnik-RLP_BG_2014_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Wirtschaftsinformatik	Schuljahr 2016/17		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/WInfo-RLP_BG_Berlin_2016.pdf
Rahmenlehrplan für Gesundheit	Gültig ab Schuljahr 2013/14		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Gesundheit-RLP_BG_2013_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Chemietechnik	Schuljahr 2013/14		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Chemietechnik-RLP_BG_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Biologietechnik	Gültig ab Schuljahr 2015/16		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Biologietechnik-RLP_BG_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Physiktechnik	Schuljahr 2015/16		https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Physiktechnik-RLP_BG_2015_Berlin.pdf

Rahmenlehrplan für Recht	Schuljahr 2013/14	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene-mdb-sen-bildung-unterricht-lehrplaene-sek2_sozialwissenschaften.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Staatliche Fachschule für Heilerziehungspflege	Schuljahr 2015/2016	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Heilerziehungspflege-RLP_FS_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Staatliche Fachschule für Heilpädagogik	Schuljahr 2015/2016	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Heilpaedagogik-RLP_FS_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik	Schuljahr 2016/2017	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/RLP_Sozialpaedagogik-RLP_FS_2016_Berlin.pdf
Verordnung über die Erhebung von Benutzungsgebühren an Fachschulen (Fachschulgebührenordnung - FGebO) vom 24. November 1987	10.12.1987	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=inlink&query=FSchulGebO+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true
Ausführungsvorschriften über den Erwerb von Qualifizierungsbausteinen in berufsqualifizierenden Lehrgängen der Berufsschule (AV Qualifizierungsbausteine) vom 14. Mai 2007	1.8.2007	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verordnung über das Auswahlverfahren an Fachschulen (AuswVO-SchulG) vom 21. Oktober 1980	1.12.1980	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
VV für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen ab Schuljahr 2018/19 Nr. 10/2018	17.12.2018	https://www.berlin.de/sen/bildung/fachkraefte/
VV für die Zumessung der Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Pädagogische Unterrichtshilfen sowie Betreuerinnen und Betreuer (weiteres pädagogisches Personal) an öffentlichen allgemein bildenden Schulen und Internaten ab Schuljahr 2018/19 Nr. 11/2018	17.12.2018	https://www.berlin.de/sen/bildung/fachkraefte/
Prüfungsvorgaben und Hinweise für das Zentralabitur in den Fächern Biologie, Chemie, Deutsch, Geschichte, Geografie, Mathematik, Physik und in den Fremdsprachen im Schuljahr 2018/19 (VV Nr. 04/2017)	07.03.2017	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/pruefungen.../abitur/vv_schule_4_2017.pdf
Ausführungsvorschriften über schulische Prüfungen (AV Prüfungen) vom 2.9.2016	03.09.2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausführungsvorschriften über Zeugnisse (AV Zeugnisse) vom 31. Juli 2015	01.08.2015	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Kriterienorientierte Bewertung der sprachlichen Qualität von Klausuren in den beruflichen Fächern sowie im Fach Recht des	02.09.2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften.../vv_schule_6_2016.pdf

beruflichen Gymnasiums (VV Nr. 06/2016)		
Ausführungsvorschriften zur Schulentwicklungsplanung (AVSEP) vom 25. Juni 2012	1.8.2012	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausführungsvorschriften über den Religions- oder Weltanschauungsunterricht (AV Religions- oder Weltanschauungsunterricht) vom 28. Dezember 2013	1.2.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/mdb-sen-bildung-rechtsvorschriften-av_religion.pdf
Ausführungsvorschriften über Duales Lernen und praxisbezogene Angebote an den Schulen der Sekundarstufe I (AV Duales Lernen) vom 26. Januar 2004	01.02.2012	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verwaltungsvorschrift Schule Nr.3 /2015 Langfristige Beurlaubungen während des Besuchs der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe für einen Auslandsaufenthalt mit verpflichtendem Schulbesuch vom 18.04.2015	01.08.2015	siehe Anhang 59
Ausführungsvorschriften für bilingualen Unterricht an allgemein bildenden Schulen (AV bilingualer Unterricht) vom 9. März 2015	1.8.2015	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verwaltungsvorschriften zu Schulhelferinnen und Schulhelfern Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 7/2011	25.04.2012	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ausführungsvorschriften über Schülerausweise vom 8. Juli 2002	1.09.2002	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/mdb-sen-bildung-rechtsvorschriften-av_schuelerausweise.pdf
Ausführungsvorschriften zu Veranstaltungen der Schule vom 9. Dez. 2013	01.01.2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/mdb-sen-bildung-rechtsvorschriften-av_veranstaltungen_schule.pdf
Ausführungsvorschriften zur Erstellung der Schulprogramme und zur internen Evaluation (AV Schulprogramm)	11.06.2008	https://www.bing.com/search?q=av+schulprogramm+berlin&qs=n&form=QBRE&sp=-1&pq=av+schulprogramm+berlin&sc=1-23&sk=&cvid=23C170B4FC154591AC60C709765B0159
Gemeinsame Ausführungsvorschriften zum Verfahrensablauf bei Anfragen zu Integrativer Lerntherapie (AV ILT)	1.09.2015	https://www.berlin.de/sen/jugend/recht/20170904_avilt.pdf
Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 9/2018 Erwerb des schulischen und berufsbezogenen Teils der Fachhochschulreife	18.10.2018	https://www.berlin.de/sen/bjf/anerkennung/schulische-abschluesse/fachhochschulreife-169490.php
Ausführungsvorschriften über Entgelte der Volkshochschulen (Entgeltvorschriften VHS) vom 22. Dezember 2015	22.12.2015	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Deutsch	Schuljahr 2012/13	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Deutsch-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule	Schuljahr 2016/17	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahme

Mathematik		nlehrplaene/berufliche_bildung/be/Mathematik-RLP_FOS_BOS_2016_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Englisch	Schuljahr 2012/13	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Englisch-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Biologie	Schuljahr 2014/15	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Biologie-RLP_FOS_BOS_2014_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Chemie	Schuljahr 2015/16	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Chemie-RLP_FOS_BOS_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Physik	Schuljahr 2014/15	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Physik-RLP_FOS_BOS_2014_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsschule, Berufsfachschule, Fachoberschule, Berufsoberschule, Fachschule Sport/Gesundheitsförderung	Schuljahr 2014/15	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Sport_Gesundheitsfoerderung-RLP_beruflSch_2014_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Agrarwirtschaft	Schuljahr 2015/16	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Agrarwirtschaft-RLP_FOS_BOS_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Ernährungswissenschaft	Schuljahr 2012/13	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Ernaehrung-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Gesundheit/Medizin	Schuljahr 2012/13	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Gesundheit-Medizin-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Hygiene	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Hygiene-RLP_FOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Pädagogik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Paedagogik-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erzie-	Schuljahr	https://bildungsserver.berlin-

hung Berufsoberschule, Fachoberschule Psychologie	2012/2013	brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Psychologie-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Soziologie	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Soziologie-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Mediengestaltung	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Mediengestaltung-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Bau- und Holztechnik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Bautechnik-Holztechnik-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Elektrotechnik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Elektrotechnik-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Farbtechnik und Raumgestaltung	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Farbtechnik-Raumgestaltung-RLP_FOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Gestaltungs- und Medientechnik	Schuljahr 2015/2016	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Gest u Medientechnik-RLP_FOS_BOS_2015_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Informationstechnik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Informationstechnik-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Labortechnik Chemie, Physik und Biologie	Schuljahr 2013/2014	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Labortechnik-RLP_FOS_BOS_2013_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Metalltechnik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Metalltechnik-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Mode- und Bekleidungstechnik	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Mode-und-

		Bekleidung-RLP_FOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsoberschule, Fachoberschule Wirtschaftswissenschaft	Schuljahr 2012/2013	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Wirtschaftswissenschaft-RLP_FOS_BOS_2012_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsfachschule Staatlich geprüfte Sozialassistentin/ Staatlich geprüfter Sozialassistent	Schuljahr 2011/2012	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Sozialassistenten-RLP_BFS_2011_Berlin.pdf
Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung Berufsfachschule Staatlich geprüfte gestaltungstechnische Assistentin / Staatlich geprüfter gestaltungstechnischer Assistent	Schuljahr 2015/16	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/Gest_Assistent-RLP_BFS_2015_Berlin.pdf
Arbeitsanweisung zur Regelung des Verfahrens zur Besetzung von Funktionsstellen in der Berliner Schule nach Ausschreibung	01.10.2018	siehe Anhang 60
Verwaltungsvorschrift zu den Ausführungsvorschriften über das Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen vom 26. März 2016	01.05.2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/vv-verbot-annahme-von-geschenken.pdf
Verwaltungsvorschriften über die einheitliche Gestaltung und Zuordnung von Aufgabenbereichen an öffentlichen Schulen des Landes Berlin vom 11. Juni 2018	14. Juli 2018	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/verwaltungsvorschriften/vv_zuordnung.pdf
Verwaltungsvorschriften für Fachberaterinnen und Fachberater vom 21. Februar 2016	1. März 2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/verwaltungsvorschriften/vv-fachberater.pdf
Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamten und Beamtinnen des Schul- und Schulaufsichtsdienstes (AV Lehrerbeurteilung - AV LB) vom 12. Juli 2010	1.8.2010	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Verfahren beim Übergang aus weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in berufsvorbereitende oder Angebotsbildungsgänge der beruflichen Schulen, in die gymnasiale Oberstufe der Integrierten Sekundarschulen, der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien (Qualifikationsphase) zum Schuljahr 2019/2020 (Verwaltungsvorschrift Schule Nr.3/ 2019)	12.02.2019	https://www.eals-berlin.de/fileadmin/EALS-berlin/daten_vom_support/VV_3_2019_final_Reinschrift.pdf
Verwaltungsvorschrift über die einheitliche Gestaltung und Zuordnung von Aufgabenbereichen an öffentlichen Schulen des Landes Berlin	11.06.2018	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/.../verwaltungsvorschriften/vv_zuordnung.pdf
Ferienordnung für das Land Berlin von 2017/2018 bis 2023/2024 vom 14.10.2015	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Änderung der Ferienordnung für das Land Berlin von 2017/2018 bis 2023/2024 vom 8.8.2017	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für das Französische Gym-	Schuljah-	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule

nasium 2019/2020 vom 28.2.2019	resbeginn	e/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik 2019/2020 vom 12.2.2019	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für die Staatliche Technikerschule Berlin von 2017/2018 bis 2023/2024 vom 26.7.2016	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für das Musikgymnasium Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Gymnasium 2018/2019, 2019/2020 und 2020/2021 vom 8.5.2017	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für die J-F-Kennedy-Schule von 2019/2020 vom 16.10.2017	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Ferienordnung für die J-F-Kennedy-Schule von 2020/2021 vom 28.2.2019	Schuljahresbeginn	https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/
Bonus-Programm Handreichung	Februar 2014	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/bonus-programm/fachinfo/handreichung-bonus-programm-2018-05-28.pdf
Handreichung Verfügungsfonds	Januar 2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/verfuegungsfonds/handreichung-verfuegungsfonds.pdf
Handreichung zu Honorar-, Projekt- und Werkverträgen	August 2016	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/verfuegungsfonds/handreichung-honorar-projekt-werkvertraege-stand-mai-2019.pdf
Handlungsrahmen Schulqualität in Berlin	Juli 2013	https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/schulqualitaet/
Frühkindliche Bildung		
<i>(soweit noch nicht bei Schule aufgeführt)</i>		
Gesetze		
Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vom 15. März 2002	24.3.2002	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=KitaggNutzBBStVtrG+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true
Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung		http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/indertagesbetreuung/berlin-und-brandenburg/mdb-sen-familie-kindertagesbetreuung-berlin_brandenburg-staatsvertrag.pdf
Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege (Kindertagesförderungsgesetz – KitaFöG) vom 23.6.2005	1.8.2005	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=KitaRefG+BE&psml=bsbepr od.psml&max=true
Verordnungen		
Verordnung über das Verfahren zur Gewährleistung eines bedarfsgerechten An-	16.11.2005	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=KitaF%C3%B6GV+BE&psm

gebotes von Plätzen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und zur Personalausstattung in Tageseinrichtungen (Kindertagesförderungsverordnung –VOKitaFöG) vom 4.11.2005		l=bsbeprod.psml&max=true
Verordnung über die Untersuchungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst in Tageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen des Landes Berlin vom 15.07.2008	27.07.2008	http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=in&query=KitaU%C3%B6GesDV+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true
Verwaltungsvorschriften u.a.		
Ausführungsvorschrift zur Kindertagespflege (AV - KTPF)	21.12.2010	http://www.berlin.de/sen/jugend/recht/rechtvorschriften/av_kindertagespflege_av_ktpf.pdf
Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen (Rahmenvereinbarung - RV Tag)	25.05.2018	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/fachinfo/rvtag.pdf
Vereinbarung über die Qualitätsentwicklung in Berliner Kindertagesstätten (QVTAG)	20.12.2017	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/fachinfo/vereinbarung_qvtag.pdf
Orientierungshilfe zur Feststellung des Bedarfs für Kinder bis zum Schuleintritt (Regelbeispiele)	Februar 2008	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/anmeldung/mdb-sen-familie-kindertagesbetreuung-anmeldung-orientierungshilfe.pdf
Vereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung in spezialisierten Besonderen Gruppen in Kindertageseinrichtungen (Rahmenvereinbarung spezialisierte Besondere Gruppen – RV-sBG)	01.08.2017	Siehe Anhang 61
Handreichung zur Aufnahme und Betreuung von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen	November 2016	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/fachinfo/handreichung-aufnahme-beh-kinder-nov-2016.pdf
Förderplan für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in Kindertageseinrichtungen	November 2011	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/fachinfo/foerderplan-2012.pdf
Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung in Berlin (Förderrichtlinie – Landesprogramm Kitausbau)	01.09.2018	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/fachinfo/foerderrichtlinie_landesprogramm_2018.pdf

Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege von 2004	Neuaufgabe 2014	http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kin-der/kindertagesbetreuung/berliner_bildungsprogramm_2014.pdf
--	-----------------	---

Anlage 2 zu Frage 1 der Schriftlichen Anfrage 18/18958

Hochschule

Gesetze

- (1) Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Nachwuchsförderungsgesetz (NaFöG) in der Fassung vom 7. Juni 2005 (GVBl. 2005, 338)
- (2) Gesetz über die Schaffung der institutionellen Voraussetzungen der integrierten Lehrerbildung in Berlin vom 13. Dezember 1974 (GVBl. S.2886), zuletzt geändert durch § 193 des Gesetzes vom 22.12.1978 (GVBl. S. 2449)
- (3) Berliner Universitätsmedizingesetz vom 5. Dezember 2005 (GVBl. 2005, 739), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 02.02.2018 (GVBl. S. 160)
- (4) Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) in der Fassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. 2011, 378), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 02.02.2018 (GVBl. S. 160)
- (5) Studierendenwerkgesetz (StudWG) vom 18. Dezember 2004 (GVBl. 2004, 521), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2016 (GVBl. S. 58)
- (6) Berliner Hochschulzulassungsgesetz (BerlHZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juni 2005 (GVBl. 2005, 393), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 26.06.2013 (GVBl. S. 198)
- (7) Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 (GVBl. 2008, 310)
- (8) Gesetz zur Eingliederung der Berufsakademie Berlin in die Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, vom 2. Oktober 2003 (GVBl. 2003, 490), zuletzt geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 20.05.2011 (GVBl. S. 194)
- (9) Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW-Gesetz) vom 8. März 1994 (GVBl. 1994, 82), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 4 bis 6 aufgehoben durch Nr. 88 der Anlage des Gesetzes vom 30.07.2001 (GVBl. S. 313)
- (10) Gesetz zur Eingliederung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin in die Fachhochschule für Wirtschaft Berlin FHVR - Eingliederungsgesetz) vom 17. Juli 2008 (GVBl. 2008, 208)
- (11) Gesetz zur Zusammenführung von Fachhochschulen (FHZusG BE) vom 17. Juli 2008 (GVBl. 2008, 208)
- (12) Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag) vom 1./20. Juni 2017 (GVBl. 2017,542)

Verordnungen

- (1) Verordnung zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Nachwuchsförderungsverordnung - NaFöVO) vom 24. Oktober 1984 (GVBl. 1984, 1552), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.09.2016 (GVBl. S. 778)
- (2) Verordnung über die Nebentätigkeit des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Landes Berlin (Hochschulnebenberufungsverordnung - HNtVO -) (GVBl. 1990, 2266), zuletzt geändert durch Art. XII Nr. 31 des Gesetzes vom 19.03.2009 (GVBl. S.

70)

- (3) Verordnung über das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter in Hochschulgremien (Mitarbeiterstimmrechtsverordnung - MASTimmVO) vom 13. Dezember 1979 (GVBl. 1979, 2143)
- (4) Verordnung über die Zahlung von Sitzungsgeld an die Vertreter der Studenten und der nebenberuflichen Lehrkräfte in den Gremien der Hochschulen des Landes Berlin (Hochschul-sitzungsgeldverordnung - HSigVO) vom 1. Oktober 1991 (GVBl. 1991, 231), geändert durch Verordnung vom 16.08.2001 (GVBl. S. 489)
- (5) Verordnung über wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Daueraufgaben (Mitarbeiter-Verordnung - MAVO) vom 15. Januar 1994 (GVBl. 1994, 57)
- (6) Verordnung über Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LkAVO) vom 18. April 1988 (GVBl. 1988, 718), zuletzt geändert durch Verordnung vom 09.11.2006 (GVBl. S. 1051)
- (7) Verordnung über die Zugangsvoraussetzungen für die Studiengänge der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“, der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und der Kunsthochschule Berlin (Weißensee) sowie für die künstlerischen Studiengänge der Universität der Künste Berlin (Kunsthochschulzugangsverordnung - KunstHZVO) vom 14. September 2011 (GVBl. 2011, 479)
- (8) Verordnung über Grundsätze des Wahlrechts an den Hochschulen des Landes Berlin (Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung) in der Fassung vom 26. August 1998 (GVBl. 1998, 248),
zuletzt geändert durch Verordnung vom 24.11.2014 (GVBl. S. 525)
- (9) Verordnung über Studienreformkommissionen vom 26. Mai 1981 (GVBl. 1981, 629)
- (10) Verordnung über die Prüfung zum Erwerb der fachgebundenen Fachhochschulreife (PrüfVO fachgebundene Fachhochschulreife) vom 10. Mai 1983 (GVBl. 1983, 780), zuletzt geändert durch § 11 Abs. 4 des Gesetzes vom 21. April 2016 (GVBl. S. 218)
- (11) Verordnung über die Erstattung der persönlichen Ausgaben der Katholischen Fachhochschule Berlin aus Haushaltsmitteln des Landes Berlin (KFB-Erstattungsverordnung - KFBerstVO) vom 12. Mai 1995
- (12) Verordnung über die Lehrverpflichtung an Hochschulen (Lehrverpflichtungsverordnung - LVVO), in der Fassung vom 27. März 2001 (GVBl. 2001, 74), letzte berücksichtigte Änderung: § 14 aufgehoben durch Nr. 58 des Artikel I § 1 des Gesetzes vom 22.10.2008 (GVBl. S. 294)
- (13) Verordnung über die Erteilung von Urlaub an wissenschaftliche und künstlerische Dienstkräfte an Hochschulen und die Gewährung von Forschungssemestern (Hochschulurlaubsverordnung - HUrIVO -) vom 11. April 1988 (GVBl. 1988, 678), letzte berücksichtigte Änderung: § 4 geändert und § 5 neu gefasst durch Verordnung vom 06.08.97 (GVBl. S. 403)
- (14) Verordnung über die Erstattung der persönlichen Ausgaben der Evangelischen Fachhochschule Berlin aus Haushaltsmitteln des Landes Berlin (EFB-Erstattungsverordnung - EFBerstVO) vom 24. Januar 1992 (GVBl. 1992, 52), letzte berücksichtigte Änderung: geändert durch Verordnung vom 07.08.1995 (GVBl. S. 550)
- (15) Studierendendatenverordnung (StudDatVO) vom 9. November 2005 (GVBl. 2005, 720), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom

25.02.2016 (GVBl. S. 58)

- (16) Verordnung über vorläufige Wahlordnung für die Fachhochschulen des Landes Berlin vom 4. Dezember 1970 (GVBl. 1970, 1967), letzte berücksichtigte Änderung: Übersicht und §§ 19, 23, 53, 62 und 64 geändert sowie § 15 und Abschnitte III, XII und XIII gestrichen durch Verordnung vom 10.07.1978 (GVBl. S. 1323)
- (17) Verordnung über Sozialbeiträge zum Studierendenwerk Berlin (Sozialbeitragsverordnung - SozVO) vom 2. März 2010 (GVBl. 2010, 130), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25.02.2016 (GVBl. S. 58)
- (18) Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (VergabeVO Stiftung) vom 18. Mai 2010 (GVBl. 2010, 269), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 18.06.2018 (GVBl. S. 455) - Entsprechend des Artikels 3 Satz 2 der Verordnung vom 18.06.2018 gilt die Änderung erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2018/19
- (19) Verordnung zur Regelung der Zulassung in zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen des Landes Berlin (Hochschulzulassungsverordnung - BerHZVO) vom 4. April 2012 (GVBl. 2012, 111), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 18.06.2018 (GVBl. S. 455)
- (20) Verordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen (Kapazitätsverordnung - KapVO) vom 10. Mai 1994 (GVBl. 1994, 186), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.09.2018 (GVBl. S. 551)
- (21) Verordnung über das Studium an der Berufsakademie Berlin (Studienordnung BBA) vom 12. Dezember 1995 (GVBl. 1996, 4)
- (22) Verordnung über die Lehrverpflichtung und die Höhe der Lehrauftragsvergütung an der Berufsakademie Berlin - Staatliche Studienakademie - (Lehrverordnung Berufsakademie - LVBA) vom 3. März 1998 (GVBl. 1998, 69), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Verordnung vom 21.04.2002 (GVBl. S. 127)

Ausführungsvorschriften

- (1) Ausführungsvorschriften über die Höhe der Lehrauftragsvergütung (ABl. Nr. 26 / 08.06.2018)
- (2) Ausführungsvorschriften über die Festlegung von Funktionsleistungsbezügen für die Mitglieder der Hochschulleitungen der Berliner Hochschulen (ABl. Nr. 22 / 13.05.2015)
- (3) Ausführungsvorschriften für die Nachdiplomierung (ABl. S. 1787 / 26.11.1987)
- (4) Anweisung zur weiteren Anwendung der Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten in den Laufbahnen des akademischen Rates, des Studienrates im Hochschuldienst sowie des Studienrates an den Studienkollegs für ausländische Studierende (AV BV SenWissKult Hochschulen) (ABl. Nr.48 / 01.11.2012)
- (5) Richtlinien über die Gewährung von Unterrichtsgeldpauschalen nach § 7 Abs. 2 des Hochschullehrergesetzes (Dienstblatt Teil III/1973 S.19 / 21.2.1973)

In dem Berliner Rechtsinformationssystem <http://gesetze.berlin.de> sind die einzelnen Rechtsvorschriften recherchierbar

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U + S Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An alle öffentlichen

Grundschulen

Schulen der Sekundarstufe I

Schulen mit sonderpäd. Förderschwerpunkt

die Schulaufsicht in den Außenstellen

die für Schule zuständigen Bezirksstadträtinnen und
Bezirksstadträte

die Leitungen der bezirklichen Schulämter

die Schulpraktischen Seminare

SenBJF I E

nachrichtlich

alle allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft

www.berlin.de/sen/bjf

Geschäftszeichen II D 2 Kr
Bearbeitung Mathias Krug
Zimmer 4 C 25
Telefon 030 90227 5940
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227

Fax +49 30 90227 5065
eMail mathias.krug@senbjf.berlin.de

Datum 21.09.2018

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 7 / 2018

Übergang von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 7 der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2019/20

Für den Übergang zum Schuljahr 2019/20 von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 7 der öffentlichen Integrierten Sekundarschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gelten für die im Einzelnen dargestellten Verfahrensschritte verbindlich die im Folgenden festgelegten Termine.

Grundlage der einzelnen Verfahrensschritte sind §§ 5 und 6 Sek I-VO.

Zur Sicherung der Einhaltung der Termine und der verlässlichen Datenübermittlung sind von den Schulen die von den Schulträgern (bezirkliche Schulämter und Sen BJF - I E - bei zentral verwalteten Schulen) als Anlagen beigefügten einheitlich festgelegten Muster (Anlagen 3, 4a und 4b) zu verwenden.

Bitte beachten Sie, dass die unter 2. aufgeführten Verfahrensschritte nur dann erforderlich sind, wenn die Kriterien einer Schule geändert werden sollen oder müssen.



Nach neuer Rechtsprechung des OVG Berlin sind Aufnahmen in Klassen, die als Schule besonderer pädagogischer Prägung eingerichtet sind (oder in Klassen, die Schulversuche erproben), getrennt von den Aufnahmen in die Regelklassen an derselben Schule zu behandeln. Es handelt sich dabei um eigenständige, unabhängig voneinander durchzuführende Aufnahmeverfahren.

Das bedeutet, dass Eltern, die Ihr Kind beispielsweise an einer Schule anmelden, die neben Regelzügen auch einen naturwissenschaftlichen Profilzug als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ führt, sich für eines der Angebote (Regelzug oder „Spezialzug“) entscheiden oder — wenn sie beide Angebote interessieren — zwei Wünsche für dieselbe Schule mit ihrer inhaltlichen Präferenz abgeben müssen. Die Schulen, die dies betrifft — hauptsächlich die Staatliche Europa-Schule Berlin sowie einige naturwissenschaftlich bzw. mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien -, sollten die Erziehungsberechtigten vorab (etwa bei Informationsveranstaltungen) oder bei der Anmeldung auf diese Besonderheit hinweisen. In der Praxis sollte dies nicht zu größeren Schwierigkeiten führen, da die Schulträger die Aufnahmeverfahren wegen der unterschiedlichen Aufnahmebedingungen auch bisher schon separat durchgeführt haben. Diese Verfahrensweise gilt nicht für Schulen, die im Rahmen des Regelangebots unterschiedliche Profilklassen einrichten. Für sie bleibt es beim Grundsatz: „Eine Schule — ein Schulwunsch“

Anlagen

- Anlage 1: Verfahren für das verpflichtende Beratungsgespräch bei Wahl eines Gymnasiums als Wunschschule mit einer Durchschnittsnote der Förderprognose von 3,0 oder höher
- Anlage 1a: Beratungsgespräch am Gymnasium für Erziehungsberechtigte, deren Kinder in der Förderprognose die Note 3,0 oder höher erhalten haben
- Anlage 1b: Bestätigung über das verpflichtende Beratungsgespräch bei Wahl eines Gymnasiums mit einer Durchschnittsnote von 3,0 oder höher
- Anlage 2.1: Festlegung der Auswahlkriterien bei Übernachtfrage (§ 6 Sek I - VO)
- Anlage 2.2: Aufnahmekriterien bei Übernachtfrage, ab Schuljahr 2019/20
- Anlage 3: SoPäd Förderbedarf
- Anlage 4a: SoPäd 1., 2. und 3. Wunsch
- Anlage 4b: Datei zum Datentausch
- Anlage 4c: Liste aller Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen, die auf Grund ihres Alters sowie ihres Entwicklungs- und Leistungsstands im Schuljahr 2019/20 in die Jahrgangsstufe 7 übergehen könnten
- Anlage 5: Ermittlung der Plätze, die nach Kriterien vergeben werden
- Anlage 6: Hinweis zur Platzvergabe an Geschwisterkinder
- Anlage 7: Schul 190 (Förderprognose zum Übergang in Sek I)
- Anlage 8: Allgemeine Hinweise zum Erstellen der Förderprognose (Schul 190)
- Anlage 9: Schul 190a (Anmeldebogen)
- Anlage 10: Schul 190b (Elterninformation zum Übergang in Jahrgangsstufe 7)

1. Festlegung der Aufnahmekapazitäten

Termine	Verfahrensschritte
bis 04.10.2018	<p>Die Schulträger stimmen mit den Schulen der Sek I ihres Zuständigkeitsbereichs deren Aufnahmekapazitäten ab, legen diese fest und teilen ihre Festlegungen SenBJF - I D (Harald Meergans) - mit. Die Höchstgrenze für einzu-richtende 7. Klassen Integrierter Sekundarschulen kann nach Entscheidung des Schulträgers auf 25 abgesenkt werden.</p> <p>Die Schulträger stimmen mit der regionalen Schulaufsicht und den be- troffenen Schulen die jeweils vorgesehenen Klassen oder Platzzahlen für Lerngruppen für die Fortsetzung von Französisch als erste Fremdsprache ab, legen diese verbindlich fest und teilen ihre Festlegungen SenBJF - I D (Harald Meergans) - mit.</p>

2. Änderung der Kriterien oder der Kriterienplatzzahl für den Fall der Übernacht- frage an Schulen der Sek I

bis 05.10.2018	Die Schulkonferenzen der Schulen der Sek I beschließen die Kriterien und das Verfahren der Aufnahme für den Fall der Übernachtfrage, falls die Kriterien verändert werden sollen oder müssen , weil sich aus der Ka- pazitätsfestlegung veränderte Platzzahlen für die Kriterienauswahl ergeben.
bis 08.10.2018	Die Schulleitungen der Schulen der Sek I übermitteln der regionalen Schulaufsicht per Mail ihre veränderten Festlegungen unter Verwendung der als <u>Anlage 2.1 und 2.2</u> beigefügten Formblätter 1 und 2.
bis 16.10.2018	Die regionale Schulaufsicht übersendet das Formblatt mit ihrem Entschei- dungsvorschlag zu den Festlegungen der Schulen an den Schulträger zur Herstellung des Benehmens (zu den Kriterien) und des Einvernehmens (zum Verfahren der Aufnahme).
bis 19.10.2018	Die regionale Schulaufsicht übersendet <ul style="list-style-type: none"> - den Schulen und den Schulträgern das Ergebnis der Überprüfung (Ge- nehmigung oder Nichtgenehmigung mit Begründung).
22.10.-02.11.2018	<i>Herbstferien</i>
bis 09.11.2018	Die regionale Schulaufsicht übersendet <ul style="list-style-type: none"> - SenBJF die genehmigten Formblätter zur Veröffentlichung nur per E-Mail (Adresse: aufnahme@senbjf.berlin.de). - Hinweis: In die Betreffzeile der E-Mail ist der Name der Region anzuge- ben. Die angehängten Dateien sind folgendermaßen zu benennen: Schul- nummer_Formblatt 1 bzw. Schulnummer_Formblatt 2 (z.B. 07Y36_Formblatt 1 usw.)

bis 10.12.2018	<p>Die genehmigten geänderten Kriterien und das Verfahren der Aufnahme für den Fall der Übernachtfrage sowie die ggf. veränderten Platzzahlen für die Kriterienauswahl werden im Schulportrait der jeweiligen Schulen durch die Online-Redaktion von SenBJF veröffentlicht.</p> <p>Die regionale Schulaufsicht überprüft die Vollständigkeit und Richtigkeit der Veröffentlichung auf den Schulportraits von SenBJF für alle Schulen ihrer Region und meldet eventuelle Fehler per E-Mail an SenBJF (aufnahme@senbjf.berlin.de).</p>
----------------	--

3. Verfahrensschritte an den Grundschulen

bis 21.11.2018	<p>Alle Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 6 - einschließlich des Wegfalls von sonderpädagogischem Förderbedarf - sind abgeschlossen.</p> <p>Hinweis: Für die Förderschwerpunkte „Lernen“, „Sprache“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ erfolgt dieses Verfahren in der Regel bereits am Ende der Jahrgangsstufe 5 (§ 31 Abs. 9 SoPädVO).</p>
bis 23.11.2018	<p>Die regionale Schulaufsicht übermittelt eine Liste aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Angaben zum jeweiligen Förderbedarf, der Herkunftsschule, des Wohnortbezirks) aus ihrer Region (Grundschulen oder ggf. aus Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt), die in die Sek I übergehen, an die regionale Schulaufsicht des jeweiligen Wohnbezirkes (<u>Anlage 3</u>).</p>
bis 07.01.2019	<p>Die Schulen übermitteln in der <u>Anlage 4c</u> die Daten aller Schülerinnen und Schüler der Willkommensklassen, die auf Grund ihres Alters zum Schuljahr 2019/20 in die Sek I übergehen könnten an die regionale Schulaufsicht und geben eine Empfehlung über einen Verbleib in der Willkommensklasse oder den Übergang in die Regelklasse im Schuljahr 2019/20 ab.</p>
bis 14.01.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht übermittelt eine Liste (<u>Anlage 4c</u>) aller Schülerinnen und Schüler in den Willkommensklassen, die voraussichtlich (Prognose) auf Grund ihres Alters sowie ihres Leistungs- und Entwicklungsstands zum Schuljahr 2019/20 in die Jahrgangsstufe 7 übergehen könnten, an den zuständigen Schulträger und sichert ab, dass diese Schülerinnen und Schüler von der jeweils besuchten Schule einen Anmeldebogen (<u>Schul 192a</u>) für den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 erhalten.</p>
bis 31.01.2019	<p>Die Grundschulen haben die Beratungsgespräche mit den Eltern zum Übergang durchgeführt. Sie haben in diesem Rahmen die Erziehungsberechtigten auch darüber informiert, dass bei der Wahl des Gymnasiums als Wunschschule ein Beratungsgespräch an einem Gymnasium verpflichtend wird, wenn ihre Kinder eine Durchschnittsnote von 3,0 oder höher erhalten.</p>

am 01.02.2019	Die Grundschulen geben die Halbjahreszeugnisse der Jahrgangsstufe 6 zusammen mit der Förderprognose, dem Anmeldebogen und dem Elternbrief aus, in dem nochmals auf das verpflichtende Beratungsgespräch hingewiesen wird, wenn Schülerinnen und Schüler, deren Durchschnittsnote bei 3,0 oder höher liegt, am Gymnasium angemeldet werden sollen.
04.02.-08.02.2019	Winterferien
bis 11.03.2019	Die Grundschulen informieren ihren zuständigen Schulträger über nichtangemeldete Schülerinnen und Schüler.

4. Verfahrensschritte an den Erst-, Zweit- und Drittwunschschulen der Sekundarstufe I

12.-20.02.2019	Die Eltern melden ihre Kinder bei der Erstwunschschule an. - Anmeldezeitraum - Hinweis: Nur mit den zur Verfügung gestellten Anmeldebögen für die Sekundarstufe I, Schul 190a, ist die Anmeldung an öffentlichen Schulen möglich.
bis 15.02.2019	Die Gymnasien führen die verpflichtenden Beratungsgespräche mit den Eltern durch, deren Kinder eine Durchschnittsnote von 3,0 oder höher haben.
bis 22.02.2019	Die Erstwunschschulen übersenden ihrer regionalen Schulaufsicht eine Liste der angemeldeten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Anlage 4a).
bis 22.02.2019	Die Erstwunschschulen übersenden ihrem Schulträger eine Liste aller angemeldeten Schülerinnen und Schüler einschließlich derjenigen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Anlage 4b).
bis 25.02.2019	Die Schulträger melden an SenBJF - I D (Harald Meergans) - die Anzahl aller Erstwunschanmeldungen je Schule. Hierfür wird zuvor durch SenBJF ein Schreiben versandt, damit die Meldung im einheitlich festgelegten Muster erfolgt.
bis 28.02.2019	Die Schulen entscheiden im Einvernehmen mit dem Schulträger über die Aufnahme der Bewerber/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf , sofern keine Übernachfrage vorliegt bzw. keine Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, und informieren darüber die regionale Schulaufsicht.

bis 01.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> - informiert SenBJF - II D 6 (Klaus-Jürgen Heuel) - über Schulen, an denen sich insgesamt mehr als die zulässige Gesamtzahl (3 bzw. 4 pro Klasse) von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf angemeldet haben; - prüft die Anmeldungsliste und informiert die Schulaufsicht der Grundschule darüber, welche Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf angemeldet wurden. <p>Die zuständige Schulaufsicht sorgt in Abstimmung mit der abgebenden Grundschule und dem Schulträger für die sofortige Anmeldung bisher nicht angemeldeter Schülerinnen und Schüler an einer weiterführenden Schule (Anlage 4a).</p>
bis 01.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht der Erstwunschsulen trifft für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Aufnahmeentscheidungen für den Erstwunsch, soweit Entscheidungen bei Übernachfrage getroffen werden bzw. Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p>
bis 04.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht der Erstwunschsulen informiert die Schulaufsicht der Zweitwunschsule, sofern Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht entsprechend ihrem Erstwunsch aufgenommen werden können (Anlage 4a).</p>
bis 04.03.2019	<p>Die Schulträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - informieren die anderen Schulträger und SenBJF - I D (Harald Meergans)-, welche Schulen ihres Bezirks in Klassen oder Lerngruppen wegen Übernachfrage keine freien Plätze mehr haben, jeweils gesondert für die 1. Fremdsprache Englisch und Französisch, und
bis 08.03.2019	<ul style="list-style-type: none"> - legen für ihre Schulen bei Übernachfrage in Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch die Platzzahlen für die Härtefälle, die Kriterienauswahl und den Losentscheid fest (Anlage 5).
bis 08.03.2019	<p>Die Erstwunschsulen führen ihre Aufnahmeverfahren für Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Besteht keine Übernachfrage:</u> Alle Bewerbungen werden berücksichtigt, und die Schulen teilen ihrem bezirklichen Schulamt die Zahl der aufgenommenen Bewerber/innen und der freien Plätze für die 1. Fremdsprache Französisch mit. - <u>Bei Übernachfrage:</u> Die Schulen entscheiden zunächst im Einvernehmen mit dem bezirklichen Schulamt über die Härtefälle (bis zu 10 %), führen danach das Auswahlverfahren nach Kriterien (mind. 60 %) und zum Schluss das Losverfahren (30 %) durch; Geschwisterkinder werden im Rahmen freibleibender Härtefall-

	<p>plätze sowie vorrangig im Losverfahren berücksichtigt.</p> <p>Abschließend übermitteln die Schulen ihrem Schulträger die Unterlagen für das gesamte Auswahlverfahren mit der Dokumentation der Auswahlentscheidungen sowie die Anmeldeformulare der nicht berücksichtigten Bewerber/innen.</p>
bis 08.03.2019	<p>Die Zweitwunschsulen treffen im Einvernehmen mit dem Schulträger die Aufnahmeentscheidung für den Zweitwunsch der Bewerber/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sofern keine Übernachfrage vorliegt bzw. keine Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, und informieren darüber die regionale Schulaufsicht.</p> <p>Die regionale Schulaufsicht der Zweitwunschsulen trifft für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Aufnahmeentscheidungen für den Zweitwunsch, soweit Entscheidungen bei Übernachfrage getroffen werden bzw. Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p>
bis 08.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht der Zweitwunschsule informiert die Schulaufsicht der Erstwunschsule über ihre Entscheidung und informiert die Schulaufsicht der Drittwunschsule, sofern Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht entsprechend ihrem Zweitwunsch aufgenommen werden können (Anlage 4a).</p>
bis 08.03.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschsulen informieren die Schulträger der Zweitwunschsulen, sofern dort noch freie Plätze in den Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch bestehen, über die nicht berücksichtigten Bewerber/innen und übermitteln deren Durchschnittsnote der Förderprognose sowie die Information, welche dieser Bewerber/innen im Bezirk der Zweitwunschsule wohnen (Anlage 4b).</p>
bis 11.03.2019	<p>Der Schulträger informiert den Schulträger des Wohnorts über die angemeldeten Schülerinnen und Schüler.</p> <p>Der Schulträger informiert seine Grundschulen über die angemeldeten Schülerinnen und Schüler.</p>
bis 12.03.2019	<p>Die Schulträger der Zweitwunschsulen prüfen die Aufnahmemöglichkeiten in Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch an den Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs und informieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Schulträger der Erstwunschsulen über Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerber/innen, - alle Schulträger und SenBJF - I D (Harald Meergans) - über die Schulen, die nach Berücksichtigung der Zweitwünsche keine freien Plätze mehr haben.
bis 13.03.2019	<p>Die Drittwunschsulen treffen im Einvernehmen mit dem Schulträger die Aufnahmeentscheidung für den Drittwunsch der Bewerber/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sofern keine Übernachfrage vorliegt bzw. keine Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, und informieren</p>

	<p>darüber die regionale Schulaufsicht.</p> <p>Die regionale Schulaufsicht der Drittwunschschulen trifft für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Aufnahmeentscheidungen für den Drittwunsch, soweit Entscheidungen bei Übernachfrage getroffen werden bzw. Aufnahmeausschüsse gebildet werden müssen, im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p>
bis 13.03.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren die Schulträger der Drittwunschschulen, sofern dort noch freie Plätze in den Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch bestehen, über die nicht berücksichtigten Bewerber/innen und übermitteln deren Durchschnittsnote der Förderprognose sowie die Information, welche dieser Bewerber/innen im Bezirk der Drittwunschschule wohnen (<u>Anlage 4b</u>).</p>
bis 14.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht der Drittwunschschule informiert die Schulaufsicht der Erstwunschschule über ihre Entscheidung und informiert die Schulaufsicht des Wohnortes, sofern Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht entsprechend ihrem Drittwunsch aufgenommen werden können (<u>Anlage 4a</u>).</p>
bis 14.03.2019	<p>Die Schulträger der Drittwunschschulen prüfen die Aufnahmemöglichkeiten in Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Französisch an den Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs und informieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Schulträger der Erstwunschschulen über Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerber/innen; - alle Schulträger und SenBJF - I D (Harald Meergans) - über die Schulen, die nach Berücksichtigung der Drittwünsche noch freie Plätze haben.
bis 15.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht des Wohnortes entscheidet über die Zuweisung von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p>
bis 15.03.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren alle Wohnortschulträger über die Nichtaufnahme der Bewerber/innen mit 1. Fremdsprache Französisch bei Erst-, Zweit- und Drittwunschschulen (<u>Anlage 4b</u>).</p>
bis 18.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht des Wohnortes informiert die Schulaufsicht der Erstwunschschule über ihre Zuweisungsentscheidung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf des Wohnortes.</p>
bis 18.03.2019	<p>Die Schulträger legen für ihre Schulen bei Übernachfrage in den Klassen mit 1. Fremdsprache Englisch die Platzzahlen für die Härtefälle, die Kriterienauswahl und den Losentscheid fest (<u>Anlage 5</u>).</p>
bis 19.03.2019	<p>Die regionale Schulaufsicht der Erstwunschschulen informiert den Schulträger der Erstwunschschulen über die Aufnahmen und Ablehnungen der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf entsprechend deren Erst-, Zweit-, Drittwunschschulen bzw. zugewiesenen Schulen.</p>

bis 01.04.2019	<p>Die Erstwunschschulen führen ihre Aufnahmeverfahren für Klassen oder Lerngruppen mit 1. Fremdsprache Englisch durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Besteht keine Übernachtfrage:</u> Alle Bewerbungen werden berücksichtigt und die Schulen teilen ihrem bezirklichen Schulamt die Zahl der aufgenommenen Bewerber/innen und der freien Plätze für die 1. Fremdsprache Englisch mit. - <u>Bei Übernachtfrage:</u> Die Schulen entscheiden zunächst im Einvernehmen mit dem bezirklichen Schulamt über die Härtefälle (bis zu 10 %), führen danach das Auswahlverfahren nach Kriterien (mind. 60 %) und zum Schluss das Losverfahren (30 %) durch; Geschwisterkinder werden im Rahmen freibleibender Härtefallplätze sowie vorrangig im Losverfahren berücksichtigt. <p>Abschließend übermitteln die Schulen ihrem Schulträger die Unterlagen für das gesamte Auswahlverfahren mit der Dokumentation der Auswahlentscheidungen sowie die Anmeldeformulare der nicht berücksichtigten Bewerber/innen.</p>
bis 02.04.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren die Schulträger der Zweitwunschschulen, sofern dort noch freie Plätze in den Klassen mit 1. Fremdsprache Englisch bestehen, über die nicht berücksichtigten Bewerber/innen und übermitteln deren Durchschnittsnote der Förderprognose sowie die Information, welche dieser Bewerber/innen im Bezirk der Zweitwunschscheule wohnen (Anlage 4b).</p>
bis 05.04.2018	<p>Die Schulträger der Zweitwunschschulen prüfen die Aufnahmemöglichkeiten in Klassen mit 1. Fremdsprache Englisch an den Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs und informieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Schulträger der Erstwunschschulen über Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerber/innen; - alle Schulträger und SenBJF - I D (Harald Meergans) - über die Schulen, die nach Berücksichtigung der Zweitwünsche keine freien Plätze mehr haben.
bis 05.04.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren die Schulträger der Drittwunschschulen, sofern dort noch freie Plätze in den Klassen mit 1. Fremdsprache Englisch bestehen, über die nicht berücksichtigten Bewerber/innen und übermitteln deren Durchschnittsnote der Förderprognose sowie die Information, welche dieser Bewerber/innen im Bezirk der Drittwunschscheule wohnen (Anlage 4b).</p>
bis 09.04.2019	<p>Die Schulträger der Drittwunschschulen prüfen die Aufnahmemöglichkeiten in Klassen mit 1. Fremdsprache Englisch an den Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs und informieren die Schulträger der Erstwunschschulen über Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerber/innen.</p>
bis 10.04.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren alle Wohnortschulträger über die Nichtaufnahme der Bewerber/innen bei Erst-, Zweit- und Drittwunschschulen (Anlage 4b).</p>

bis 26.04.2019	Die Schulträger der Erstwunschsulen informieren SenBJF - I D (Harald Meergans) - über die Anzahl der Aufnahme an Erst-, Zweit- und Drittwunschsulen und die noch zu versorgenden Wohnortkinder entsprechend einheitlich festgelegtem Muster.
15.04.-26.04.2019	<i>Osterferien</i>
bis 06.05.2019	Alle Schulen übersenden ihrem Schulträger die Aufnahmebescheide. Die regionale Schulaufsicht übergibt dem Schulträger die Bescheide über die Nichtaufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer der Wunschsulen.
am 17.05.2019	Die Schulträger der aufnehmenden Schulen übersenden den Eltern - die Aufnahmebescheide der Erst-, Zweit- und Drittwunschsulen. Die Schulträger der Erstwunschsulen übersenden - die Bescheide über die Nichtaufnahme an der Erstwunschsule und ggf. die Information über die Nichtberücksichtigung bei der Zweit- und Drittwunschsule.
10.-11.06.2019	<i>Pfingstferien</i>

5. Benennungs- und Zuweisungsverfahren

bis 11.04.2019	Die Schulträger der Ersatzschulen melden den Schulträgern der Bewerberwohnorte die Anmeldungen an Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs.
am 30.04.2019	Termin der Ausgleichskonferenz zwischen den Bezirken Die Schulträger der Erstwunschsulen übergeben den Schulträgern der Bewerberwohnorte die Anmeldeformulare der nicht berücksichtigten Bewerber/innen.
bis 29.05.2019	Die Schulträger der Bewerberwohnorte benennen den Eltern der an den Erst-, Zweit- und Drittwunschsulen nicht aufgenommenen Bewerber/innen mit Fristsetzung eine aufnahmefähige Schule und weisen ggf. im Anschluss eine Schule zu.
bis 03.06.2019	Die aufnehmenden Schulen übersenden den Eltern die Aufnahmebescheide. Die Schulträger der Bewerberwohnorte übersenden die Zuweisungsbescheide.

6. Meldung aller Aufnahmen an die Grundschulen

bis 03.06.2019	Die Schulen der Sekundarstufe I melden den Grundschulen die aufgenommenen Schüler/innen.
----------------	---

Die Einzelheiten des Verfahrens der **Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** werden in einem gesonderten Informationsschreiben mitgeteilt.

Das bei der Aufnahme von **Geschwisterkindern** zu beachtende Verfahren ist in der Anlage 6 erläutert.

Die Verfahrensschritte und Termine des **Übergangs in die Jahrgangsstufe 5** werden in einer gesonderten Verwaltungsvorschrift geregelt.

Die **Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Ersatzschulen, anderen Bundesländern und dem Ausland** wird in einer weiteren Verwaltungsvorschrift geregelt, die parallel übersandt wird.

Die Datenübertragung liegt in eigener Verantwortung des Schulträgers. Bei der Datenübertragung sind die **datenschutzrechtlichen Vorschriften** einzuhalten.

Im Auftrag



Thomas Duveneck

Verfahren für das verpflichtende Beratungsgespräch bei Wahl eines Gymnasiums als Wunschschule mit einer Durchschnittsnote der Förderprognose von 3,0 oder höher

§ 56 Abs. 3 des Schulgesetzes und § 5 Abs. 1 der Sekundarstufe I-Verordnung, sehen vor, dass Schülerinnen und Schüler mit einer Durchschnittsnote der Förderprognose von 3,0 oder höher nur dann in das Auswahlverfahren an einem Gymnasium (Erst-, Zweit- und/oder Drittwunschschule) einbezogen werden, wenn ihre Erziehungsberechtigten an einem Beratungsgespräch teilgenommen haben.

Für diese verpflichtenden Beratungsgespräche ist folgendes Verfahren vorgesehen:

1. Informierung der Erziehungsberechtigten

Die **Gymnasien** informieren bereits im Vorfeld bei ihren Informationsveranstaltungen und Tagen der offenen Tür über das zu führende verpflichtende Beratungsgespräch, sofern eine Durchschnittsnote von 3,0 oder höher zu erwarten ist.

Die **Grundschulen** weisen die betroffenen Erziehungsberechtigten in mehreren Schritten auf das Erfordernis eines Beratungsgesprächs bei Wahl eines Gymnasiums als Wunschschule hin:

- bei ihren eigenen im Januar/Februar 2019 geführten Beratungsgesprächen, sofern eine Durchschnittsnote von 3,0 oder höher zu erwarten ist,
- bei der Ausgabe der Förderprognose mit einer entsprechenden Durchschnittsnote,
- durch Hinweis auf das zusammen mit dem Anmeldebogen und der Förderprognose ausgegebene Elterninformationsblatt, in dem das Verfahren geschildert wird.

Die **Erstwunschschulen** weisen bei einer Anmeldung mit der Durchschnittsnote von 3,0 oder höher und Wahl eines Gymnasiums als Wunschschule ohne Vorlage der Bestätigung über das verpflichtende Beratungsgespräch auf den Termin 15. Februar 2019 hin, bis zu dem es noch nachgeholt werden kann.

2. Durchführung der verpflichtenden Beratungsgespräche

Für die Beratungsgespräche ist lediglich ein **Endtermin** gesetzt - sie müssen **bis zum 15. Februar 2019** stattgefunden haben. Die Gespräche können daher nicht nur während des Anmeldezeitraums durchgeführt werden, wenn die Durchschnittsnote bereits feststeht. Sie sind auch bereits gegen Ende des ersten Schulhalbjahres möglich, wenn sich abzeichnet, dass die Durchschnittsnote einen Wert erreichen könnte, der ein Beratungsgespräch bei Wahl eines Gymnasiums als Wunschschule erforderlich macht.

Die Erziehungsberechtigten können das Beratungsgespräch **grundsätzlich bei jedem Gymnasium** führen. Ein Gymnasium kann die Durchführung des Beratungsgesprächs innerhalb des festgelegten Zeitraums nicht ablehnen.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Durchführung von Beratungsgesprächen auf geeignete Lehrkräfte der Schule übertragen und - soweit erforderlich - weiteres Fachpersonal (z.B. Dolmetscher) zu Gesprächen hinzuziehen. Die Erziehungsberechtigten können sich durch eine Person ihres Vertrauens begleiten lassen. Sofern das persönliche Erscheinen nachweislich unmöglich ist (z.B. bei Krankenhausaufenthalt), können die Erziehungsberechtigten eine Person ihres Vertrauens schriftlich zur Führung des Gesprächs bevollmächtigen.

Über das Beratungsgespräch fertigt das Gymnasium ein standardisiertes **Kurzprotokoll** nach dem Muster der Anlage 1a, das ein Jahr aufzubewahren ist. Die Erziehungsberechtigten erhalten die als Anlage 1b beigefügte **Bestätigung** zur Vorlage bei der Erstwunschschule.

3. Weiteres Verfahren bei Nichtvorlage der Bestätigung über das Beratungsgespräch

Sofern die Erziehungsberechtigten bis zum 15. Februar 2019 keine Bestätigung über das Beratungsgespräch bei der Erstwunschsche vorlegen können, streicht die Erstwunschsche alle als Wunschsche gewählten Gymnasien mit der Folge, dass die Bewerbung nicht in die Auswahlverfahren dieser Schulen einbezogen werden können. Die Rangfolge der Wunschsche bleibt erhalten, d.h. die gestrichene Zweit- oder Drittwunschsche steigt nicht zur Erst- oder Zweitwunschsche auf.

Bis zum 20. Februar 2019 (Ende des Anmeldezeitraums) können die Erziehungsberechtigten die gestrichenen Schulen auf dem Anmeldebogen durch von ihnen neu gewählte Integrierte Sekundarschulen oder Gemeinschaftsschulen ersetzen.

Schule (Y)

Schülerin/Schüler

Zur Beratung Anwesende

Beratungsgespräch am Gymnasium für Erziehungsberechtigte, deren Kinder in der Förderprognose die Note 3,0 oder höher erhalten haben

Ablauf des Gesprächs:

1. Darstellen der spezifischen Anforderungen und Fördermöglichkeiten des Gymnasiums im Vergleich zur Integrierten Sekundarschule
2. Bezug zwischen den Anforderungen und den Noten, in besonderem Maße in den Kernfächern, und den von der Grundschule für das Kind attestierten Kompetenzen (ggf. Bezug zur von der Grundschule beschriebenen Lernentwicklung)
3. Zusammenfassende Beratung durch die Schulleitung und Stellungnahme der Erziehungsberechtigten (und ggf. des Kindes)

Zu 1:

Gymnasium	Integrierte Sekundarschule
Durchgängiger Bildungsgang bis zum Abitur	Bereitet auf alle Abschlüsse vor - Duales Lernen
Schulzeit bis zum Abitur beträgt 12 Jahre	Schulzeit bis zum Abitur beträgt 13 Jahre - Erläuterung der vielfältigen Wege
Höheres Lerntempo	Leistungsdifferenzierung
max. 32 Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen => weniger individuelle Förderungsmöglichkeit	max. 25-26 Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen => Förderung im Ganztag möglich
Probeyahr / Versetzung	Kein Probeyahr / keine Versetzung (freiwillige Wiederholung)
2. Fremdsprache ab Klasse 7	2. Fremdsprache optional
ggf. individuelle Angebote, die besondere Herausforderung darstellen (z.B. bilingualer oder mathematischer Schwerpunkt)	

ggf. zusätzliche Bemerkungen (s. Rückseite)

Schulleiterin/Schulleiter oder Beauftragte/Beauftragter

(Schulstempel)

Zur Vorlage bei der Erstwunschsche

**Bestätigung über das verpflichtende Beratungsgespräch
bei Wahl eines Gymnasiums mit einer Durchschnittsnote von 3,0 oder höher**

Ich bestätige, dass der/die Erziehungsberechtigte/n / Bevollmächtigte/n der
Erziehungsberechtigten

der Schülerin / des Schülers

(besuchte Grundschule _____)

an unserer Schule an dem verpflichtenden Beratungsgespräch gemäß § 56 Abs. 3 SchulG
teilgenommen hat/haben.

Unterschrift der Schulleiterin / des Schulleiters

Schule, SchulNr

Abstimmung mit dem bezirklichen Schulamt

zu den Kriterien im Benehmen:

zum Aufnahmeverfahren im Einvernehmen:

Genehmigt: SenBJF _____ :

Regionale Schulaufsicht

Festlegung der Auswahlkriterien bei Übernachtfrage (§ 6 Sek-I-VO)

Beschluss der
Schulkonferenz vom

1. Klassen der Jahrgangsstufe 7 gesamt

2. davon Klassen besonderer pädagogischer Prägung

(besondere Aufnahmeregeln
nach AufnahmeVO-SbP oder durch Schulversuchsgenehmigung)

3. Klassen, für die die festgelegten Kriterien gelten

Die von uns festgelegten Kriterien (Formblatt 2)

☐ gelten für alle unter 3. genannten 7. Klassen; Formblatt 2: 1 Seite

☐ unterscheiden sich für die jeweiligen Klassen; Formblatt 2:

je 1 Seite für Klassen mit gesonderten Kriterien
und für gesondertes Auswahlverfahren
1. und 2. Fremdsprache =

Seiten

Die Kriterien **Notensumme**, **Kompetenzen** und **Test** müssen den Ausprägungen des Schulprogramms (Profil) entsprechen. Das aktuelle Schulprogramm ist beigelegt. Das Profil ergibt sich aus folgender Passage des Schulprogramms (nicht nur als Leitbild):

Bitte geben Sie für jede Profilkategorie gesondert die Fundstelle im Schulprogramm an.

Für den Fall, dass mehrere Kriterien gewichtet werden, sind die Umrechnungen der Noten in Punktwerte für ein einheitliches Bewertungsraster auf der 2. Seite dokumentiert (auch bei nicht profilierten Klassen).

Datum, Unterschrift des Schulleiters/der Schulleiterin

Nur bei Wahl einer Gewichtung:

Profil <input type="text"/>	Umrechnung in ein einheitliches Bewertungsraster (Punkte)
<input type="checkbox"/> Durchschnittsnote (1,0 ... 6,0)	Note ____ bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Notensumme (2 ... 84, nach Zahl und Gewichtung der gewählten Fächer)	Notensumme bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Kompetenzen (Punktwert)	Umrechnung nicht erforderlich
<input type="checkbox"/> Test (Note 1 ... 6)	Note ____ = ____ Punkte; ...

Profil <input type="text"/>	Umrechnung in ein einheitliches Bewertungsraster (Punkte)
<input type="checkbox"/> Durchschnittsnote (1,0 ... 6,0)	Note ____ bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Notensumme (2 ... 84, nach Zahl und Gewichtung der gewählten Fächer)	Notensumme bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Kompetenzen (Punktwert)	Umrechnung nicht erforderlich
<input type="checkbox"/> Test (Note 1 ... 6)	Note ____ = ____ Punkte; ...

Profil <input type="text"/>	Umrechnung in ein einheitliches Bewertungsraster (Punkte)
<input type="checkbox"/> Durchschnittsnote (1,0 ... 6,0)	Note ____ bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Notensumme (2 ... 84, nach Zahl und Gewichtung der gewählten Fächer)	Notensumme bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Kompetenzen (Punktwert)	Umrechnung nicht erforderlich
<input type="checkbox"/> Test (Note 1 ... 6)	Note ____ = ____ Punkte; ...

Profil <input type="text"/>	Umrechnung in ein einheitliches Bewertungsraster (Punkte)
<input type="checkbox"/> Durchschnittsnote (1,0 ... 6,0)	Note ____ bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Notensumme (2 ... 84, nach Zahl und Gewichtung der gewählten Fächer)	Notensumme bis ____ = ____ Punkte; ...
<input type="checkbox"/> Kompetenzen (Punktwert)	Umrechnung nicht erforderlich
<input type="checkbox"/> Test (Note 1 ... 6)	Note ____ = ____ Punkte; ...

SchulNr

Schulname

Aufnahmekriterien bei Übernachtfrage, ab Schuljahr 2019/2020

Geltungsbereich

☐ alle Klassen außer Klassen besonderer pädagogischer Prägung, Anzahl: ☐ nicht profilierte Klassen, Anzahl: ☐ weitere Klassen☐ profilierte Klassen: , Anzahl: ☐ gesondertes Auswahlverfahren für ☐ 1. Fremdsprache Französisch ☐ 2. FremdspracheZahl der Plätze, die nach folgenden Kriterien vergeben werden sollen:

		Bei mehreren Kriterien																							
		<input type="checkbox"/> Reihenfolge der Kriterien	<input type="checkbox"/> Gewichtung der Kriterien (%)																						
<input type="checkbox"/> Durchschnittsnote der Förderprognose		(Note) <input type="text"/> bis <input type="text"/>	<input type="text"/>																						
<input type="checkbox"/> Schulartempfehlung <input type="checkbox"/> ISS <input type="checkbox"/> Gymnasium		<input type="text"/>	<input type="text"/>																						
<input type="checkbox"/> Notensumme von 2 Zeugnissen der Fächer entsprechend den Ausprägungen des Schulprogramms	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Fach</th> <th>doppelte Gewichtung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> </tbody> </table>	Fach	doppelte Gewichtung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/> bis <input type="text"/> (Notensumme)	<input type="text"/>												
Fach	doppelte Gewichtung																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="checkbox"/> Kompetenzen, die innerhalb oder außerhalb der Schule erworben wurden und den Ausprägungen des Schulprogramms entsprechen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nachweise für die gewählte Kompetenz</th> <th>Punkte</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> <tr><td><input type="text"/></td><td><input type="text"/></td></tr> </tbody> </table> maximal erreichbare Punktzahl <input type="text"/>	Nachweise für die gewählte Kompetenz	Punkte	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/> bis <input type="text"/> (Punkte)	<input type="text"/>
Nachweise für die gewählte Kompetenz	Punkte																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="text"/>	<input type="text"/>																								
<input type="checkbox"/> Test (profilbezogen)	<input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> praktische Übung Gegenstand des Tests <input type="text"/>	<input type="text"/> bis <input type="text"/> (Note)	<input type="text"/>																						

Auswahl bei gleicher Rangfolge der Bewerber ☐ durch Los ☐ nach Auswahlgespräch

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Lfd. Nr.	Wohn- bezirk	Grundsc hule	Name	Vorname (Kind)	Geschl echt männlic h weiblich (m/w)	geboren	Straße (Kind)	Haus- numme r Kind	PLZ (Kind)	Ort (Kind)	I-Staus Lernen, Sprache, Emsoz, Kömo, Aut, Hören, Sehen, GE
1	1	1	a			00.01.1900	a				0
1											
2											
3											
4											
5											
6											
7											
8											
9											
10											
11											
12											
13											
14											
15											
16											
17											
18											
19											
20											
21											

[illegible]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Lfd. Nr.	Wo hnb ezir	Grunds chule	Name	Vorname (Kind)	Geschl echt männlich weiblich (m/w)	geboren	Strasse (Kind)	Haus- num mer Kind	PLZ (Kind)	Ort (Kind)	Förder- prog- nose k	Durchsch nitlsnote der Förderpro gnose	1. Fremd- En	1. Fremd- Franz.	1. i-Status Lernen, Ge, Sprache, Emsoz, Kömo, Aut, Hören,	Harterfall H Geschwister G	Erstwunsch an die Schule	Entsch eidung Ja / Nein	Zweitwun sch an die Schule	Entsch eidung Ja / Nein	Drittwun sch an die Schule	Entsch eidung Ja / Nein	Schularb Y o
1	1	1	a	a		00.01.1900					0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	1	1	a	a		00.01.1900																	
1	1	1	a	a		00.01.1900																	
1	1	1	a	a		00.01.1900					0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	1	1	a	a		00.01.1900																	
2																							
3																							
4																							
5																							
6																							
7																							
8																							
9																							
10																							
11																							
12																							
13																							
14																							
15																							
16																							
17																							
18																							
19																							
20																							
21																							
22																							
23																							
24																							
25																							
26																							
27																							
28																							
29																							
30																							
31																							
32																							
33																							
34																							
35																							
36																							
37																							
38																							
39																							
40																							
41																							
42																							
43																							
44																							
45																							

Lfd. Nr.	Wo hrb ezir k	Schule	Name	Vorname (Kind)	Geschlecht echt männlich h weiblich h (m/w)	geboren	Geburtsort	Strasse (Kind)	Haus-numm (Kind)	PLZ (Kind)	Ort (Kind)	Förder-prog-nose K y	Durchsch-rittsnote der Fordepro-gnose	1. Fremdsprache En Franz.	1. Fremdsprache En Franz.	Name (Mutter)	Vorname (Mutter)	Name (Vater)	Vorname (Vater)	Übergang in die Regelklasse (Klassstufe 7)	Verbleib in Willkommenskasse
1	1	1	a	a		00.01.1900	a					0	0	0	0	a	a	a	a	0	0
1	1	1	a	a		00.01.1900	a									a	a	a	a		
1	1	1	a	a		00.01.1900	a									a	a	a	a		
1	1	1	a	a		00.01.1900	a					0	0	0	0	a	a	a	a	0	0
1	1	1	a	a		00.01.1900	a									a	a	a	a		
2																					
3																					
4																					
5																					
6																					
7																					
8																					
9																					
10																					
11																					
12																					
13																					
14																					
15																					
16																					
17																					
18																					
19																					
20																					
21																					
22																					
23																					
24																					
25																					
26																					
27																					
28																					
29																					
30																					
31																					
32																					
33																					
34																					
35																					
36																					
37																					
38																					
39																					
40																					
41																					
42																					
43																					
44																					
45																					

Ermittlung der Plätze, die nach Kriterien vergeben werden

Schul. Nr.	Schule	Anzahl der Klassen 7	Kapazität pro Klasse	Anzahl der max. Plätze
				0

Anzahl der Integrations- plätze	100% der Plätze	Härtefälle max. 10%	nach Kriterien min. 60%	Los max. 30%
	0	0	0	0

Datum

Unterschrift
Schule

Datum

Unterschrift
Schulbehörde

Hinweis zur Platzvergabe an Geschwisterkinder

(am Beispiel einer ISS, die als Auswahlkriterium die Durchschnittsnote der Förderprognose ansetzt)

Variante A – Alle Geschwisterkinder werden im Rahmen der „freien“ Härtefallplätze aufgenommen

1. Festlegung der Gesamtplatzzahl

Für eine 4-zügige Schule werden durch den Schulträger **100 Plätze** festgelegt (25 Plätze je Klasse).

2. Anmeldezahlen

Angemeldet werden **145 Kinder**, davon **10 mit** festgestelltem **sonderpädagogischen Förderbedarf**.

3. Vorab-Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Alle **10 Schülerinnen und Schüler** mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden aufgenommen (gemäß § 20 Absatz 2 SopädVO stehen pro Klasse 3 bis 4 Plätze für Integrationskinder zur Verfügung, insgesamt also 12 bis 16 Plätze).

4. Festlegen der Platzkontingente

Die sich danach ergebenden **90 Plätze** bilden 100%. Daraus ergibt sich gemäß § 56 Absatz 6 SchulG folgende Aufteilung:

- maximal 10% für besondere Härtefälle → 9 Plätze
- mindestens 60% für die Auswahl nach Aufnahmekriterien → 54 Plätze
- 30% für den Losentscheid → 27 Plätze.

Alle **135** verbleibenden **Schülerinnen und Schüler** werden in das folgende Verfahren einbezogen.

5. Entscheidung über die besonderen Härtefälle (9 Plätze)

Für **8 Bewerber/innen** wird ein Härtefall geltend gemacht. **2 Bewerber/innen** werden im Einvernehmen mit dem zuständigen bezirklichen Schulamt anerkannt und aufgenommen. Damit stehen von den ursprünglich 9 Plätzen für Härtefälle noch **7 Plätze** zur Verfügung. Diese Plätze werden, soweit erforderlich, an Geschwisterkinder vergeben, die nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach den von der Schule festgelegten Auswahlkriterien noch aufgenommen sind (in diesem Beispiel erfolgt die Auswahl anhand der Durchschnittsnote der Förderprognose, das Prinzip ist jedoch bei allen gemäß § 6 Absatz 3 Sek I-VO festgelegten Kriterien identisch).

6. Auswahlverfahren nach Kriterien (54 Plätze)

Die nach Berücksichtigung der 2 Härtefälle verbleibenden **133 Bewerber/innen** werden in das Auswahlverfahren einbezogen und entsprechend dem Auswahlkriterium „Durchschnittsnote“ in eine **Rangliste** gebracht. In unserem Beispiel können **50** der 54 Plätze mit Bewerber/innen mit den Durchschnittsnoten 1,0 bis 2,8 besetzt werden. 8 weitere **Bewerber/innen** haben die Durchschnittsnote 2,9; unter ihnen werden die **4** noch verfügbaren Plätze gelost. **79 Bewerber/innen** konnten bisher nicht berücksichtigt werden.

7. Vergabe der noch freien Härtefallplätze (7 Plätze)

Unter den noch nicht aufgenommenen **79 Bewerber/innen** sind **5 Geschwisterkinder**, die im Rahmen der bei der Platzvergabe an Härtefälle (Nummer 5) frei gebliebenen 7 Plätze aufgenommen werden. Damit sind alle angemeldeten Geschwisterkinder aufgenommen. Die im Härtefallkontingent unbesetzten **2 Plätze** werden gemäß § 56 Absatz 6 Nummer 1 SchulG dem kriterienorientierten Aufnahmekontingent (Nummer 6) zugeordnet und durch

Losentscheid unter den 4 noch nicht berücksichtigten **Bewerber/innen** mit der Durchschnittsnote 2,9 vergeben.

8. Losentscheid (27 Plätze)

Unter den **72** verbleibenden **Bewerber/innen** werden **27 Plätze** durch Losentscheid ermittelt und besetzt. **45 Bewerber/innen** können nicht in die Schule aufgenommen werden.

9. Organisation des Losentscheids

Der organisatorische Ablauf des Losentscheids ist mit dem Schulamt abzustimmen und zu dokumentieren. Erziehungsberechtigte von Bewerber/innen und Personen mit Bezug zur Schule (z. B. Mitglieder der Schulkonferenz) können als Beobachter anwesend sein. Es empfiehlt sich im Rahmen des Losverfahrens, weitere Plätze in eine durch das Los ermittelte Rangfolge zu bringen, um durch eine **Nachrückerliste** zügig Plätze vergeben zu können, die von aufgenommenen Schülerinnen und Schülern dann doch nicht in Anspruch genommen werden (weil sie z. B. in eine Schule in freier Trägerschaft wechseln).

Variante B – Zahl der Geschwisterkinder ist höher als die der „freien“ Härtefallplätze

1. bis 6. sowie 9. wie in Variante A

7. Vergabe der noch freien Härtefallplätze (7 Plätze)

Unter den noch nicht aufgenommenen **79 Bewerber/innen** sind **10 Geschwisterkinder**, von denen **7** im Rahmen der bei der Platzvergabe an Härtefälle (Nummer 5) frei gebliebenen aufgenommen werden.

8. Losentscheid (27 Plätze)

Vorab werden gemäß § 56 Absatz 6 Nummer 3 SchulG die **3 Geschwisterkinder** aufgenommen, die im Rahmen frei gebliebener Härtefallplätze nicht berücksichtigt werden konnten. Unter den **69** verbleibenden **Bewerber/innen** werden die nun noch zur Verfügung stehenden **24 Plätze** durch Losentscheid ermittelt und besetzt. **45 Bewerber/innen** können nicht in die Schule aufgenommen werden.

Variante C – Zahl der Geschwisterkinder ist höher als die der „freien“ Härtefallplätze und Losplätze

1. Festlegung der Gesamtplatzzahl

Eine 4-zügige Schule führt 2 Züge im Rahmen eines Schulversuchs oder als Schule besonderer pädagogischer Prägung, für die eigenständige Aufnahmebedingungen gelten und die daher hier unberücksichtigt bleiben. Für die **2 Regelzüge** werden durch den Schulträger **50 Plätze** festgelegt (25 Plätze je Klasse).

2. Anmeldezahlen

Für die Regelklassen angemeldet werden **145 Kinder**, davon **10 mit** festgestelltem **sonderpädagogischen Förderbedarf**.

3. Vorab-Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

8 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden aufgenommen (gemäß § 20 Absatz 1 SopädVO stehen pro Klasse bis zu 4 Plätze für Integrationskinder zur Verfügung, insgesamt also maximal 8 Plätze). Die Auswahl erfolgt durch die regionale Schulaufsicht der Erstwunschschule in Einvernehmen mit dem Schulträger gemäß § 33 Absatz 4 SopädVO. Die regionale Schulaufsicht der Erstwunschschulen informiert die Schulaufsicht der Zweitwunschschule über die **2** nicht aufgenommenen **Bewerber/innen**, die nicht in das weitere Auswahlverfahren der Schule einbezogen werden.

4. Festlegen der Platzkontingente

Die sich danach ergebenden **42 Plätze** bilden 100%. Daraus ergibt sich gemäß § 56 Absatz 6 SchulG folgende Aufteilung:

- maximal 10% für besondere Härtefälle → 4 Plätze
- mindestens 60% für die Auswahl nach Aufnahmekriterien → 26 Plätze
- 30% für den Losentscheid → 12 Plätze.

Alle **135 Schülerinnen und Schüler** ohne sonderpädagogischen Förderbedarf werden in das folgende Verfahren einbezogen.

5. Entscheidung über die besonderen Härtefälle (4 Plätze)

Für **8 Bewerber/innen** wird ein Härtefall geltend gemacht. **2 Bewerber/innen** werden im Einvernehmen mit dem zuständigen bezirklichen Schulamt anerkannt und aufgenommen. Damit stehen von den ursprünglich 4 Plätzen für Härtefälle noch **2 Plätze** zur Verfügung. Diese Plätze werden, soweit erforderlich, an Geschwisterkinder vergeben, die nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach den von der Schule festgelegten Auswahlkriterien noch aufgenommen sind (in diesem Beispiel erfolgt die Auswahl anhand der Durchschnittsnote der Förderprognose, das Prinzip ist jedoch bei allen gemäß § 6 Absatz 3 Sek I-VO festgelegten Kriterien identisch).

6. Auswahlverfahren nach Kriterien (26 Plätze)

Die nach Berücksichtigung der 2 Härtefälle verbleibenden **133 Bewerber/innen** werden in das Auswahlverfahren einbezogen und entsprechend dem Auswahlkriterium „Durchschnittsnote“ in eine **Rangliste** gebracht. In unserem Beispiel können **20** der 26 Plätze mit Bewerber/innen mit den Durchschnittsnoten 1,0 bis 1,8 besetzt werden. 8 weitere **Bewerber/innen** haben die Durchschnittsnote 1,9; unter ihnen werden die **6** noch verfügbaren Plätze gelöst. **107 Bewerber/innen** konnten bisher nicht berücksichtigt werden.

7. Vergabe der noch freien Härtefallplätze und Losentscheid (12 + 2 Plätze)

Unter den noch nicht aufgenommenen **107 Bewerber/innen** sind **18 Geschwisterkinder**. Für sie stehen noch **14 Plätze** zur Verfügung, nämlich 2 Plätze, die im Rahmen der bei der Platzvergabe an Härtefälle (Nummer 5) frei gebliebenen sind sowie 12 Plätze, die durch Losentscheid ermittelt und besetzt werden. Die 14 Plätze werden unter den 18 Geschwisterkindern durch **Losentscheid** vergeben. **4 Geschwisterkinder und 89 weitere Bewerber/innen** können nicht in die Schule aufgenommen werden.

Förderprognose

zum Übergang in die Sekundarstufe I

[§ 56 Schulgesetz vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26)
in Verbindung mit § 24 Absatz 2 Grundschulverordnung
vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 16), jeweils in der aktu-
ell geltenden Fassung]

Angaben zur Person

Vor- und Zunamen der Schülerin / des Schülers	<input type="checkbox"/> männlich	geboren am	Klasse
	<input type="checkbox"/> weiblich		

Beratungsgespräch zum weiteren Schulbesuch

Datum des Gesprächs	teilnehmende Lehrkraft	teilnehmende Erziehungsberechtigte
Die Schülerin / Der Schüler hat am Gespräch teilgenommen: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Anmerkungen (z. B. Gesprächsteilnahme Dritter, konkreter Schulwunsch, bestimmte Profile):		
<input type="checkbox"/> Gesprächsangebot vom _____ wurde nicht wahrgenommen.		

Leistungen

Die Durchschnittsnote wird gemäß § 24 Absatz 2 Grundschulverordnung errechnet. Bis zu einer Durchschnittsnote von 2,2 wird neben der Integrierten Sekundarschule auch das Gymnasium empfohlen.

Darüber hinaus ist bei entsprechend starker Ausprägung der Merkmale, die die Lernkompetenz kennzeichnen, bis zu einer Durchschnittsnote von höchstens 2,7 eine Gymnasialempfehlung möglich. Voraussetzung dafür ist, dass unter Berücksichtigung von Kompetenzen, Lernentwicklung, Begabungen und Neigungen der erfolgreiche Besuch des Gymnasiums erwartet werden kann. Diese Entscheidungen sind zu protokollieren.

Die Durchschnittsnote wird nicht (auf)gerundet, d. h. der Wert 2,59 wird zu 2,5. Für jedes zusätzlich oder nicht unterrichtete Fach ist der Standarddivisor (26) pro Halbjahr entsprechend dem Faktor des Faches um die Zahl „1“ oder „2“ zu erhöhen oder zu verringern.

Fach	Faktor	Jg. 5, 2. Hj.	Jg. 6, 1. Hj.	Ergebnis
Deutsch	2	· ()	+) =	0
Fremdsprache	2	· ()	+) =	0
Mathematik	2	· ()	+) =	0
Naturwissenschaften	2	· ()	+) =	0
Gesellschaftswissenschaften	2	· ()	+) =	0
Kunst	1	· ()	+) =	0
Musik	1	· ()	+) =	0
Sport	1	· ()	+) =	0
		· ()	+) =	0
		· ()	+) =	0
Summe:				0

weitere Erläuterungen in der begleitenden Information vom August 2018

Divisor

0

Notendurchschnitt:
3 , 0

Kompetenzen

In jeder Zeile ist das Feld anzukreuzen, das der/dem Beurteilten am besten entspricht.

Sie / Er	besonders ausgeprägt	gut ausgeprägt	durchschnittlich ausgeprägt	wenig ausgeprägt
erkennt grundlegende Prinzipien oder Regeln und wendet sie sachgerecht an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
plant und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
beherrscht Arbeitstechniken (markieren, nachschlagen, auswendig lernen ...).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
verfügt über einen sachbezogenen Ausdruck und einen reichhaltigen Wortschatz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitet strukturiert und verknüpft Wissensgegenstände.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
reflektiert den eigenen Lernprozess.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
stellt Arbeitsergebnisse ziel- und adressatengerecht dar (Präsentation).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitet kooperativ und arbeitsteilig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
erbringt Leistungen selbständig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Lernentwicklung, Begabungen, Neigungen, Bemerkungen

Über die bereits dokumentierten fachlichen Leistungen hinaus können Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen der Schülerin oder des Schülers (soweit bekannt auch außerschulischer Art) stichwortartig dargestellt werden. Darüber hinaus ist insbesondere auf sonderpädagogischen Förderbedarf, eine Hochbegabung, eine Eignung für den Besuch einer Schule mit einem besonderen Schwerpunkt sowie - mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten - auf Lese- und Rechtschreibschwierigkeit oder eine Rechenstörung hinzuweisen.

Ergebnis der Förderprognose für den Besuch der Sekundarstufe I

Auf der Grundlage der Leistungen und Kompetenzen sowie der Lernentwicklung, Begabungen und Neigungen erfolgt die optimale Förderung voraussichtlich an

☐ dem Gymnasium oder der Integrierten Sekundarschule. ☐ der Integrierten Sekundarschule.

Begründung der Förderprognose

Bei einer Durchschnittsnote von 2,3 bis 2,7 sind unterschiedliche Förderprognosen möglich. Nur in diesen Fällen muss die Förderprognose (stichwortartig) begründet werden.

Datum

Unterschrift der Schulleiterin / des Schulleiters

Unterschrift der Klassenlehrerin /des Klassenlehrers

Allgemeine Hinweise

zum Erstellen der Förderprognose in Jahrgangsstufe 6

Grundsätzliches

Der Vordruck ist nur mit den Unterschriften der Schulleiterin oder des Schulleiters und der Klassenlehrerin oder des Klassenlehrers gültig. Für Schulstempel und Unterschriften soll blaue Farbe verwendet werden.

Die Erziehungsberechtigten erhalten **zwei Exemplare der Förderprognose** (das Original für die Anmeldung und eine Kopie für die persönlichen Unterlagen) sowie den Anmeldebogen und das Informationsblatt zusammen mit dem Halbjahreszeugnis ausgehändigt. Im Anmeldebogen ist der Zeitraum für die Anmeldung an Schulen der Sekundarstufe I entsprechend den im jährlichen Informationsschreiben festgelegten Terminen bereits eingetragen. Auf dem Anmeldebogen ist ein holografischer Aufkleber anzubringen, der dem Kopierschutz dient. Die Anmeldung durch die Erziehungsberechtigten erfolgt nur an der Erstwunschschule.

Rubrik Leistungen

Zur Feststellung der Eignung sind die im zweiten Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 und im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 erbrachten Leistungen zu berücksichtigen. Bei der Berechnung der Durchschnittsnote werden die Fächer Deutsch, Fremdsprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften mit dem Faktor 2 verstärkt. Danach wird die Summe der Notenwerte - wenn alle genannten Fächer durchgehend benotet worden sind und kein zusätzliches Fach unterrichtet wurde - durch 26 geteilt (Standarddivisor). **Dieser Divisor verringert oder erhöht sich entsprechend der Anzahl der benoteten Fächer und muss entsprechend im Dokument verändert werden.**

Die Tabelle kann um weitere benotete Fächer ergänzt werden, etwa die Muttersprache Türkisch in Klassen der zweisprachigen deutsch-türkischen Alphabetisierung und Erziehung, die jeweilige nichtdeutsche Partnersprache an der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) oder Religion an konfessionellen Ersatzschulen. Die Muttersprache Türkisch wird wegen ihres Stundenumfangs doppelt berücksichtigt, also wird Faktor 2 eingetragen; der Standarddivisor ist in diesem Fall auf 30 zu ändern. An der SESB besteht folgende Besonderheit: Die Partnersprache wird als erste Fremdsprache doppelt, die in Jahrgangsstufe 5 beginnende zweite Fremdsprache einfach gewichtet. Dadurch muss der Standarddivisor auf 28 verändert werden.

Für jede zusätzlich erteilte Zeugnisnote erhöht, für jede nicht erteilte Zeugnisnote verringert sich der Standarddivisor um 1. Bitte beachten Sie: Sollte eines der Fächer Deutsch, Fremdsprache, Mathematik, Naturwissenschaften oder Gesellschaftswissenschaften nicht benotet worden sein, verringert sich abweichend davon der Standarddivisor um 2. Nicht benotete Felder sind zu entwerfen.

Bei Rückläuferinnen und Rückläufern aus dem Gymnasium werden zur Berechnung der Durchschnittsnote nur die Leistungen des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 6 herangezogen.

Rubrik Kompetenzen

Die Tabelle weist insgesamt zehn die Lernkompetenz kennzeichnende Merkmale aus. In jeder Zeile ist nur ein Feld anzukreuzen. Sofern zu einer Kompetenzbeschreibung keine Aussage gemacht werden kann, ist diese Zeile durchzustreichen.

Rubrik Lernentwicklung, Begabung, Neigungen, Bemerkungen

Auf außergewöhnliche Leistungen in einzelnen Fächern sowie auf Umstände, die einen Leistungsabfall erklären oder eine signifikante Leistungssteigerung erwarten lassen, kann hingewiesen werden. Mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten kann auch Bezug auf ein beigefügtes Gutachten oder das Ergebnis der Überprüfung des SIBUZ genommen werden.

Rubrik Begründung der Förderprognose

Sofern im Zwischenbereich (von 2,3 bis einschließlich 2,7) auch eine Prognose für das Gymnasium gegeben wird, ist zu beachten, dass die ausgewiesenen Lernkompetenzen mit der Empfehlung für diese Schulart korrespondieren müssen. So dürfte etwa eine solche Empfehlung für eine Schülerin oder einen Schüler mit Kompetenzen, die sich nicht oder nur vereinzelt im Bereich „gut ausgeprägt“ (oder besser) bewegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit ermessensfehlerhaft sein.

Bearbeitung am PC

Für die Bearbeitung am PC stehen ausfüllbare PDF-Formulare zur Verfügung. Es ist empfehlenswert, die neueste Version des Adobe Acrobat Reader auf Ihrem Computer zu installieren. **Speichern Sie jede neu zu erstellende Datei unter einem neuen Namen**, um unerwünschte Überschreibungen und Schäden durch Datenverluste zu minimieren! Erstellen Sie von der Originaldatei eine geschützte Sicherungskopie, um darauf ggf. wieder zurückgreifen zu können. Bei der Bearbeitung ist § 64 Absatz 2 Schulgesetz in Verbindung mit § 12 Absatz 6 Schuldatenverordnung zu beachten.

Bei der Anmeldung werden nur Originalvordrucke berücksichtigt!

Absender (Stempel der Grundschule)

Bitte füllen Sie diesen **Anmeldebogen** aus und geben ihn **mit der Förderprognose** innerhalb des nachstehend genannten Zeitraums an der als Erstwunsch benannten **Schule der Sekundarstufe I** ab!

Schul-Nr.:

Anmeldezeitraum für die Schulen der Sekundarstufe I

12. - 20. Februar 2019

Anmeldebogen für die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7)

Vor- und Zuname des Kindes		Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	
Wohnanschrift des Kindes		Wohnbezirk	Erste Fremdsprache
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Besteht im Schuljahr 2019/20 sonderpädagogischer Förderbedarf? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Wenn ja, im Förderschwerpunkt _____, eine Kopie des Feststellungsbescheides liegt bei.			

Ihr Kind wechselt in eine Schule der Sekundarstufe I. Das Ergebnis der Förderprognose der Grundschule für Ihr Kind mit der Durchschnittsnote _____ führt zu einer Empfehlung des Besuchs

☐ des Gymnasiums oder der Integrierten Sekundarschule. ☐ der Integrierten Sekundarschule.

(Datum)

(Unterschrift d. Schulleiterin/Schulleiters)

(Unterschrift d. Klassenlehrerin/-lehrers)

Mein / Unser Kind soll folgende öffentlichen Schule besuchen:

Name der zuerst gewünschten Schule (Erstwunsch)	Zweitwunsch
Drittwunsch	falls keine der gewünschten Schulen möglich, dann <input type="checkbox"/> Gymnasium <input type="checkbox"/> Integrierte Sekundarschule

Mein / Unser Kind soll ab Jahrgangsstufe 7 folgende zweite Fremdsprache lernen:

<input type="checkbox"/> bevorzugt:	<input type="checkbox"/> keine bevorzugte	<input type="checkbox"/> zunächst keine (nicht möglich beim Besuch des Gymnasiums)
<input type="checkbox"/> Die Aufnahme soll erfolgen, weil ein besonderer Härtefall vorliegt. Bitte fügen Sie die entsprechende Begründung dem Anmeldebogen bei.		
<input type="checkbox"/> Die Aufnahme soll erfolgen, weil bereits ein Geschwisterkind (siehe Informationsblatt) die Erstwunschschule besucht oder - für das kommende Schuljahr - dort für die Jahrgangsstufe 5 angemeldet wird:		

Name, Adresse und zurzeit besuchte Klasse des Geschwisterkindes

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Hologramm

Stempel der Erstwunschschule der Sekundarstufe I

Anmeldedatum

Schul-Nr.:

Elterninformationen zum Übergang aus Grundschulen in öffentliche Schulen der Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7)

Sehr geehrte Eltern,

bald wird Ihr Kind die Grundschule verlassen und eine weiterführende Schule besuchen.

Bei der Wahl der weiterführenden öffentlichen Schule können Sie - unabhängig von Ihrem Wohnort - einen Erst-, Zweit- und Drittwunsch angeben. **Dazu melden Sie Ihr Kind innerhalb des Anmeldezeitraums (12. – 20. Februar 2019) ausschließlich bei der von Ihnen zuerst gewünschten Schule (Erstwunschschule) an.** Mit der Anmeldung legen Sie den **ausgefüllten Anmeldebogen und die Förderprognose der Grundschule** vor. Beide Originalunterlagen sind Ihnen von der Grundschule Ihres Kindes zusammen mit diesem Schreiben überreicht worden.

Die Erstwunschschule nimmt Ihre Anmeldung nur bei Vorlage beider **Originalunterlagen** entgegen. Andernfalls wird Ihr Kind nicht im Auswahlverfahren für die Erst-, Zweit- und Drittwunschschule berücksichtigt, sondern erst im Anschluss daran nach Maßgabe freier Plätze.

Bitte beachten Sie bei der Auswahl der Schulen, dass Ihr Kind dort seine **in der Grundschule begonnene 1. Fremdsprache fortsetzen können muss**. Wird diese dort nicht angeboten, kann Ihr Kind grundsätzlich nicht in diese Schule aufgenommen werden.

Wenn Sie für Ihr Kind den Besuch eines Gymnasiums wünschen und die Durchschnittsnote der Förderprognose Ihres Kindes 3,0 oder höher ist, müssen Sie bis zum 15. Februar 2019 ein **Beratungsgespräch an einem Gymnasium** führen. Dieses Gespräch wird vom Gymnasium auf einem Formular dokumentiert, das Sie der Erstwunschschule vorlegen müssen. Ohne diesen Beleg wird Ihr Kind an keinem Gymnasium aufgenommen. Im Übrigen gilt:

Stehen an Ihrer Erstwunschschule genügend Plätze zur Verfügung, wird Ihr Kind ohne weiteres Auswahlverfahren aufgenommen.

Sollte es an Ihrer Erstwunschschule mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze geben, führt die Schule - unabhängig von der Reihenfolge der rechtzeitig abgegebenen Anmeldungen - ein Auswahlverfahren durch. Entsprechend den Regelungen des § 56 Schulgesetz sowie des § 6 Sekundarstufe I-Verordnung gilt für diesen Fall einer **Übernachfrage an der Erstwunschschule** folgendes Verfahren:

1. Zunächst werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie bis zu 10 % besondere Härtefälle berücksichtigt. Innerhalb des Härtefallkontingents nicht vergebene Plätze erhalten Schülerinnen und Schüler, die die Schule gemeinsam mit einem im selben Haushalt lebenden Kind besuchen werden (Geschwisterkinder) und bei der Kriterienauswahl nach folgender Nummer 2 nicht ausgewählt worden sind. Bitte beachten Sie, dass etwaige Härtefallgründe von Ihnen rechtzeitig geltend gemacht und belegt werden, um im Verfahren berücksichtigt werden zu können.
2. Danach werden mindestens 60 % der verfügbaren Plätze nach Kriterien vergeben, die die jeweilige Schule selbst festlegt und verantwortet. Die Zahl der nach Kriterien zu vergebenden Plätze kann sich erhöhen, wenn nicht alle für Härtefälle vorgesehenen Plätze benötigt werden. Zulässige Kriterien sind:
 - die Durchschnittsnote der Förderprognose,
 - die Übereinstimmung der Empfehlung in der Förderprognose mit der gewählten Schulart,
 - die Notensumme von bis zu vier Fächern der beiden letzten Halbjahreszeugnisse, die die Ausprägungen des Schulprogramms der Schule oder der jeweiligen Klasse kennzeichnen,
 - Kompetenzen der Schülerin oder des Schülers, die auch außerhalb der Schule erworben sein können und den Ausprägungen des Schulprogramms der Schule oder der jeweiligen Klasse entsprechen,
 - das Ergebnis eines profilbezogenen einheitlichen Tests in schriftlicher oder mündlicher Form oder in Form einer praktischen Übung.

Die Schule kann in ihrem Auswahlverfahren auch mehrere dieser Kriterien kombinieren und in eine Rangfolge bringen oder prozentual gewichten. Sie kann auch für einzelne profilierte Klassen besondere Kriterien festlegen.

Welche Kriterien die von Ihnen gewünschte Schule bei der Auswahl im Falle einer Übernachtung berücksichtigt, erfahren Sie in der weiterführenden Schule und zumeist auch online im Schulportrait des aus unserer Homepage geführten Schulverzeichnisses (<https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/berliner-schulen/schulverzeichnis>).

3. Die verbleibenden 30 % der an der Schule verfügbaren Plätze werden unter den angemeldeten Schülerinnen und Schülern durch Losentscheid vergeben. Dabei werden Geschwisterkinder vorrangig berücksichtigt, wenn sie nicht bereits nach den Nummern 1. und 2. aufgenommen wurden.

Bitte beachten Sie, dass abweichend davon für Schulen oder einzelne Klassen, die Schulversuche durchführen oder als Schule besonderer pädagogischer Prägung anerkannt sind (z. B. Gemeinschaftsschulen, Schulfarm Insel Scharfenberg, SESB), zumeist andere Auswahlkriterien und Zugangsvoraussetzungen („**Spezialklassen**“) gelten, über die die jeweilige Schule gern informiert.

Sofern Sie Ihr Kind an einer Schule anmelden, die neben solchen „Spezialklassen“ auch Regelklassen führt (insbesondere die SESB und mathematisch bzw. naturwissenschaftlich profilierte Gymnasien), müssen Sie auf dem Anmeldebogen zu erkennen geben, für welche dieser Klassen die Anmeldung gilt. Sie können Ihr Kind natürlich sowohl für die Regel- wie für die Spezialklassen anmelden, müssen dafür aber - getrennt voneinander - zwei Schulwünsche einsetzen.

Falls Ihr Kind an der Erstwunschschule keinen Platz erhält, wird vom Schulamt geprüft, ob an der von Ihnen gewünschten **Zweitwunschschule** noch freie Plätze bestehen. Sollten genügend freie Plätze für alle Zweitwünsche zur Verfügung stehen, werden alle Kinder aufgenommen. Wenn jedoch die Zahl der Zweitwünsche die der noch verfügbaren Plätze überschreitet, werden **vorrangig Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, deren Wohnort im Bezirk der Schule liegt**. Dabei werden die Plätze nach der Durchschnittsnote der Förderprognose vergeben. Ist auch dabei keine Aufnahme Ihres Kindes möglich, wiederholt sich das für die Zweitwunschschule beschriebene Verfahren an der Drittwunschschule. Nach Abschluss dieses Verfahrens werden Sie darüber informiert, an welcher Schule Ihr Kind aufgenommen wird.

In den seltenen Fällen, in denen für Ihr Kind an keiner der von Ihnen gewünschten Schulen ein Platz zur Verfügung steht, **benennt Ihnen das Schulamt des Wohnbezirks eine Schule mit noch freien Plätzen** entsprechend der Schulart Ihrer Wahl. Diese Schule kann auch in einem anderen Bezirk liegen. Sie können diesen Schulplatz annehmen, haben aber weiterhin die Möglichkeit, eine andere Schule zu suchen, die ebenfalls genügend freie Plätze hat, um Ihr Kind aufzunehmen.

Zur Orientierung über den Ablauf des Aufnahmeverfahrens dient nachstehender Tabelle:

am 01.02.2019	Ausgabe der Halbjahreszeugnisse zusammen mit der Förderprognose und dem Anmeldebogen durch die Grundschule
12.02. bis 20.02.2019	Anmeldung an der Erstwunschschule durch die Erziehungsberechtigten (Abgabe des Anmeldebogens und des Originals der Förderprognose)
bis 10.04.2019	Durchführung des Auswahlverfahrens an der Erstwunschschule
am 17.05.2019	Versand der Bescheide über die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in die erst-, zweit- oder drittgewünschte Schule an die Erziehungsberechtigten
bis 29.05.2019	sofern noch keine Aufnahme erfolgte, benennt das Schulamt des Wohnortes eine aufnahmefähige Schule; danach erfolgt ggf. die Zuweisung an eine Schule

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an Ihre Grundschule oder die für Sie in Frage kommenden weiterführenden Schulen.

Bitte beachten Sie, dass **Privatschulen** an diesem Aufnahmeverfahren nicht teilnehmen und der Anmeldebogen nur für öffentliche Schulen gilt; sofern Sie den Besuch einer Privatschule erwägen, wenden Sie sich bitte direkt an die betreffende Schule.

An alle öffentlichen **Grundschulen, Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt** und **Schulen der Sekundarstufe I**, die Schulaufsichten in den Außenstellen, die für Schule zuständigen Bezirksstadträte/innen, die Leitungen der bezirklichen Schulämter, die Leitungen der SIBUZ
nachrichtlich: alle Schulpraktischen Seminare und alle allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft

www.berlin.de/sen/bjf/

Geschäftszeichen II D 3
 Bearbeitung Dr. Eva Heesen
 Zimmer 5B06
 Telefon 030 90227 6356
 Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
 Fax +49 30 90227 6163
 eMail eva.heesen@senbjf.berlin.de

Datum 21.09.2018

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 6 / 2018

Übergang von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 5 an Schulen der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2019/20

1. Gültigkeit, Datenübermittlung und Anlagenübersicht

Für den Übergang zum Schuljahr 2019/20 von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 5 der **öffentlichen** Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen gelten die nachstehend dargestellten Verfahrenshinweise und Termine. Alle am Verfahren teilnehmenden Schulen sind mit ihrem jeweiligen Profil in Anlage 1 aufgeführt.

Für die Aufnahme in die 5. Klassen der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik sowie die Eliteschulen des Sports gilt diese Verwaltungsvorschrift nur hinsichtlich des Anmeldezeitraums; es handelt sich dabei nicht um einen Übergang in Klassen der Sekundarstufe I, sondern um einen Wechsel innerhalb der Grundstufe.

Diese Verwaltungsvorschrift gilt ebenfalls nicht für die beiden Staatlichen Internationalen Schulen, da deren in Jahrgangsstufe 5 gebildeten Klassen nur hochmobilen Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Seiteneinstiegs zur Verfügung stehen und insofern kein Übergang aus der Grundschule stattfindet.

Zur Sicherung der Einhaltung der Termine und der verlässlichen Datenübermittlung ist von den Schulen das von den Schulträgern (bezirkliche Schulämter; bei zentral verwalteten Schulen SenBJF, Referat I E) beigelegte, einheitlich festgelegte Muster (Anlage 2) zu verwenden.

Anlagen

Anlage 1 Liste der teilnehmenden Schulen

Anlage 2 Datenübermittlung der Anmeldungen an Schulträger

Anlage 3 Meldung an SenBJF (Anmeldezahlen der Schulen)

Anlage 4 Schul 195 Musterschreiben Information an Eltern (Eignung)

Anlage 5 Schul 196 Musterschreiben Information an Eltern (keine Eignung)

Anlage 6 Schul 191 (Förderprognose)

Anlage 7 Hinweise zu Schul 191

Anlage 8 Schul 191a (Anmeldebogen)

Anlage 9 Schul 191b (Elterninformation zum Übergangsverfahren)

2. Festlegung der Aufnahmekapazität

Die Anzahl der grundständigen Züge, die maximal an den einzelnen Schulen eingerichtet werden, darf die Festlegungen der Aufnahmeverordnung in Schulen besonderer pädagogischer Prägung bzw. den Schulversuchsgenehmigungen nicht übersteigen. Aus diesen Festlegungen ergeben sich auch ggf. abweichende Frequenzvorgaben. Veränderungen bei der Einrichtung altsprachlicher Züge bedürfen gemäß § 12 Absatz 1 Sek I-VO der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde.

3. Verfahrensschritte an den Grundschulen

bis 09.11.2018	Die Grundschule informiert die Erziehungsberechtigten über die Anmeldetermine bei einem möglichen Wechsel in eine 5. Klasse einer Schule der Sekundarstufe I. Sie informiert dabei auch über die vorgezogene Anmeldung zur Teilnahme am Testverfahren (für die Aufnahme an einem Schnelllerner gymnasium, dem Französischen Gymnasium und den Musikgymnasien).
bis 14.12.2018	Die Erziehungsberechtigten , die den Übergang ihres Kindes in eine 5. Klasse einer Schule der Sekundarstufe I beabsichtigen, teilen dies der Klassenlehrerin/dem Klassenlehrer der Grundschule mit. <i>Achtung: Dies ist <u>keine</u> Ausschlussfrist! Kinder von Eltern, die danach einen Wechselwunsch äußern, sind ebenfalls in das Verfahren einzubeziehen.</i>
vom 14.01. bis 24.01.2019	Hinweis: Die Erziehungsberechtigten, die für ihr Kind den Besuch einer Schnelllernerklasse wünschen, melden ihr Kind für die Testung an dem gewünschten Standort an.
bis 31.01.2019	Die Grundschulen führen Beratungsgespräche mit allen Erziehungsberechtigten der Jahrgangsstufe 4 durch, die den Übergang ihres Kindes in eine 5. Klasse einer Schule der Sekundarstufe I beabsichtigen.
am 01.02.2019	Die Grundschulen geben die Halbjahreszeugnisse der Jahrgangsstufe 4 zusammen mit der Förderprognose Schul 191, dem mit einem Hologramm gekennzeichneten Original-Anmeldebogen Schul 191a und der Elterninformation Schul 191 b aus.
vom 04.02. bis 08.02.2019	Winterferien

Dieses Verfahren ist an **Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, die zielgleich nach dem Rahmenlehrplan der Grundschule unterrichten**, analog durchzuführen; anders als beim Wechsel in Regelzüge in Jahrgangsstufe 7 ist der Übergang in Jahrgangsstufe 5 an eine spezifische Eignung gebunden, so dass kein gesondertes Aufnahmeverfahren für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorab durchgeführt wird.

Allerdings werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die die Aufnahmekriterien erfüllen, bei gleicher Eignung - im Rahmen der Frequenzfestlegung des § 20 Absatz 1 SopädVO - vorrangig aufgenommen.

4. Verfahrensschritte zur Aufnahme an Schulen der Sekundarstufe I, die grundständige Züge einrichten

Erziehungsberechtigte, die ihr Kind an einer **Schule mit unterschiedlichen Profilen** anmelden (Hans-Carossa-, Eckener- und Melanchthon-Gymnasium), müssen eines der Profile präferieren, um eine sichere Zuordnung zu ermöglichen. Sofern für sie beide Profile in Frage kommen, benennen sie das andere Profil als Zweit- oder Drittwunsch.

Die Durchführung von Aufnahmetests außerhalb geregelter Verfahren ist **nicht** zulässig. Sofern nicht ausdrücklich vorgesehen, dürfen auch keine Aufnahme-, sondern lediglich Beratungsgespräche geführt werden.

Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass **Ersatzschulen** den Anmeldebogen weder verlangen noch einbehalten dürfen, da damit **keine** Anmeldung an Ersatzschulen zulässig ist.

Die **Schulträger** gestalten das Verfahren und die Zusammenarbeit mit den Schulen weitgehend **selbständig**. Da die Schulträger die rechtliche Verantwortung für die Aufnahmeentscheidungen tragen, sind alle schulischen Entscheidungen rechtzeitig mit ihnen abzustimmen.

Bei der Übermittlung der Daten sind die maßgebenden **datenschutzrechtlichen Bestimmungen** einzuhalten.

vom 14.01. bis 24.01.2019	Die Erziehungsberechtigten , die für ihr Kind den Besuch einer Schnelllernerklasse wünschen, melden ihr Kind für die Testung an dem gewünschten Standort an.
am 26.01.2019	An den Schulen der dafür vorgesehenen Standorte wird der standardisierte Test für die Aufnahme in Schnelllernerklassen zeitgleich durch die Schulpsychologie durchgeführt. <i>(Schnelllerner-schulen stellen eine Lehrkraft je 15 Schüler/innen)</i>
am 31.01.2019	Die Schulen mit Schnelllernerzügen informieren die Erziehungsberechtigten gemäß Musterschreiben (Anlage 3 oder 4) über das Testergebnis ihres Kindes.
vom 04.02. bis 08.02.2019	Winterferien
bis 15.02.2019	Interessierte Erziehungsberechtigte melden ihr Kind an den Musikgymnasien und am Französischen Gymnasium für die Testung an.
bis 23.02.2019	Die Musikgymnasien und das Französische Gymnasium führen ihre Aufnahmetests durch.
bis 27.02.2019	Die Musikgymnasien und das Französische Gymnasium informieren die Erziehungsberechtigten gemäß Musterschreiben (Anlage 4 oder 5) über die Eignung oder Nichteignung ihres Kindes (ggf. mit Angabe des Testergebnisses).
vom 01.03. bis 07.03.2019	Die Erziehungsberechtigten melden ihr Kind an bis zu drei Wunschschulen an, zuerst an der Erstwunschschule, die das Original des vollständig ausgefüllten Anmeldebogens behält. Diese Schule erstellt für die Zweit- und Drittwunschschule eine Kopie und kennzeichnet die (bis zu zwei) Ausfertigungen mit ihrem Schulstempel. Mit den gekennzeichneten Kopien melden sich die Erziehungsberechtigten an ihrer Zweit- und ggf. Drittwunschschule an. Die Schulen sind verpflichtet, diese Anmeldebögen anzunehmen und die Bewerber/innen an den vorgesehenen Testverfahren teilnehmen zu lassen.

am 07.03.2019	Die Schulen melden ihrem Schulträger mit Anlage 3 die Anmeldungen an ihrer Schule mit Erst-, Zweit- und Drittwunsch.
bis 08.03.2019	Die Schulträger melden SenBJF I D die Anmeldungen mit Anlage 3.
am 08.03.2019	Die naturwissenschaftlich profilierten Schulen führen den standardisierten Aufnahmetest durch.
am 11.03.2019	Die mathematisch-naturwissenschaftlich profilierten Schulen führen den standardisierten Aufnahmetest durch.
bis 29.03.2019	Die Erstwunschschulen führen mit allen Erstwunschbewerbern und -bewerberinnen (ergänzende) Eignungs- und Aufnahmegespräche; dies gilt entsprechend auch für Zweit- und Drittwunschbewerbungen, sofern absehbar ist, dass nicht alle Plätze mit Erstwunschbewerbungen belegt werden.
bis 01.04.2019	<p>Die Erstwunschschulen beenden ihre Aufnahmeverfahren.</p> <p>a) An Schulen <u>ohne</u> Mindesteignung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Besteht keine Übernachtfrage, werden alle Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt. 2. Bei Übernachtfrage wird eine Rangfolge aufgrund der anzuwendenden Kriterien erstellt und Bewerbungen werden entsprechend der verfügbaren Platzzahl berücksichtigt. <p>b) An Schulen <u>mit</u> Mindesteignung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Besteht keine Übernachtfrage an <u>geeigneten</u> Bewerberinnen und Bewerbern, werden alle geeigneten Bewerbungen berücksichtigt. 2. Bei Übernachtfrage <u>geeigneter</u> Bewerberinnen und Bewerber wird eine Rangfolge aufgrund der anzuwendenden Kriterien erstellt und Bewerbungen werden entsprechend der verfügbaren Platzzahl berücksichtigt. <p>Alle Erstwunschschulen übermitteln ihrem Schulträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Unterlagen für das gesamte Auswahlverfahren mit der Dokumentation der Auswahlentscheidungen und - informieren über eventuell noch freie oder bereits vollständig ausgeschöpfte Kapazitäten. <p><i>Es erfolgt noch keine Information an Grundschulen und Eltern!</i></p>
bis 02.04.2019	<p>Alle Schulträger informieren sich gegenseitig über noch bestehende Aufnahmemöglichkeiten an Schulen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich und SenBJF I D über die Anzahl der 1.Wunschaufnahmen mit Anlage 3.</p> <p>Die Schulträger der Erstwunschschulen informieren die Schulträger der Zweitwunschschulen über die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber im Erstwunschverfahren.</p>
bis 04.04.2019	Die Schulträger der Zweitwunschschulen informieren die Zweitwunschschulen in ihrem Zuständigkeitsbereich mit noch freien Plätzen über die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber im Erstwunschverfahren.

bis 08.04.2019	<p>Die Zweitwunschsschulen entscheiden über die Aufnahme nach ihren schulspezifischen Kriterien und übermitteln ihrem Schulträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Unterlagen für das Auswahlverfahren bei Zweitwünschen mit der Dokumentation der Auswahlentscheidungen und, - informieren ihn über eventuell noch freie oder bereits vollständig ausgeschöpfte Kapazitäten. <p>Sie führen - wenn nicht bereits im Erstwunschverfahren erfolgt - ggf. noch spezifische Eignungsverfahren durch.</p>
bis 09.04.2019	<p>Die Schulträger der Zweitwunschsschulen informieren die Schulträger der Erstwunschs</p> <p>schulen über die Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerberinnen und Bewerber und SenBJF I D über die Anzahl der 2. Wunschaufnahmen mit Anlage 3.</p> <p>Alle Schulträger informieren sich gegenseitig über noch bestehende Aufnahmemöglichkeiten an Schulen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich.</p>
bis 10.04.2019	<p>Die Schulträger der Erstwunschsschulen informieren die Schulträger der Drittwunschs</p> <p>schulen, die noch über freie Plätze verfügen, über die nicht berücksichtigten Bewerber/innen.</p>
bis 11.04.2019	<p>Die Schulträger der Drittwunschsschulen informieren die Drittwunschs</p> <p>schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich, die noch über freie Plätze verfügen, über die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber im Zweitwunschverfahren.</p>
bis 12.04.2019	<p>Die Drittwunschsschulen entscheiden über die Aufnahme gemäß ihrer schulspezifischen Kriterien und übermitteln ihrem Schulträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Unterlagen für das Auswahlverfahren bei Drittwünschen mit der Dokumentation der Auswahlentscheidungen und - informieren ihn über eventuell noch freie Kapazitäten. <p>Sie führen - wenn nicht bereits im Erst- oder Zweitwunschverfahren erfolgt - ggf. noch spezifische Eignungsverfahren durch.</p>
vom 15.04. bis 26.04.2019	Osterferien
bis 18.04.2019	<p>Die Schulträger der Drittwunschsschulen</p> <ul style="list-style-type: none"> - informieren die Schulträger der Erstwunschsschulen über Aufnahme oder Nichtaufnahme der Bewerberinnen und Bewerber. - Informieren SenBJF I D über die Anzahl der aufgenommenen Bewerberinnen und Bewerber und über die Anzahl der freien Plätze mit Anlage 3. - übermitteln an alle Schulträger und SenBJF I D eine Liste mit allen notwendigen Angaben der Schulen, die noch freie Plätze haben.
am 30.04.2019	<p>Alle Schulträger stimmen im Rahmen der Ausgleichskonferenz zur Aufnahme in Jahrgangsstufe 7 die Liste der Schulen mit noch freien Plätzen in Jahrgangsstufe 5 ab.</p>
bis 06.05.2019	Alle Schulen übersenden ihrem Schulträger die Aufnahmebescheide.

5. Abschluss des Aufnahmeverfahrens

am 17.05.2019	<p>Die Schulträger der aufnehmenden Schulen übersenden den Erziehungsberechtigten den Aufnahmebescheid ihrer Erst-, Zweit- oder Drittwunschschule.</p> <p>Die Schulträger der Erstwunschschulen</p> <ul style="list-style-type: none">- übersenden den Erziehungsberechtigten die Bescheide über die Nichtaufnahme an der Erstwunschschule und ggf. die Information über die Nichtberücksichtigung bei der Zweit- und Drittwunschschule und- informieren diejenigen Eltern, deren Kinder an keiner ihrer Wunschschulen einen Platz erhalten haben, über Schulen mit noch freien Plätzen.
bis 27.05.2019	<p>Bewerberinnen und Bewerber, die an keiner ihrer Wunschschulen einen Platz erhalten haben, können sich an Schulen mit noch freien Plätzen anmelden, sofern sie die erforderlichen Aufnahmevoraussetzungen erfüllen und einen Ablehnungsbescheid für ihre Wunschschulen vorlegen. Dabei können an Schnelllernerghymnasien auch Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden, die den Aufnahmetest bestanden haben, aber bei der Bewertung durch die Grundschule nur drei oder vier Punkte erreicht haben (§ 15 Absatz 6 AufnahmeVO-SbP).</p> <p><i>Achtung: Die Reihenfolge der Anmeldung ist kein zulässiges Aufnahmekriterium!</i></p>
am 31.05.2019	Die Schulen der Sekundarstufe I entscheiden über die Vergabe ihrer noch freien Plätze und teilen dies den Erziehungsberechtigten mit.
am 03.06.2019	Die Schulen der Sekundarstufe I melden den Grundschulen unmittelbar alle aufgenommenen Schülerinnen und Schüler.

Eine Änderung der benannten Wunschschulen durch die Erziehungsberechtigten ist bis zum letzten Tag des Anmeldezeitraums möglich, sofern die Bewerberinnen und Bewerber noch nicht an einem für die Aufnahme in dieser Schule/diesen Schulen maßgeblichen Testverfahren teilgenommen haben. Eine solche Änderung erfolgt über die Erstwunschschule. Die Erziehungsberechtigten ändern dazu den Originalanmeldebogen, zeichnen die Änderung ab und melden sich an den neu gewählten Schulen an. Die Erstwunschschule stellt neue Kopien aus und informiert ihren Schulträger und die Schulen, die nicht mehr gewählt worden sind.

Sofern die Erziehungsberechtigten die Erstwunschschule wechseln, händigt die bisherige Erstwunschschule den Erziehungsberechtigten den Originalbogen aus. Nicht mehr benötigte Kopien sind ungültig zu machen.

Die **Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Ersatzschulen, anderen Bundesländern und dem Ausland** wird in einer gesonderten Verwaltungsvorschrift geregelt, die gesondert mit dem dazugehörigen Formular (Schul 193) übersandt wird.

Im Auftrag


Thomas Duveneck

Übersicht der Schulen mit 5. Klassen der Sekundarstufe I

Profil	Schulnummer	Schule	Anzahl Klassen in JG 5
Altsprachliche Klassen	03Y04	Heinrich-Schliemann-Gymnasium	2
	04Y06	Heinz-Berggruen-Gymnasium	2
	04Y11	Goethe-Gymnasium	4
	05Y02	Kant-Gymnasium	1
	06Y01	Schadow-Gymnasium	2
	06Y03	Arndt-Gymnasium Dahlem	1
	06Y13	Gymnasium Steglitz	4
	07Y07	Eckener-Gymnasium	1
	11Y09	Barnim-Gymnasium	2
	12Y02	Europäisches Gymnasium Bertha-von-Suttner	3
Bilinguale Klassen	03Y14	Primo-Levi-Gymnasium	2
	05Y03	Hans-Carossa-Gymnasium	1
	07Y02	Rückert-Gymnasium	2
	11Y02	Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium	2
	12Y07	Romain-Rolland-Gymnasium	2
	12Y01	Friedrich-Engels-Gymnasium	2
Französisches Gymnasium	01Y07	Französisches Gymnasium	3
Japanisch	07K03	Gustav-Heinemann-Schule	1
Mathematisch-naturwissenschaftlich profilierte Klassen	02Y01	Andreas-Gymnasium	1
	02Y03	Heinrich-Hertz-Gymnasium	2
	03Y03	Käthe-Kollwitz-Gymnasium	2
	04Y05	Herder-Gymnasium	2
	11Y11	Immanuel-Kant-Gymnasium	1
Musikprofilierte Klassen	01Y04	Musikgymnasium Carl Philipp Emanuel Bach	1
	02Y04	Georg-Friedrich-Händel-Gymnasium	2
	10Y11	Melanchthon-Gymnasium	1
Naturwissenschaftlich profilierte Klassen	04Y08	Hildegard-Wegscheider-Gymnasium	1
	05Y01	Freiherr-vom-Stein-Gymnasium	1
	07Y07	Eckener-Gymnasium	1
	09Y11	Emmy-Noether-Gymnasium	1
	10Y11	Melanchthon-Gymnasium	1
Naturwissenschaftliche Klasse	05Y03	Hans-Carossa-Gymnasium	1
Schnelllernerklassen	01Y08	Lessing-Gymnasium	2
	02Y05	Dathe-Gymnasium	2
	03Y10	Rosa-Luxemburg-Gymnasium	3
	06Y05	Werner-von-Siemens-Gymnasium	2
	08Y01	Albrecht-Dürer-Gymnasium	2
	10Y02	Otto-Nagel-Gymnasium	2
	12Y03	Humboldt-Gymnasium	2

[illegible]

Einrichtung Schuljahr 2019/20 Jahrgangsstufe 5 an Schulen der Sekundarstufe I

Anlage 3
03.09.2018

Bezirk	Schul-Nr.	Schulname	Schulisches Angebot	Kapazität		Anmeldungen (Termin: 08.03.)			Aufnahme nach				Freie Plätze Kap.- minus Aufnahme	Bemerkungen
				Kl.	Sch.	1. Wunsch	2. Wunsch	3. Wunsch	1. Wunsch 02.04. 10	2. Wunsch 09.04. 11	3. Wunsch 18.04. 12	1. bis 3. Wunsch 13		
1	2			5	6									
						7	8	9						
Mi	01Y07	Französisches Gymnasium	Französisch	3	90							0	90	
	01Y08	Lessing-Schule (Gymnasium)	Schnellerner	2	60							0	60	
	02Y01	Andreas-Schule (Gymnasium)	math.-nat.	1	30							0	30	
Fr-Kr	02Y03	Heinrich-Hertz-Oberschule	math.-nat.	2	60							0	60	
	02Y04	Georg-Friedrich-Herder-Oberschule	musikbeorient.	2	60							0	60	
	02Y05	Dalke-Oberschule	Schnellerner	2	60							0	60	
Pa	03Y03	Käthe-Kollwitz-Oberschule	math.-nat.	2	60							0	60	
	03Y04	Heinrich-Schliemann-Oberschule	alsprachlich	2	64							0	64	
	03Y10	Rosa-Luxemburg-Oberschule	Schnellerner	3	90							0	90	
	03Y14	Primo-Levi-Schule (Gymnasium)	bilingual Englisch	2	60							0	60	
	04Y05	Harder-Oberschule	math.-nat.	2	60							0	60	
	04Y06	Heinz-Berggauen-Schule (Gymnasium)	alsprachlich	2	64							0	64	
Ch-Wf	04Y08	Hildegard-Wegscheider-Oberschule	nat. - math.	1	30							0	30	
	04Y11	Goethe-Gymnasium	alsprachlich	4	128							0	128	
	05Y01	Freiherr-vom-Stein-Gymnasium	nat. - math.	1	30							0	30	
Sp	05Y02	Kant-Gymnasium	alsprachlich	1	32							0	32	
	05Y03	Hans-Carossa-Gymnasium	bilingual Englisch	1	30							0	30	
	06Y01	Schadow-Gymnasium	alsprachlich	2	64							0	64	
St-Zd	06Y03	Arndt-Gymnasium Ehlern	alsprachlich	1	32							0	32	
	06Y05	Werner-von-Siemens-Oberschule	Schnellerner	2	60							0	60	
	06Y13	Gymnasium Sieglitz	alsprachlich	4	128							0	128	
Te-Sch	07Y02	Rückert-Oberschule	bilingual Franz./AbiBac	2	60							0	60	
	07Y07	Eckener-Oberschule	alsprachlich	1	32							0	32	
	07K03	Gustav-Heinemann-Oberschule	nat. - math.	1	30							0	30	
Nk	08Y01	Albrecht-Dürer-Schule (Gymnasium)	japanisch	1	30							0	30	
Tr-KG	09Y11	Emmy-Noether-Schule (Gymnasium)	Schnellerner	2	60							0	60	
Ma-He	10Y02	Otto-Nagel-Gymnasium	nat. - math.	1	30							0	30	
	10Y11	Melanchthon-Schule (Gymnasium)	Schnellerner	2	60							0	60	
	11Y02	Johann-Gottfried-Herder-Oberschule	musikbeorient.	1	32							0	32	
Li	11Y09	Berlin-Oberschule	nat. - math.	1	30							0	30	
	11Y11	Immanuel-Kant-Schule	bilingual Englisch	2	64							0	64	
	12Y01	Friedrich-Engels-Oberschule	alsprachlich	2	60							0	60	
Rd	12Y02	Bertha-von-Sulthner-Oberschule	math.-nat.	2	60							0	60	
	12Y03	Humboldt-Oberschule	bilingual Spanisch	3	96							0	96	
	12Y07	Roman-Rolland-Oberschule	Schnellerner	2	60							0	60	
Summe			bilingual Franz./AbiBac	2	60							0	60	
				69	2.118							0	2.118	
				38								0,0%		

nach 1, 2, u. 3. W. übermachtenfrage Schulen
nach 1, 2, u. 3. W. stark untermachtenfrage Schulen

nach 1. W. übermachtenfrage
0,0%

(Schullogo)

Frau / Herr

☐ Berlin, den 31. Januar 2019

☐ Berlin, den _____ 2019

Liebe Eltern,

ich beziehe mich auf die Teilnahme

☐ Ihrer Tochter _____

☐ Ihres Sohnes _____

am vorgezogenen Testverfahren an unserer Schule.

Die Auswertung des Testverfahrens bzw. der Eignungsprüfung hat ergeben, dass Ihr Kind für den Besuch

☐ einer Schnelllernerklasse - es hat _____ Punkte erzielt -

☐ unseres Musikgymnasiums

☐ des Französischen Gymnasiums

geeignet ist.

Die (erfolgreiche) Teilnahme am Test bindet Sie bei der Anmeldung weder an dieses Profil noch an eine bestimmte Schule. Sie ist auch keine Aufnahmezusage, sondern dient Ihrer Information für den Fall, dass Sie Ihr Kind für den Besuch einer grundständigen Klasse anmelden wollen.

Verbindliche Anmeldungen sind nur vom 1. bis 7. März 2019 zulässig.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift Schulleiterin/Schulleiter)

Schulstempel
(Stempelfarbe blau)

(Schullogo)

Frau / Herrn

☐ Berlin, den 31. Januar 2019

☐ Berlin, den ____ 2019

Liebe Eltern,

ich beziehe mich auf die Teilnahme

☐ Ihrer Tochter ____

☐ Ihres Sohnes ____

am vorgezogenen Testverfahren an unserer Schule.

Die Auswertung des Testverfahrens bzw. der Eignungsprüfung hat ergeben, dass Ihr Kind die erforderlichen Voraussetzungen für den Besuch

☐ einer Schnelllernerklasse (5 oder mehr Punkte im Test)

☐ unseres Musikgymnasiums

☐ des Französischen Gymnasiums

leider nicht erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift Schulleiterin/Schulleiter)

Schulstempel
(Stempelfarbe blau)

Stempel der Grundschule

Förderprognose

zum Übergang in die Sekundarstufe I
(nach Jahrgangsstufe 4)

[§ 56 Schulgesetz vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26),
zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom
09.04.2018 (GVBl. S. 202)]

Angaben zur Person

Vor- und Zuname der Schülerin / des Schülers	<input type="checkbox"/> männlich	geboren am	Klasse
	<input type="checkbox"/> weiblich		

Leistungen

Die Berechnung der Durchschnittsnote erfolgt gemäß § 24 Absatz 2 Grundschulverordnung. Bis zu einer Durchschnittsnote von 2,0 wird neben der Integrierten Sekundarschule auch das Gymnasium empfohlen.

Darüber hinaus ist bei entsprechend starker Ausprägung der Merkmale, die die Lernkompetenz kennzeichnen, bis zu einer Durchschnittsnote von höchstens 2,7 eine Gymnasialempfehlung möglich; diese Entscheidungen sind zu protokollieren. Voraussetzung dafür ist, dass unter Berücksichtigung von Kompetenzen, Lernentwicklung, Begabungen und Neigungen der erfolgreiche Besuch des Gymnasiums erwartet werden kann.

Die Durchschnittsnote wird nicht (auf)gerundet.

Deutsch	Sachunterricht	Fremdsprache	Mathematik	Summe	Divisor	Notendurchschnitt	
	+	+	+	=	:	4	=

Kompetenzen

In jeder Zeile ist das Feld anzukreuzen, das der/dem Beurteilten am besten entspricht.

Sie / Er	besonders ausgeprägt	gut ausgeprägt	durchschnittlich ausgeprägt	wenig ausgeprägt
erkennt grundlegende Prinzipien oder Regeln und wendet sie sachgerecht an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
plant und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
beherrscht Arbeitstechniken (markieren, nachschlagen, auswendig lernen ...).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
verfügt über einen sachbezogenen Ausdruck und einen reichhaltigen Wortschatz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitet strukturiert und verknüpft Wissensgegenstände.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
reflektiert den eigenen Lernprozess.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
stellt Arbeitsergebnisse ziel- und adressatengerecht dar (Präsentation).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitet kooperativ und arbeitsteilig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
erbringt Leistungen selbständig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Lernentwicklung, Begabungen, Neigungen, Bemerkungen

Über die bereits dokumentierten fachlichen Leistungen hinaus können Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen der Schülerin oder des Schülers (soweit bekannt auch außerschulischer Art) stichwortartig dargestellt werden. Darüber hinaus ist insbesondere auf sonderpädagogischen Förderbedarf, eine Hochbegabung, eine Eignung für den Besuch einer Schule mit einem besonderen Schwerpunkt sowie - mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten - auf Lese- und Rechtschreibschwierigkeit oder eine Rechenstörung hinzuweisen.

Ergebnis der Förderprognose für den weiteren Schulbesuch

Auf der Grundlage der Leistungen und Kompetenzen sowie der Lernentwicklung, Begabungen und Neigungen erfolgt die optimale Förderung voraussichtlich

- ☐ in einem Bildungsgang beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 an
einem Gymnasium oder für die 2. Fremdsprache Japanisch an
einer Integrierten Sekundarschule
- ☐ an der Grundschule.

Begründung der Förderprognose

Bei einer Durchschnittsnote von 2,1 bis 2,7 sind gemäß § 24 Absatz 5 Grundschulverordnung unterschiedliche Förderprognosen möglich. Nur in diesen Fällen muss die Förderprognose (stichwortartig) begründet werden.

(Datum)

(Unterschrift d. Schulleiterin/Schulleiters)

(Unterschrift d. Klassenlehrerin/-lehrers)

Allgemeine Hinweise

zum Erstellen der Förderprognose in Jahrgangsstufe 4

Grundsätzliches

Der Vordruck ist nur mit den Unterschriften der Schulleiterin bzw. des Schulleiters und der Klassenlehrerin bzw. des Klassenlehrers gültig. Für Schulstempel und Unterschrift soll blaue Farbe verwendet werden. Der Vordruck kann am Computer (ausfüllbares selbstrechnendes PDF-Formular) als auch manuell ausgefüllt werden.

Die Erziehungsberechtigten erhalten 2 *Exemplare der Förderprognose* (das Original für die Anmeldung und eine Kopie für die persönlichen Unterlagen) und den Anmeldebogen zusammen mit dem Halbjahreszeugnis ausgehändigt. Im Anmeldebogen ist der Zeitraum für die Anmeldung an Schulen der Sekundarstufe I bereits eingetragen. Auf dem Anmeldebogen ist ein Hologramm anzubringen. Details dazu erhalten die Schulleitungen rechtzeitig. Die Erziehungsberechtigten können ihr Kind an bis zu drei Wunschschulen anmelden, zuerst an der Erstwunschschule, die das Original des Anmeldebogens mit Hologramm behält und zwei als 1. bzw. 2. Kopie gekennzeichnete Ausfertigungen des Originals mit ihrem Schulstempel versieht. Mit Abgabe der Kopien können Anmeldungen an einer Zweit- und Drittwunschschule erfolgen. Dies ist sinnvoll, weil – anders als beim Übergangsverfahren nach Jahrgangsstufe 6 – die Aufnahme nicht nur an der Erstwunschschule nach spezifischen Eignungskriterien erfolgt, deren Vorliegen die Schulen ggf. in einem standardisierten Testverfahren an einem einheitlich festgelegten Termin prüfen muss.

Die Eingangstests für die Schnelllernerklassen finden am **26. Januar 2019** statt, für die naturwissenschaftlichen Züge finden die Eingangstests am **08. März 2019** und für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge am **11. März 2019** statt.

Wird allein der Übergang in die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik gewünscht, wird keine Förderprognose ausgestellt.

Rubrik Leistungen

Zur Feststellung der Eignung sind die im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 4 erbrachten Leistungen in Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und Sachunterricht zu addieren. Danach wird die Summe der Notenwerte durch 4 geteilt (Standarddivisor). Der Divisor muss für jedes nicht benotete Fach um 1 reduziert werden.

Sofern kein Notenzeugnis erteilt wird, sind die Leistungen in der Förderprognose mit der Note auszuweisen, die mit der verbalen Beurteilung korrespondiert.

Rubrik Kompetenzen

Die Tabelle weist insgesamt zehn die Lernkompetenz kennzeichnende Merkmale aus. In jeder Zeile ist nur ein Feld anzukreuzen. Sofern zu einzelnen Kompetenzbeschreibungen keine Aussage gemacht werden kann, wird in dieser Zeile kein Feld angekreuzt.

Rubrik Lernentwicklung, Begabung, Neigungen, Bemerkungen

Auf besonders herausragende Leistungen in einzelnen Fächern sowie auf Umstände, die einen Leistungsabfall erklären oder eine signifikante Leistungssteigerung erwarten lassen, kann hingewiesen werden. Mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten kann auch Bezug auf ein beigefügtes Gutachten oder das Ergebnis der Überprüfung eines Schulpsychologischen Beratungszentrums genommen werden.

Rubrik Begründung der Förderprognose

Sofern im Zwischenbereich (von 2,1 bis einschließlich 2,7) auch eine Prognose für das Gymnasium gegeben wird, ist zu beachten, dass die ausgewiesenen Lernkompetenzen mit der Empfehlung für diese Schulart korrelieren müssen. So dürfte etwa eine solche Empfehlung für eine Schülerin oder einen Schüler mit Kompetenzen, die sich nicht oder nur vereinzelt im Bereich „gut ausgeprägt“ (oder besser) bewegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit ermessensfehlerhaft sein.

Bearbeitung am PC

Für die Bearbeitung am PC stehen ausfüllbare PDF-Formulare zur Verfügung. Es ist empfehlenswert, die neueste Version des Adobe Reader auf Ihrem Computer zu installieren. Speichern Sie jede neu zu erstellende Datei unter einem neuen Namen, um unerwünschte Überschreibungen und Schäden durch Datenverluste zu minimieren! Machen Sie sich von der Originaldatei eine geschützte Sicherungskopie, um darauf ggf. wieder zurückgreifen zu können.

Bei der Anmeldung an Erstwunschschohlen werden nur Originalvordrucke berücksichtigt!

Absender (Stempel der Grundschule)

Schul-Nr.:

Bitte füllen Sie diesen Anmeldebogen aus und geben ihn mit der Förderprognose innerhalb des nachstehend genannten Zeitraums an der von Ihnen gewünschten Schule der Sekundarstufe I ab!

Anmeldezeitraum für die Schulen der Sekundarstufe I

1. März - 7. März 2019

Anmeldebogen für die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 5)

Vor- und Zuname des Kindes		Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	
Wohnanschrift des Kindes		Wohnbezirk	Erste Fremdsprache
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Besteht im Schuljahr 2018/19 sonderpädagogischer Förderbedarf? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Wenn ja, im Förderschwerpunkt _____, eine Kopie des Feststellungsbescheides liegt bei.			

Sie wünschen für Ihr Kind den Wechsel in eine Schule der Sekundarstufe I. Nach dem Ergebnis der Förderprognose erscheint Ihr Kind geeignet, die erhöhten Anforderungen grundständiger Züge an Gymnasien oder Integrierten Sekundarschulen zu bewältigen.

☐ Ja ☐ Nein

(Datum) (Unterschrift d. Schulleiterin/Schulleiters) (Unterschrift d. Klassenlehrerin/-lehrers)

Als Erziehungsberechtigte/r wünsche ich/wünschen wir für mein/unser Kind den Besuch folgender öffentlichen Schule (bei Schulen mit mehreren Profilen beachten Sie die Hinweise im Informationsblatt):

Name der zuerst gewünschten Schule (Erstwunsch), ggf. mit Angabe des Profils

Sofern mein/unser Kind dort nicht aufgenommen werden kann, soll es folgende Schule besuchen:

Zweitwunsch, ggf. mit Angabe des Profils	Drittwunsch, ggf. mit Angabe des Profils
--	--

Ich/wir akzeptiere/n, dass es an der gewünschten Schule besondere Besuchs- und Belegverpflichtungen für einzelne Fächer oder spezifische Angebote geben kann, die zu erfüllen sind. Beim Wunsch von mehr als einer Schule, ist es erforderlich, eine Kopie dieses Anmeldebogens und der Förderprognose bei den als Zweit- und Drittwunsch genannten Schulen innerhalb des genannten Anmeldezeitraums abzugeben, damit mein/unser Kind ggf. rechtzeitig zur Teilnahme an spezifischen Testverfahren eingeladen werden kann.

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten	Hologramm	Stempel der Erstwunschschole der Sekundarstufe I
		Schul-Nr.:

Anmeldedatum

Informationsblatt zum Übergangsverfahren von der Jahrgangsstufe 4 der Grundschule in Schulen der Sekundarstufe I

Sehr geehrte Eltern, sehr geehrte Erziehungsberechtigte,

da Sie den Übergang Ihres Kindes nach Jahrgangsstufe 4 der Grundschule in die Jahrgangsstufe 5 einer weiterführenden Schule wünschen, erhalten Sie heute mit dem Zeugnis folgende Unterlagen:

- die Förderprognose (in doppelter Ausfertigung; die zweite Ausfertigung ist für Ihre Unterlagen bestimmt) und
- den Anmeldebogen mit Hologramm.

Die Förderprognose setzt sich aus den im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 4 erbrachten Leistungen in Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und Sachunterricht zusammen. Die Summe der Notenwerte wird dann durch 4 geteilt (Standarddivisor).

Der Anmeldezeitraum für den Übergang in die Jahrgangsstufe 5 der weiterführenden allgemein bildenden Schulen wird festgelegt auf den Zeitraum vom

1. März 2019 bis 7. März 2019.

Die standardisierten Eingangstests

- mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt finden am **08. März 2019**,
- mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt finden am **11. März 2019** statt.

Sie können Ihr Kind an **bis zu drei Wunschschulen** anmelden. Zuerst an der Erstwunschschule, die das Original des Anmeldebogens mit Hologramm behält und zwei als 1. bzw. 2. Kopie gekennzeichnete Ausfertigungen des Originals mit ihrem Schulstempel versieht. Mit Abgabe der Kopien können Sie sich an einer Zweit- und Drittwunschschule anmelden. Bitte beachten Sie, dass Sie an jeder in Betracht kommenden Schule die Anmeldung selbst vornehmen müssen. Die Schulen sind verpflichtet, diese Anmeldebögen anzunehmen.

Eine Anmeldung an Schnelllerner gymnasien, Musikgymnasien und dem Französischen Gymnasium kann nur berücksichtigt werden, wenn Ihr Kind zuvor an einem Eignungstest für das jeweilige Profil teilgenommen hat. In diesen Fällen bestätigt Ihnen die Schule, an der Ihr Kind getestet wurde, vorab die Eignung für den Besuch dieses Angebots. Beachten Sie dabei bitte, dass Ihnen die Schule nur bestätigen kann, ob Ihr Kind aufgrund des Ergebnisses im Test die Eignungsvoraussetzungen erfüllt. Ggf. hängt die Gesamteignung zusätzlich von weiteren schulischen Ergebnissen ab.

Bei der Anmeldung an dem Eckener-, dem Hans-Carossa- und dem Melanchthon-Gymnasium besteht folgende Besonderheit:

Diese Schulen führen Klassen mit unterschiedlichen Profilen und haben unterschiedliche Auswahlkriterien und Aufnahmevoraussetzungen. Sie müssen sich daher bei der Wahl dieser Schulen zugleich für eines der angebotenen Profile entscheiden und können das andere Profil ggf. als weiteren Wunsch benennen.

Zu ihren Aufnahmekriterien wird Ihnen die jeweilige weiterführende Schule gern Auskunft geben. Informationen über die Schulen finden Sie unter:

<https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/berliner-schulen/schulverzeichnis/>

Brandenburg 20-21

An alle öffentlichen und privaten **Grundschulen**
und **Schulen der Sekundarstufe I**

nachrichtlich

- die Schulaufsicht in den Außenstellen
- die für Schule zuständigen Bezirksstadträte/-innen
- die Leitungen der bezirklichen Schulämter
- die SIBUZ
- die Schulpraktischen Seminare

Geschäftszeichen II C 1.4 / II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A12 / 4A03
Telefon 030 90227 5679 / 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6104
eMail gernoth.schmidt@senbjf.berlin.de
Datum 21. September 2018

Verwaltungsvorschrift Nr. 8 / 2018

Verfahren über die Aufnahme in Jahrgangsstufe 7 bzw. 5 von Schülerinnen und Schülern aus Ersatzschulen, besonderen Lerngruppen, anderen Bundesländern und dem Ausland sowie bei einer Unterbrechung des Schulbesuchs

Das Verfahren des Übergangs von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 7 bzw. 5 an weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2019/20 ist in den Verwaltungsvorschriften Schule Nr. 6 und 7/2018 vom 21. September 2018 beschrieben. Für Schülerinnen und Schüler mit einer besonderen Bildungsbiografie sind Festlegungen zu treffen, um sie bei der Aufnahme in die gewünschten Schulen bestmöglich berücksichtigen zu können, zum Beispiel wenn sie bei ihrer Anmeldung keine Förderprognose vorlegen können.

Es handelt sich dabei um

1. Schülerinnen und Schüler genehmigter Ersatzschulen, die in eine öffentliche Schule wechseln wollen,
2. Schülerinnen und Schüler aus besonderen Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse zum schnellen Erwerb der deutschen Sprache („Willkommensklassen“),
3. Schülerinnen und Schüler, die aus anderen Bundesländern (einschließlich Brandenburg) nach Berlin zuziehen,
4. Schülerinnen und Schüler, die aus dem Ausland nach Berlin zuziehen,
5. Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg, die bisher im Rahmen des Gastschülerabkommens Schulen des jeweils anderen Landes besucht haben und
6. Schülerinnen und Schüler aus Berlin, die ihren Schulbesuch unterbrochen haben.

Bei diesen Schülerinnen und Schülern ist wie folgt zu verfahren:

1. Schülerinnen und Schüler, die aus Ersatzschulen in eine öffentliche Schule wechseln

1.1 Schülerinnen und Schüler aus genehmigten Ersatzschulen

- a) Im Gegensatz zu Schülerinnen und Schülern anerkannter Ersatzschulen (§ 100 Absatz 3 SchulG) erhalten Schülerinnen und Schüler genehmigter Ersatzschulen keine Förderprognose. Ob für die-

se Schülerinnen und Schüler eine Durchschnittsnote errechnet werden kann, hängt davon ab, welche Zeugnisse die genehmigte Ersatzschule ausstellt.

- b) Schülerinnen und Schüler genehmigter Ersatzschulen, die im zweiten Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 und im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 keine Notenzeugnisse erhalten haben, können an nicht übernachgefragten Schulen ohne weiteres aufgenommen werden. Im Falle einer Übernachtfrage sind sie in das Aufnahmeverfahren für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Härtefälle und in das Losverfahren einzubeziehen. Soweit als Auswahlkriterien die Durchschnittsnote der Förderprognose oder sonstige Noten zugrunde gelegt werden, können sie bei der Auswahlentscheidung nach Kriterien jedoch nicht berücksichtigt werden. Sind als Auswahlkriterien jedoch ausschließlich Kompetenzen und/oder Testverfahren vorgesehen, werden die Schülerinnen und Schüler in das Verfahren einbezogen.

Sofern die genehmigte Ersatzschule im zweiten Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 und im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 Notenzeugnisse ausstellt, kann eine Durchschnittsnote mit Hilfe des Formulars Schul 192 errechnet werden, so dass die Schülerinnen und Schüler bei Übernachtgefragten Schulen auch in die Kriterienauswahlverfahren einbezogen werden können. Dies gilt ausnahmsweise auch dann, wenn ein Notenzeugnis nur für das erste Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 ausgegeben wurde.

Den mit einem holografischen Aufkleber zu versehenen besonderen Anmeldebogen (Schul 192a) erhalten interessierte Erziehungsberechtigte von der genehmigten Ersatzschule, die ihr Kind besucht. Bei Vorliegen der entsprechenden Notenzeugnisse der genehmigten Ersatzschule wird die Durchschnittsnote von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, II D 2 Kr, Herr Krug, E-Mail: mathias.krug@senbjf.berlin.de, grundsätzlich anhand der auch an öffentlichen Grundschulen unterrichteten Fächer errechnet und festgelegt.

- c) Bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern genehmigter Ersatzschulen in die Jahrgangsstufe 5 ist sinngemäß zu verfahren. Hierzu sind die Vordrucke Schul 193 („Berechnung der Durchschnittsnote“) und Schul 193a („Anmeldebogen“) zu verwenden.

1.2 Schülerinnen und Schüler aus anerkannten Ersatzschulen

Schülerinnen und Schüler anerkannter Ersatzschulen erhalten zusammen mit der Förderprognose (Schul 190 bzw. Schul 191) den regulären Anmeldebogen (Schul 190a bzw. Schul 191a). Sofern in Zusammenhang mit dem Übergang in Jahrgangsstufe 7 die Ersatzschule die Anerkennung erst erhalten hat, als sich die Schülerinnen und Schüler bereits im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 befanden, wird die Durchschnittsnote der Förderprognose ausnahmsweise ausschließlich aus den Zeugnisnoten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 6 gebildet.

2. Schülerinnen und Schüler aus besonderen Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse zum schnellen Erwerb der deutschen Sprache („Willkommensklassen“)

- a) Schülerinnen und Schüler aus diesen „Willkommensklassen“, die bereits zu Anfang dieses Schuljahres in eine Regelklasse der Jahrgangsstufe 6 oder 4 gewechselt sind oder so rechtzeitig während dieses Schuljahres aufgenommen wurden, dass sie benotet werden können, werden in das reguläre Anmeldeverfahren einbezogen. Bei ihnen wird entsprechend § 17 Absatz 4 GsVO die Durchschnittsnote der Förderprognose ausschließlich aus den Zeugnisnoten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 6 gebildet.
- b) Schülerinnen und Schüler, die erst kurzzeitig eine Regelklasse besuchen und noch nicht benotet werden konnten, erhalten keine Förderprognose. Sofern höchstens drei Fächern nicht benotet werden können, ist eine Förderprognose zu erstellen. Die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften müssen benotet werden. Die Schülerinnen und Schüler, die keine Förderprognose erhalten, sind im Fall einer Übernachtfrage bei der Aufnahme in Jahrgangsstufe 7 in das Verfahren für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Härtefälle und in das Losverfahren einzubeziehen. Soweit bei der Auswahlentscheidung nach Kriterien die Durch-

schnittsnote der Förderprognose oder die Notensumme zugrunde gelegt werden, können sie nicht berücksichtigt werden. Sind als Auswahlkriterien jedoch ausschließlich Kompetenzen und/oder Testverfahren vorgesehen, sind sie auch in dieses Verfahren einzubeziehen. Schülerinnen und Schüler, die sich nach Ablauf des Anmeldezeitraums noch in „Willkommensklassen“ der Grundschule befinden, und Schülerinnen und Schüler aus „Willkommensklassen“ der Sekundarstufe I wechseln gemäß § 17 Absatz 4 Satz 5 Sek I-VO in eine Regelklasse der Jahrgangsstufe 7, wenn die Schulaufsicht auf Vorschlag der Klassenkonferenz eine entsprechende Entscheidung über die zu besuchende Schulart und Jahrgangsstufe getroffen hat. Diese Schülerinnen und Schüler werden nach den zum Zeitpunkt dieser Entscheidung maßgebenden Rahmenbedingungen in das Aufnahmeverfahren einbezogen. Wenn nach der Durchführung der Auswahlverfahren noch Schülerinnen und Schüler aus „Willkommensklassen“ in Regelklassen der Jahrgangsstufe 7 zu integrieren sind, ist dies nur an Schulen mit freien Plätzen möglich.

- c) Falls der Wechsel in eine Regelklasse erst in der Jahrgangsstufe 8 erfolgt, kann an Integrierten Sekundarschulen dafür der freigehaltene Platz genutzt werden, sofern die Höchstgrenze in Jahrgangsstufe 7 auf 25 gesenkt wurde.

3. Schülerinnen und Schüler, die aus anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Brandenburg) nach Berlin zuziehen

- a) Erziehungsberechtigte von Schülerinnen und Schülern, die bisher in anderen Bundesländern - einschließlich Brandenburg - die Schule besucht haben, erhalten den mit einem holografischen Aufkleber zu versehenen besonderen Anmeldebogen (Schul 192a) vom Schulträger der von den Erziehungsberechtigten ausgewählten Erstwunschschule. Der Schulträger weist darauf hin, dass die Berechnung der Durchschnittsnote durch die Schulaufsicht der Außenstelle nach Vorlage der Zeugnisse des zweiten Schuljahrs der Jahrgangsstufe 5 und des ersten Schuljahrs der Jahrgangsstufe 6 erfolgt. Die Erziehungsberechtigten bestätigen den Erhalt des Anmeldebogens und erklären durch ihre Unterschrift auf dem Hinweisbogen zum Aufnahmeverfahren (Schul 192b), ihr Kind nur an der genannten Erstwunschschule anzumelden; dieser Hinweisbogen verbleibt beim Schulträger.
- b) Ein Anmeldebogen wird ausgehändigt, wenn die Erziehungsberechtigten glaubhaft machen, dass ihr Kind bis drei Wochen vor dem Unterrichtsbeginn des Schuljahres 2019/20 seinen Hauptwohnsitz gemäß §§ 16, 17 Meldegesetz i. V. m. § 41 SchulG in Berlin haben wird. Als Beleg dafür kommt insbesondere die Vorlage eines Mietvertrages oder die Bescheinigung des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn in Betracht, dass mindestens einer der Erziehungsberechtigten zu Beginn des nächsten Schuljahres in Berlin tätig sein wird; dies betrifft auch Kinder von Beschäftigten des Auswärtigen Amtes. Bei Vorlage einer Arbeits- oder Studienplatzbescheinigung ist zusätzlich eine Erklärung von den Erziehungsberechtigten erforderlich, dass sie ihren Hauptwohnsitz in Berlin nehmen werden.
- c) Das Formular „Berechnung der Durchschnittsnote“ (Schul 192) erhalten die Erziehungsberechtigten von der Schulaufsicht der Außenstelle der Erstwunschschule, die die Durchschnittsnote aus den Zeugnisnoten des zweiten Schuljahrs der Jahrgangsstufe 5 und des ersten Schuljahrs der Jahrgangsstufe 6 ermittelt; die Gewichtung der Fächer ist Anlage 1 zu entnehmen. Der Vordruck enthält eine selbstrechnende, korrekturfähige Tabelle, die an die tatsächlich benoteten Fächer anzupassen ist. Da bundesweit die unterrichteten Fächer abgestimmt und wechselseitig anerkannt sind, gehen alle Fächer in die Berechnung ein. Dabei bleibt unberücksichtigt, in welcher Schulart (Grundschule, Regionalschule, Werkrealschule, Sekundarschule, Gymnasium usw.) die Leistungen erbracht werden, da eine sichere Differenzierung angesichts der Heterogenität der deutschen Schullandschaft nicht möglich ist. Bei Schülerinnen und Schülern, die bisher in anderen Bundesländern eine genehmigte Ersatzschule besucht haben, wird entsprechend Nummer 1 verfahren.
- d) Die Erziehungsberechtigten geben den Anmeldebogen und den Vordruck „Berechnung der Durchschnittsnote“ an ihrer Erstwunschschule ab. Die Aufnahmezusage in die Berliner Schule ist

mit der Bedingung zu versehen, dass bis zum 15. Juli 2019 der Hauptwohnsitz in Berlin nachgewiesen wird. Ansonsten wird die Aufnahmezusage bei Übernachtung unwirksam.

- e) Bei der Aufnahme in die Jahrgangsstufe 5 ist sinngemäß zu verfahren. Hierzu sind die Vordrucke Schul 193 („Berechnung der Durchschnittsnote“), Schul 193a („Anmeldebogen“) und Schul 193b („Hinweisbogen zum Anmeldeverfahren“) zu verwenden.

4. Schülerinnen und Schüler, die aus dem Ausland nach Berlin zuziehen

- a) Für Schülerinnen und Schüler, die eine anerkannte Deutsche Auslandsschule (Auslandsschule nach deutschem Recht) besuchen, ist wegen der grundsätzlichen Kompatibilität von Lerninhalten und Bewertungsmaßstäben analog Nummer 3 zu verfahren.
- b) Für Schülerinnen und Schüler, die eine Auslandsschule nach ausländischem Recht besuchen, gilt Nummer 3 mit folgenden Abweichungen:
1. Die Berechnung der Durchschnittsnote erfordert eine Bewertung der Fächer und Leistungen, ggf. auch eine Übersetzung der Zeugnisse, und erfolgt daher zentral durch die Schulaufsichtsbehörde. Dies gilt auch, wenn zuletzt im zweiten Schulhalbjahr der Jahrgangsstufe 5 eine solche Auslandsschule besucht wurde. Entsprechende Anträge und Zeugnisse sind unverzüglich an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, II D 2 Kr, Herr Krug, E-Mail: mathias.krug@senbjf.berlin.de, zu übersenden. Verbale Beurteilungen werden nicht in Noten umgerechnet und bleiben ggf. bei der Berechnung der Durchschnittsnote unberücksichtigt.
 2. Beim Übergang in Jahrgangsstufe 7 werden alle in Deutschland unterrichteten und benoteten Fächer sowie die Note der jeweiligen Landessprache bei der Berechnung der Durchschnittsnote berücksichtigt. Fächer, die hier nicht unterrichtet und benotet werden (z. B. Sozialisation), bleiben unberücksichtigt. Sofern Deutsch kein Unterrichtsfach im Ausland war, wird die jeweils unterrichtete Landessprache mit dem Faktor 2 gewichtet.
 3. Beim Übergang in Jahrgangsstufe 5 werden bei der Berechnung der Durchschnittsnote - sofern unterrichtet - die Fächer Deutsch, Erste Fremdsprache, Mathematik und Sachunterricht (oder ein vergleichbares Fach) berücksichtigt.

5. Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg, die bisher im Rahmen des Gastschülerabkommens Schulen des jeweils anderen Landes besucht haben

- a) Für Berliner Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Schule in Brandenburg besucht haben und nach Berlin wechseln, ist gemäß Nummer 3 zu verfahren; Buchstabe b) bleibt dabei unbeachtet. Diese Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf einen Schulplatz in Berlin.
- b) In Brandenburg wohnende Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Schule in Berlin besucht haben, erhalten von der besuchten Grundschule eine Förderprognose, aber keinen Anmeldebogen. Wir bitten dies zu beachten, da diese Schülerinnen und Schüler im letzten Schuljahr verteilt Anmeldebögen erhalten haben. Eine Prüfung durch die aufnehmende Schule ist angesichts der Kürze des Anmeldezeitraums vor allem dann kaum möglich, wenn „Berlin“ (und nicht etwa Schönefeld) als Wohnortadresse angegeben wird. Sie dürfen in neu gebildete Klassen der Jahrgangsstufe 7 bzw. 5 nur aufgenommen werden, wenn das Land Brandenburg einen wichtigen Grund für den Besuch der Berliner Schule bescheinigt. In diesen Fällen erfolgt die Aufnahme - durch formlosen Antrag - am Ende des Aufnahmeverfahrens nachrangig nach Maßgabe freier Plätze (§ 41 Absatz 4 SchulG).

6. Schülerinnen und Schüler aus Berlin, die ihren Schulbesuch unterbrochen haben

- a) Bei einer langfristigen Unterbrechung des Schulbesuchs - etwa aufgrund von Krankheit - ist es zulässig, für die Erstellung der Förderprognose das letzte Halbjahreszeugnis der Jahrgangsstufe 5

auch dann heranzuziehen, wenn seine Ausstellung bereits über ein Jahr zurückliegt. Dies gilt entsprechend bei einer Wiederholung der Jahrgangsstufe 6. Die Regelung in § 24 Absatz 2 GsVO schreibt nicht vor, dass die Jahrgangsstufen 5 und 6 unmittelbar hintereinander besucht worden sein müssen.

- b) Die Noten des ersten Schulhalbjahres in Jahrgangsstufe 5 werden nicht herangezogen - auch nicht als Ersatz für nicht vorliegende Noten des zweiten Schulhalbjahres dieser Jahrgangsstufe.
- c) Bei Schülerinnen und Schülern, die im ersten Schulhalbjahr in Jahrgangsstufe 6 wegen zu geringer Teilnahme am Unterricht gemäß § 19 Absatz 6 GsVO nicht bewertet werden können, gehen bei der Berechnung der Durchschnittsnote der Förderprognose ausschließlich die Noten des letzten Halbjahreszeugnisses der Jahrgangsstufe 5 ein.

7. Allgemeine Festlegungen zum Verfahren

- a) Die Schulämter werden gebeten, bei der Abfrage nach dem Bedarf an Hologrammen die in ihrem Bezirk gelegenen Ersatzschulen vollständig einzubeziehen.
- b) Ersatzschulen, die gleichwohl keine oder nicht genügend holografische Aufkleber erhalten haben, schicken den komplett ausgefüllten und unterschriebenen Anmeldebogen Schul 192a an II D 2 Kr, E-Mail: mathias.krug@senbjf.berlin.de, der ihn mit einem Hologramm versieht und an das zuständige Schulamt weiterleitet.
- c) Bei Schülerinnen und Schülern, die die Jahrgangsstufe 5 übersprungen haben, werden ausschließlich die Noten des Halbjahreszeugnisses in Jahrgangsstufe 6 herangezogen.
- d) Bei Schülerinnen und Schülern, die nach der Jahrgangsstufe 5 aus einem Gymnasium wieder in die Grundschule wechseln, gehen in die Förderprognose ebenfalls nur die Noten des Halbjahreszeugnisses in Jahrgangsstufe 6 ein.
- e) Bei Schülerinnen und Schülern, die erst am Ende der Jahrgangsstufe 6 nach Berlin zuziehen und von der hier besuchten Grundschule mangels hinreichendem Schulbesuch nicht bewertet werden können (§ 19 Absatz 6 GsVO), werden für das 1. Schulhalbjahr in Jahrgangsstufe 6 die Noten des Abgangszeugnisses herangezogen. Wenn es dabei Abweichungen vom Berliner Fächerkanon gibt, ist hier die Zusammenarbeit von Schule und regionaler Schulaufsicht notwendig. Dies gilt entsprechend für Zuzügler in Jahrgangsstufe 4, bei denen die Erziehungsberechtigten den Wechsel in eine weiterführende Schule bereits in Jahrgangsstufe 5 anstreben.
- f) Sofern bei in Jahrgangsstufe 6 z. B. aus einer deutschen Auslandsschule aufgenommenen Grundschülerinnen und -schülern Noten aus Fächern zu berücksichtigen sind, die das Standardformular zur Berechnung der Durchschnittsnote (Schul 190) nicht enthält, entwertet die Schule das Tabellenfeld, vermerkt, dass für diese Berechnung das Formular Schul 192 verwendet wird und fügt diesen der Förderprognose als Anlage bei.

Die zitierten Vordrucke werden in der Anlage als Muster beigelegt und per E-Mail übersandt.

Im Auftrag



Thomas Duveneck

Absender (Stempel der Schulaufsichtsbehörde)

Berechnung der Durchschnittsnote zum Übergang in die Sekundarstufe I (Jgst. 7) für Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern, aus dem Ausland und aus genehmigten Ersatzschulen

[§ 24 Abs. 2 Grundschulverordnung vom 19. Januar 2005
(GVBl. S. 26), jeweils in der aktuell geltenden Fassung]

Angaben zur Person

Vor- und Zuname des Kindes	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Wohnanschrift des Kindes	
Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	

Angaben zur bisher besuchten Schule

Name der Schule / Schulart
Bundesland / Staat

Leistungen

Die Berechnung der Durchschnittsnote erfolgt gemäß § 24 Absatz 2 Grundschulverordnung. Sie setzt sich aus den im zweiten Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 und im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 6 erbrachten Leistungen zusammen. Soweit Fächer nicht erteilt wurden, werden vergleichbare Fachrichtungen herangezogen und gleichwertig gewichtet. In Berlin nicht unterrichtete Fächer werden zusätzlich aufgenommen.

Die Durchschnittsnote wird nicht (auf)gerundet, d. h. der Wert 2,59 wird zu 2,5. Für jedes zusätzlich oder nicht unterrichtete Fach ist der Divisor pro Halbjahr entsprechend dem Faktor des Faches um die Zahl „1“ oder „2“ zu erhöhen oder zu verringern.

Fach	Faktor	Jg. 5, 2. Hj.	Jg. 6, 1. Hj.	Ergebnis
Deutsch	2	·(+) = 0
1. Fremdsprache	2	·(+) = 0
Mathematik	2	·(+) = 0
Naturwissenschaften	2	·(+) = 0
Gesellschaftswissenschaften	2	·(+) = 0
Kunst	1	·(+) = 0
Musik	1	·(+) = 0
Sport	1	·(+) = 0
Biologie	1	·(+) = 0
Geografie	1	·(+) = 0
Geschichte	1	·(+) = 0
Lebensgestaltung-Ethik- Religionskunde / Religion	1	·(+) = 0
	1	·(+) = 0
	1	·(+) = 0
Summe:				0

Notendurchschnitt:
0,0

Divisor 26 =

Berlin,

(Datum)

(Unterschrift der Schulaufsichtsbehörde)

Bei der Anmeldung werden nur Originalvordrucke berücksichtigt!

Absender
(Stempel des Schulträgers / der besuchten Schule)

Bitte füllen Sie diesen Anmeldebogen aus und geben ihn mit der Berechnung der Durchschnittsnote innerhalb des nachstehend genannten Zeitraums an der als Erstwunsch benannten Schule der Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7) ab!

ggf. Schul-Nr.:

Anmeldezeitraum für die Schulen der Sekundarstufe I

12. - 20. Februar 2019

Anmeldebogen für die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7)

(aus anderen Ländern, dem Ausland, genehmigten Ersatzschulen, besonderen Lerngruppen)

Vor- und Zuname des Kindes		Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	
Wohnanschrift des Kindes		Wohnbezirk	Erste Fremdsprache
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Besteht im Schuljahr 2019/20 sonderpädagogischer Förderbedarf? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Wenn ja, im Förderschwerpunkt _____, eine Kopie des Feststellungsbescheides liegt bei.			
<input type="checkbox"/> Die Durchschnittsnote beträgt ____.		<input type="checkbox"/> Eine Durchschnittsnote liegt nicht vor.	

(Datum)

(Unterschrift des Schulträgers/der Schulleitung)

Mein / Unser Kind soll folgende öffentliche Schule besuchen:

Name der zuerst gewünschten Schule (Erstwunsch)	Zweitwunsch
Drittwunsch	falls keine der gewünschten Schulen möglich, dann <input type="checkbox"/> Gymnasium <input type="checkbox"/> Integrierte Sekundarschule

Mein / Unser Kind soll ab Jahrgangsstufe 7 folgende zweite Fremdsprache lernen:

<input type="checkbox"/> bevorzugt:	<input type="checkbox"/> keine bevorzugte	<input type="checkbox"/> zunächst keine (nicht möglich beim Besuch des Gymnasiums)
<input type="checkbox"/> Die Aufnahme soll erfolgen, weil ein besonderer Härtefall vorliegt. Bitte fügen Sie die entsprechende Begründung dem Anmeldebogen bei.		
<input type="checkbox"/> Die Aufnahme soll erfolgen, weil bereits ein Geschwisterkind die Erstwunschschule besucht:		

Name, Adresse und zurzeit besuchte Klasse des Geschwisterkindes

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Hologramm

Anmeldedatum

Stempel der Erstwunschschule der Sekundarstufe I

Schul-Nr.:

Hinweisbogen

zur Anmeldung in Jahrgangsstufe 7 von Schülerinnen und Schülern
aus anderen Bundesländern und dem Ausland

Vor- und Zuname des Kindes	Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes
Wohnanschrift des Kindes	
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail	
Vor- und Zuname des Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail	

- ☐ Der für den Zeitraum _____ 2019 geplante Zuzug in das Land Berlin wird durch Vorlage folgender Unterlagen belegt:
(z. B.: Bescheinigung des Arbeitgebers, unterschriebener Mietvertrag, Nachweis eines Grundstückskaufs)

(Datum)

(Unterschrift des Schulträgers)

Erklärung der/des Erziehungsberechtigten

- ☐ Ich bestätige/Wir bestätigen den Erhalt des Anmeldebogens.
- ☐ Ich wurde/Wir wurden darüber informiert, dass die Durchschnittsnote meines/unseres Kindes - nach Vorlage der beiden letzten Zeugnisse - durch die Schulaufsicht berechnet wird.
- ☐ Ich versichere/Wir versichern, dass das Kind sowie mindestens ein Erziehungsberechtigter **spätestens bis 15. Juli 2019** einen gemeinsamen Hauptwohnsitz im Land Berlin durch Vorlage der Meldebescheinigung nachweisen.
- ☐ Mir/Uns ist bekannt, dass die Aufnahmeentscheidung an einer übernachgefragten Schule unter der aufschiebenden Bedingung erfolgt, dass dem Schulträger bis 15. Juli 2019 der Wohnsitz in Berlin nachgewiesen wird. Erfolgt kein Nachweis, wird die Aufnahmeentscheidung zurückgenommen.
- ☐ Ich versichere, mein/Wir versichern, unser Kind nur an nachstehender Schule mit dem Erstwunsch anzumelden:

(Datum)

(Unterschrift der Erziehungsberechtigten /des Erziehungsberechtigten)

Hinweis zur Berechnung der Durchschnittsnote (für den Übergang nach Jahrgangsstufe 6)

Gewichtung der einzelnen Fächer

Fach	Faktor	Begründung der Gewichtung
Deutsch	2	wie in Berlin
1. Fremdsprache	2	wie in Berlin
Mathematik	2	wie in Berlin
Naturwissenschaften	2	wie in Berlin
Gesellschaftswissenschaften	2	wie in Berlin
Biologie	1	Naturwissenschaften wird in Berlin doppelt gewichtet. Das Fach integriert Physik, Chemie und Biologie. Werden die Fächer einzeln unterrichtet und bewertet, wird jedes Fach separat mit dem Faktor 1 gewichtet.
Physik	1	
Chemie	1	
Geografie	1	Gesellschaftswissenschaften wird in Berlin doppelt gewichtet. Sofern Fächer dieses Lernbereichs einzeln unterrichtet werden, wird das einzelne Fach jeweils separat mit dem Faktor 1 gewichtet.
Geschichte	1	
Politische Bildung / Sozialk.	1	
Kunst	1	wie in Berlin
Musik	1	wie in Berlin
Sport	1	wie in Berlin
2. Fremdsprache	1	sofern Unterrichtsfach im betreffenden Bundesland, ist es in die Berechnung aufzunehmen.
Religion	1	sofern Unterrichtsfach im betreffenden Bundesland, ist es in die Berechnung aufzunehmen.
jedes weitere Fach	1	sofern Unterrichtsfach im betreffenden Bundesland, ist es in die Berechnung aufzunehmen (z. B. „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ oder „Lebensgestaltung-Ethik-Religionslehre“).

Notentendenzen („+“; „-“) bleiben unberücksichtigt. Eine „3+“ ist ebenso eine „3“ wie eine „3-“.

Zwischennoten (z. B. auf Halbjahreszeugnissen aus Baden-Württemberg) werden mit ihrem Dezimalwert berücksichtigt; die Note „2-3“ wird in der Berechnungstabelle mit „2,5“ eingetragen.

Absender (Stempel der Schulaufsichtsbehörde)

Berechnung der Durchschnittsnote zum Übergang in die Sekundarstufe I (Jgst. 5) für Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern, aus dem Ausland und aus genehmigten Ersatzschulen

[§ 24 Abs. 5 Grundschulverordnung vom 19. Januar 2005
(GVBl. S. 26), jeweils in der aktuell geltenden Fassung]

Angaben zur Person

Vor- und Zuname des Kindes	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Wohnanschrift des Kindes	
Geburtsdag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	

Angaben zur bisher besuchten Schule

Name der Schule / ggf. Schulart
Bundesland / Staat

Leistungen

Die Berechnung der Durchschnittsnote erfolgt gemäß § 24 Absatz 5 Grundschulverordnung. Sie setzt sich aus den im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 4 erbrachten Leistungen in den Fächern Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und Sachunterricht zusammen, die addiert und durch 4 dividiert werden. Soweit Fächer nicht erteilt wurden, werden - soweit vorhanden - vergleichbare Fächer herangezogen.

Die Durchschnittsnote wird nicht (auf)gerundet, d. h. der Wert 2,25 wird zu 2,2. Für jedes nicht unterrichtete Fach ist der Divisor zu verringern.

	Deutsch	Fremdsprache		Mathematik		Sachunterricht		Summe		Divisor		Noten- durchschnitt	
Jg.4, 1.Hj.		+		+		+		=		:		=	

Berlin,

(Datum)

(Unterschrift der Schulaufsichtsbehörde)

Bei der Anmeldung an Erstwunschschohlen werden nur Originalvordrucke berücksichtigt!

Absender
(Stempel des Schulträgers / der besuchten Schule)

Bitte füllen Sie diesen Anmeldebogen aus und geben ihn
mit der Berechnung der Durchschnittsnote innerhalb
des nachstehend genannten Zeitraums an der von Ihnen
gewünschten Schule der Sekundarstufe I ab!

ggf. Schul-Nr.:

Anmeldezeitraum für die Schulen der Sekundarstufe I

4. - 7. März 2019

Anmeldebogen für die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 5)

Vor- und Zuname des Kindes		Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes	
Wohnanschrift des Kindes		Wohnbezirk	Erste Fremdsprache
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail			
Besteht im Schuljahr 2019/20 sonderpädagogischer Förderbedarf? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Wenn ja, im Förderschwerpunkt _____, eine Kopie des Feststellungsbescheides liegt bei.			

(Datum)

(Unterschrift des Schulträgers/
der Schulleitung der Ersatzschule)

Als Erziehungsberechtigte/r wünsche ich für mein / wünschen wir für unser Kind den Besuch folgender öffentlichen Schule; bei Schulen mit mehreren Profilen beachten Sie die Hinweise im Informationsblatt:

Name der zuerst gewünschten Schule (Erstwunsch), ggf. mit Angabe des Profils	
Zweitwunsch, ggf. mit Angabe des Profils	Drittwunsch, ggf. mit Angabe des Profils

Ich akzeptiere / Wir akzeptieren, dass es an der gewünschten Schule besondere Besuchs- und Belegverpflichtungen für einzelne Fächer oder spezifische Angebote geben kann, die zu erfüllen sind. Beim Wunsch von mehr als einer Schule, ist es erforderlich, eine Kopie dieses Anmeldebogens und der Förderprognose bei den als Zweit- und Drittwunsch genannten Schulen innerhalb des genannten Anmeldezeitraums abzugeben, damit mein / unser Kind rechtzeitig zur Teilnahme an spezifischen Testverfahren eingeladen werden kann.

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Hologramm

Stempel der Erstwunschschohle der Sekundarstufe I

Schul-Nr.:

Anmeldedatum

Hinweisbogen

zur Anmeldung in Jahrgangsstufe 5 von Schülerinnen und Schülern
aus anderen Bundesländern und dem Ausland

Vor- und Zuname des Kindes	Geburtstag / Geburtsort / Staatsangehörigkeit des Kindes
Wohnanschrift des Kindes	
Vor- und Zuname der Erziehungsberechtigten (Mutter) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail	
Vor- und Zuname des Erziehungsberechtigten (Vater) / vom Kind abweichende Wohnanschrift / Telefon / E-Mail	

- ☐ Der für den Zeitraum _____ 2019 geplante Zuzug in das Land Berlin wird durch Vorlage folgender Unterlagen belegt:
(z. B.: Bescheinigung des Arbeitgebers, unterschriebener Mietvertrag, Nachweis eines Grundstückskaufs)

(Datum)

(Unterschrift des Schulträgers)

Erklärung der/des Erziehungsberechtigten

- ☐ Ich bestätige/Wir bestätigen den Erhalt des Anmeldebogens.
- ☐ Ich wurde/Wir wurden darüber informiert, dass die Durchschnittsnote meines/unseres Kindes - nach Vorlage des letzten Zeugnisses - durch die Schulaufsicht berechnet wird.
- ☐ Ich versichere/Wir versichern, dass das Kind sowie mindestens ein Erziehungsberechtigter **spätestens bis 15. Juli 2019** einen gemeinsamen Hauptwohnsitz im Land Berlin durch Vorlage der Meldebescheinigung nachweisen.
- ☐ Mir/Uns ist bekannt, dass die Aufnahmeentscheidung an einer übernachgefragten Schule unter der aufschiebenden Bedingung erfolgt, dass dem Schulträger bis 15. Juli 2019 der Wohnsitz in Berlin nachgewiesen wird. Erfolgt kein Nachweis, wird die Aufnahmeentscheidung zurückgenommen.
- ☐ Ich versichere, mein/Wir versichern, unser Kind nur an nachstehender Schule mit dem Erstwunsch anzumelden:

(Datum)

(Unterschrift der/des Erziehungsberechtigten)

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☐ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An

- alle öffentlichen Schulen
- die regionale Schulaufsicht
- die Schulaufsicht berufliche und zentralverwaltete Schulen
- das Landesinstitut für Schule und Medien nachrichtlich
- die Bezirksämter
- die Schulen in freier Trägerschaft
- die Schulpraktischen Seminare

www.berlin.de/sen/bjw

Geschäftszeichen II C 1.9
 Bearbeitung Birgit Pietrek
 Zimmer 4A20
 Telefon 030 90227 5239
 Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
 Fax +49 30 90227 6444
 eMail birgit.pietrek@senbjw.berlin.de
 Datum 08.12.2014

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 13/2014

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern islamischen und jüdischen Glaubens
 Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift Schule Nummer 12/2012 vom 27. Juni 2012

Mit Verwaltungsvorschrift Schule Nummer 12/2012 wurden Ihnen die Daten der unterrichtsfreien Feiertage bis zum 31. Dezember 2015 bekannt gegeben. Diese Übersicht wird nun fortgeschrieben. Die neue Verwaltungsvorschrift berücksichtigt wiederum die in dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom 19. November 1993 getroffenen Festlegungen über die jüdischen Feiertage.

- a) Die Termine der unterrichtsfreien Feiertage für die Schülerinnen und Schüler jüdischen Glaubens in den Jahren 2015 bis 2021 sind:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Pessach (Fest des unge-säuerten Brotes)	04.04.	23.04.	11.04.	31.03.	20.04.	09.04.	28.03.
	05.04.	24.04.	12.04.	01.04.	21.04.	10.04.	29.03.
	10.04.	29.04.	17.04.	06.04.	26.04.	15.04.	03.04.
	11.04.	30.04.	18.04.	07.04.	27.04.	16.04.	04.04.
Schawuot (Wochenfest)	24.05.	12.06.	31.05.	20.05.	09.06.	29.05.	17.05.
	25.05.	13.06.	01.06.	21.05.	10.06.	30.05.	18.05.



	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Rosch	14.09.	03.10	21.09.	10.09.	30.09.	19.09.	07.09.
Haschana (Neujahrsfest)	15.09.	04.10.	22.09.	11.09.	01.10.	20.09.	08.09.
Jom Kippur (Versöhnungsfest)	23.09.	12.10.	30.09.	19.09.	09.10.	28.09.	16.09.
Sukkot (Laubhütten- fest)	28.09. 29.09.	17.10. 18.10.	05.10. 06.10.	24.09. 25.09.	14.10. 15.10.	03.10. 04.10.	21.09. 22.09.
Schemini Azeret (Schlussfest)	05.10.	24.10.	12.10.	01.10.	21.10.	10.10.	28.09.
Simchat Thora (Gesetzesfreude)	06.10.	25.10.	13.10.	02.10.	22.10.	11.10.	29.09.

- b) Die Termine der unterrichtsfreien Feiertage für die Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens in den Jahren 2015 bis 2021 sind:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ramadan- fest ¹ (Fasten- brechenfest)	17.07.	05.07.	25.06.	15.06.	05.06.	24.05.	13.05.
Opferfest ¹	23.09.	12.09.	01.09.	21.08.	11.08.	31.07.	20.07.

Die Aufstellung erfolgt ohne Berücksichtigung von unterrichtsfreien Sonntagen, allgemeinen Sonn- und Feiertagen sowie von Ferienterminen.

Die Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2015 in Kraft. Sie ersetzt die Verwaltungsvorschrift Schule Nummer 12/2012 vom 27. Juni 2012.

Im Auftrag

Stryck

¹ Schülerinnen und Schüler, die das Ramadan- und/oder Opferfest einen Tag später begehen wollen, müssen die Beurlaubung im Einzelfall - ggfs. vertreten durch ihre Erziehungsberechtigten - schriftlich bei der Schulleitung beantragen. Für diese Schülerinnen und Schüler ist dann an dem bzw. an den oben genannten Tagen Unterricht (siehe Nummer 2 Absatz 2 Satz 2 und 3 der Ausführungsvorschriften über Beurlaubung und Befreiung vom Unterricht (AV Schulbesuchspflicht) vom 19. November 2014 (ABl. S. 2235), in der jeweils geltenden Fassung).

II GSt 1 mdB, eine VV-Nummer zu vergeben

Verteilung durch eMail und Fachpost (nach Verteiler)

Kopie von 1. mit Anschreiben an die Islamische Föderation in Berlin und die Jüdische Gemeinde zu Berlin

StS B nAzK

IA

II Ltr (komm) (eU)

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☒ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ☐ Bernhard-Weiß-Str. 6 ☐ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjf

An

- alle öffentlichen Schulen
- die regionale Schulaufsicht
- die Schulaufsicht berufliche und
zentralverwaltete Schulen
- das Landesinstitut für Schule und Medien
nachrichtlich
- die Bezirksämter
- die Schulpraktischen Seminare

Geschäftszeichen II C 1.9
Bearbeitung Birgit Pietrek
Zimmer 2B11
Telefon (030) 90227 5239
Zentrale ☐ intern (030) 90227 5050 ☐ 9227
Fax +49 30 90227 6104
E-Mail birgit.pietrek@senbjf.berlin.de

13.05.2019

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 6/2019

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern islamischen und jüdischen Glaubens

Korrektur zu Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 13/2014 vom 08. Dezember 2014

Ich bitte um Beachtung, dass der Termin des **Ramadanfestes (Fastenbrechenfest)** in diesem Jahr der **04. Juni 2019** ist und nicht, wie in der obigen Verwaltungsvorschrift ausgewiesen, der 05. Juni 2019.

Im Auftrag

Thomas Duveneck

Nelson-Mandela-Schule
2. Internationale Schule Berlin
- Schulleitung(en) -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A03
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt
@senbjf.berlin.de

Datum 23. Januar 2019

Betr.: Einrichtung zweier Staatlicher Internationaler Schulen Berlin als **Schulen besonderer pädagogischer Prägung**

hier: Nelson-Mandela-Schule (04K04),
2. Internationale Schule Berlin (04K10)

Anlagen: Einverständniserklärung zum Besuch der Staatlichen Internationalen Schulen, Stundentafeln, Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens, Ausweisung sprachlicher Kompetenzen nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I. Allgemeines

Die Nelson-Mandela-Schule wird als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden Struktur und Inhalte fortgesetzt und weiterentwickelt, die an dieser Schule im Rahmen des Schulversuchs „Staatliche Internationale Schule Berlin“ erfolgreich erprobt wurden. Zudem wird die 2. Internationale Schule Berlin, die nach demselben Konzept arbeitet, ebenfalls als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ eingerichtet.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch den Anspruch, Kindern und Jugendlichen aus hochmobilen Familien zu ermöglichen, ihre durch Standortwechsel gekennzeichnete Schullaufbahn erfolgreich zu durchlaufen und - bis hin zu ihrer Berufs- und Studierfähigkeit - im In- wie im Ausland anschlussfähig zu halten.

Damit wird der Rolle Berlins als politisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen, die sich nicht nur in der Etablierung diplomatischer Einrichtungen, sondern auch durch die Ansiedlung internationaler Unternehmen und die Attraktivität als Wissenschaftsstandort zeigt.

Die Rahmenvorgaben gelten ab dem Schuljahr 2018/19. Sie beschreiben den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung und ersetzen meine bisherige Schulversuchsgenehmigung (zuletzt in der Fassung vom 31. Juli 2015).

Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt wird, gelten für die Nelson-Mandela-Schule die allgemeinen für die Berliner Schule geltenden Regelungen, insbesondere das Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), die Grundschulverordnung vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 16), die Sekundarstufe I-Verordnung vom 31. März 2010 (GVBl. S. 175), die Verordnung über die gymnasiale

Oberstufe (VO-GO) vom 18. April 2007 (GVBl. S. 156), die AV Prüfungen vom 2. September 2016 (ABl. S. 2473) sowie die Vereinbarung über die Anerkennung des „International Baccalaureate Diploma/Diplôme du Baccalauréat International“ (IB-Diploma) gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. März 1986 in der jeweils geltenden Fassung.

Schulträger und Schulaufsichtsbehörde erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

II Organisation der Schule

Die Nelson-Mandela-Schule ist eine dreizügige Integrierte Sekundarschule, die die Primarstufe (Jahrgangsstufe 1 bis 6), die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7 bis 10), die dreijährige gymnasiale Oberstufe sowie den Lehrgang zum Erwerb des Diplôme du Baccalauréat International (nachstehend IB-Diploma genannt) umfasst.

Die 2. Internationale Schule ist eine zweizügige Integrierte Sekundarschule, die die Primarstufe (Jahrgangsstufe 1 bis 6), die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7 bis 10) und die dreijährige gymnasiale Oberstufe umfasst, wobei der Aufwuchs der Klassen, beginnend in Jahrgangsstufe 1, sukzessive erfolgen wird. Bis zum Schuljahr 2019/20 ist es zulässig, in der Jahrgangsstufe 1 mit einem Zug zu beginnen.

Die Einrichtungsfrequenz in der Jahrgangsstufe 1 beträgt 20 Schülerinnen und Schüler. Sie darf bis zur Entscheidung nach Satz 3 nicht überschritten werden, um die Aufnahme von Kindern aus dem Ausland kommender hochmobiler Familien nach Satz 3 zu ermöglichen. Alle zwischen dem Abschluss des originären Auswahlverfahrens nach Abschnitt 4 Gruppe 2 („Einrichtung der Klassen, Kontingente“) Absatz 1 und zwei Wochen vor dem Unterrichtsbeginn in der Jahrgangsstufe 1 eingehenden Bewerbungen werden gesammelt; die Vergabe der Plätze erfolgt entsprechend den Kriterien des Abschnittes 4. Für das Verfahren nach Satz 3 stehen zwei Plätze zur Verfügung, die sich aus der Differenz zwischen der Einrichtungsfrequenz nach Satz 1 und der in Absatz 4 Satz 1 für die Jahrgangsstufe 1 festgesetzten Höchstfrequenz ergeben. Nach der Durchführung des Verfahrens nach Satz 3 frei bleibende Plätze werden an Kinder aus hochmobilen Familien entsprechend der Nachrückerliste vergeben.

Die Höchstfrequenz je Klasse beträgt 22 Schülerinnen und Schüler bis einschließlich Jahrgangsstufe 3, 24 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 4 bis 6 und 26 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I. Der Lehrgang zum Erwerb des Diplôme du Baccalauréat International („IB-Diploma“) wird bei einer Teilnehmerzahl von mindestens 10 Schülerinnen und Schülern eingerichtet; bei geringfügiger Unterschreitung dürfen Kurse nur mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde gebildet werden.

III Grundsätzliches

An den Staatlichen Internationalen Schulen werden Schülerinnen und Schüler verschiedener Nationalität - die sich großteils nur vorübergehend in Berlin aufhalten - gemeinsam durchgängig zweisprachig (deutsch-englisch) unterrichtet und erzogen.

Damit ist insbesondere die Förderung und Entwicklung einer ausgeprägten Sprachkompetenz und Kommunikationsfähigkeit verbunden sowie die Vermittlung von Toleranz und Weltoffenheit.

An den Schulen können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I und die Allgemeine Hochschulreife, an der Nelson-Mandela-Schule kann zusätzlich das IB-Diploma erworben werden.

IV Aufnahme

Die Aufnahme erfolgt gemäß der Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung.

Der Besuch der Staatlichen Internationalen Schulen ist freiwillig und bedarf eines schriftlichen Antrags der Erziehungsberechtigten sowie ihrer - ebenfalls - schriftlichen Zustimmung zum Besuch der Schule, nachdem sie über Inhalte und mögliche zusätzliche Belastungen ihrer Kinder informiert worden sind und diese Bedingungen schriftlich akzeptieren (Einverständniserklärung, Anlage 1).

Die Aufnahme erfolgt in der Jahrgangsstufe 1.

Werden Anmeldeunterlagen in einer anderen als der deutschen Sprache vorgelegt, so sind sie von den Antragstellern ins Deutsche übersetzen zu lassen.

Die Schule hat keinen Einschulungsbereich. Sie nimmt nicht am berlinweiten allgemeinen Aufnahmeverfahren in Jahrgangsstufe 5 oder 7 teil; dies gilt auch dann, wenn sie in diesen Jahrgangsstufen neue Klassen einrichtet.

1. Sprachkenntnisse

Die Staatlichen Internationalen Schulen nehmen im Rahmen der Einschulung Kinder auf, die Deutsch oder Englisch altersgemäß wie eine Muttersprache beherrschen, wobei die Aufnahme von Kindern mit der Muttersprache Deutsch zusätzlich das Vorliegen mindestens passiver Kenntnisse in Englisch voraussetzt. Ansonsten ist auch bei freien Kapazitäten keine Aufnahme möglich (Mindesteignung).

Die für eine Aufnahme erforderlichen sprachlichen Kompetenzen sind in einer von der Schulaufsichtsbehörde einheitlich genehmigten Überprüfung nachzuweisen. Die Schulaufsichtsbehörde legt jährlich die für die Durchführung der Überprüfung zuständige Stelle fest. Die Überprüfung der muttersprachlichen Kenntnisse erfolgt in einem in Englisch oder in Deutsch geführten Test, je nachdem, welche Sprache als Muttersprache angegeben wird, bei Kindern, die als bilingual angemeldet werden, in beiden Unterrichtssprachen.

Muttersprachliche Kenntnisse liegen bei Kindern vor, die in diesem Test mindestens 80 Prozent der möglichen Punkte erreichen. Die passiven Englischkenntnisse werden grundsätzlich in einem gesonderten Test festgestellt und liegen vor, wenn Kinder in diesem Test mindestens 70 Prozent der möglichen Punkte erreichen. Bei Kindern, die als bilingual angemeldet wurden, aber keine muttersprachlichen Englischkenntnisse nachweisen konnten, liegen passive Englischkenntnisse dann vor, wenn sie in dem Test zur Überprüfung der muttersprachlichen Kenntnisse mindestens 30 Prozent erreichen.

Maßgeblich für die Aufnahme sind die zum Zeitpunkt der jeweiligen Überprüfung festgestellten Sprachkenntnisse. Erziehungsberechtigte, deren Kinder beide Sprachen altersgemäß wie eine Muttersprache beherrschen, entscheiden unverzüglich nach Bekanntgabe der Testergebnisse, welcher Sprachgruppe ihr Kind zugeordnet werden soll.

2. Einrichtung der Klassen, Kontingente

Im Rahmen der Einrichtung werden je Klasse zehn Plätze an Kinder vergeben, die dauerhaft in Berlin wohnen. Die übrigen zehn Plätze stehen ausschließlich Kindern aus hochmobilen Familien zur Verfügung.

Innerhalb beider Platzkontingente stehen bei der Einrichtung der Klassen jeweils fünf Plätze für Schülerinnen und Schüler mit der Muttersprache Deutsch und fünf Plätze für Schülerinnen und Schüler mit der Muttersprache Englisch zur Verfügung. Können innerhalb eines Platzkontingents in einer Sprachgruppe nicht alle Plätze vergeben werden, werden sie der jeweils anderen Sprachgruppe zugeordnet.

Bleiben im Kontingent der dauerhaft in Berlin lebenden Kinder Plätze unbesetzt, werden diese dem Platzkontingent für Kinder aus hochmobilen Familien der jeweiligen Sprachgruppe zugeordnet. In dem Platzkontingent für hochmobile Schülerinnen und Schüler unbesetzt bleibende Plätze sind für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger nach Abschnitt V vorzuhalten.

Die Klassen sollen aus Schülerinnen und Schülern mit der Muttersprache Deutsch und solchen mit der Muttersprache Englisch bestehen.

Familien gelten als hochmobil, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt aus beruflichen Gründen eines oder beider Erziehungsberechtigten mehrfach in Abständen von in der Regel höchstens vier Jahren nicht nur kurzzeitig in das Ausland verlagern; einmalige Auslandsaufenthalte sowie Ein- oder Auswanderungsabsichten begründen keine Hochmobilität. Die Zuordnung zur Personengruppe der hochmobilen Familien setzt ferner voraus, dass die Erziehungsberechtigten das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 im Rahmen der Anmeldung glaubhaft machen und schriftlich erklären, Berlin nach in der Regel höchstens vier Jahren aus beruflichen Gründen wieder verlassen und den Lebensmittelpunkt der gesamten Familie in das Ausland verlegen zu müssen.

In dem Kontingent der hochmobilen Familien werden auch geeignete, aus dem Ausland kommende Kinder berücksichtigt, die keinen Berliner Wohnsitz haben, aber glaubhaft machen, spätestens zwei Wochen vor Unterrichtsbeginn in Berlin ihren Wohnsitz zu begründen. Die Aufnahme dieser Kinder erfolgt unter der auflösenden Bedingung, dass bis diesem Zeitpunkt ein Wohnsitz in Berlin nachgewiesen wird. Erfolgt kein fristgerechter Nachweis, werden diese Plätze entsprechend der Nachrückerliste vergeben.

3. Übernachtfrage

Übersteigt die Zahl der Anmeldungen geeigneter Schülerinnen und Schüler die Zahl der verfügbaren Plätze, werden in dem für Kinder aus hochmobilen Familien zur Verfügung stehenden Kontingent in beiden Sprachgruppen jeweils vorrangig Kinder von Bediensteten des Auswärtigen Amtes oder ausländischer diplomatischer Vertretungen aufgenommen, danach Kinder, deren Geschwister im Jahr der Aufnahme noch die Primarstufe der jeweiligen Staatlichen Internationalen Schule besuchen.

Die Aufnahme in dem Kontingent der dauerhaft in Berlin lebenden Schülerinnen und Schüler erfolgt abweichend von § 55a Absatz 2 des Schulgesetzes ausschließlich durch Los.

V Aufnahme nach Einrichtung der Jahrgangsstufe 1 („Seiteneinstieg“)

Die Aufnahme in eine bereits eingerichtete Klasse („Seiteneinstieg“) ist im Rahmen freier Plätze möglich, sofern Hochmobilität vorliegt. Weitere Voraussetzung für die Aufnahme sind englische Sprachkenntnisse, die dem Unterrichtsniveau der besuchten Jahrgangsstufe entsprechen. Die Sprachkenntnisse werden durch schulaufsichtlich genehmigte englischsprachige Aufnahmetests festgestellt, die aus einem mündlichen und ab Jahrgangsstufe 3 zusätzlich einem schriftlichen Teil bestehen. Der Test ist bestanden, wenn jeweils mindestens ausreichende Leistungen - bezogen auf das muttersprachliche Anforderungsniveau - erzielt werden. Erfüllen mehr Schülerinnen und Schüler die Aufnahmevoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, werden zunächst Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die nach einem mehrjährigen Auslandsaufenthalt in die Staatliche Internationale Schule zurückkehren. Im Übrigen erfolgt die Aufnahme entsprechend Abschnitt IV („Aufnahme“), Gruppe 3 („Übernachfrage), Absatz 1.

Schülerinnen und Schüler, die wegen fehlender Deutschkenntnisse den Lehrgang zum Erwerb des Diplôme du Baccalauréat International besuchen wollen und die Aufnahmevoraussetzungen von Absatz 1 Satz 1 bis 4 erfüllen, werden abweichend von Absatz 1 Satz 5 und 6 ab Jahrgangsstufe 9 vorrangig aufgenommen.

Die Aufnahme in die Sekundarstufe II von Schülerinnen und Schülern aus dem Ausland, die den Erwerb des Diplôme du Baccalauréat International anstreben, aber nicht den mittleren Schulabschluss erworben haben, setzt zusätzlich zu den Voraussetzungen des Absatzes 1 das Vorliegen eines dem mittlerem Schulabschluss vergleichbaren Abschlusses oder das Bestehen einer von der Schule durchgeführten Äquivalenzprüfung voraus. Die in englischer Sprache durchgeführte Äquivalenzprüfung besteht aus je einer schriftlichen Prüfung in den Fächern Englisch und Mathematik sowie in jeweils einem Fach aus dem gesellschaftswissenschaftlichen und dem naturwissenschaftlichen Aufgabenbereich. Die Äquivalenzprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsfächer mindestens mit „ausreichend“ benotet werden; höchstens eine mangelhafte Leistung kann durch eine mindestens gute oder zwei befriedigende Leistungen ausgeglichen werden.

VI Unterricht / Stundentafel

Für die Klassen der Staatlichen Internationalen Schulen gelten die beigefügten Stundentafeln (Anlagen 2 bis 5). Darin sind auch die Stundenvorgaben berücksichtigt, die zum Erwerb des IB-Diploma erforderlich sind.

Die schulrechtliche Verpflichtung hinsichtlich des Unterrichts in der ersten Fremdsprache wird mit Englisch erfüllt.

Deutsch und Englisch sind durchgängig gleichberechtigte Unterrichtssprachen. Der Unterricht soll - außer in den Fächern Muttersprache und Partnersprache sowie in den Kursen, die zum IB-Diploma führen - jeweils etwa zur Hälfte von Lehrkräften mit deutscher, zur anderen Hälfte von Lehrkräften mit englischer Muttersprache erteilt werden.

In allen übrigen Lernbereichen bzw. Fächern werden die Schülerinnen und Schüler durchgängig gemeinsam unterrichtet. Der Unterricht ist etwa zu gleichen Teilen in deutscher und englischer Sprache zu erteilen. Unter Beachtung dieser Vorgabe legt die Schule fest, welches Fach in welcher Jahrgangsstufe auf Deutsch oder Englisch unterrichtet wird. Dabei ist sicherzustellen, dass die gemeinsame Prüfung zum mittleren Schulabschluss und der erweiterten Berufsbildungsreife im Fach Mathematik in deutscher Sprache durchgeführt wird.

Veränderungen der Stundentafeln bedürfen meiner Genehmigung.

VII Curriculum / Unterrichtsmaterialien

Die Schule erstellt auf der Grundlage der geltenden Rahmenlehrpläne schulinterne Curricula, die internationale Inhalte berücksichtigen, um damit die Vorgaben für den Erwerb der besonderen schulischen Abschlüsse erfüllen zu können. In diesem Zusammenhang ist auch epochaler Unterricht möglich. Curriculare Festlegungen für Englisch als Muttersprache sowie Deutsch und Englisch als Partnersprache sind durchgängig - und einheitlich für beide Schulen - zu erstellen.

Die Kompetenzzuweisung nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GeR) orientiert sich an den höheren fremdsprachlichen Anforderungen der Staatlichen Internationalen Schulen entsprechend der in Anlage 6 beigefügten Tabelle, auf deren Grundlage auch die Bewertung der Jahrgangsleistungen erfolgt.

Beim Einsatz englischsprachiger Lehr- und Lernmaterialien ist im Interesse der Anschlussfähigkeit der Schullaufbahn zur Berliner Schule insgesamt die Kompatibilität mit den Berliner Rahmenlehrplänen sicherzustellen.

VIII Sprachförderung

Förderunterricht wird vorrangig zur Behebung sprachlicher Defizite erteilt.

Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger ohne hinreichende Deutschkenntnisse erhalten bedarfsgerecht Förderunterricht. Die Teilnahme ist verbindlich.

Entsprechende Förderkurse werden in der Regel aus Schülerinnen und Schülern zweier aufeinanderfolgender Jahrgangsstufen (1/2, 3/4, 5/6, 7/8, 9/10) gebildet; die Förderkurse umfassen in der Regel zwischen 10 und 15 Schülerinnen und Schüler. Die Teilnahme endet nach spätestens zwei Jahren.

Die Förderung in diesen Kursen umfasst bis zu 5 Wochenstunden, insgesamt also 25 Wochenstunden. Sofern an Filialstandorten aus organisatorischen Gründen gesonderte Förderkurse durchgeführt werden müssen, erhöht sich das Stundenvolumen entsprechend.

IX Ganztagsbetrieb

Die Staatlichen Internationalen Schulen sind durchgängig bis Jahrgangsstufe 10 Ganztagschulen in gebundener Form. Die Teilnahme an dem kostenlosen, den Unterricht ergänzenden Angebot bis 16 Uhr ist verpflichtend.

X Grundstufe / Jahrgangsstufe 5 und 6

Der grundlegende Spracherwerbsprozess (Schriftspracherwerb) in der jeweiligen Muttersprache sollte am Ende der jahrgangsstufenübergreifend eingerichteten Schulanfangsphase, in der jeweiligen Partnersprache am Ende der Jahrgangsstufe 4 abgeschlossen sein. Ab Jahrgangsstufe 3 wird der Unterricht in der jeweiligen Partnersprache bedarfsorientiert in mindestens zwei getrennten Lerngruppen (für Anfängerinnen und Anfänger/Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie Fortgeschrittene) erteilt. Ab Jahrgangsstufe 5 beginnt der Wahlpflichtunterricht; als Fremdsprache wird an der Nelson-Mandela-Schule Französisch, an der 2. Internationalen Schule Spanisch angeboten.

XI Übergang in die Sekundarstufe I

Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 6 rücken in die Jahrgangsstufe 7 auf und gehen in die Sekundarstufe I der Staatlichen Internationalen Schulen über, wenn zu erwarten ist, dass sie den besonderen Anforderungen genügen werden, d. h. wenn ihre Leistungen in Deutsch und Englisch mit „ausreichend“ oder besser bewertet werden. Diese Entscheidung trifft die Klassenkonferenz am Ende der Jahrgangsstufe 6. Die Klassenkonferenz entscheidet dabei auch über eine Wiederholung der Jahrgangsstufe 6. Bereits am Ende des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 6 informiert die Klassenkonferenz die Schulleiterin oder den Schulleiter, bei welchen Schülerinnen und Schülern das Aufrücken gefährdet ist; die Schulleiterin oder der Schulleiter setzt darüber die Erziehungsberechtigten in Kenntnis. Schülerinnen und Schüler, die in eine Schule in Regelform wechseln, rücken direkt in die Jahrgangsstufe 7 auf; bei ihnen entfällt eine etwaige Wiederholung.

Schülerinnen und Schüler, die die Staatlichen Internationalen Schulen kürzer als zwei Jahre besucht haben, bleiben auch dann an der Schule, wenn sie nur in einem der Fächer Deutsch oder Englisch mindestens ausreichende Leistungen erzielt haben.

XII Sekundarstufe I

Ab Jahrgangsstufe 7 werden alle Schülerinnen und Schüler - als Fortsetzung der in Jahrgangsstufe 5 begonnenen Sprache oder neu beginnend - in Französisch oder Spanisch unterrichtet. Abweichend davon können Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen anstelle dieser zweiten Fremdsprache zusätzlichen Deutschunterricht erhalten. Sie sollen in der Regel erst in Jahrgangsstufe 9 mit einer zweiten Fremdsprache beginnen.

Mathematik wird - in GR- und ER-Kursen - leistungsdifferenziert ab Jahrgangsstufe 7, Deutsch und die naturwissenschaftlichen Fächer ab Jahrgangsstufe 9 unterrichtet. Englisch wird ab Jahrgangsstufe 7 ausschließlich in Kursen auf Erweiterungsniveau unterrichtet. Die Schule differenziert innerhalb dieses Niveaus, indem sie Kurse mit besonderem Anspruch anbietet, in denen ausschließlich auf muttersprachlichem Niveau unterrichtet wird. Schülerinnen und Schüler, die die zweite Fremdsprache bereits ab Jahrgangsstufe 5 belegen, werden in einem Kurs auf Erweiterungsniveau für Frühbeginnende (ER+) unterrichtet. Es ist zulässig (und wegen des Beginns des Unterrichts in einer niedrigeren Jahrgangsstufe auch notwendig), Inhalte und Standards des Rahmenlehrplans in frühere Jahrgangsstufen vorzuverlegen.

In der Sekundarstufe I werden für aufgenommene Schülerinnen und Schüler mit unzureichenden Deutschkenntnissen zwei Lerngruppen eingerichtet, in denen das Fach Deutsch entsprechend den Vorkenntnissen der Schülerinnen und Schüler unabhängig von der besuchten Jahrgangsstufe unter-

richtet wird. Das Unterrichtsvolumen entspricht der Regelstundentafel; zusätzlicher Förderunterricht bleibt davon unberührt.

Für den Erwerb der Berufsbildungsreife gilt § 32 Absatz 1 Sek I-Verordnung. Abweichend von § 32 Absatz 1 Nummer 3 Sek I-Verordnung kann für Schülerinnen und Schüler, die höchstens zwei Jahre eine Staatliche Internationale Schule oder eine andere deutschsprachige Schule besucht haben und die deutsche Sprache noch unzureichend beherrschen, wird die vergleichende Arbeit in Deutsch durch eine niveaugleiche Arbeit in Englisch ersetzt. Diese vergleichende Arbeit ist von den Schulen unter Berücksichtigung der Fertigkeitsbereiche „Lesen“ und „Schreiben“ zu erstellen und der zuständigen Fachaufsicht zur Genehmigung vorzulegen. Zudem erstellen die Schulen eine Übersetzung der Aufgabenstellung in Mathematik, die den Aufgaben beigelegt wird; diese Übersetzung ist ebenfalls der Fachaufsicht vorzulegen.

Alle Schülerinnen und Schüler, die die Berufsbildungsreife erworben haben, nehmen an der gemeinsamen Prüfung zum Erwerb des mittleren Schulabschlusses und der erweiterten Berufsbildungsreife teil. Die Präsentationsprüfungen werden in der Sprache abgelegt, in der das Fach unterrichtet wurde. Die Aufgabenstellung in Mathematik wird den Schülerinnen und Schülern in deutscher und englischer Sprache vorgelegt.

Schülerinnen und Schüler, die insgesamt höchstens zwei Jahre die Staatliche Internationale Schule oder eine andere deutschsprachige Schule besucht haben und die deutsche Sprache noch unzureichend beherrschen, können mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde anstelle der schriftlichen Prüfung im Fach Deutsch eine Prüfung in einem in der Jahrgangsstufe 10 unterrichteten Fach des naturwissenschaftlichen Lernbereichs absolvieren; alternativ kann ein Fach des gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereichs angeboten werden. Das gewählte Fach darf nicht zu demselben Lernbereich gehören wie das Fach der Präsentationsprüfung. Die Aufgaben sind von der Schule auf dem für Jahrgangsstufe 10 maßgebenden Niveau des Rahmenlehrplans zu erarbeiten und der zuständigen Fachaufsicht zur Genehmigung vorzulegen. Die Prüfung wird in englischer Sprache abgelegt.

XIII Gymnasiale Oberstufe

Jahrgangsstufe 11 dient zur Orientierung auf die gymnasiale Oberstufe oder das IB-Diploma und wird von allen Schülerinnen und Schülern gemeinsam besucht, die nicht direkt in die Jahrgangsstufe 12 wechseln (Orientierungsphase).

Unterrichtssprache kann in jedem Fach, je nach pädagogischen oder didaktischen Erfordernissen, Deutsch oder Englisch sein; innerhalb der Qualifizierungsphase wechselt die Unterrichtssprache nicht. Die Unterrichtssprache ist auch Prüfungssprache. Deutsch wird durchgängig in den Leistungsstufen I (Muttersprache) und II (Partnersprache), Englisch nur auf Leistungsstufe I unterrichtet.

Der Umfang des Unterrichts, an dem die Schülerinnen und Schüler in der Orientierungsphase teilnehmen müssen, ergibt sich aus Anlage 3.

Werden in Deutsch und Englisch zugleich weniger als 4 Punkte erzielt, erfolgt keine Versetzung. Der Umstand, dass die Muttersprache einer Schülerin oder eines Schülers Englisch ist, ist kein schwerwiegender Grund im Sinne des § 18 Absatz 4 VO-GO.

Für Schülerinnen und Schüler, die Englisch in der Qualifikationsphase als Leistungskursfach fortsetzen wollen, wird dieses Fach im Fundamental- und im Profilbereich zusammengefasst. § 17 Absatz 2 VO-GO gilt entsprechend.

In den Fächern Deutsch und Englisch werden in einem Fach Kurse auf dem Niveau einer Muttersprache, in dem anderen Fach Kurse auf dem Niveau einer Partnersprache besucht; es können mit Genehmigung der Schulleitung auch in beiden Fächern zugleich Kurse auf dem Niveau der Muttersprache besucht werden. Kurse in Deutsch (Partnersprache) dürfen nur von Schülerinnen und Schülern besucht werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist; bei ihnen darf auch Deutsch (Partnersprache) erstes Leistungskursfach sein. Während der Qualifikationsphase gilt ein Wechsel in einem der

Fächer Deutsch und Englisch zwischen Kursen auf den Niveaus von Mutter- und Partnersprachen nicht als Wechsel des Prüfungsfaches; der Wechsel ist jedoch nur mit dem sich aus den Sätzen 1 und 2 dieses Absatzes ergebenden Einschränkungen zulässig und bedarf der Genehmigung durch die Schulleiterin oder den Schulleiter.

Der Grundkurs Deutsch wird vierstündig unterrichtet. „Studium und Beruf“ ist im ersten und zweiten Kurshalbjahr verpflichtend als Zusatzkurs zu belegen; inhaltlich werden darin auch die internationalen Anschlussperspektiven behandelt.

Im Rahmen der Verpflichtung des § 25 Absatz 1 VO-GO ist in jedem Kurshalbjahr je ein Pflichtgrundkurs in Englisch zu besuchen. Im Falle des § 10 Absatz 3 VO-GO ist neben den vier Pflichtgrundkursen in der neu begonnenen Fremdsprache auch Englisch durchgängig zu belegen.

Die Abiturprüfung muss in zwei Fächern in deutscher Sprache abgelegt werden.

XIV Bildungsgang zur Vorbereitung auf das IB-Diploma

Für Schülerinnen und Schüler, die das IB-Diploma anstreben, werden nach der gemeinsamen Orientierungsphase besondere Kurse eingerichtet. Abhängig von der Schülerzahl und den organisatorischen Möglichkeiten der Schule werden vergleichbare Inhalte - wann immer möglich - gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe unterrichtet.

Der Besuch des Bildungsgangs zum Erwerb des IB-Diploma ist ausschließlich für Schülerinnen und Schüler hochmobiler Personengruppen zulässig.

Maßgebend für den Bildungsgang, der zum IB-Diploma führt, ist die Vereinbarung über die Anerkennung des „International Baccalaureate Diploma/Diplôme du Baccalauréat International“ gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. März 1986 in der Fassung vom 13. Dezember 2013, insbesondere auch das Bewertungssystem; dabei ist Deutsch durchgängig als Kurs zu belegen. Sofern eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung in der Bundesrepublik Deutschland angestrebt wird, sind die unter Nummer 1 der o. g. Vereinbarung getroffenen Festlegungen zwingend zu beachten.

Alle Schülerinnen und Schüler, die länger als zwei Jahre die Staatliche Internationale Schule oder eine andere deutschsprachige Schule besucht haben, müssen das Fach Deutsch in der Regel auf dem Higher Level belegen.

Schülerinnen und Schüler werden in die Jahrgangsstufe 13 versetzt, wenn sie in den sechs künftigen Prüfungsfächern - diese Fächer sind bis zum Abschluss des Bildungsganges durchgängig zu belegen - mindestens 24 Punkte erreichen und ihnen die Schule mindestens 75 CAS-Stunden (Creativity, Action, Service) bescheinigt. Wer nur 23 Punkte erreicht, kann vor den Sommerferien in einem mit weniger als 4 Punkten (=satisfactory/satisfaisant) bewerteten Kurs nachgeprüft werden, um einen Zusatzpunkt zu erreichen, der zur Nachversetzung führt. Wird mehr als ein Fach mit 3 oder weniger Punkten bewertet, erfolgt keine Versetzung.

Es gilt die Stundentafel nach Anlage 5. Eine Erweiterung bzw. Modifikation des Wahlpflichtangebots bedarf der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde.

Den Vorsitz in den Prüfungen zum IB-Diploma führt die IB-Koordinatorin oder der IB-Koordinator. Für jede mündliche Prüfung im Rahmen des IB-Diploma wird eine Prüfungskommission eingerichtet, der neben der Prüferin oder dem Prüfer mindestens eine weitere Lehrkraft angehört. Jede mündliche Prüfung ist zu protokollieren. Die Schulaufsichtsbehörde kann an jeder Prüfung teilnehmen.

Die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten sind rechtzeitig schriftlich auf die Bedingungen zur Anerkennung der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für die Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen und darauf, dass entstehende Kosten für die Teilnahme an Prüfungen im Rahmen fakultativer Qualifizierungsangebote, mit denen Abschlüsse erworben werden, die von externen Trägern angeboten werden, vollständig selbst getragen werden müssen. Die Leistung der Schule besteht darin, auf die Prüfung zum Erwerb des IB-Diploma vorzubereiten.

XV Zeugnisse

Die Schule verwendet die von ihr entwickelten und schulaufsichtlich genehmigten Zeugnisvordrucke; dies gilt auch für die Orientierungsphase.

In den Jahrgangsstufen 3 und 4 werden die Leistungen der Schülerinnen und Schüler verbal beurteilt. Die Schule gewährleistet beim Abgang die Übersetzung des Zeugnisses in die englische Sprache.

Die bilinguale Zusatzleistung wird auf Wunsch der Erziehungsberechtigten durch ein Zertifikat bescheinigt, sofern eine Schülerin oder ein Schüler die Nelson-Mandela-Schule verlässt.

Das Arbeits- und Sozialverhalten wird ab Jahrgangsstufe 3 beurteilt, dazu wird die beigelegte Anlage 7 verwendet.

Schülerinnen und Schüler, die erfolgreich den Bildungsgang zum Erwerb des IB-Diploma durchlaufen, erhalten das Abschlusszeugnis von der International Baccalaureate Organisation/Office du Baccalauréat International (IBO).

XVI Personal

An der Staatlichen Internationalen Schule unterrichten nach Möglichkeit in etwa zur Hälfte Lehrkräfte deutscher Muttersprache mit einer in Deutschland erworbenen Lehramtsbefähigung und nachgewiesenen guten Kenntnissen der englischen Sprache. Zur anderen Hälfte unterrichten Lehrkräfte englischer Muttersprache mit guten Deutschkenntnissen und einer zumindest nach dem Recht des Heimatlandes abgeschlossenen Lehrerausbildung. Innerhalb dieses Kontingents wird bedarfsgerecht eingestellt.

Als „gut“ sind Sprachkenntnisse in der jeweiligen Partnersprache zu bewerten, wenn mindestens Niveaustufe B2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (GeR) erreicht wird.

Funktionsstellen sollen annähernd paritätisch mit Lehrkräften deutscher und englischer Muttersprache besetzt werden.

Englischsprachiger Sachfachunterricht wird von Lehrkräften erteilt, die neben der Lehrbefähigung für das unterrichtete Sachfach auch eine Lehrbefähigung für die verwendete Fremdsprache haben oder über eine Sprachkompetenz verfügen, die in der Regel dem Niveau C2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens entspricht; diese Qualifikation kann durch ein entsprechendes Zertifikat nachgewiesen werden. Die Durchführung dieses Fachunterrichts setzt voraus, dass dazu an der Schule nicht nur vorübergehend mindestens zwei Lehrkräfte befähigt sind.

Deutsche Lehrkräfte müssen gute Kenntnisse in der englischen Sprache nachweisen. Englischsprachige Lehrkräfte müssen spätestens nach zwei Jahren Deutschkenntnisse nachweisen, die dem Sprachniveau B1 bzw. nach drei Jahren dem Sprachniveau B2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen entspricht; diese Verpflichtung ist in den Arbeitsvertrag aufzunehmen. Lehrkräfte, die die jeweils andere Sprache nicht gut beherrschen, sind zur regelmäßigen Fortbildung verpflichtet.

Zur Beschleunigung des Fremdspracherwerbs der Schülerinnen und Schüler wird angestrebt, im Ganztagsbetrieb neben Erzieherinnen und Erziehern bzw. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit der Muttersprache Deutsch und guten Kenntnissen in der Partnersprache auch entsprechende Fachkräfte mit der Partnersprache Englisch und guten Deutschkenntnissen einzusetzen.

An der Schule tätige Verwaltungskräfte sollen mindestens gute Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift haben.

XVII Grundsätze der Schulverfassung, Ferienordnung

In allen Gremien sind Deutsch und Englisch gleichberechtigte Konferenzsprachen.

Mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde kann die Schule von der Ferienordnung abweichen.

XIX Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Bedarfsberechnung für den Unterricht erfolgt bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 nach Klassen; die Ausstattung der jahrgangsgemischten Schulanfangsphase richtet sich nach den Zumessungsrichtlinien.

In den Schülerfaktor zur Berechnung der Ausstattung der gymnasialen Oberstufe werden an der Nelson-Mandela-Schule auch die Schülerinnen und Schüler in den zum IB-Diploma führenden Kursen einbezogen. Der Schülerfaktor beträgt - einschließlich des zusätzlichen Bedarfs an Unterrichtsangeboten wegen der zum IB-Diploma führenden Kurse - 1,95 Lehrerstunden.

Die Funktionsstellen werden, sofern nicht anders formuliert, gemäß Zuordnungsrichtlinien (Grundschule, ISS mit gymnasialer Oberstufe) eingerichtet. Sofern die Schule an mehreren Standorten geführt wird, erhält jede Filialleitung 10 Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden.

Aus dem Kontingent der Schülerarbeitsstunden ist in der Sekundarstufe I in jeder Klasse eine Stunde als Kerngruppenstunde insbesondere zur Förderung der fachsprachlichen Kompetenz zu verwenden; die Klassenleiterstunde wird unabhängig davon gewährt.

Die Schule erhält für freiwilligen Unterricht und für die Durchführung von gebundenem Ganztag die gleiche Zumessung wie Integrierte Sekundarschulen in Regelform.

Für den getrennten Unterricht in Muttersprache und Partnersprache, die getrennten Lehrgänge zum Schriftspracherwerb, die Differenzierungen nach Anfängern und Fortgeschrittenen in der Partnersprache, dem erhöhten Stundenaufwand in einzelnen Fächern zur Erreichung eines internationalen Abschlusses und für die Schülerarbeitsstunden sind Teilungs- und Förderstunden gemäß den Anlagen 2 bis 4 anzusetzen.

Für den erhöhten Aufwand für die Erstellung der Curricula unter Berücksichtigung der Anforderungen des IB-Diploma, zur Unterrichtsvorbereitung, Fortbildung und Innovation sowie permanente Tests von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern erhalten die Schulen Ermäßigungs- oder Anrechnungsstunden im Umfang insgesamt 69 Unterrichtsstunden; davon sind 12 Wochenstunden für die IB-Koordination zu verwenden. Über die Verteilung auf die einzelnen Schulen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

Die Berechnungsgrundlage für den Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Sozialpädagogen erfolgt in der Primarstufe - als Ausgleich für die profilbedingt notwendige Unterfrequenz - entsprechend der Richtfrequenz für Grundschulen.

Die Mitgliedsbeiträge gegenüber der International Baccalaureate Organization - zuzüglich der Kosten für Akkreditierung, Schulinspektionen - übernimmt die Schulaufsichtsbehörde.



Mark Rackles

Stundentafel

für die Klassen der
"Staatlichen Internationalen Schulen"
(Grundschulteil)

Unterrichtsfach ¹⁾	Schulanfangs- phase		Jahrgangsstufen			
	1	2	3	4	5	6
Muttersprache ¹⁾	7	7	6	6	5	5
Partnersprache ¹⁾	4	4	6	6	5	5
Mathematik	(5)	(5)	5	5	5	5
Sachunterricht (<i>Environment Studies</i>)	10 ²⁾ (2)	10 ²⁾ (2)	3	5		
Kunst / Musik	(3)	(3)	3	3	4	4
Sport ³⁾	3	3	3	3	3	3
Naturwissenschaften (<i>Science</i>)					4	4
Gesellschaftswissenschaften (<i>Political Science</i>)					3	3
Wahlpflichtunterricht ⁴⁾					2 (3)	2 (3)
Fakultativer Unterricht	1	1	1	1	3	3
Gesamtstundenzahl ^{5,6)}	25	25	27	29	34/35	34/35
Förderunterricht ⁷⁾	2	2	2	2	2	2

Anmerkungen:

- 1) Englisch oder Deutsch. Es wird **in getrennten Gruppen** unterrichtet.
- 2) Die in Klammern gesetzten Zahlen sind **empfohlene Richtwerte**. Es wird **mit gleichem Stundenanteil** in beiden Partnersprachen unterrichtet. Nach der Schulanfangsphase kann weiterhin Unterricht in beiden Partnersprachen durchgeführt werden.
- 3) Der obligatorische **Schwimmunterricht** wird spätestens in Jahrgangsstufe 3 durchgeführt.
- 4) Bei Wahl der **2. Fremdsprache** Französisch wird im Umfang von 3 Stunden unterrichtet.
- 5) Innerhalb der Gesamtstundenzahl sind in jeder Jahrgangsstufe mindestens 10 Stunden im Schuljahr für **Verkehrs- und Mobilitätserziehung** zu verwenden; in den Jahrgangsstufen 3 und 4 sind die Schülerinnen und Schüler auch durch praktische Übungen auf die Radfahrprüfung vorzubereiten.
- 6) Gemäß § 13 Absatz 5 Schulgesetz sind im Stundenplan wöchentlich 2 Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den **Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht** freizuhalten.
- 7) Der **Förderunterricht** erfolgt getrennt nach Sprachgruppen; es sind daher jeweils 2 Stunden pro Sprachgruppe vorzusehen.

Stundentafel

für die Jahrgangsstufe 11 an den
"Staatlichen Internationalen Schulen"
 (Orientierungsphase der gymnasialen Oberstufe)

Unterrichtsfächer	Wochenstunden
Deutsch (Muttersprache oder Partnersprache)	4
Englisch (Muttersprache oder Partnersprache)	5
Zweite oder weitere Fremdsprache ^{a, b}	3
Geschichte / Geografie / Economics ^c	3
Mathematik	3
Physik	2
Chemie	2
Biologie	2
Musik, Bildende Kunst oder Darstellendes Spiel ^a	3
Sport	2
Globales Lernen	2
Laborkompetenzen (Lab Skills)	2
Weiterer Unterricht (Wahlunterricht) ^d	
1. Kurs	2
<hr/>	
insgesamt ^e	35
Fakultativer Unterricht ^f	2 bis 4 (je nach Fach)

Anmerkungen:

Teilungsunterricht ist erforderlich in Deutsch (+3 Kurse) und Englisch (+1 Kurs)

^a Die Fächer können jeweils auch lerngruppenübergreifend unterrichtet werden.

^b Der Unterricht in einer Fremdsprache umfasst mindestens 3 Wochenstunden; sie kann im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten erhöht werden. Ein Neubeginn einer zweiten Fremdsprache in der gymnasialen Oberstufe ist nicht möglich.

^c Das Fach „Economics“ kann nur von Schülerinnen und Schülern gewählt werden, die das IB absolvieren werden.

^d Der „weitere Unterricht“ umfasst den Wahlpflicht- und den fakultativen Unterricht. Ein mindestens 2-stündiger Wahlpflichtkurs ist von jeder Schülerin und jedem Schüler zu belegen. Darüber hinaus können weitere Kurse besucht werden. Als Wahlpflichtunterricht sind mindestens die Fächer Englisch, Mathematik, Recht, Politische Wissenschaft und Bildende Kunst anzubieten.

^e Gemäß § 13 Abs. 5 SchulG sind im Stundenplan wöchentlich 2 Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den Religions- oder Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

^f Im Rahmen des fakultativen Unterrichts kann, soweit die Schule dies zulässt, ein zusätzlicher Kurs besucht werden, für den uneingeschränkt die für entsprechende Kurse des Wahlpflichtunterrichts geltenden Vorschriften mit der Sonderregelung des § 17 Abs. 2 Satz 1 letzter Halbsatz VO-GO anzuwenden sind. Darüber hinaus sind andere fakultative, nicht mit Noten beurteilte Unterrichtsveranstaltungen wie Chor, Orchester, Sport oder Fördermaßnahmen zulässig. Für die zusätzlichen Kurse umfasst der Unterricht 2 bis 4 Wochenstunden.

Studentafel

für die zum Diplôme du Baccalauréat International führenden Kurse
an der Nelson-Mandela-Schule (IB-Diploma)

Wochenstunden in den Jahrgangsstufen	
Pflichtfächer	12 und 13
English A (Literature oder Language and Literature)	6
German A (Muttersprachler) oder B (fortgeschritten)	
oder ab initio (Beginner)	6 (5/4)
Mathematics HL oder SL oder Mathematical Studies	6 (5/4)
Physics, Chemistry oder Biology HL	6
History, Geography oder Economics	6
6. verbindliches Fach ¹	3 (5/6)
Sport ²	2
Theory of Knowledge (TOK) ²	3
Creativity, Action, Service (CAS) ²	2
insgesamt	36 bis 42

Anmerkungen:

Die in Klammern genannte Zahl entspricht bei Deutsch und Englisch dem Level A 2, die vorstehende Zahl dem Level A 1; bei den übrigen Fächern entspricht die in Klammern gesetzte Zahl dem Standard Level (SL), die vorstehende Zahl dem Higher Level (HL).

- 1 Nach Angebot der Schule Visual Arts, Theater (Darstellendes Spiel), Französisch, Spanisch oder ein weiteres für den Erwerb des IB zugelassenes Fach. Der Stundenumfang hängt vom gewählten Kurs ab und beträgt 3, 5 oder 6 Stunden.
- 2 Diese Unterrichtangebote sind zu belegen, werden aber nicht benotet.

Studentafel

für die Klassen der
"Staatlichen Internationalen Schulen"
(Sekundarstufe I) *

Fach	Jahrgangsstufe				Bemerkungen
	7	8	9	10	
Deutsch	5	4	5	5	LDU ab Jahrgangsstufe 9
Englisch	5	4	4	4	
2. Fremdsprache ^{a)}	4	4	3	3	ersetzt den Wahlpflichtunterricht
Mathematik	4	4	4	4	LDU ab Jahrgangsstufe 7
Naturw./Science	2	2			LDU ab Jahrgangsstufe 9
Physik			2	2	
Chemie			2	2	
Biologie	2	2	2	2	
Geschichte ^{b)}	1	1	1	1	
Politische Bildung ^{b)}	1	1	1	1	
Geografie ^{b)}	2	2	1	1	einschließlich Landeskunde
Ethik	2	2	2	2	
WAT	1	3	2	2	
Musik					
Kunst	3	3	3	3	
Sport	2	2	2	2	
Wahlpflicht- unterricht	-	-	-	-	entfällt; die zweite Fremdsprache tritt an Stelle dieses Wahlpflichtunterrichts
Profilstunden	-	-	3 ^c	3 ^c	Beginn einer dritten Fremdsprache möglich
Insgesamt ^d	34	34	37	37	

Teilungsunterricht ist erforderlich in Deutsch (+2 Lerngruppen pro Jahrgangsstufe), Englisch und 2. Fremdsprache (jeweils +1 Lerngruppe pro Jahrgangsstufe), Mathematik (1 Lerngruppe pro Jahrgangsstufe), Physik, Chemie und Biologie (+2 Lerngruppen ab Jahrgangsstufe 9).

Hinzu kommen in jeder Klasse acht Schülerarbeitsstunden (SAS), von denen jeweils eine als Kerngruppenstunde zu verwenden ist.

SAS decken sämtliche weiteren Unterrichtsbedarfe ab. Sie werden auch zur Sprachenförderung, für zusätzliche Gruppenteilungen und für Angebote im fakultativen Unterricht eingesetzt.

Anmerkungen:

^a Französisch oder Spanisch

^b Für die Fächer Geschichte, Politische Bildung und Geografie wird je eine Note ausgewiesen, die zu einer Gesamtnote Gesellschaftswissenschaften zusammengefasst wird.

^c Bei Schülerinnen und Schülern mit Sprachförderbedarf Deutsch erfolgt stattdessen Unterricht im Rahmen der Sprachförderung.

^d Gemäß § 13 Abs. 5 SchulG sind im Stundenplan wöchentlich zwei Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den Religions- oder Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

KOPFBOGEN DER SCHULE

EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG

der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Anmeldung Ihres Kindes für die
Staatlichen Internationalen Schulen (Nelson-Mandela-Schule, 2. Staatliche Internationale Schule Berlin)

Name des angemeldeten Kindes: _____

Für den Besuch der Staatlichen Internationalen Schulen gelten folgende, von den Schulen in Regelform abweichende Bedingungen, die für alle Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsganges verbindlich sind:

- ✓ Etwas mehr als die Hälfte der Plätze steht für Kinder aus hochmobilen Familien zur Verfügung, die ihren Lebensmittelpunkt aus beruflichen Gründen mehrfach in Abständen von in der Regel höchstens vier Jahren nicht nur vorübergehend in das nicht deutschsprachige Ausland verlagern.
- ✓ Geschwister von Schülerinnen und Schülern, die dauerhaft in Berlin wohnen, werden nicht vorrangig aufgenommen.
- ✓ Die Aufnahme nach der Jahrgangsstufe 1 setzt zwingend Hochmobilität voraus. Zudem sind Englischkenntnisse erforderlich, die dem Unterrichtsniveau der Schule in der besuchten Jahrgangsstufe entsprechen.
- ✓ Die Zusammensetzung der Schülerschaft in den Klassen wechselt durch häufige Fort- und Zuzüge üblicherweise stärker als an Regelschulen.
- ✓ Jeweils etwa die Hälfte des Unterrichts wird in deutscher und englischer Sprache erteilt. Beide Sprachen sind gleichberechtigte Unterrichtssprachen. Grundsätzlich unterrichten muttersprachliche Lehrkräfte.
- ✓ Das Stundenvolumen ist in den meisten Jahrgangsstufen höher als an Grundschulen oder integrierten Sekundarschulen. Dies - und der durchgängig zweisprachige und damit sprachintensive Unterricht - kann eine zusätzliche Belastung für die Schülerinnen und Schüler bedeuten.
- ✓ Englisch ist formal die erste Fremdsprache. Ab Jahrgangsstufe 7 wird Französisch oder Spanisch verpflichtend als zweite Fremdsprache unterrichtet; mit Französisch kann bereits in Jahrgangsstufe 5 begonnen werden.
- ✓ Die Schule wird bis Jahrgangsstufe 10 als gebundene Ganztagschule geführt; damit besteht für die Schülerinnen und Schüler an vier Wochentagen eine Anwesenheitspflicht von 8 bis 16 Uhr.
- ✓ Der Bildungsgang zum Erwerb des IB-Diploma (in der Sekundarstufe II) steht ausschließlich Kindern hochmobiler Familien offen. Die Kosten zum Erwerb des IB tragen die Erziehungsberechtigten vollständig selbst.

☐ Ich habe / Wir haben * die Bedingungen und Hinweise für den Besuch der Staatlichen Internationalen Schulen Berlin zur Kenntnis genommen und akzeptiere(n) sie vollständig.

☐ Ich habe / Wir haben * eine Ausfertigung der Einverständniserklärung erhalten.

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Datum und Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Ausweisung der Fremdsprachenkompetenzen für Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Internationalen Schulen (Sekundarstufe I und II)

Allgemeine Hinweise

Gemäß § 21 (5) Sek I-VO, § 16 (5) VO-GO und Nummer 4 (3) AV Zeugnisse ist auf **Abschluss- und Abgangszeugnissen** - ab der Sekundarstufe I - das in der 1. und 2. modernen Fremdsprache erreichte Niveaustufe des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (GeR) verbindlich auszuweisen. Für weitere Fremdsprachen ist die Ausweisung des Niveaus nicht verpflichtend. Maßgebend ist das jeweils letzte durchgängig besuchte Schuljahr.

Wird eine Fremdsprache nicht mit mindestens „ausreichend“ (Note 4) bewertet, richtet sich die auf dem Abschluss- oder Abgangszeugnis auszuweisende Niveaustufe nach dem Referenzniveau der Jahrgangsstufe, in der der Schülerin oder dem Schüler letztmalig ausreichende Leistungen bescheinigt wurden.

Abweichend von diesem Grundsatz erhalten Schülerinnen und Schüler der Integrierten Sekundarstufe, die in der 1. Fremdsprache auf der Niveaustufe ER 3 Punkte erreicht haben, eine Bescheinigung über die Niveaustufe, die in dieser Jahrgangsstufe jeweils mit der Niveaustufe GR korrespondiert.

Bitte beachten Sie dabei, dass in der Sekundarstufe I ausreichende Leistungen (Note 4) an der ISS dann vorliegen, wenn in Kursen der Niveaustufe GR mindestens 3, in Kursen der Niveaustufe ER mindestens 4 Punkte erreicht werden. In der gymnasialen Oberstufe liegen mindestens ausreichende Leistungen vor, wenn in der Einführungsphase mindestens 4, in der Qualifikationsphase mindestens 5 Punkte erreicht werden.

Besonderheiten der Staatlichen Internationalen Schulen (SIS)

In den SIS ist Englisch als 1. Fremdsprache bereits ab der Jahrgangsstufe 1 eine gleichberechtigte Unterrichtssprache. Sie wird im Vergleich zu Regelschulen in einem weit höheren Umfang auf einem entsprechend höheren Anforderungsniveau unterrichtet. Daher sind abweichende Festlegungen zu treffen, um den erworbenen Leistungen der teilnehmenden Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

Für Englisch, das in der Sekundarstufe I ausschließlich auf ER-Niveau unterrichtet wird, gilt danach folgende Zuordnung der GeR-Niveaustufen zu den einzelnen Jahrgangsstufen:

SIS		7	8	9	10	E-Phase	Q2*	Q4*
ER-Niveau	Muttersprache	B1	B1/B2	B2/B1	B2	B2/C1	C1/C2	C2
	Partnersprache	B1/A2	B1	B1/B2	B2/B1	X		

* die Bescheinigung der GeR-Niveaustufe setzt – neben mindestens ausreichenden Leistungen in der maßgeblichen Fremdsprache die Erfüllung der in den jeweiligen Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung beschriebenen Beleg- und Prüfungsverpflichtungen voraus.

Arbeits- und Sozialverhalten

Work Attitude and Social Behaviour

Name:	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
Klasse / Class:	always	mostly	rarely	not at all
Sozialverhalten / Social behaviour				
...zeigt aufgeschlossenes Verhalten ...shows a positive attitude				
...übernimmt Verantwortung ...takes responsibility				
...übernimmt freiwillig zusätzliche Aufgaben ...does additional work vountarily				
...zeigt tolerantes und respektvolles Verhalten ...shows a tolerant and respectful attitude				
Mitarbeit / Participation				
...arbeitet konzentriert mit ...is able to do concentrated work in class				
...fördert den Unterricht durch eigene Beiträge ...adds to the lesson through his/her contributions				
...beteiligt sich rege und interessiert am Unterricht ...participates well and shows interest in class				
...arbeitet kontinuierlich mit ...works steadily				
...schöpft die eigene Leistungsfähigkeiten aus ...works up to his/her abilities				
Arbeitsverhalten / Attitude to work				
...hat Unterrichtsmaterialien immer dabei ...always brings work materials to class				
...organisiert Arbeitsabläufe selbständig und beendet Arbeiten fristgerecht ...organizes own work and demonstrates good time management				
...zeichnet sich durch gute Teamarbeit aus ...can work well in teams				
...ist offen gegenüber neuen Herausforderungen ...is open to new challenges				
...macht die Hausaufgaben sorgfältig und regelmäßig ...does homework thoroughly and neatly				
...erledigt Arbeiten sorgfältig ...completes classwork thoroughly and neatly				
Anwesenheit / Attendance				
...erscheint pünktlich zum Unterricht ...appears punctually to lessons				
...nimmt regelmäßig am Unterricht teil ...attends lessons regularly				
Zweisprachigkeit / Bilinguality				
...verwendet Deutsch und Englisch situationsgerecht ...applies German and English appropriately				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Der Staatssekretär



Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☎ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

Lessing-Schule

(Bezirk Mitte)

Dathe-Oberschule

(Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Rosa-Luxemburg-Gymnasium

(Bezirk Pankow)

Werner-von-Siemens-Oberschule

(Bezirk Steglitz-Zehlendorf)

Albrecht-Dürer-Schule

(Bezirk Neukölln)

Otto-Nagel-Gymnasium

(Bezirk Marzahn-Hellersdorf)

Humboldt-Oberschule

(Bezirk Reinickendorf)

- Schulleitungen -

www.berlin.de/sen/bjw

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoeth.schmidt
@senbjw.berlin.de
Datum 21. Februar 2013

Einrichtungsverfügung für die „Schnelllernerklassen“ an Gymnasien als Schulen besonderer pädagogischer Prägung (Rahmenvorgaben)

Betr.: Lessing-Schule (01Y08),
Dathe-Oberschule (02Y05),
Rosa-Luxemburg-Gymnasium (03Y10),
Werner-von-Siemens-Oberschule (06Y05),
Albrecht-Dürer-Schule (08Y01),
Otto-Nagel-Gymnasium (10Y02),
Humboldt-Oberschule (12Y03)

Anlagen Stundentafel, Informationsblätter, Musternachweise über besuchte Enrichment-Kurse

I Allgemeines

Die Schnelllernerklassen an o. g. Gymnasien werden ab dem Schuljahr 2013/14 als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Sie setzen das bewährte Konzept des ab dem Schuljahr 1993/94 erfolgreich durchgeführten Schulversuchs „Individualisierung des gymnasialen Bildungsganges“ fort und entwickeln es weiter.

Die teilnehmenden Schulen sind Mitglieder des Berliner Netzwerks „Begabung“ und kooperieren mit der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die besondere pädagogische Prägung der Schnelllernerklassen ist dadurch gekennzeichnet, dass verbindliche Unterrichtsinhalte zeitlich verdichtet vermittelt werden (Akzeleration). Schülerinnen und Schüler mit hoher kognitiver Begabung und Einsatzbereitschaft,



die weniger Unterrichtszeit benötigen, um die Lernziele in den verschiedenen Fächern zu erreichen, erhalten im zeitlichen Umfang von ca. sechs Wochen pro Schuljahr zusätzliche, außerhalb der Rahmenlehrpläne liegende Wahlangebote (Enrichment), in denen sie neigungsorientiert gefördert werden und nachhaltig individuelle Stärken weiterentwickeln können.

Die Einrichtung der o. g. Schulen erfolgt gemäß § 18 des Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Ganztagsbetreuung für die Jahrgangsstufen 5 und 6 und für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen vom 19. Juni 2012 (GVBl. S. 166), im Rahmen einer Rechtsverordnung. Die Inhalte werden im Wesentlichen den Kapiteln II bis VII dieser Rahmenvorgaben entsprechen; soweit darin nichts anderes bestimmt ist, gelten das Schulgesetz sowie die allgemeinen für die Sekundarstufe I geltenden Regelungen der Berliner Schule in der jeweils geltenden Fassung.

Die Ausführungen über die Schule besonderer pädagogischer Prägung gelten im Vorgriff auf die Regelungen der Rechtsverordnung mit Wirkung ab 1. August 2013 - für die Aufnahme in die Schulen ab dem 1. Februar 2013 - und ersetzen die Schulversuchsgenehmigung in der Fassung vom 19. September 2011.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

II Einrichtung

Die Genehmigung erstreckt sich auf bis zu zwei Schnelllernerzüge an jeder der teilnehmenden Schulen. Verhindern die organisatorischen Möglichkeiten oder eine zu geringe Nachfrage geeigneter Schülerinnen und Schüler die Einrichtung einzelner Züge, so werden im jeweiligen Schuljahr entsprechend weniger Klassen eingerichtet; die Züge sind nicht übertragbar. Jede Schule ist verpflichtet, neben Schnelllernerzügen auch Regelzüge einzurichten.

Jeder Zug beginnt in Jahrgangsstufe 5 und endet in Jahrgangsstufe 10.

Für die Jahrgangsstufen 5 und 6 gilt die Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern. Jeweils zwei Plätze sind freizuhalten, um die Aufnahme einzelner besonders begabter Schülerinnen und Schüler auch noch in Jahrgangsstufe 7 zu ermöglichen. Ab Jahrgangsstufe 7 beträgt die Höchstfrequenz 32 Schülerinnen und Schüler.

III Aufnahme

Für die Aufnahme sind die Regelungen in der Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung maßgebend. Danach gilt:

Die Aufnahme in die Schule besonderer pädagogischer Prägung ist freiwillig und bedarf des schriftlichen Einverständnisses der Erziehungsberechtigten, die zuvor über Inhalt, Bedingungen und mögliche zusätzliche Belastungen - etwa beim Ausscheiden aus Schnelllernerklassen - informiert worden sein müssen.

Aufgenommen werden können auf schriftlichen Antrag ihrer Erziehungsberechtigten in Jahrgangsstufe 5 aufgerückte, für den Bildungsgang („Schnelllernerklasse“) geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler.

Die Aufnahme ist abhängig von der Teilnahme an einem standardisierten Eingangstest, der für alle Bewerberinnen und Bewerber zeitlich parallel im Rahmen des Übergangsverfahrens in Jahrgangsstufe 5 erfolgt. Die Durchführung dieses Tests obliegt dem Schulpsychologischen Dienst.

Für Schülerinnen und Schüler, die nachweisen können, dass sie aus nicht selbst zu vertretenden Gründen nicht am Test teilnehmen können, wird eine zweite Testung an einem zentralen Ort durchgeführt.

Die Eignung für den Besuch von Schnelllernerklassen wird aus der Bewertung des vom Schulpsychologischen Dienst durchgeführten standardisierten Aufnahmetests, den Noten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 in den Fächern Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch sowie aus dem Kompetenzkatalog der Förderprognose abgeleitet.

Die entscheidende Gesamtpunktzahl ergibt sich zu 50 Prozent aus der Bewertung des Tests, zu 25 Prozent aus der Notensumme und zu 25 Prozent aus den vier Kompetenzkriterien der Förderprognose: „arbeitet strukturiert, selbständig und verknüpft Wissensgegenstände“, „plant und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig“, „ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert“ und „stellt Arbeitsergebnisse ziel- und adressatengerecht dar (Präsentation)“.

Je höher die erreichte Punktzahl ist, desto höher ist die Eignungsvermutung. Maximal sind 20 Punkte erreichbar. Im Test können insgesamt bis zu 10 Punkten erreicht werden.

Die Bewertung durch die Grundschule, die sich aus der Notensumme und der Ausprägung der zentralen Kompetenzen der Förderprognose zusammensetzt, wird ebenfalls in Punkte umgerechnet. Bei der Notensumme erfolgt dies, indem absteigend von fünf Punkten bis einem Punkt für die Notensummen „4“, „5“, „6“, „7“ und „8“ vergeben werden. Bei den Kompetenzen wird jeweils ein Punkt vergeben, wenn eines der vier benannten Kriterien „besonders ausgeprägt“ ist; ein zusätzlicher Punkt wird vergeben, wenn alle vier zentralen Kompetenzen besser als „durchschnittlich ausgeprägt“ ausgewiesen sind.

Notensumme:	4	5	6	7	8	≥ 9	Kompetenzkriterien (besonders ausgeprägt):	4x	3x	2x	1x	0x
Punkte:	5	4	3	2	1	0	Punkte:	5	3	2	1	0
										(ggf. + 1)		

Schülerinnen und Schüler, die sowohl im Test als auch bei der Bewertung der Grundschule mindestens fünf Punkte erreichen, verfügen über die Mindesteignung für den Besuch der Schnelllernerklassen.

Für die Ermittlung der Gesamtpunktzahl gelten in den folgenden Fällen Besonderheiten:

1. Mit allen Bewerberinnen und Bewerbern, die im Test mindestens fünf Punkte erzielen, bei der Bewertung durch die Grundschule jedoch nur drei oder vier Punkte erreicht haben, führt die Schulleiterin oder der Schulleiter der ersten im Anmeldeverfahren genannten Schule, an der Schnelllernerklassen angeboten werden, ein Aufnahmegespräch unter Einbeziehung des Schulpsychologischen Dienstes durch und entscheidet über die Vergabe von bis zu zwei Zusatzpunkten, die der Bewertung durch die Grundschule bis zu einem Gesamtwert von höchstens fünf Punkten hinzugerechnet werden. Kriterien für die Vergabe der Zusatzpunkte sind insbesondere Motivation, Kommunikationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Problembewusstsein. Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.
2. Bei Bewerbungen von Zuziehenden aus anderen Bundesländern oder dem Ausland wird für die Bewertung der Grundschule nur die Notensumme der Fächer Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 herangezogen. Die ermittelte Punktzahl für die Notensumme wird doppelt gewichtet und geht zu 50 Prozent in die Gesamtpunktzahl ein.

Im Umfang von bis zu 10 Prozent der im Schuljahr vorhandenen Plätze sind Schülerinnen und Schüler vorrangig aufzunehmen, die im Test mindestens acht Punkte, in der Bewertung durch die Grundschule aber höchstens zwei Punkte erreicht haben und bei denen die Schulleiterin oder der Schulleiter der Schule, an der der Test durchgeführt wurde, in einem Aufnahmegespräch unter Einbeziehung des Schulpsychologischen Dienstes die Eignung für den Besuch einer Schnelllernerklasse feststellt. Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.

Überschreitet die Zahl der Anmeldungen geeigneter Schülerinnen und Schüler an der Schule deren Aufnahmekapazität, erfolgt die Aufnahme im Übrigen absteigend nach der Höhe der erreichten Gesamtpunktzahl.

Die Zweitwünsche derjenigen Schülerinnen und Schülern, die nicht die in dem Testverfahren ermittelte Mindesteignung zum Besuch des Erstwunschangebots erfüllen, werden wie Erstwünsche, Drittwünsche werden wie Zweitwünsche behandelt.

IV Nachträglicher Eintritt

Die Aufnahme in eine bereits eingerichtete Schnelllernerklasse ist nach Maßgabe freier Plätze möglich, wenn Schülerinnen und Schüler mit einer hohen kognitiven Begabung auf dem letzten, der Aufnahme vorausgehenden Zeugnis einen Notendurchschnitt von 1,7 oder besser in den Fächern Deutsch, Erste Fremdsprache, Mathematik und den jeweils unterrichteten naturwissenschaftlichen Fächern nachweisen. Zur weiteren Feststellung der Begabung führt die Schulleiterin oder der Schulleiter ein Aufnahmegespräch durch.

V Unterricht / Stundentafel

Es gilt die als Anlage 1 beigefügte Stundentafel. Die Stundentafel beschreibt ein Unterrichtsminimum, das für die Fächer in jedem Fall einzusetzen ist.

Das Stundenvolumen der Profilstunden bzw. des Wahlpflichtunterrichts ist nach Entscheidung der Schulen entsprechend ihren besonderen - auch sozialräumlichen - Bedürfnissen vollständig zur Verstärkung bzw. Profilierung ausgewählter Fächer oder für zusätzliche Wahlpflichtangebote zu verwenden (einschließlich des vorgezogenen Beginns einer Zweiten Fremdsprache). Die Spezialisierung auf nur ein Aufgabenfeld (z. B. durch dauerhaften Einsatz sämtlicher Stunden zur Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts) ist unzulässig.

Für die Fremdsprachen ergeben sich in der Stundentafel der Jahrgangsstufen 9 und 10 folgende Besonderheiten: Die Erste Fremdsprache muss um jeweils eine Stunde verstärkt werden, wenn nicht zusätzlich ein Sachfach in dieser Sprache unterrichtet wird. Die Zweite Fremdsprache muss um jeweils eine Stunde verstärkt werden, wenn mit dieser Fremdsprache erst in Jahrgangsstufe 7 begonnen wurde; ein früherer Beginn wird empfohlen.

In Sport sind durchgängig zusätzlich Arbeitsgemeinschaften anzubieten. Wenn Sport in den Jahrgangsstufen 5 und 6 lediglich 2-stündig unterrichtet wird, ist die Teilnahme an Sport-Arbeitsgemeinschaften in diesem Zeitraum für Schülerinnen und Schüler für die Dauer von insgesamt mindestens einem Schuljahr verpflichtend.

Das Fach Naturwissenschaften ist in den Jahrgangsstufen 5 und 6 Kernfach im Sinne des § 31 Abs. 3 der Sekundarstufe I-Verordnung.

VI Begabungsförderung (Akzeleration und Enrichment)

Entsprechend der Stundentafel sind pro Schuljahr 5 Wochenstunden (d. h. 200 Jahresstunden bzw. ca. 6 Wochen) für intensive Begabungsförderung durch Zusatzangebote (Enrichment) einzusetzen. Um Überschneidungen mit dem regulären Unterrichtsplan zu vermeiden oder den Unterricht „am anderen Ort“ durchführen zu können, sind diese Enrichment-Phasen kompakt zu blocken und dauern in der Regel mehr als eine Zeitstunde. Abweichungen von diesem Prinzip bedürfen der Genehmigung durch die fachlich-pädagogische Begleitung. Anzustreben sind auch geblockte Projektphasen, die mehrere Tage umfassen, wobei diese Phasen nicht am Ende des Schuljahres liegen sollen.

Enrichment-Angebote sollen jahrgangsstufenübergreifend konzipiert werden; sie sind den drei Lernbereichen (sprachlich-literarisch-künstlerisch, gesellschaftswissenschaftlich sowie mathematisch-

naturwissenschaftlich-technisch) zuzuordnen. Einzelne Blöcke können auch teilweise oder durchgängig in einer Fremdsprache unterrichtet werden.

Die Schülerinnen und Schüler wählen aus dem Enrichment-Angebot nach eigenen Interessen (individualisiert) aus. Jedes Aufgabenfeld muss bei dieser Wahl - bezogen auf den Bildungsgang bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 - mit einem Anteil von mindestens 20% vertreten sein. Die Schulen sichern entsprechende Möglichkeiten zur Auswahl.

Über die Belegung der Enrichment-Kurse führen die Schulen für jeden Schülerin und jeden Schüler einen Belegbogen, in dem der Inhalt der Kurse benannt und die Qualität der Leistungen bewertet wird (Anlagen 4-6). Der am Schuljahresende erstellte Belegbogen wird dem Zeugnis als Anlage beige-fügt.

Die Leistungen aller besuchten Kurse sind mit einer Gesamtnote zu bewerten, die versetzungsrelevant ist und als Ausgleich herangezogen werden kann.

Teilungsstunden sollen für Enrichment-Angebote genutzt werden, um kleinere Lerngruppen einrichten zu können.

VII Probezeit / Nichtversetzung / Ausscheiden aus Schnelllernerklassen

Das erste Schuljahr in Jahrgangsstufe 5 ist Probezeit gemäß § 56 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 8 SchulG.

Wer die Probezeit nicht besteht, wechselt in Jahrgangsstufe 6 der Grundschule.

Wer in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 nicht versetzt wird oder in beiden Schulhalbjahren einer Jahrgangsstufe schlechtere als ausreichende Leistungen im Enrichment-Angebot erzielt, muss die Schnelllernerklasse verlassen. Über Ausnahmen, insbesondere bei längerer Krankheit oder aus anderen von der Schülerin oder dem Schüler nicht zu vertretenden Gründen, entscheidet die Klassenkonferenz.

Wer den Schulversuch verlassen muss oder freiwillig vorzeitig verlässt, wechselt innerhalb der Jahrgangsstufe 5 und 6 in eine Klasse der Grundschule, ab Jahrgangsstufe 7 in eine Schulart der Sekundarstufe I nach Wahl. Diese Schülerinnen und Schüler nehmen bei einem Wechsel nach Jahrgangsstufe 6 nicht am regulären Aufnahmeverfahren im Rahmen des Übergangs aus der Grundschule teil, weil sie bereits eine Schule der Sekundarstufe I besuchen.

Ein Anspruch auf Wechsel in eine Regelklasse der eigenen Schule besteht nicht. Nach Maßgabe freier Plätze ist jedoch ein Wechsel innerhalb der eigenen Schule anzustreben.

VIII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Ausstattung entspricht in den Jahrgangsstufen 5 und 6 den Zumessungen für Grundschulen, ab Jahrgangsstufe 7 der des Gymnasiums in Regelform.

Weiterhin erhalten die Schulen sieben Zusatzstunden je Zug, die für die Einrichtung differenzierter Enrichment-Angebote einzusetzen sind.

Ggf. erforderliche Sachmittel stellen die Schulträger bereit.

IX Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst

Die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Testverfahrens obliegt dem Schulpsychologischen Dienst.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt die Lehrkräfte darüber hinaus in Hinblick auf besondere Aspekte bei der Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler. Die Schulen ermöglichen

dem Schulpsychologischen Dienst insbesondere im ersten Schulhalbjahr der Jahrgangsstufe 5 die Teilnahme am Unterricht (primär der Enrichment-Kurse) und an Beratungsgesprächen.

X Übergangsregelungen

Für die im Rahmen des Schulversuchs „Individualisierung des gymnasialen Bildungsgangs“ noch als Schnellläuferzüge eingerichteten Klassen gilt bis einschließlich dem Schuljahr 2014/15 mein Genehmigungsschreiben vom 15. Januar 2008.

In Vertretung



Mark Rackles

Studentafel für „Schnelllernerklassen“ an Gymnasien

Fach	Jahrgangsstufe					
	5	6	7	8	9	10
Deutsch	4	4	3	3	3	3
1. Fremdsprache	4	4	3	3	2	2
2. Fremdsprache			3	3	2	2
Mathematik	4	4	3	3	3	3
Naturwissensch.	3	3				
Physik			} 4	} 4	} 5	} 5
Chemie						
Biologie						
Geschichte/ Sozialkunde*	} 3	} 3	} 2	} 2	} 2	} 2
Geografie						
Ethik	-	-	2	2	2	2
Musik						
Bildende Kunst**	3	3	3	3	2	2
Sport	2	2	2	2	2	2
Profilstunden***	2	3	3	3	6	6
Enrichment	5	5	5	5	5	5
Insgesamt	30	31	33	33	34	34

Gemäß § 13 Absatz 5 des Schulgesetzes sind im Stundenplan darüber hinaus wöchentlich zwei Stunden innerhalb der regulären Unterrichtszeit für den Religions- und Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

* In den Jahrgangsstufen 5 und 6 als Geschichte/Politische Bildung.

** In den Jahrgangsstufen 5 und 6 als Kunst.

*** Profilstunden dienen der Verstärkung von Unterrichtsfächern oder Lernbereichen sowie für zusätzliche Lernangebote.

(Schulname)

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

du beginnst in diesem Sommer mit einem „Studium“. Dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet ursprünglich nicht die Ausbildung an einer Universität, sondern die eifrige Beschäftigung mit einer Sache, die Lieblingsbeschäftigung.

Wir möchten, dass die Kurse dein Interesse ansprechen und deinen besonderen Eifer herausfordern. Deshalb darfst du dir (nach gewissen Regeln) aussuchen, welchen Themen du dich widmest. Du wirst auch Mitschülerinnen und Mitschüler kennen lernen, die nicht in dieselbe Klasse gehen wie du, sich aber für dieselben Themen interessieren. Vielleicht werden so einige Kurse unseres Angebots wirklich zu deiner Lieblingsbeschäftigung.

Im Laufe der Jahrgangsstufen 5 bis 10 muss jeder der drei Lernbereiche, aus dem die Enrichment-Kurse angeboten werden, mit mindestens 20 % vertreten sein. Die drei Lernbereiche sind 1. Sprache-Literatur-Kunst-Musik, 2. Gesellschaftswissenschaften und 3. Mathematik-Naturwissenschaften-Technik. Hinzu kommen kann Sport, der keinem Lernbereich zugeordnet ist; wenn in den Jahrgangsstufen 5 und 6 nicht drei Sportstunden unterrichtet werden, ist grundsätzlich die Belegung von zwei Sport-Arbeitsgemeinschaften verpflichtend.

Zudem müssen insgesamt zwei Begabtenkurse in einer Fremdsprache unterrichtet werden.

Ich wünsche dir viel Erfolg und immer eine gute Wahl!

Schulleiter(in)

Name der Schülerin / der Schülers: _____

Bitte bestätige mit deiner Unterschrift, dass du diese Hinweise gelesen hast.

Schüler(in)

Datum

Hinweise für Erziehungsberechtigte zu Enrichment-Kursen

Schülerinnen und Schüler der Schnelllernerklassen erhalten am Schuljahresende eine Anlage zum Zeugnis, in der die Belegung sowie die Inhalte der Enrichment-Kurse dargestellt sind. Sie können daraus im Einzelnen die Bewertung der Leistungen Ihres Kindes entnehmen.

Entsprechend der Stundentafel werden jährlich 5 Wochenstunden (ca. 6 Wochen pro Schuljahr) für intensive Begabungsförderung durch Zusatzangebote (Enrichment) eingesetzt.

Enrichment-Angebote sollen jahrgangsstufenübergreifend so konzipiert werden, dass sie den drei thematischen Lernbereichen der Sekundarstufe I (sprachlich-literarisch-künstlerisch, gesellschaftswissenschaftlich sowie mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch) entsprechen. Einzelne Kurse werden auch teilweise oder durchgängig in einer Fremdsprache unterrichtet.

Die Schülerinnen und Schüler wählen aus dem Enrichment-Angebot nach eigenen Interessen aus. Jeder Lernbereich muss bei dieser Wahl - bezogen auf den Bildungsgang bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 - mit einem Anteil von mindestens 20% vertreten sein. Wenn in den Jahrgangsstufen 5 und 6 nicht drei Sportstunden unterrichtet werden, ist zudem die Belegung von zwei Sport-Arbeitsgemeinschaften verpflichtend.

Die Leistungen aller in einem Schuljahr besuchten Kurse werden mit einer Gesamtnote bewertet, die versetzungsrelevant ist. Die belegten Kurse werden auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ ausgewiesen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrem Kind alles Gute und viel Erfolg!

Schulleiter(in)

Name der Schülerin / der Schülers: _____

Sehr geehrte Erziehungsberechtigte,

bitte bestätigen Sie mit Ihrer/n Unterschrift(en) die Kenntnisnahme dieser Hinweise.

(Datum)

(Schulname)

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Wissenschaft

Name: _____ Vorname: _____ Klasse: _____

Besuchte Enrichment-Kurse im Schuljahr _____ / _____

Schul- halbjahr	lfd. Nr.	Kursbezeichnung	Fach/Fächer	Lernbe- reich	Note
1.	1.				
	2.				
	3.				
2.	4.				
	5.				
	6.				

Lernbereich I: Sprache-Literatur-Kunst-Musik / II: Gesellschaftswissenschaften / III: Mathematik, Nawi, Technik / Sport

Gesamtnote Enrichment 1. Schulhalbjahr:		Gesamtnote Enrichment 2. Schulhalbjahr:		Jahresnote Enrichment:	
--	--	--	--	-----------------------------------	--

Für die Jahrgangsstufen 5 und 6:Ist die 3-stündige Sportverpflichtung durch Stundentafel, Enrichment-Kurse
in Sport, Arbeitsgemeinschaften oder Vereinssport erfüllt?

- ☐ ja
☐ nein

Berlin, _____

(Dienstsiegel)

Klassenlehrer(in)

(Schulname)

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Wissenschaft

Name: _____ Vorname: _____ Klasse: _____

Besuchte Enrichment-Kurse im Schuljahr _____ / _____

Schul- halbjahr	lfd. Nr.	Kursbezeichnung	Fach/Fächer	Lernbe- reich	Note
1.	1.				
	2.				
	3.				

Gesamtnote Enrichment 1. Schulhalbjahr:

Lernbereich I: Sprache-Literatur-Kunst-Musik / II: Gesellschaftswissenschaften / III: Mathematik, Nawi, Technik / Sport

Berlin, _____

Klassenlehrer(in)

(Schulname)

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Wissenschaft

Name: _____ Vorname: _____ Klasse: _____

Besuchte Enrichment-Kurse im Schuljahr _____ / _____

Schul- halbjahr	lfd. Nr.	Kursbezeichnung	Fach/Fächer	Lernbe- reich	Note
1.	1.				
	2.				
	3.				
2.	4.				
	5.				
	6.				

Lernbereich I: Sprache-Literatur-Kunst-Musik / II: Gesellschaftswissenschaften / III: Mathematik, Nawi, Technik / Sport

Gesamtnote Enrichment 1. Schulhalbjahr:		Gesamtnote Enrichment 2. Schulhalbjahr:		Jahresnote Enrichment:	
--	--	--	--	---------------------------	--

Berlin, _____

(Dienstsiegel)

Klassenlehrer(in)

Lessing-Gymnasium

(Bezirk Mitte)

Dathe-Gymnasium

(Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Rosa-Luxemburg-Gymnasium

(Bezirk Pankow)

Werner-von-Siemens-Oberschule

(Bezirk Steglitz-Zehlendorf)

Albrecht-Dürer-Schule

(Bezirk Neukölln)

Otto-Nagel-Gymnasium

(Bezirk Marzahn-Hellersdorf)

Humboldt-Gymnasium

(Bezirk Reinickendorf)

- Schulleitungen -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoeth.schmidt
@senbjw.berlin.de
Datum 11. Januar 2016

Betr.: Schnelllernerklassen an Gymnasien

hier: Lessing-Gymnasium (01Y08),
Dathe-Gymnasium (02Y05),
Rosa-Luxemburg-Gymnasium (03Y10),
Werner-von-Siemens-Oberschule (06Y05),
Albrecht-Dürer-Schule (08Y01),
Otto-Nagel-Gymnasium (10Y02),
Humboldt-Gymnasium (12Y03)

Gemäß § 18 Schulgesetz - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2014 (GVBl. S. 78), modifiziere ich meine Einrichtungsverfügung als Schule besonderer pädagogischer Prägung vom 28. Februar 2013 mit sofortiger Wirkung; die Änderungen sind jeweils kursiv gedruckt.

1. Rubrik „II Einrichtung“ der Einrichtungsverfügung lautet danach wie folgt:

„II Einrichtung

Die Genehmigung erstreckt sich auf bis zu zwei Schnelllernerzüge an jeder der teilnehmenden Schulen; *abweichend davon werden am Rosa-Luxemburg-Gymnasium bis zu drei Schnelllernerzüge genehmigt.* Verhindern die organisatorischen Möglichkeiten oder eine zu geringe Nachfrage geeigneter Schülerinnen und Schüler die Einrichtung einzelner Züge, so werden im jeweiligen Schuljahr entsprechend weniger Klassen eingerichtet; die Züge sind nicht übertragbar. Jede Schule ist verpflichtet, neben Schnelllernerzügen auch Regelzüge einzurichten.

Die Genehmigung für den dritten Zug am Rosa-Luxemburg-Gymnasium setzt voraus, dass mindestens drei - in Jahrgangsstufe 7 beginnende - Regelzüge eingerichtet werden, so dass im Interesse der Sicherstellung der schulischen Grundversorgung das Gleichgewicht zwischen dem Regelangebot und dem „besonderen Angebot“ gewahrt bleibt. Sofern weniger als drei Regelzüge eingerichtet

werden, beschränkt sich für das betreffende Schuljahr die Genehmigung auf die Einrichtung von nur zwei Schnelllernerzügen.

Jeder Zug beginnt in Jahrgangsstufe 5 und endet in Jahrgangsstufe 10.

Für die Jahrgangsstufen 5 und 6 gilt die Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern. Jeweils zwei Plätze sind freizuhalten, um die Aufnahme einzelner besonders begabter Schülerinnen und Schüler auch noch in Jahrgangsstufe 7 zu ermöglichen."

2. In Rubrik „III Aufnahme“ werden die beiden den Tabellen folgenden Absätze wie folgt gefasst:

„Schülerinnen und Schüler, die sowohl im Test als auch bei der Bewertung der Grundschule mindestens fünf Punkte erreichen, verfügen über die Mindesteignung für den Besuch der Schnelllernerklassen.

Für die Ermittlung der Gesamtpunktzahl gelten in den folgenden Fällen Besonderheiten:

1. Mit allen Bewerberinnen und Bewerbern, die im Test mindestens fünf Punkte erzielen, bei der Bewertung durch die Grundschule jedoch nur drei oder vier Punkte erreicht haben, führt die Schulleiterin oder der Schulleiter der ersten im Anmeldeverfahren genannten Schule, an der Schnelllernerklassen angeboten werden, ein Aufnahmegespräch unter Einbeziehung des Schulpsychologischen Dienstes durch und entscheidet über die Vergabe von bis zu zwei Zusatzpunkten, die der Bewertung durch die Grundschule bis zu einem Gesamtwert von höchstens fünf Punkten hinzugerechnet werden. Kriterien für die Vergabe der Zusatzpunkte sind insbesondere Motivation, Kommunikationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Problembewusstsein. Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.
2. Bei Bewerbungen von *Schülerinnen und Schülern, für die keine Förderprognose erstellt wurde*, wird für die Bewertung der Grundschule nur die Notensumme der Fächer Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 herangezogen. Die ermittelte Punktzahl für die Notensumme wird doppelt gewichtet und geht zu 50 Prozent in die Gesamtpunktzahl ein."

§ 15 der Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung (Aufnahme-VO-SbP) vom 23. März 2006 (GVBl. S. 14) wird entsprechend angepasst.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Mark Rackles

Lessing-Gymnasium

(Bezirk Mitte)

Dathe-Gymnasium

(Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Rosa-Luxemburg-Gymnasium

(Bezirk Pankow)

Werner-von-Siemens-Oberschule

(Bezirk Steglitz-Zehlendorf)

Albrecht-Dürer-Schule

(Bezirk Neukölln)

Otto-Nagel-Gymnasium

(Bezirk Marzahn-Hellersdorf)

Humboldt-Gymnasium

(Bezirk Reinickendorf)

- Schulleitungen -

www.berlin.de/sen/bjf

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A03
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt
@senbjw.berlin.de
Datum 4. Juni 2019

Betr.: Schnelllernerklassen an Gymnasien

hier: Lessing-Gymnasium (01Y08),
Dathe-Gymnasium (02Y05),
Rosa-Luxemburg-Gymnasium (03Y10),
Werner-von-Siemens-Oberschule (06Y05),
Albrecht-Dürer-Schule (08Y01),
Otto-Nagel-Gymnasium (10Y02),
Humboldt-Gymnasium (12Y03)

Anlage Stundentafel

Gemäß § 18 Schulgesetz - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2019 (GVBl. S. 255), modifiziere ich meine Einrichtungsverfügung als Schule besonderer pädagogischer Prägung vom 28. Februar 2013; die Änderungen sind jeweils kursiv gedruckt. Sie gelten zu Nummer 1 ab sofort, zu Nummer 2 ab dem Schuljahr 2019/20.

1. Rubrik „II Einrichtung“ der Einrichtungsverfügung lautet danach wie folgt:

„II Einrichtung

Die Genehmigung erstreckt sich auf bis zu zwei Schnelllernerzüge an jeder der teilnehmenden Schulen; abweichend davon werden am Rosa-Luxemburg-Gymnasium bis zu drei Schnelllernerzüge genehmigt. Verhindern die organisatorischen Möglichkeiten oder eine zu geringe Nachfrage geeigneter Schülerinnen und Schüler die Einrichtung einzelner Züge, so werden im jeweiligen Schuljahr entsprechend weniger Klassen eingerichtet; die Züge sind nicht übertragbar. *Keine der Schulen darf in einem Schuljahr mehr Schnelllernerzüge anbieten als Züge, die mit Jahrgangsstufe 7 beginnen.*

Jeder Zug beginnt in Jahrgangsstufe 5 und endet in Jahrgangsstufe 10.

Für die Jahrgangsstufen 5 und 6 gilt die Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern. Jeweils zwei Plätze sind freizuhalten, um die Aufnahme einzelner besonders begabter Schülerinnen und Schüler auch noch in Jahrgangsstufe 7 zu ermöglichen."

2. Die neue Stundentafel wird als Anlage 1 beigelegt.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Im Auftrag

Kose

Stundentafel für „Schnelllernerklassen“ an Gymnasien

Fach	Jahrgangsstufe					
	5	6	7	8	9	10
Deutsch	4	4	3	3	3	3
1. Fremdsprache	4	4	3	3	2	2
2. Fremdsprache			3	3	2	2
Mathematik	4	4	3	3	3	3
Naturwissenschaften	3	3				
Physik			} 4	} 4	} 5	} 5
Chemie						
Biologie						
Gesellschaftswissen.	3	3				
Geschichte			} 8 ^{a)} davon: mind. 1 und max. 2 Wochenstunden (WS) Geschichte, 2 WS Politi- sche Bildung, mind. 1 und max. 2 WS Geogra- fie, mind. 3 und max. 4 WS Ethik		} 8 ^{a)} davon: mind. 1 und max. 2 Wochenstunden (WS) Geschichte, 2 WS Politi- sche Bildung, mind. 1 und max. 2 WS Geogra- fie, mind. 3 und max. 4 WS Ethik	
Politische Bildung						
Geografie						
Ethik						
Musik	} 3	} 3	} 3	} 3	} 2	} 2 ^{b)}
Kunst						
Sport	2	2	2	2	2	2
Profilstunden ^{c)}	2	3	3	3	6	6
Enrichment	5	5	5	5	5	5
Insgesamt ^{d)}	30	31	33	33	34	34

a) Die angegebenen Stundenzahlen oder Maximalstundenzahlen können in allen Unterrichtsfächern dieses Lernbereiches durch Profilstunden erhöht werden. Es müssen alle Fächer in jedem Jahrgang unterrichtet und auf dem Jahrgangszeugnis ausgewiesen werden. Epochaler und fachübergreifender und/oder fächerverbindender Unterricht kann schulintern gestaltet werden.

b) In der Jahrgangsstufe 10 müssen beide Fächer unterrichtet werden.

c) Profilstunden dienen der Verstärkung von Unterrichtsfächern oder Lernbereichen sowie für zusätzliche Lernangebote (Wahlpflichtfächer).

d) Gemäß § 13 Absatz 5 des Schulgesetzes sind im Stundenplan wöchentlich zwei Stunden innerhalb der regulären Unterrichtszeit für den Religions- und Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

Peter-Petersen-Schule

- Schulleitung -

(Bezirk Neukölln)

Geschäftszeichen	II C 1.7
Bearbeitung	Gernoth Schmidt
Zimmer	4A11
Telefon	030 90227 5688
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444
eMail	gernoth.schmidt @senbwf.berlin.de
Datum	24. Oktober 2011

Rahmenvorgaben der Peter-Petersen-Schule als Schule besonderer pädagogischer Prägung („Jenaplanschule“)

I Allgemeines

Die bisherige Genehmigung der Peter-Petersen-Schule als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ vom 27. Juni 2002 einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen wird durch diese Rahmenvorgaben ersetzt.

Die Einrichtung der Peter-Petersen-Schule erfolgt gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin (SchulG) vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch die Artikel I und II des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVBl. S. 344, 347). Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, gelten das Schulgesetz sowie die schulartbezogenen Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

II Besondere pädagogische Prägung

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die Umsetzung reformpädagogischer Konzepte des Namenspatrons der Schule. Grundlage dafür sind die von der „Gesellschaft für Jenaplan-Pädagogik in Deutschland“ erstellten Basisprinzipien. Jenaplan-Pädagogik ist gekennzeichnet von selbsttätigem Arbeiten, gemeinschaftlichem Zusammenarbeiten und -leben und - im Sinne einer Lebensgemeinschaftsschule - der Mitverantwortung der Schüler- und Elternschaft bei den vier von Peter Petersen postulierten Grundformen der Bildung und des Lernens (Gespräch, Arbeit, Spiel und Feier).

Gespräch, Arbeit, Spiel und Feier prägen und strukturieren mit eingeübten Ritualen den schulischen Alltag auch als gemeinschaftsstiftende Erfahrung.

Der schulische Unterricht wird mit außerunterrichtlichen Erziehungsangeboten verknüpft. Es werden regelmäßig fächerübergreifende Projekte durchgeführt, in dessen Rahmen auch außerschulische Lernorte und fachkundige Dritte („Laienlehrer“) einbezogen werden können.

Die Peter-Petersen-Schule beteiligt sich an der Arbeit der deutschen Jenaplangesellschaft und kooperiert in diesem Zusammenhang mit deutschen und niederländischen Jenaplanschulen.

III Einrichtung / Organisation

Die Peter-Petersen-Grundschule wird zweizügig im offenen Ganztagsbetrieb geführt.

Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 3 (Stammgruppen I) und der Jahrgangsstufen 4 bis 6 (Stammgruppen II) werden jeweils gemeinsam unterrichtet, wobei jede Stammgruppe aus etwa gleich vielen Kindern der unterschiedlichen Jahrgangsstufen gebildet wird.

Jahrgangsstufe 3 wird in die Schulanfangsphase einbezogen.

Schülerinnen und Schüler, die die Lern- und Entwicklungsziele bis einschließlich Jahrgangsstufe 3 bereits nach zwei Schulbesuchsjahren erreicht haben, rücken auf Antrag ihrer Erziehungsberechtigten vorzeitig in Jahrgangsstufe 4 auf.

Schülerinnen und Schüler, deren Lernentwicklung nach drei Schuljahren eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht in Jahrgangsstufe 4 nicht erwarten lässt, verbleiben auf Beschluss der Klassenkonferenz ein viertes Schuljahr in der (verlängerten) Schulanfangsphase, das nicht auf die allgemeine Schulpflicht angerechnet wird.

Die sich auf die (zwei Jahrgangsstufen umfassende) Schulanfangsphase beziehenden Regelungen - insbesondere §§ 22, 23 der Grundschulverordnung - sind sinngemäß anzuwenden.

IV Aufnahme

Der Besuch der Peter-Petersen-Schule ist freiwillig und bedarf der schriftlichen Zustimmung der Erziehungsberechtigten, die zuvor über Inhalt und besondere Verpflichtungen - einschließlich etwaiger Folgen bei Teilnahmeverweigerungen an Feiern und Klassenfahrten - eingehend zu informieren sind, die sich aus dem Jenaplankonzept insbesondere auch auf ihre aktive Mitarbeit ergeben. Die Schule hat keinen Einschulungsbereich.

Überschreitet die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität werden zunächst jeweils 10% der Plätze im Interesse einer betont heterogenen Mischung vorrangig an Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf oder einer besonderen kognitiven Begabung vergeben, die bis spätestens Ende Februar des Aufnahmejahres mit einer Empfehlung der Schulpsychologischen Beratungsstelle im Bezirk nachzuweisen ist.

Danach werden Kinder mit nachprüfbar längerfristig gewachsenen Bindungen zu Schülerinnen und Schülern, insbesondere Geschwistern, aufgenommen, die mindestens im Aufnahmejahr weiterhin die Peter-Petersen-Schule besuchen.

Im Übrigen entscheidet über die Aufnahme das Los.

Die Aufnahme erfolgt unter der Auflage der regelmäßigen Teilnahme an allen schulischen Veranstaltungen. Bei wiederholten Verstößen gegen diese Auflage muss die Schule zum Ende des begonnenen Schulhalbjahres verlassen werden.

V Unterricht / Stundentafel

Der Unterricht wird überwiegend in den Stammgruppen erteilt und orientiert sich - bei durchgängiger Binnendifferenzierung - weitgehend an einem Projektthema. Umfang, Anforderungen und Inhalte unterscheiden sich entsprechend der Jahrgangsstufenzugehörigkeit bzw. den individuellen Lernbedürfnissen und dem Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler. In Mathematik und Englisch können Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zeitweise in temporären Lerngruppen unterrichtet werden.

Die Verbindlichkeit der Stundentafel und des Jahresstundenrahmen für die Grundschule bezieht sich nicht auf die einzelne Jahrgangsstufe, sondern umfasst alle drei in einer Stammgruppe zusammengefassten Jahrgangsstufen. Dementsprechend müssen am Ende der Jahrgangsstufe 3 das bis dahin festgelegte Gesamtstundenvolumen, am Ende der Jahrgangsstufe 6 das sich aus der Addition der Gesamtstundenzahl der Jahrgangsstufen 4, 5 und 6 ergebende Stundenvolumen erreicht werden.

Daher ist es zulässig, abweichend von der Regelstundentafel die Gesamtstundenzahl in der Jahrgangsstufe 1, 2 und 4 zu erhöhen und in den Jahrgangsstufen 3, 5 und 6 zu reduzieren.

Die Schule darf im Interesse eines umfassenden jahrgangsstufenübergreifenden Unterrichts Inhalte und Vorgaben der Rahmenlehrpläne anderen als den dafür vorgesehenen Jahrgangsstufen zuordnen.

Naturwissenschaften, Geografie und Geschichte/Politische Bildung werden epochal bzw. blockartig bereits ab Jahrgangsstufe 4 unterrichtet; die im Rahmenlehrplan „Sachunterricht“ vorgesehenen Themen werden diesen Fächern zugeordnet. Das Unterrichtsvolumen gemäß Stundentafel (insgesamt 14 Wochenstunden) wird auf die Jahrgangsstufen 4 bis 6 verteilt.

Englisch wird als erste Fremdsprache erst ab Jahrgangsstufe 4 unterrichtet und dafür in den Jahrgangsstufen 4 und 5 um jeweils eine Wochenstunde verstärkt.

VI Prinzipien als Lebensgemeinschaftsschule

Alle Stammgruppen beginnen am Montag mit einem fachübergreifend in den Unterricht integrierten Gesprächskreis. Die Schulwoche endet am Freitag mit einem ca. 2-stündigen obligatorischen Wochenschlusskreis, an dem alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Neben Gesprächen, die der Reflexion des eigenen Arbeitsverhaltens dienen sollen und dem Üben von Lernstrategien werden insbesondere gemeinschaftsfördernde Spiele durchgeführt.

Regelmäßige Spiele (und Tänze) in der Schule lockern den schulischen Alltag auf und rhythmisieren ihn. Regelmäßige schulische Feiern und grundsätzlich jährlich stattfindende Klassenfahrten sind Teil der Jenaplan-Pädagogik und für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich; damit alle Kinder an den Fahrten teilnehmen können, werden finanzschwache Eltern nach Möglichkeit vom Förderverein der Schule unterstützt, soweit sie keine Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten können.

Die Schülerinnen und Schüler nehmen bei der Pausenaufsicht unterstützende Aufgaben wahr.

Von den Erziehungsberechtigten wird die aktive Beteiligung am Schulleben erwartet; dazu gehört auch die Vorbereitung und Mitgestaltung von Feiern und Festen.

Die Teilnahmeverweigerung an Festen und Klassenfahrten, die für die Peter-Petersen-Schule verbindliche schulische Veranstaltungen sind, gilt als Schulpflichtverletzung und wird auf dem Zeugnis als unentschuldigte Fehlzeit vermerkt. Die Schule ist in diesen Zeiten nicht verpflichtet, die Schülerin oder den Schüler anderweitig zu betreuen oder zu unterrichten.

VII Zeugnisse / Förderprognose

Die Leistungen bis einschließlich Jahrgangsstufe 4 werden ausschließlich schriftlich als verbale Beurteilung dargestellt. Für das erste Schulhalbjahr der Jahrgangsstufen 3 und 4 wird kein Zeugnis erstellt; anstelle dessen wird gemäß § 19 Abs. 1 GsVO ein schriftlich zu dokumentierendes Gespräch mit den Erziehungsberechtigten geführt, an dem in Jahrgangsstufe 4 auch die Schülerinnen und Schülern teilnehmen.

Bei Schülerinnen und Schülern, die beabsichtigen, nach Jahrgangsstufe 4 auf eine weiterführende allgemeinbildende Schule zu wechseln, wird bei der Berechnung in der Förderprognose die Note für Sachunterricht aus dem Mittelwert der Einzelnoten Naturwissenschaften, Geografie und Geschichte/Politische Bildung gebildet.

Die Schule strebt an, die verbale Beurteilung in Form von Indikatorenzeugnissen zu erstellen, die den besonderen Bedingungen des Jenaplan gerecht wird; der Einsatz dieser Zeugnisses bedarf meiner Genehmigung.

VIII Personal

Bei der Auswahl der Lehrkräfte soll das besondere Anforderungsprofil der Schule berücksichtigt werden.

IX Haushaltmäßige Auswirkungen

Durch die Weiterführung der Peter-Petersen-Grundschule als Schule besonderer pädagogischer Prägung entsteht kein Zusatzbedarf.

Etwaige speziell erforderliche Sachmittel sind vom Schulträger bereitzustellen.

Im Auftrag
Pieper

Beglaubigt

Otto-Braun-Str. 27
10178 Berlin-Mitte

☎ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ■ Otto-Braun-Str. 27 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bwf

Martin-Buber-Schule

(Bezirk Spandau)

Sophie-Scholl-Schule

(Bezirk Tempelhof-Schöneberg)

- Schulleitungen -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt@senbwf.berlin.de

Datum 27. April 2011

Rahmenvorgaben der Martin-Buber-Schule und der Sophie-Scholl-Schule als Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die Martin-Buber-Schule und die Sophie-Scholl-Schule werden als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden die Inhalte des ab dem Schuljahr 2001/02 (an der Martin-Buber-Oberschule) bzw. ab dem Schuljahr 2003/04 (an der Sophie-Scholl-Oberschule) erfolgreich durchgeführten Schulversuchs „Neigungsorientierte Einrichtung von Klassen an Gesamtschulen“ fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch interessenorientiert zusammengesetzte Lerngruppen und die sich daraus ergebenden Unterrichtsschwerpunkte. Durch gleiche oder ähnliche fachliche Präferenzen wird das soziale Gefüge in den Klassen stabilisiert, das Zusammengehörigkeitsgefühl intensiviert und damit auch die Identifikation mit der Schule. Ungeachtet unterschiedlicher Begabungspotentiale der Schülerinnen und Schüler haben sich verbindende thematische Neigungen allgemein positiv auf ihre Lernanstrengung und Leistungsbereitschaft ausgewirkt.

Die Einrichtung der o. g. Schulen erfolgt gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin (SchulG) vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel XIII des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (GVBl. S. 560), im Rahmen einer Rechtsverordnung. Die Inhalte werden diesen Rahmenvorgaben entsprechen; soweit darin nichts anderes bestimmt ist, gelten das Schulgesetz sowie die für die Sekundarstufe I maßgebenden Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

Die Ausführungen über die Schule besonderer pädagogischer Prägung gelten im Vorgriff auf die Regelungen der Rechtsverordnung ab 1. August 2011 - für die Aufnahme ab dem 1. Februar 2011 - und ersetzen meine bisherigen Errichtungsgenehmigungen einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

Die Schulträger werden von mir informiert.

II Einrichtung

Alle Lerngruppen - soweit sie nicht eine andere besondere pädagogische Prägung haben - werden neigungsorientiert jeweils mit Schülerinnen und Schülern gleicher oder ähnlicher Interessen gebildet (Profilzüge).

Dabei ist jeweils ein Zug mathematisch-technisch-naturwissenschaftlich, fremdsprachlich und musisch-künstlerisch geprägt; an der Martin-Buber-Schule wird zudem ein sportlich geprägter Zug eingerichtet. Die Einrichtung weiterer Züge ist abhängig von den schulorganisatorischen Möglichkeiten und der spezifischen Nachfrage.

Die Zuordnung in die verschiedenen Neigungszüge der Schule erfolgt entsprechend der Entscheidung der Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler für den in Jahrgangsstufe 7 beginnenden Wahlpflichtkurs gemäß nachstehender Matrix und umfasst die komplette Sekundarstufe I:

Wahlpflichtkurs:

Neigungszug:

Mathematik oder Naturwissenschaftliche Projekte: mathematisch-technisch-naturwissenschaftlicher Zug
Musik oder Kunst: musisch-künstlerischer Zug
Zweite Fremdsprache: fremdsprachlicher Zug
Sport: sportlicher Zug

Werden mehrere Züge derselben Orientierung gebildet, ist eine flexible Gestaltung innerhalb des Schwerpunktgebietes zulässig, indem beispielsweise ein musischer und ein künstlerischer Zug oder ein technischer, ein mathematischer und ein naturwissenschaftlicher Zug eingerichtet werden.

Sofern die Schule den entsprechenden Unterricht organisiert, können interessierte Schülerinnen und Schüler, die in Jahrgangsstufe 7 eine zweite Fremdsprache beginnen wollen, auch einem anderen als dem fremdsprachlichen Zug zugeordnet werden.

Auf Nachfrage kann die Schule bei vielseitig interessierten Schülerinnen und Schülern, bei denen sich das Interesse erkennbar nicht auf ein Profil fokussieren lässt, einen zweiten Wahlpflichtwunsch zulassen. Das Wahlpflichtfach Wirtschaft, Arbeit, Technik wird im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten den einzelnen Zügen (insbesondere dem mathematisch-technisch-naturwissenschaftlichen Zug) zugeordnet.

III Aufnahme

Der Besuch der Martin-Buber-Schule und der Sophie-Scholl-Schule ist freiwillig und bedarf der schriftlichen Zustimmung der Erziehungsberechtigten, die zuvor über Ziel und Inhalt der besonderen pädagogischen Prägung zu informieren sind.

Die individuelle Eignung für die jeweils gewählten Profile ermittelt die Schule unter Berücksichtigung vorgelegter Nachweise sowie innerhalb und außerhalb des Unterrichts erworbener Fähig- und Fertigkeiten, deren Berücksichtigung von einer Überprüfung abhängig gemacht werden kann. Dazu führt die Schulleitung oder von ihr beauftragte Lehrkräfte neigungsbezogen standardisierte Gespräche mit allen Schülerinnen und Schülern anhand der festgelegten Eignungskriterien durch.

Grundlage der Eignungsfeststellung ist der von der Schulaufsichtsbehörde genehmigte Kompetenzkatalog (Anlage). Die Aufnahme setzt eine Mindesteignung voraus, die alle Schülerinnen und Schüler erfüllen, die 5 (von 12 möglichen) Punkten erreichen. Die Aufnahme erfolgt nach Berücksichtigung der Härtefälle gesondert für jedes Profil absteigend nach der erreichten Punktsomme; unter Schülerinnen und Schülern mit gleicher Punktsomme entscheidet das Los. Dabei ist zur Sicherung der Heterogenität zu gewährleisten, dass mindestens 25 % der insgesamt aufgenommenen Schülerinnen und Schüler als Durchschnittsnote einen Wert von 2,8 oder höher in der Förderprognose haben.

Schülerinnen und Schüler mit zwei Wahlpflichtfächern werden, wenn sie die Aufnahmevoraussetzungen in beiden Neigungszügen erfüllen, grundsätzlich in den Neigungszug aufgenommen, der dem Erstwunsch entspricht.

Mit ihrer Aufnahme verpflichten sich die Schülerinnen und Schüler zur verbindlichen Teilnahme an schulischen Zusatzangeboten, darunter mindestens einer profilbezogenen Arbeitsgemeinschaft, und ergänzend (beispielsweise) an der Gestaltung des musikalisch-künstlerischen Rahmens oder der technischen Organisation bei Schulfesten bzw. der Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern.

IV Unterricht / Stundentafel

Das Gesamtvolumen des Unterrichts in dem gewählten Profil wird aus dem ersten Wahlpflichtfach, den Stunden des entsprechenden fachlichen Pflichtunterrichts sowie aus Profilstunden gebildet, als organisatorische Einheit organisiert und in der Regel von derselben Lehrkraft unterrichtet. Die Rahmenlehrpläne werden durch schulinterne Curricula erweitert, in denen profilbezogene Inhalte verstärkt werden.

Die Leistungsbewertung erfolgt einheitlich für die im Rahmen des gewählten Profils erbrachten Leistungen, kann aber auf dem Zeugnis getrennt nach Wahlpflichtbereich und Pflichtbereich ausgewiesen werden.

Die intensiven Anforderungen in den profilierten Zügen erfordern aus zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Gründen durchgängig stabile Lerngruppen sowie die Organisation des handlungs- und prozessorientierten Unterrichts im Klassenverband (Projekte, themenorientierte Exkursionen, Einbeziehung außerschulischer Lernorte).

An der Sophie-Scholl-Schule wird im musischen Profilzug ein Teil des Unterrichts als Instrumentalunterricht in Kleingruppen durchgeführt.

V Lerninhalte

Für die einzelnen Profilzüge gelten jeweils inhaltliche Spezifika, die nachfolgende beschrieben sind.

a) naturwissenschaftliches Profil:

Pflicht- und Wahlpflichtbereich ergänzen sich inhaltlich; dabei werden die Inhalte in spezifischen, fachübergreifenden und fächerverbindenden Projekten mit zunehmend wissenschaftspropädeutischem Charakter fachlich und methodisch erweitert und vertieft. Dabei werden die gerade für die in den MINT-Fächer bedeutenden Kompetenzen in den Bereichen Erkenntnisgewinnung und Bewertung (Reflexion) in besonderem Maß entwickelt. Zur Durchführung derartiger Projekte werden in besonderem Maße auch außerschulische Lernorte genutzt, zum Beispiel im Rahmen von Kooperationen mit dem Projektlabor der TUB, dem NatLab der FUB, dem Helmholtz-Zentrum, den Einrichtungen des Gläsernen Labors und Desy (Zeuthen). Die Erfahrungen an verschiedenen Lernorten sollen insbesondere auch junge Frauen motivieren, sich nach der Ausbildung für ein naturwissenschaftlich-technisches Berufsfeld zu entscheiden.

b) technisches Profil (WAT):

Der wesentliche Schwerpunkt dieses Profils ist es, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, eigenverantwortlich zu handeln, Entscheidungen auf Grundlage solider Fachkenntnisse zu treffen, ihre Produkte angemessen und überzeugend zu präsentieren, ihre Arbeit zu organisieren und Kundenkontakte erfolgreich anzubahnen und zu pflegen. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu logischem, planerischem und verknüpfendem Denken und Handeln befähigt werden, transferfähige Strategien und Methoden für Problemlösungen einüben sowie flexibel auf Veränderungen reagieren können, die angesichts der immer kürzeren Innovationszyklen in der Wirtschaft und der

sich permanent verändernden Bedingungen des Marktes, der technischen Entwicklung sowie der Ressourcen das Berufsleben künftig mehr denn je prägen wird. Dazu müssen sie grundlegende Fachkompetenzen im Bereich Technische Kommunikation (Lesen, Anfertigen von technischen Zeichnungen, Umgang mit CAD-Programmen) sowie über Material- und Werkstoffkenntnisse erwerben. Angesichts der begrenzten technischen Ausstattung der Schulen findet der Projektunterricht teilweise in Fachbetrieben statt, mit denen Kooperationsvereinbarungen bestehen.

c) mathematisches Profil:

Im mathematischen Profil wird außer der Beherrschung der Rechentechniken die Fähigkeit gefördert, Verfahren und Gesetze selbst zu entdecken und dann als Lösungsstrategie in vorgegebenen Situationen anzuwenden. Neben der Kompetenz, in komplexen Zusammenhängen die wesentlichen Strukturen zu erkennen und diese in mathematische Modelle umzusetzen, soll die intensive Beschäftigung mit Mathematik als Basiswissenschaften für alle Natur- und Ingenieurwissenschaften auch Kreativität und logisches Denkvermögen fördern sowie das geistige Ausdauervermögen trainieren. Neben der reinen Mathematik werden Modellierungsverfahren und Fragen der Anwendbarkeit schwerpunktmäßig behandelt.

d) musisches Profil:

Im musischen Profil werden insbesondere instrumentenspezifische und allgemein-musikalische Kompetenzen erworben, wobei mindestens ein Instrument spieltechnisch beherrscht werden soll. Unterricht und Proben erfolgen in Kleingruppen, Gesamtproben im Klassenverband. Angestrebt wird die Gestaltung von Musikveranstaltungen (Konzert, Musicalaufführung, Umrahmung von Veranstaltungen) in der Schule und an außerschulischen Orten (als Solo, Ensemble, Klasse, Orchester aller Musikklassen). Dabei werden Musikpraxis und -theorie fundiert miteinander verbunden.

e) künstlerisches Profil:

Inhaltlicher Schwerpunkt ist die Vermittlung fachlicher und methodischer Kompetenzen, wobei besonderer Wert auf den Erwerb zeitgenössischer, aber auch tradierter bildnerischer Strategien und Techniken gelegt wird. Der Erfahrungskatalog umfasst die künstlerische Auseinandersetzung an außerschulischen Lernorten, die Kooperation mit professionellen Künstlern, die Teilnahme an Wettbewerben, die Einbeziehung von Experten, Ausstellungs- und Museumsbesuche und die Gestaltung der Schule und des Schulumfeldes. Instrumente wie Lerntagebuch, Portfolio, Prozesshefte und Fakturblatt dienen der Sicherung und Sichtbarmachung von Prozessen und Ergebnissen. Durch überwiegend selbstbestimmtes Handeln trainieren die Schüler Vorgänge wie Selbstorganisation, Zeitmanagement, Recherche, Präsentation und Dokumentation. Neben der Vorbereitung auf schulische Abschlüsse und die Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe tragen die Erfahrungen auch an außerschulischen Lernorten zu einer Berufsorientierung bei.

f) fremdsprachliches Profil:

Die intensive Auseinandersetzung mit einer zweiten Fremdsprache (Französisch oder Spanisch) ermöglicht die Identifikation mit den jeweiligen Kulturkreisen und eine permanente Entwicklung sprachlicher wie interkultureller Kompetenzen auch durch fachübergreifenden Unterricht etwa mit Kunst. Das Projektangebot ist gekennzeichnet durch Begegnungen mit Muttersprachlern im Rahmen von Exkursionen zu Festspielen (z.B. Cinéfête, Berlinale) und Literaturfestivals sowie Besuchen der jeweiligen Kulturinstitute. Auslandsaufenthalte und Austauschprojekte mit Schulen in Frankreich und Spanien sowie über e-twinning, die Aufnahme und Pflege individueller Briefpartnerschaften und Kurzaufenthalte im Ausland, die über die beteiligten Partnerschulen vermittelt werden, sind weitere Optionen für Schülerinnen und Schüler.

g) sportliches Profil:

In den Klassen mit sportlichem Profil wird ein vielfältiges Angebot zur Erweiterung der eigenen

Interessen und zur Entwicklung bzw. Vertiefung vielfältiger motorischer Bewegungsmuster angeboten (z. B. Skilaufen, Snowboard-Fahren, Windsurfen, Rudern, Beachvolleyball). Dabei werden die Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Neben der Verbesserung und Vertiefung des Bewegungsrepertoires werden sportrelevante Probleme auch im Bereich der Sporttheorie thematisiert (Doping, Gewalt im Sport, Sport und Gesundheit, Förderung des eigenverantwortlichen Handelns im Hinblick auf eine gesunde Lebensführung).

VI Wechsel der Lerngruppe

Ein Wechsel des Zuges ist in begründeten Einzelfällen möglich, wenn sich die Neigung so deutlich ändert, dass erhebliche Leistungsverluste deutlich werden, frühestens jedoch nach zwei Schuljahren. Ein noch früherer Wechsel ist nur zulässig, wenn der Verbleib im bisherigen Zug eine besondere Härte darstellen würde und ein Wechsel schulorganisatorisch möglich ist.

VII Zertifikat

Die in den Profilzügen erworbenen besonderen Kompetenzen werden als Anlage zum Abschluss- oder Abgangszeugnis zertifiziert.

VIII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Einrichtung als Schule besonderer pädagogischer Prägung ist kostenneutral für das Land Berlin.

Im Auftrag


Pieper

Kompetenzkatalog¹

zur Feststellung der Eignung für den Besuch eines neigungsorientierten Zuges

Bewertungsbereich	Naturwissenschaftliche Projekte	Mathematik	Wirtschaft, Arbeit, Technik	Zweite Fremdsprache	Musik	Kunst	Sport	Erreichte Punkte
für das WPF relevante Noten des letzten Halbjahreszeugnisses	Notensumme der Fächer: NaWi (doppelt), Mathematik und Teilnote Deutsch für „Texte verfassen“ (je ein-fach)?	Mathematik ³	Notensumme der Fächer: Mathematik, Teilnote Deutsch für „Texte verfassen“ und Kunst ⁴	Notensumme der Fächer: Gesamtnote im Fach Deutsch, jeweils mündliche und schriftliche Teilnoten der 1. Fremdsprache ⁴	Musik ³	Kunst ³	Sport ³	3 2 1 0
Fachbezogene Kompetenzen	Sachlogische Darstellung in einem standardisierten Gespräch über naturwissenschaftliche Betätigungen und Interessen. Mögliche Gesprächsanlässe können curricular und extracurricular sein	Ergebnis eines Tests zum mathematischen Grundverständnis	Sachlogische Darstellungen in einem standardisierten Gespräch über technische sowie handwerkliche Betätigungen und Interessen. Mögliche Gesprächsanlässe können curricular und extracurricular sein	Bildbeschreibung in der 1. Fremdsprache oder/und Vorlesen eines Textes	Spielen eines Musikinstruments, Ausbildung in Gesang (Nachweis durch Vorspiel, Vorsingen oder Bescheinigung) Nachweis musiktheoretischer Kenntnisse im Test (Bestimmen, Hören, Imitieren)	Nachweis erlangter künstlerischer Fähigkeiten im Gespräch z.B. über die Entstehung vorgelegter, eigener praktischer Arbeiten	Erfolge bei schulischen und übers schulischen Vergleichen (z. B. Bundesjugendspielen, Waldläufen, Staffelfahren) und Wettbewerben	6 4 2 0
Zusätzliche (extracurriculare) inner- und außerschulische Erfahrungen	- Teilnahme an AGs, WUV o. Ä. im naturwissenschaftlichen Bereich - Computerkenntnisse - Teilnahme an oder Engagement in außerschulischen Angeboten	- Teilnahme an relevanten AGs, schulischen Projekten, Wahlunterricht, insbesondere auch Computerkursen - Teilnahme an Wettbewerben wie Känguru bzw. Logeleien; Kenntnis mathematischer Fachbücher	- Teilnahme an AGs, WUV o. ä. im technisch-handwerklichen Bereich - Computerkenntnisse - Teilnahme an außerschulischen Angeboten (handwerkliche Projekte)	- Teilnahme an AGs, schulischen Projekten, sprachlichem Profilzug, Wahlunterricht, Sprachreisen - zweisprachiges Elternhaus - Auslandsaufenthalte - Brieffreundschaften	- Teilnahme an schulischen Musik-AGs - Teilnahme an außerschulischen Ensembles - Auftritte bei außerschulischen Konzerten - Teilnahme an musikalischem Profizug	- Teilnahme an AGs, WUV o.Ä. im künstlerischen Bereich, alternativ über den Kunstunterricht hinausgehende Aktivitäten - Teilnahme an außerschulischen Angeboten (Bildnerische Werkstätten, Kunstzirkel, Kurse an Jugendkunstschulen, Wettbewerbe, Töpferkurs), individuelle Aktivitäten	- Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften/ schulischen Projekten/ Wahlunterricht in Sport, Teilnahme an sportlichen Aktivitäten (z.B. Staffelläufen, Fußballturnieren) oder Besuch einer Sportklasse - Mitgliedschaft in Vereinen oder Kadern	(Anm. 5)

Anmerkungen:

- 1 - Innerhalb der im Kompetenzkatalog bezeichneten Bereiche können weitere vergleichbare Tatbestände berücksichtigt werden, die eine Eignung erwarten lassen.
- Bei der Bewertung ist hinsichtlich der Aktualität nachgewiesener Leistungen zu differenzieren; eine kürzlich erworbene Urkunde ist z.B. höher zu werten als eine mehrere Jahre alte, die mehrjährige Teilnahme an einer Musik-AG höher zu werten als eine nur kurze.
- Die jeweiligen Teilkriterien werden als Einheit betrachtet; erfüllte Teilkriterien innerhalb eines Feldes werden nicht additiv, sondern qualitativ gewichtet.
- Es werden jeweils ganze Punkte vergeben.
- 2 Den erzielten Notensummen entsprechen folgende Punktzahlen: 4 - 6 = 3 P; 7 - 9 = 2 P; 10 - 12 = 1 P
- 3 Note 1 = 3 P; Note 2 = 2 P; Note 3 = 1 P
- 4 Den erzielten Notensummen entsprechen folgende Punktzahlen: 3 - 4 = 3 P; 5 - 6 = 2 P; 7 - 9 = 1 P
- 5 überdurchschnittlich = 6 P; fortgeschritten = 4 P; grundlegend = 2 P

Martin-Buber-Schule

(Bezirk Spandau)

Sophie-Scholl-Schule

(Bezirk Tempelhof-Schöneberg)

- Schulleitungen -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt@senbjw.berlin.de
Datum 8. Februar 2013

Betr.: **Änderung des Kompetenzkatalogs zur Eignungsfeststellung in Musik**

hier: Martin-Buber-Schule (05K01),
Sophie-Scholl-Schule (07K01)

Anlage Kompetenzkatalog

Auf der Grundlage der Rahmenvorgaben vom 27. April 2011 zur Einrichtung beider o. g. Schulen als Schulen besonderer pädagogischer Prägung gilt ab der Aufnahme in das Schuljahr 2013/14 der beigefügte Kompetenzkatalog.

Dadurch wird eine differenziertere Bewertung der fachbezogenen Eignung für den musisch-künstlerischen Neigungszug ermöglicht.

Die Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung ändert sich dadurch nicht.

Im Auftrag


Dr. Nix

Kompetenzkatalog¹

zur Feststellung der Eignung für den Besuch eines neigungsorientierten Zuges

Bewertungs- bereich	Naturwissenschaftliche Projekte	Mathematik	Wirtschaft, Arbeit, Tech- nik	Zweite Fremdsprache	Musik	Kunst	Sport	Erreichte Punkte
für das WPF re- levante Noten des letzten Jahres Zeugnisses	Notensumme der Fächer: NaWi (doppelt), Mathema- tik und Teilnote Deutsch für „Texte verfassen“ (je einfach) ²	Mathematik ³	Notensumme der Fächer: Mathematik, Teilnote Deutsch für „Texte verfas- sen“ und Kunst ⁴	Notensumme der Fächer: Deutsch im Fach Deutsch, jeweils mündli- che und schriftliche Teilno- ten der 1. Fremdsprache ⁴	Musik ³	Kunst ³	Sport ³	3 2 1 0
Fachbezogene Kompetenzen	Sachlogische Darstellung in einem standardisierten Gespräch über naturwis- senschaftliche Betätigun- gen und Interessen. Mögli- che Gesprächsanlässe können curricular und extracurricular sein	Ergebnis eines Tests zum mathematischen Grund- verständnis	Sachlogische Darstellun- gen in einem standardi- sierten Gespräch über technische sowie hand- werkliche Betätigungen und Interessen. Mögliche Gesprächsanlässe können curricular und extracurri- cular sein	Bildbeschreibung in der 1. Fremdsprache oder/und Vorlesen eines Textes	Spiele eines Musikin- struments, Ausbildung in Gesang (Nachweis durch Vorspiel, Vorsingen oder Beschei- nung) Nachweis musiktheoreti- scher und praktischer Kenntnisse im Test (Bestimmen, Hören, Imi- tieren)	Nachweis erlangter künst- lerischer Fähigkeiten im Gespräch z.B. über die Entstehung vorgelegter, eigener praktischer Arbei- ten	Erfolge bei schulischen und übers schulischen Vergleichen (z. B. Bundes- jugendspielen, Waldläu- fen, Staffeltagen) und Wettbewerben	6 (5) 4 (3) 2 (1) 0 (Anm. 5)
Zusätzliche (extracurricula- re) inner- und außerschuli- sche Erfahrun- gen	- Teilnahme an AGs, WUV o. Ä. im naturwissenschaft- lichen Bereich - Computerkenntnisse - Teilnahme an oder Enga- gement in außerschuli- schen Angeboten	- Teilnahme an relevanten AGs, schulischen Projek- ten, Wahlunterricht, insbesondere auch Com- puterkursen - Teilnahme an Wettbe- werben wie Känguru bzw. Logeleien; Kenntnis ma- thematischer Fachbücher	- Teilnahme an AGs, WUV o. Ä. im technisch- handwerklichen Bereich - Computerkenntnisse - Teilnahme an außerschü- lichen Angeboten (hand- werkliche Projekte)	- Teilnahme an AGs, schuli- schen Projekte, sprachli- chem Profizug, Wahlun- terricht, Sprachreisen - zweisprachiges Eltern- haus - Auslandsaufenthalte - Brieffreundschaften	- Teilnahme an schulischen Musik-AGs - Teilnahme an außerschü- lichen Ensembles - Auftritte bei außerschü- lichen Konzerten - Teilnahme an musikali- schem Profizug	- Teilnahme an AGs, WUV o. Ä. im künstlerischen Bereich, alternativ über den Kunstunterricht hi- nausgehende Aktivitäten - Teilnahme an außerschü- lichen Angeboten (Bildne- zirkel, Kurse an Jugend- kunstschulen, Wettbewer- be, Töpferkurs), individuel- le Aktivitäten	- Teilnahme an Arbeitsge- meinschaften/ schulischen Projekten/ Wahlunterricht in Sport, Teilnahme an sportlichen Aktivitäten (z.B. Staffelläufen, Fußball- turnieren) oder Besuch einer Sportklasse - Mitgliedschaft in Verei- nen oder Kadern	3 2 1 0
								/12

Anmerkungen:

- Innerhalb der im Kompetenzkatalog bezeichneten Bereiche können weitere vergleichbare Tatbestände berücksichtigt werden, die eine Eignung erwarten lassen.
- Bei der Bepunktung ist hinsichtlich der Aktualität nachgewiesener Leistungen zu differenzieren; eine kürzlich erworbene Urkunde ist z.B. höher zu werten als eine mehrere Jahre alte, die mehrjährige Teilnahme an einer Musik-AG höher zu werten als eine nur kurze.
- Die jeweiligen Teilkriterien werden als Einheit betrachtet; erfüllte Teilkriterien innerhalb eines Feldes werden nicht additiv, sondern qualitativ gewichtet.
- Es werden jeweils ganze Punkte vergeben.
- Den erzielten Notensummen entsprechen folgende Punktzahlen: 4 - 6 = 3 P; 7 - 9 = 2 P; 10 - 12 = 1 P
- 3 Note 1 = 3 P; Note 2 = 2 P; Note 3 = 1 P
- 4 Den erzielten Notensummen entsprechen folgende Punktzahlen: 3 - 4 = 3 P; 5 - 6 = 2 P; 7 - 9 = 1 P
- 5 Überdurchschnittlich = 6 P; fortgeschritten = 4 P; grundlegend = 2 P. Die in Klammern genannten Ziffern gelten nur für den Musikzug. Dort werden theoretische und praktische Kenntnisse separat jeweils mit 1 bis 3 Punkten bewertet und addiert.

Wahlpflichtwunsch**Musik**

Name: _____

Vorname: _____

☐ Erstwunsch Zweitwunsch:

Förderprognose: _____

☐ Zweitwunsch Erstwunsch:

Bewertungs- bereich	Kriterien	erreichte Punkte	
Für das WPF rele- vante Noten des letzten Halbjahres- zeugnisses	Musik-Note	3	
	○ 1 ⇒ 3 P.	2	
	○ 2 ⇒ 2 P.	1	
	○ 3 ⇒ 1 P.	0	
Fachbezogene Kompetenzen	Spielen eines Musikinstruments, Ausbildung in Gesang (Nachweis durch Vorspiel, Vor- singen oder Bescheinung)	3	
		2	
		1	
		0	
	Niveau:	○ Wettbewerb ⇒ 3 P.	
		○ Fortgeschritten ⇒ 2 P.	
		○ Anfänger ⇒ 1 P.	
	Nachweis musiktheoretischer und/oder praktischer Kenntnisse im Test (Bestimmen, Hören, Imitieren)	3	
		2	
1			
0			
Zusätzliche inner- und außerschuli- sche Erfahrungen (extracurricular)	○ Teilnahme an musikali- schem Profilzug	3	
	○ Teilnahme an schulischen Musik-AGs (Dauer in Jah- ren:)	2	
	○ Teilnahme an außerschuli- schen Ensembles (Dauer in Jahren:)	1	
	○ Auftritte bei außerschuli- schen Konzerten	0	
		/ 12	

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☎ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjw

Hans-Carossa-Gymnasium
Rückert-Gymnasium
Johann-Gottfried-Herder-Oberschule
Friedrich-Engels-Gymnasium
Romain-Rolland-Gymnasium

- Schulleitung(en) -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt@senbjw.berlin.de

Datum 22. Oktober 2014

Betr.: Weiterführung der ab Jahrgangsstufe 5 beginnenden bilingualen Züge als Schule besonderer pädagogischer Prägung an dem **Hans-Carossa-Gymnasium** (05Y03), dem **Rückert-Gymnasium** (07Y02), der **Johann-Gottfried-Herder-Oberschule** (11Y02), dem **Friedrich-Engels-Gymnasium** (12Y01) und dem **Romain-Rolland-Gymnasium** (12Y07)

Rahmenvorgaben der Schulen besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die ab Jahrgangsstufe 5 beginnenden bilingualen Züge am Hans-Carossa-Gymnasium, am Rückert-Gymnasium, an der Johann-Gottfried-Herder-Oberschule, am Friedrich-Engels-Gymnasium und am Romain-Rolland-Gymnasium werden als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden wesentliche Elemente der an diesen Gymnasien - beginnend ab dem Schuljahr 1991/92 - erfolgreich durchgeführten Abweichenden Organisationsformen und Schulversuche fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die intensive Vermittlung von Kenntnissen in einer Fremdsprache, die den Charakter eines Unterrichtsgegenstandes verliert und zu einem fächerverbindenden Arbeitsmittel wird. Dabei wird neben der Kommunikationsfähigkeit auch die interkulturelle Kompetenz vertieft.

Die Rahmenvorgaben aktualisieren ab dem Schuljahr 2014/15 den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung im Vorgriff auf die gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. März 2014 (GVBl. S. 78), zu erlassende Rechtsverordnung und ersetzen meine Genehmigungen für die genannten Schulen einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

II Einrichtung

Im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten werden an den genannten Gymnasien jeweils zwei bilinguale Züge eingerichtet, die in der Jahrgangsstufe 5 beginnen. Abweichend davon wird am Hans-Carossa-Gymnasium ein bilingualer Zug eingerichtet.

Diese Züge bestehen am Hans-Carossa-Gymnasium und der Johann-Gottfried-Herder-Oberschule mit der Fremdsprache Englisch, am Rückert-Gymnasium und am Romain-Rolland-Gymnasium mit der Fremdsprache Französisch und am Friedrich-Engels-Gymnasium mit der Fremdsprache Spanisch.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für das Gymnasium festgelegte Einrichtungsfrequenz heranzuziehen; jedoch darf eine Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werden.

III Aufnahme

Die Schülerinnen und Schüler und ihre Erziehungsberechtigten sind vor der Aufnahme über die spezifischen Bildungsinhalte und Bedingungen sowie über im Vergleich zu herkömmlichen Schulen mögliche zusätzliche Belastungen zu informieren. Die Aufnahme setzt die Abgabe einer schriftlichen Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten voraus.

Überschreitet die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der bilingualen Züge, so werden vorrangig Schülerinnen und Schüler mit einer Bildungsgangempfehlung für das Gymnasium aufgenommen. Innerhalb dieser Schülergruppe richtet sich die Aufnahme nach der Notensumme aus den Fächern Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und Sachunterricht. Dabei werden zunächst Schülerinnen und Schüler mit einer Notensumme von 4 bis 6, dann Schülerinnen und Schüler mit einer Notensumme von 7 bis 9 und danach Schülerinnen und Schüler mit einer höheren Notensumme aufgenommen. Können innerhalb einer der so gebildeten Gruppen nicht alle Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, entscheiden über die Aufnahme innerhalb dieser Gruppe die Ergebnisse eines standardisierten Aufnahmegesprächs, das die Schulleiterin oder der Schulleiter mit den Schülerinnen und Schülern führt. In diesem Gespräch werden insbesondere Kommunikationsfähigkeit, logisches Denken und Leseverständnis überprüft.

Mit der Entscheidung über die Aufnahme genehmigt die Schulleiterin oder der Schulleiter, soweit erforderlich, auch den Wechsel der Fremdsprachenfolge.

Bei einem deutlichen Missverhältnis zwischen Mädchen und Jungen ist zur Gewährleistung des koedukativen Unterrichts dem schwächer vertretenen Geschlecht, sofern entsprechend viele qualifizierte Teilnahmewünsche bestehen, mindestens ein Drittel der Plätze zur Verfügung zu stellen.

IV Nachträgliche Aufnahme

Eine Aufnahme in eine bereits eingerichtete bilinguale Klasse ist nach Maßgabe freier Plätze bis zum Beginn der Qualifikationsphase möglich, wenn erwartet werden kann, dass die Schülerin oder der Schüler dauerhaft in der Lage sein wird, erfolgreich am Unterricht im bilingualen Zug teilzunehmen. Die Aufnahme ist grundsätzlich vom Ergebnis eines von der Schule erstellten profilbezogenen mündlichen und/oder schriftlichen Aufnahmetests abhängig.

V Ausscheiden aus dem bilingualen Zug

Ein freiwilliges Ausscheiden aus dem bilingualen Zug soll möglichst nur zum Ende eines Schulhalbjahres erfolgen.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen auf dem Versetzungszeugnis in der das bilinguale Profil prägenden Fremdsprache schlechter als ausreichend bewertet werden, müssen den bilingua-

len Zug unabhängig von einer Versetzung verlassen; bei Vorliegen besonderer, von der Schülerin oder dem Schüler nicht zu vertretender Gründe kann die Klassenkonferenz ausnahmsweise den Verbleib beschließen.

Für Schülerinnen und Schüler, die den bilingualen Zug verlassen und in eine Regelklasse des Gymnasiums übergehen, gelten die Versetzungsbestimmungen der Sek I-VO mit der Maßgabe, dass mangelhafte Leistungen in der das bilinguale Profil prägenden Fremdsprache unberücksichtigt bleiben, wenn die Schülerin oder der Schüler in einen nicht bilingual geprägten Zug wechselt. Im Rahmen vorhandener Plätze kann der Wechsel innerhalb der eigenen Schule erfolgen; ein Aufnahmeanspruch besteht jedoch nicht.

VI Unterricht

Der Unterricht wird ab Jahrgangsstufe 7 - in Spanisch ab Jahrgangsstufe 8 - in mindestens einem Fach, spätestens ab Jahrgangsstufe 9 in mindestens zwei Fächern in der das bilinguale Profil prägenden Fremdsprache durchgeführt; mindestens eines der Fächer soll zum gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich gehören.

Darüber hinaus sollen in dieser Fremdsprache auch ein Wahlpflichtkurs und Arbeitsgemeinschaften angeboten sowie einzelne Abschnitte (Module) mit geeigneter Thematik in weiteren Fächern unterrichtet werden.

Die Rahmenlehrpläne werden für die bilingual unterrichteten Sachfächer durch Arbeitspläne ergänzt, um verstärkt Inhalte zu berücksichtigen, die für Kultur, Geschichte und Verständnis der europäischen Länder wichtig sind, in denen die jeweilige das bilinguale Profil prägenden Fremdsprache Verkehrssprache ist.

In den fremdsprachlich unterrichteten Sachfächern wird die jeweilige Fachsprache im Unterricht auch auf Deutsch eingeführt.

Über den Einsatz fremdsprachlicher Schulbücher und Materialien entscheidet die jeweilige Schulleitung auf Vorschlag der jeweiligen Fachkonferenzen.

Die zweite Fremdsprache wird ab Jahrgangsstufe 5 unterrichtet.

VII Stundentafel

Die Gesamtwochenstundenzahl entspricht der Stundentafel des altsprachlichen Bildungsganges am Gymnasium, die fachbezogene Zuordnung der Wochenstunden orientiert sich zunächst an der Regelstundentafel der Grundschule und des Gymnasiums.

Die das bilinguale Profil prägende Fremdsprache wird in den Jahrgangsstufen 5 bis 8 gegenüber der Stundentafel der Grundschule bzw. des Gymnasiums mit jeweils mindestens einer Wochenstunde zusätzlich unterrichtet. Die durchgängig in dieser Fremdsprache unterrichteten Sachfächer werden mindestens in den beiden ersten Jahren mit einer gegenüber der Regelstundentafel zusätzlichen Wochenstunde unterrichtet.

Die in den Stundentafeln vorgesehenen Profilstunden (Schwerpunktbildung) sind vorrangig für den bilingualen Unterricht einzusetzen. Jede Schule darf darüber hinaus bei insgesamt gleich bleibendem Stundenvolumen in bis zu drei Fächern - einschließlich der durch den früheren Beginn verstärkt unterrichteten nichtbilingualen Fremdsprache - den Unterricht jeweils um eine Wochenstunde reduzieren, um damit das bilinguale Profil zu verstärken. Über die entsprechenden Änderungen der Stundentafel entscheidet die Gesamtkonferenz der Lehrkräfte mit einfacher Mehrheit.

VIII Gymnasiale Oberstufe

Die Schülerinnen und Schüler im bilingualen Zug belegen durchgängig die das bilinguale Profil prägende Fremdsprache sowie mindestens ein in dieser Sprache unterrichtetes Fach. Zwei dieser Fächer sind entweder als Prüfungsfach oder als fünfte Prüfungskomponente zu wählen, eines davon als Leistungskurs.

In mindestens zwei Prüfungsfächern - einschließlich der fünften Prüfungskomponente - muss die Abiturprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden.

IX Personal

Der Einsatz muttersprachlicher Lehrkräfte im Unterricht ist wünschenswert; die Berechtigung zur Erteilung des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe setzt die Studienratslaufbahn oder eine vergleichbare Qualifikation voraus.

X Schulische Besonderheiten

Für die Schulen gelten ergänzend zu den voran stehenden (gemeinsamen) Rahmenvorgaben nachstehende Besonderheiten.

a) Hans-Carossa-Gymnasium

Englisch ist als Leistungskurs zu wählen. Der von der Schule angebotene Cambridge Certificate Course (CCC) muss belegt werden; die Teilnahme an der Prüfung für dieses Zertifikat ist freiwillig.

b) Rückert-Gymnasium und Romain-Rolland-Gymnasium:

Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, in der Qualifikationsphase an dem in französischer Sprache erteilten Grundkurs in Geschichte (3 Wochenstunden) sowie an je zwei Grundkursen in Geografie und Politikwissenschaft teilzunehmen. Im Unterricht werden insbesondere Lerninhalte, die für die gegenseitige Kenntnis beider Kulturen von Bedeutung sind, auf der Grundlage der geltenden Rahmenlehrpläne und der Vereinbarung „Gleichzeitiger Erwerb der deutschen Allgemeinen Hochschulreife und des französischen Baccalauréat“ einbezogen. Französisch ist Leistungskursfach, Geschichte drittes Prüfungsfach.

Neben dem Abitur führt der Bildungsgang zum französischen Baccalauréat, das eine uneingeschränkte Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium in Frankreich ermöglicht.

Die Prüfung zum Baccalauréat ist freiwillig. Sie findet in zeitlichem Zusammenhang mit den Abiturprüfungen statt. In der Prüfung zum Baccalauréat übernimmt die oder der von der Republik Frankreich entsandte französische Beauftragte - oder ihre Stellvertreterin bzw. sein Stellvertreter - den Vorsitz im Prüfungsausschuss. Die Prüfungsleistungen werden getrennt für die Abiturprüfung und die Prüfung zum Baccalauréat bewertet.

Für das Baccalauréat erfolgt die Bewertung der schriftlichen Abitur-Prüfungsarbeiten in Französisch und Geschichte auf der Basis des französischen Notensystems und es wird obligatorisch eine mündliche Prüfung in Französisch durchgeführt. Für diese mündliche Prüfung erhalten die Kandidatinnen und Kandidaten dreißig Minuten Vorbereitungszeit. Die Prüfung dauert dreißig Minuten; wesentliche Überschreitungen sind zu vermeiden. Die oder der französische Beauftragte ist berechtigt, ergänzende Fragen zu stellen. Die mündliche Prüfung in Französisch kann auf Wunsch der Schülerinnen und Schüler auch als zusätzliche mündliche Prüfung für das deutsche Abitur gewertet werden.

Für die Berechnung des französischsprachigen Prüfungsteils gehen die Noten der drei Prüfungen (Französisch schriftlich und mündlich, Geschichte schriftlich) gleichwertig in

das Gesamtergebnis ein. Der französischsprachige Prüfungsteil ist bestanden, wenn der Kandidat bzw. die Kandidatin ein Durchschnittsergebnis von mindestens 10 von 20 Punkten nach dem französischen Notensystem erreicht. Das Baccalauréat wird zuerkannt, wenn zugleich das Abitur bestanden wird.

In den in französischer Sprache unterrichteten Sachfächern nehmen diese Schulen nicht am zentralen Prüfungsverfahren teil, sondern legen der jeweiligen Fachaufsicht - in Abstimmung mit den anderen Schulen, die auf den Erwerb des Baccalauréat vorbereiten - rechtzeitig Aufgabenvorschläge zur Prüfung, Auswahl und Genehmigung vor.

c) Johann-Gottfried-Herder-Oberschule:

Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, drei Fremdsprachen zu lernen. Die Fremdsprachenfolge ist in einem der beiden bilingualen Züge Englisch-Russisch-Spanisch, im anderen Zug Englisch-Spanisch-Französisch.

Die zweite Fremdsprache wird in den Jahrgangsstufen 5 und 6 4-stündig, danach 3-stündig, die dritte Fremdsprache wird ab Jahrgangsstufe 7 obligatorisch als Wahlpflichtfach durchgängig 3-stündig unterrichtet. Latein wird (ebenfalls 3-tündig) ab Jahrgangsstufe 9 als vierte Fremdsprache angeboten; es ist zulässig, dafür Profilstunden einzusetzen.

In der gymnasialen Oberstufe müssen die Schülerinnen und Schüler neben Englisch eine weitere Fremdsprache durchgängig belegen.

d) Friedrich-Engels-Gymnasium:

Spanisch wird in Jahrgangsstufe 5 und 6 im Umfang von 6 Wochenstunden unterrichtet; Englisch als erste Fremdsprache wird in Jahrgangsstufe 6 3-stündig unterrichtet.

XI Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Schulen erhalten für jeden in Jahrgangsstufe 5 beginnenden Zug insgesamt 7 Zusatzstunden, die für die Verstärkung des fremdsprachigen Unterrichts sowie für Teilungsunterricht einzusetzen sind. Zusatzstunden entsprechend Nummer 5 Abs. 5 AV bilingualer Unterricht werden nicht gewährt.

Die Ausstattung entspricht in den Jahrgangsstufen 5 und 6 den Zumessungen für Grundschulen, danach denen für Gymnasien in Regelform.

Die ggf. erhöhte Sachmittelausstattung für die Durchführung ist vom Schulträger bereitzustellen.

In Vertretung

Mark Rackles

Hans-Carossa-Gymnasium
Rückert-Gymnasium
Johann-Gottfried-Herder-Oberschule
Friedrich-Engels-Gymnasium
Romain-Rolland-Gymnasium

- Schulleitung(en) -

Geschäftszeichen II C 1:7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A03
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt
@senbjf.berlin.de
Datum 1. August 2018

Betr.: Bilinguale Züge ab Jahrgangsstufe 5 an Schulen besonderer pädagogischer Prägung
Hans-Carossa-Gymnasium (05Y03),
Rückert-Gymnasium (07Y02),
Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium (11Y02),
Friedrich-Engels-Gymnasium (12Y01) und
Romain-Rolland-Gymnasium (12Y07)

An den o. g. Gymnasien ist der Umfang des Unterrichts in der bilingual unterrichteten Fremdsprache höher als an Regelschulen. Darüber hinaus werden auch mindestens zwei Sachfächer in dieser Sprache verlässlich und verpflichtend unterrichtet.

Um den Kompetenzen der teilnehmenden Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, sind von dem Regelangebot abweichende Festlegungen nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GeR) zu treffen.

Ergänzend zu den Rahmenvorgaben vom 22. Oktober 2014 für die ab Jahrgangsstufe 5 beginnenden bilingualen Züge lege ich daher fest, dass für die bilingual unterrichtete Fremdsprache (Englisch am Hans-Carossa-Gymnasium und dem Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium, Französisch am Rückert-Gymnasium und dem Romain-Rolland-Gymnasium, Spanisch am Friedrich-Engels-Gymnasium) anstelle von Anlage 6 der Sekundarstufe I-Verordnung (Sek I-VO) vom 31. März 2010 (GVBl. S. 175) sowie Anlage 6 der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) vom 18. April 2007 (GVBl. S. 156), in der jeweils geltenden Fassung, die Zuordnung der GeR-Niveaustufen zu den einzelnen Jahrgangsstufen gemäß nachstehender Tabelle erfolgt:

Jahrgangsstufe						Ende	
5	6	7	8	9	10	Q2	Q4
A1	A1/A2	A2	A2/B1	B1	B1/B2	B2	C1

Die Zuordnung der auszuweisenden Niveaustufe setzt gemäß § 21 Absatz 5 Sek I-VO voraus, dass die Jahrgangsnote am Ende der jeweiligen Jahrgangsstufe mindestens ausreichend lautet.

Auf Abschluss- und Abgangszeugnissen in der gymnasialen Oberstufe wird die in der Tabelle ausgewiesene Niveaustufe nur dann bescheinigt, wenn die Schülerin oder der Schüler die bilingual unterrichtete Fremdsprache als Leistungskurs fortgeführt, mit mindestens 5 Punkten abgeschlossen und zusätzlich ein in dieser Fremdsprache unterrichtetes Sachfach als Prüfungsfach oder fünfte Prüfungskomponente gewählt hat.

Ist eine Fremdsprache nicht mit mindestens ausreichend bewertet worden, richtet sich die auszuweisende Niveaustufe nach dem Referenzniveau der Jahrgangsstufe, in der der Schülerin oder dem Schüler letztmalig ausreichende Leistungen bescheinigt wurden.

Mein Schreiben vom 15. Mai 2017 wird durch diesen Bescheid aufgehoben.

Die Schulaufsicht erhält eine Durchschrift dieses Schreibens.

Im Auftrag
Thomas Duveneck

Beglaubigt


John-F.-Kennedy-Schule

- Schulleitung -

(Bezirk Steglitz-Zehlendorf)

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt@senbjf.berlin.de
Datum 28. Februar 2017

Rahmenvorgaben der John-F.-Kennedy-Schule (06K01) als Schule besonderer pädagogischer Prägung

Übersicht

I Allgemeines	S. 2	XVII Grundsätze der Schulverfassung	S.10
II Ziele	S. 2	XVIII Schulleitung	S.10
III Einrichtung	S. 2	XIX Schulkonferenz	S.11
IV Aufnahme	S. 2	XX Konferenzen der Lehrkräfte	S.11
V Seiteneinstieg	S. 3	XXI Schülervertretung	S.12
VI Probezeit	S. 4	XXII Elternvertretung	S.12
VII Verlassen der Schule	S. 4	XXIII Schulisches Personal	S.12
VIII Unterricht	S. 5	XXIV Bildung des Erziehungsdirektoriums	S.13
IX Zusätzliche Angebote z. Unterricht	S. 5	XXV Aufgaben d. Erziehungsdirektoriums	S.14
X Organisation, Zeugnisse	S. 5	XXVI Schulaufsicht	S.15
XI Eingangsklasse (Entrance Class)	S. 6	XXVII Ordnungsmaßnahmen	S.15
XII Primarstufe	S. 6	XXVIII Unterrichtsfreie Tage	S.15
XIII Sekundarstufe I	S. 7	XXIX Haushaltsmäßige Auswirkungen	S.16
XIV Aufrücken, Versetzung	S. 7	XXX Trust Fund	S.17
XV Gymnasiale Oberstufe	S. 8	XXXI Evaluation	S.18
XVI High School Diploma	S. 9	XXXII Informationspflicht	S.18

Anlagen (Studentafeln, Zeugnisvermerke)

I Allgemeines

Diese Rahmenvorgaben beschreiben die John-F.-Kennedy-Schule mit dem Stand 20. Dezember 2016.

Die John-F.-Kennedy-Schule ist eine staatliche deutsch-amerikanische Schule (German-American Community School), deren Besonderheiten u. a. im Gesetz über die John-F.-Kennedy-Schule (nachstehend JFKS-Gesetz genannt) vom 3. November 1987 (GVBl. S. 2574), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 2011 (GVBl. S. 347), in der jeweils aktuellen Fassung, festgelegt sind.

Soweit sich aus den nachstehenden Regelungen nichts anderes ergibt, gelten darüber hinaus die für die Berliner Schule erlassenen Vorschriften, insbesondere das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG) vom 20. Januar 2004 (GBVl. S. 26), die Grundschulverordnung (GsVO) vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 16), die Sekundarstufe I-Verordnung (Sek I-VO) vom 31. März 2010 (GVBl. S. 175), die Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) vom 18. April 2007 (GVBl. S. 156) - jeweils in der aktuellen Fassung - sowie die bis zum 31. Juli 2016 erlassenen Beschlüsse des Erziehungsdirektoriums; Verwaltungsvorschriften in inneren Schulangelegenheiten können durch einen entsprechenden Beschluss des Erziehungsdirektoriums den besonderen pädagogischen Bedingungen der John-F.-Kennedy-Schule angepasst werden.

Die John-F.-Kennedy-Schule gliedert sich in eine Primarstufe und die Sekundarstufen I und II und führt in einem durchgängigen, Elemente des deutschen und des amerikanischen Schulwesens verbindenden Bildungsgang in zwölf - bzw. unter Berücksichtigung der Eingangsklasse (Entrance Class) - in dreizehn Jahren zum Abitur bzw. zum American High School Diploma.

Der in diesen Rahmenvorgaben verwendete Begriff „Amerika“ meint ausschließlich die Vereinigten Staaten von Amerika.

II Ziele

An der John-F.-Kennedy-Schule werden Schülerinnen und Schüler vorrangig deutscher und amerikanischer Nationalität mit entsprechenden muttersprachlichen Kenntnissen soweit wie möglich gemeinsam unterrichtet und erzogen. Die Schule setzt sich für internationale Vielfalt auf der Basis gegenseitigen Respekts ein und fördert in einem bilingualen und bikulturellen Umfeld die Fähigkeit zu herausragenden akademischen Leistungen; sie unterstützt unabhängiges, auf Zusammenarbeit bezogenes kritisches Denken.

III Einrichtung

Die Schule führt in der Regel fünf Züge. Sie gliedert sich in einen deutschen und einen amerikanischen Teil, dem die Schülerinnen und Schüler und das Lehrpersonal jeweils entsprechend ihrer Herkunft zugeordnet sind. Die Klassen setzen sich jeweils etwa zur Hälfte aus deutschen und amerikanischen Schülerinnen und Schülern zusammen.

Die Maximalfrequenz pro Jahrgangsstufe, die geringfügig unterschritten werden darf, um Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger aufnehmen zu können, beträgt in der Entrance Class 95, in den Jahrgangsstufen 1 und 2 110, in den Jahrgangsstufen 3 und 4 120, in den Jahrgangsstufen 5 und 6 130 und danach 140 Schülerinnen und Schüler.

IV Aufnahme

Der Besuch der Deutsch-Amerikanischen Schule beginnt in der Regel mit dem Besuch der Entrance Class. Über die Aufnahme entscheidet entsprechend § 3 JFKS-Gesetz die Schulleitung in Zusammenhang mit den vom Erziehungsdirektorium beschlossenen Aufnahmerichtlinien. Danach gilt:

Aufgenommen werden können in Berlin wohnende Kinder, die in dem Kalenderjahr ihrer Aufnahme das fünfte Lebensjahr bereits vollendet haben oder bis 31. Dezember vollenden werden; jüngere Kinder werden nicht aufgenommen. Die Anmeldung muss der Schule bis 31. Januar des Aufnahmejahres vorliegen; Anmeldungen vor dem 1. Oktober des Jahres vor der Einschulung werden nicht berücksichtigt.

In die Entrance Class werden zu gleichen Teilen Kinder aufgenommen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika oder der Bundesrepublik Deutschland sind. Die Kinder müssen die ihrer Staatsangehörigkeit entsprechende Sprache wie eine Muttersprache beherrschen. Kinder mit beiden Staatsangehörigkeiten werden dem Kontingent zugeordnet, dessen Sprache sie als dominierende Sprache verwenden.

Die Feststellung der Sprachkenntnisse - einschließlich der dominant gesprochenen Sprache - erfolgt durch die Schulleitung oder durch Lehrkräfte der Schule in der Regel durch einen Sprachtest.

Bis zu zwei Drittel der Plätze sind im amerikanischen Kontingent zunächst Kindern von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika vorbehalten, deren Erziehungsberechtigte eine offizielle Funktion in Berlin als Mitglieder der amerikanischen diplomatischen Mission oder konsularischer Vertretungen wahrnehmen. Liegen weniger Anmeldungen vor, werden die zusätzlich verfügbaren Plätze an andere amerikanische Kinder vergeben.

Darüber hinaus werden Kinder vorrangig aufgenommen,

- a) deren Geschwister im Aufnahmejahr noch Schülerinnen oder Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 8 an der John-F.-Kennedy-Schule sind und bereits die Probezeit bestanden haben oder deren Eltern an der John-F.-Kennedy-Schule hauptberuflich auf Dauer - oder bei amerikanischen Lehrkräften voraussichtlich mindestens zwei Jahre - als Lehr- oder sonstige Dienstkräfte beschäftigt sind bzw.
- b) bei denen beide Elternteile oder Erziehungsberechtigten die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika besitzen.

Liegen innerhalb der Kontingente mehr Anmeldungen vor als Plätze verfügbar sind, entscheidet jeweils das Los. Jedes Kind kann nur einmal am Losentscheid teilnehmen. Für Geschwister, die gemeinsam angemeldet werden, wird ein Los eingesetzt. Die - öffentliche - Auslosung erfolgt vor den Osterferien des Aufnahmejahres in Anwesenheit von Vertretern der Schulleitung und des Schulträgers. Zusätzlich zu den verfügbaren Plätzen werden für das deutsche und das amerikanische Kontingent jeweils zehn Nachrückerplätze gelost und in der Reihenfolge 1 bis 10 gesetzt.

Werden in der Entrance Class bis zum Ende des Kalenderjahres Plätze frei, sind diese in der Reihenfolge 1 bis 10 den zum Nachrücken Berechtigten anzubieten. Mit Ablauf des Kalenderjahres wird diese Liste ungültig.

Die Schulleitung teilt der Schulaufsichtsbehörde Änderungen in den Aufnahmerichtlinien unverzüglich mit.

V Seiteneinstieg

Eine Aufnahme nach der Entrance Class ist im Rahmen der vorhandenen Aufnahmekapazitäten nur bei Bewerberinnen und Bewerbern zulässig, die für die John-F.-Kennedy-Schule ausreichende Kenntnisse der englischen Sprache nachweisen und bei denen zu erwarten ist, dass sie die besonderen

Anforderungen dieser Schule erfüllen. Über die Aufnahme entscheidet die Schulleitung unter Beachtung der Eignung und der paritätischen Verteilung der Plätze entsprechend den vom Erziehungsdirektorium beschlossenen Aufnahmerichtlinien.

Schülerinnen und Schüler, die nach mindestens einjährigem erfolgreichem Besuch der John-F.-Kennedy-Schule und anschließender Abwesenheit an die Schule zurückkehren wollen, dürfen vorrangig aufgenommen werden.

Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern, die bereits eine andere Berliner Schule mit bilingualem Bildungsangebot besuchen, bleiben in der Regel unberücksichtigt.

VI Probezeit

Die Aufnahme erfolgt stets - auch in der Entrance Class - auf Probe. Die Probezeit dauert in der Primarstufe ein Schuljahr, danach ein Schulhalbjahr.

Ein Verbleib ist nicht möglich, wenn ein erfolgreiches Durchlaufen des durchgängig zweisprachigen Bildungsganges trotz Förderung nicht zu erwarten und eine dauernde Überforderung der Schülerin bzw. des Schülers zu befürchten ist.

Nach Ablauf von etwa der halben Probezeit erhalten die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten eine Zwischenauswertung über den Leistungsstand. Bei Zweifeln über die Eignung für den Besuch der John-F.-Kennedy-Schule sind die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten zu einem Gespräch einzuladen, an dem neben der Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer auch eine oder einer der zuständigen Schulleiterinnen oder Schulleiter und der Guidance Counselor („Betreuungslehrkraft“) teilnehmen sollen; die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler kann eine Schülerin oder einen Schüler ihres oder seines Vertrauens hinzuziehen.

Am Ende der Probezeit entscheidet die Klassenkonferenz unter Mitwirkung der beiden für den jeweiligen Schulteil zuständigen Schulleiterinnen bzw. Schulleiter sowie des Guidance Counselors über den Verbleib in der Schule. Maßgebend für diese Entscheidung sind neben der sicheren Beherrschung der englischen Sprache, der Bereitschaft und Fähigkeit, die jeweilige Partnersprache zu verstehen und anzuwenden sowie die Integrationsbereitschaft in eine binationale Gruppe.

Ausnahmsweise kann die Probezeit in der Sekundarstufe I und II durch Beschluss der Klassenkonferenz oder des Oberstufenausschusses einmalig verlängert werden.

VII Verlassen der Schule

Maßgebend sind für den Verbleib und das Verlassen der Schule die entsprechenden Beschlüsse des Erziehungsdirektoriums. Danach gilt:

Schülerinnen und Schüler, die die besonderen Anforderungen der John-F.-Kennedy-Schule nicht erfüllen, müssen die Schule verlassen (§ 4 Absatz 1 JFKS-Gesetz). Dies gilt auch, wenn eine Schülerin oder ein Schüler nach Ablauf der Probezeit - insbesondere wegen der Zweisprachigkeit des Unterrichts - in zwei aufeinander folgenden Schuljahren in mehr als zwei Fächern mangelhafte oder ungenügende Zeugnisnoten erhalten hat oder wenn ein erfolgreiches Durchlaufen des zweisprachigen Bildungsganges nicht zu erwarten und eine dauernde Überforderung der Schülerin bzw. des Schülers zu befürchten ist.

Nicht mehr schulpflichtige Anwärterinnen und Anwärter des High School Diploma müssen die Schule verlassen, wenn sie in derselben Jahrgangsstufe zweimal oder nach Wiederholung der Jahrgangsstufe in der darauffolgenden Jahrgangsstufe erneut nicht versetzt werden; dies gilt in den Jahrgangsstufen 11 und 12 auch für Schülerinnen und Schüler, die in einem Semester nicht mindestens die Hälfte der belegten Bewertungseinheiten („units of credit“) erreicht haben.

VIII Unterricht

Unterrichtssprache kann - außer in den Fremdsprachen - in jedem Fach, je nach den pädagogischen und didaktischen Erfordernissen, Deutsch oder Englisch sein; während des Unterrichts kann zwischen beiden Sprachen gewechselt werden. Deutsch und Englisch werden als Muttersprache (Niveaustufe I) und Partnersprache (Niveaustufe II) unterrichtet. Deutsch als Partnersprache wird weiter in die Niveaustufen III und IV (relatives und absolutes Anfängerniveau) differenziert. Über die Einstufung der Schülerinnen und Schüler entscheidet in der Primarstufe die Klassenkonferenz, danach die Fachlehrkraft; etwaige Wünsche der Erziehungsberechtigten können dabei berücksichtigt werden. Ein Wechsel der Niveaustufe kann nur zum Ende eines Schulhalbjahres erfolgen; ein Wechsel in Niveaustufe I ist erstmalig in Jahrgangsstufe 5 möglich.

Schülerinnen und Schüler, die ohne Deutschkenntnisse aufgenommen werden, müssen spätestens nach vier Schulbesuchsjahren am Fachunterricht in deutscher Sprache teilnehmen können; dieser Zeitraum reduziert sich bei Aufnahme in der Primarstufe entsprechend dem Eintrittsjahrgang.

Wegen der besonderen pädagogischen Konzeption können die in der jeweiligen Schulstufe geltenden Rahmenlehrpläne durch vom Erziehungsdirektorium genehmigte schulinterne Curricula ergänzt oder ersetzt werden, die insbesondere in Englisch und den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern amerikanische Vorgaben stärker berücksichtigen.

Die naturwissenschaftlichen Fächer können für alle oder für Teile der Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 9 als Lernbereich „Science“ unterrichtet werden.

Fächer mit weniger als drei Wochenstunden („Nebenfächer“) können in der Sekundarstufe I epochal unterrichtet werden.

IX Zusätzliche Angebote zum Unterricht

An der John-F.-Kennedy-Schule werden zur Durchführung zusätzlicher, für das amerikanische Schulsystem charakteristische „Activities“ mit akademischer, künstlerischer, athletischer oder musikalischer Ausprägung angeboten, die den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit geben sollen, ihre erworbenen Fertigkeiten in realen Situationen anzuwenden. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 sind die „Activities“ in dem in der Stundentafel ausgewiesenen Umfang verpflichtend. Sie sind in den Schultag eingebettet und ermöglichen täglich identische Anfangs- und Endzeiten (8 bzw. 15 Uhr); dies können auch einstündige Angebote als Vorbereitung auf die wählbaren zweiten Fremdsprachen Französisch oder Spanisch sein. Ab Jahrgangsstufe 7 werden die „Activities“ im Rahmen des Projekt- und Wahlunterrichts durchgeführt.

Zusätzlich zum Unterricht sind insbesondere Sportveranstaltungen, Musik- und Theateraufführungen ein wesentlicher Schwerpunkt des Schulprogramms.

Den Schulalltag der Primarstufe kennzeichnet darüber hinaus täglich ein etwa 10-minütiges Morgenritual („Community Service - Civics“), das der Logistik, der inhaltlichen Gestaltung des Schultages und - abweichend vom amerikanischen „Pledge of Allegiance“ - der Förderung der Bikulturalität dient. Neben Fragen zum Tagesablauf werden in jeder Klasse beispielsweise auch aktuelle Weltereignisse, Berichte des Schülerparlaments oder Strategien zur Konfliktlösung diskutiert. In den Jahrgangsstufen 1 und 2 wird für „Civics“ etwa die doppelte Zeit angesetzt.

X Organisation, Zeugnisse

Etwa in zweijährigem Turnus werden alle Klassen neu zusammengesetzt, um eine möglichst umfassende Durchmischung des jeweiligen Schülerjahrgangs zu ermöglichen.

In der Sekundarstufe I wird das Schuljahr in vier Quartale eingeteilt. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden in jedem Quartal - in Nebenfächern nach jeweils zwei Quartalen - separat bewertet und auf einem Zeugnis dargestellt. Am Ende des Schuljahres wird aus den im gesamten Schuljahr erbrachten Leistungen eine Gesamtnote (Jahresnote) gebildet (vgl. Rubrik XIV).

In der Primarstufe wird das Zeugnis bis einschließlich Jahrgangsstufe 3 als verbale Beurteilung, danach in Notenform erteilt.

Die Zeugnisse der Jahrgangsstufen 3 bis einschließlich 10 sehen die Möglichkeit vor, Arbeitshaltung und soziales Verhalten in jedem Fach durch Notenzusätze zu kommentieren; die Schule entwickelt dazu eigene Vorlagen (Anlage 3).

Für alle Schülerinnen und Schüler, die die Schule verlassen, kann ab Jahrgangsstufe 9 auf Antrag zusätzlich zum Zeugnis ein „Transcript“ - ein in den USA für den Zugang an Hochschulen wichtiges Dokument, das die besuchten Kurse und ihre Bewertungen einschließlich eines Leistungsvergleichs innerhalb der Referenzgruppe darstellt - gefertigt werden.

XI Eingangsklasse (Entrance Class)

Der vorfachlich ausgerichtete, handlungsorientierte Unterricht in der Eingangsklasse (Entrance Class/ Jahrgangsstufe 0) dient dazu, das Kind in eine größere Gruppe einzuführen und seine soziale, kulturelle und kognitive Entwicklung in einer zweisprachigen Umgebung zu fördern. Dabei sollen die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder angeglichen und ihre Konzentrationsfähigkeit gestärkt werden.

Insgesamt werden 25 Wochenstunden - davon mindestens zwei Stunden zur intensiven Schulung der jeweiligen Muttersprache - auf der Grundlage themenfeldübergreifender schulinterner Curricula unterrichtet. Innerhalb dieses Rahmens wird die Entrance Class nicht nach Unterrichtsstunden gegliedert; vielmehr entscheidet die Klassenleiterin oder der Klassenleiter über Beginn und Ende der jeweiligen Arbeitsphasen sowie über Pausen- und Ruhezeiten.

Für die Einrichtung der Entrance Class - wie auch für die Primarstufe - gelten entsprechend § 25 GsVO die Regelungen der verlässlichen Halbtagsgrundschule sowie gemäß § 26 GsVO die Möglichkeiten der ergänzenden Förderung und Betreuung.

XII Primarstufe

Die Alphabetisierung erfolgt in der Muttersprache.

Die Schulanfangsphase umfasst neben den Jahrgangsstufen 1 und 2 auch die Entrance Class und dauert in der Regel drei Jahre; § 22 GsVO ist analog mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Schulanfangsphase auch in zwei oder vier Jahren absolviert werden kann.

Die Schule gewährleistet jahrgangsstufenübergreifendes Lernen in den drei Jahrgangsstufen der Schulanfangsphase als methodisches Prinzip, ohne diese Klassen jahrgangsstufenübergreifend einzurichten.

Library ist ein eigenständiges Fach, das nicht bewertet wird. Sofern Library übergreifend mit anderen Fächern unterrichtet wird, können die dabei erbrachten Leistungen jedoch im jeweiligen Referenzfach berücksichtigt werden.

Geografie sowie Geschichte/Politische Bildung werden auch in den Jahrgangsstufen 5 und 6 fachübergreifend und fächerverbindend als Sachunterricht (Social Studies) gelehrt.

Schülerinnen und Schüler, die im Fach Deutsch in den Niveaustufen III und IV unterrichtet werden, nehmen nicht an den Vergleichsarbeiten in Deutsch („VERA 3“) teil.

XIII Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I ist im offenen Ganztagsbetrieb organisiert.

Unterrichtet wird auf gymnasialem Anforderungsniveau; es wird durchgängig nur mit Noten bewertet.

Deutsch und Englisch werden (auf unterschiedlichen Niveaustufen) im Rahmen der äußeren Leistungsdifferenzierung unterrichtet.

Die Schülerinnen und Schüler nehmen nicht an Vergleichsarbeiten im Fach Englisch („VERA 8“) teil.

Die zweite Fremdsprache (Französisch oder Spanisch) wird ab Jahrgangsstufe 7 unterrichtet. Wer Deutsch in den Niveaustufen I oder II belegt, ist zur Teilnahme an diesem Unterricht verpflichtet. Die übrigen Schülerinnen und Schüler erhalten stattdessen naturwissenschaftlichen Unterricht in deutscher Sprache und zusätzlichen Deutschunterricht.

Das Fach Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT) wird nicht angeboten.

Alle Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, in Jahrgangsstufe 8 am „Stanford/OLSAT Achievement Test“ teilzunehmen, einem standardisierten amerikanischen Test, dessen Ergebnisse der Einschätzung dienen, inwieweit eine Abgleichung zwischen schuleigenen Curricula mit dem amerikanischen Curricula erforderlich sind.

Für den Erwerb der Berufsbildungsreife gelten die Bedingungen gemäß § 32 Absatz 3 Sek I-VO.

§§ 33 bis 47 Sek I-VO sind mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. Alle Schülerinnen und Schüler sind zur Teilnahme an der gemeinsamen Prüfung zum Erwerb des mittleren Schulabschlusses und der erweiterten Berufsbildungsreife verpflichtet.
2. Je nach den individuellen Voraussetzungen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, die in Deutsch nicht auf Niveaustufe I oder II unterrichtet werden, setzt die Schulleitung im Rahmen der Vorgaben des Erziehungsdirektoriums fest, ob die Prüfung im Fach Deutsch durch eine Prüfung in einem anderen Fach in englischer Sprache ersetzt wird; diese Schülerinnen und Schüler dürfen in der Präsentationsprüfung dieses Fach nicht wählen.
3. In Englisch kann anstelle der zentralen schriftlichen Prüfung auch ein entsprechend standardisierter amerikanischer Test verwendet werden.
4. Die Prüfung im Fach Mathematik wird im Textteil wahlweise in Deutsch oder in englischer Übersetzung angeboten.
5. Die Präsentationsprüfung darf auch in englischer Sprache durchgeführt werden.
6. Für den Jahrgangsteil gelten für den Erwerb des mittleren Schulabschlusses § 44 Absatz 5 Sek I-VO und für den Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife § 44 Absatz 6 Sek I-VO.

Jahrgangsstufe 10 darf in der Regel nicht übersprungen werden.

XIV Aufrücken / Versetzung

Gemäß § 4 Absatz 1 JFKS-Gesetz rücken Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 6 in die Jahrgangsstufe 7 der John-F.-Kennedy-Schule auf, wenn zu erwarten ist, dass sie den besonderen Anforderungen dieser Schule auch in der Sekundarstufe I genügen werden; dies setzt insbesondere in der Regel mindestens ausreichende Leistungen in Deutsch und Englisch voraus. Diese Entscheidung trifft die Klassenkonferenz am Ende der Jahrgangsstufe 6. Bereits am Ende des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 6 informiert die Klassenkonferenz die Schulleitung, bei welchen Schülerinnen und Schülern das Aufrücken gefährdet ist; die Schulleitung setzt darüber die Erziehungsberechtigten in Kenntnis.

In der Sekundarstufe I ist am Ende jedes Schuljahres eine Versetzungsentscheidung zu treffen. Bei einer gefährdeten Versetzung ist das Zeugnis am Ende des zweiten und/oder dritten Quartals mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen.

Unterbleibt diese Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten, ist daraus kein Anspruch auf Versetzung herzuleiten.

Über die Versetzung entscheidet die Klassenkonferenz in Anwesenheit einer der beiden Schulleiterinnen oder Schulleiter auf Grund aller Zeugnisnoten unter Würdigung der Lern-, Leistungs- und Kompetenzentwicklung; der Guidance Counselor nimmt mit beratender Stimme teil. Maßgebend ist die am Ende des Schuljahres als Durchschnitt der Quartalsnoten im jeweiligen Fach unter Berücksichtigung der Leistungsentwicklung der Schülerin oder des Schülers gebildete Note.

Die Fächer Geschichte (Social Studies) und Geografie gelten bei der Versetzungsentscheidung als ein Fach. Dabei wird die Endnote aus den Noten der Einzelfächer gebildet, die entsprechend ihrer Wochenstundenzahl gewichtet werden.

Schülerinnen und Schüler werden versetzt, wenn ihre Leistungen den Anforderungen in allen Pflichtfächern noch entsprechen oder trotz bestehender Probleme zu erwarten ist, dass sie am Unterricht der nächsthöheren Jahrgangsstufe erfolgreich teilnehmen werden. Dies ist in der Regel nicht der Fall, wenn die Leistungen in mehr als einem Fach schlechter als „ausreichend“ bewertet werden. Eine Versetzung in Jahrgangsstufe 9 erfordert abweichend davon in Deutsch und in Englisch grundsätzlich mindestens ausreichende Leistungen. Ein Ausgleich einzelner nicht ausreichender Leistungen ist ansonsten entsprechend § 31 Absatz 3 Sek I-VO möglich.

Bei außergewöhnlichen, aber auf einzelne Fächer beschränkten Begabungen von Schülerinnen und Schülern, bei längerer Krankheit, erst kurzem Besuch der Schule und anderen schwerwiegenden Gründen kann die Klassenkonferenz bis einschließlich Jahrgangsstufe 9 ausnahmsweise eine Versetzung beschließen.

Nicht versetzte Schülerinnen und Schüler können höchstens einmal in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 an einer Leistungsüberprüfung in einem Fach oder Lernbereich, nicht aber in Sport, mit dem Ziel der Nachversetzung teilnehmen. Dabei kann die Leistung in höchstens einem Fach durch eine bestandene Leistungsüberprüfung um eine Notenstufe verbessert werden. Die Nachprüfung findet zu Beginn des neuen Schuljahres statt. Sie wird in schriftlicher Form durchgeführt und dauert 90 Minuten. Die Prüfungsaufgaben sind dem im vorangegangenen Schuljahr durchgeführten Unterrichtsinhalten zu entnehmen. In sprachlichen Fächern findet zusätzlich eine 15- bis 20-minütige mündliche Prüfung statt, in der die Fertigkeiten im Lesen und in der verbalen Kommunikation überprüft werden. Im übrigen ist § 24 Sek I-VO analog anzuwenden.

XV Gymnasiale Oberstufe

Die Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe der John-F.-Kennedy-Schule kann in den Fällen der §§ 6 und 7 VO-GO von weiteren Voraussetzungen, insbesondere Kenntnissen in der englischen Sprache abhängig gemacht werden.

Die Sekundarstufe II besteht aus der zweijährigen Qualifikationsphase.

Schülerinnen und Schüler des amerikanischen Kontingents der John-F.-Kennedy-Schule können, sofern sie in Deutsch mindestens Niveaustufe II erreichen, freiwillig in die gymnasiale Oberstufe übergehen und neben dem High School Diploma auch das Abitur ablegen. Wer dem deutschen Kontingent mindestens seit der Jahrgangsstufe 8 angehört, besucht bei Fortsetzung seines Bildungsganges in der Sekundarstufe II grundsätzlich die gymnasiale Oberstufe, es sei denn, es liegen im Einzelfall besondere Gründe für den ausschließlichen Besuch des zum High School Diploma führenden Bildungsganges vor.

Die Regelungen der §§ 19 bis 27 VO-GO sind mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. Grundkurse in Deutsch - Niveaustufe II - umfassen vier Wochenstunden, in Englisch fünf Wochenstunden. Die Zusatzkurse zum Leistungskursfach gemäß § 20 Absatz 3 VO-GO umfassen drei Wochenstunden. Die gegenüber Regelschulen zusätzlichen Wochenstunden sind insbesondere dazu zu verwenden, den Schülerinnen und Schülern einerseits amerikanische Lerninhalte zu vermitteln und sie andererseits angemessen auf die zentralen Prüfungen im Rahmen des Abiturs durch die Berücksichtigung der Rahmenlehrpläne für Berlin vorzubereiten.
2. Im Rahmen der Verpflichtung gemäß § 25 Absatz 1 VO-GO ist in jedem Kurshalbjahr je ein Pflichtgrundkurs in Englisch zu besuchen.
3. In mindestens einem der Fächer Deutsch und Englisch müssen Kurse auf dem Niveau einer Muttersprache, in dem anderen Fach auf dem Niveau von mindestens Niveaustufe II besucht werden. Kurse in Deutsch - Niveaustufe II - dürfen nur Schülerinnen und Schüler besuchen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.
4. Die Verpflichtung zum Besuch zweier Pflichtgrundkurse gemäß § 25 Abs. 2 VO-GO in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel entfällt, wenn zwei Fremdsprachen, nicht aber Englisch, Prüfungsfächer sind.
5. Die im Rahmen des parallelen Erwerbs des High School Diploma besuchten, mindestens dreistündigen bewerteten Kurse „Band“, „Orchestra“, „Choir“, „US History“ und „Comparative Government“ können als Grundkurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, nicht aber als Prüfungsfächer; dies gilt ebenfalls für sämtliche bewerteten AP-Kurse (*Advanced Placement-Kurse*).

Abiturprüfungen sollen in der Sprache abgenommen werden, in der überwiegend unterrichtet wurde; über Ausnahmen entscheidet die Schulleitung.

Amerikanische Lehrkräfte mit „Masters Degree“ und „High-School-Certification“ können als Mitglieder der Ausschüsse berufen oder mit der Beurteilung der schriftlichen Abiturarbeiten beauftragt werden.

XVI High School Diploma

Alle in Jahrgangsstufe 9 versetzten Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, das High School Diploma zu erwerben, dem die Anforderungen des American College Boards, Princeton/New Jersey, zugrunde liegen. Die Stundentafel umfasst mindestens 28 Wochenstunden. Die Konzeption der Stundentafel und die kompatible Gestaltung der Arbeitspläne ermöglicht die Doppelqualifizierung Abitur/High School Diploma.

Die Schülerinnen und Schüler können sich nach Jahrgangsstufe 8 oder 10 - im deutschen Kontingent nur unter der Voraussetzung nach XV Absatz 3 - auch ausschließlich für das High School Diploma entscheiden; die Verpflichtung zur Teilnahme am Prüfungsteil zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses bleibt davon unberührt. Sie werden durch einen Counselor - auch vorab - beraten und während ihres Bildungsgangs begleitet.

Schülerinnen und Schüler, die ausschließlich das High School Diploma anstreben, werden in die Jahrgangsstufe 10 versetzt, wenn sie 6 Bewertungseinheiten („units of credit“), darunter in Englisch und Deutsch, erworben haben. Die Versetzung in die Jahrgangsstufen 11 und 12 erfolgt bei 13 bzw. 19 Bewertungseinheiten; die Versetzung in Jahrgangsstufe 11 erfordert darüber hinaus die erfolgreiche Teilnahme am Prüfungsteil zum Erwerb des MSA gemäß § 44 Absatz 2 Nr. 1 Sek I-VO; abweichend davon ist bei amerikanischen Schülerinnen und Schülern, die in Deutsch auf der Niveaustufe III und IV unterrichtet werden, lediglich die Teilnahme am Prüfungsteil erforderlich. Bei erfolgreichem Besuch eines Kurses mit 4 oder mehr Wochenstunden im Semester erhalten die Schülerinnen und Schüler

0,5 Credits; beträgt der Unterrichtsumfang 3 bzw. 2 Wochenstunden erhalten sie 0,375 bzw. 0,25 Credits.

Ein Kurs ist erfolgreich besucht, wenn mindestens ausreichende Leistungen (US Grade „D“) erzielt werden. Erworbene Credits bleiben bei einer Wiederholung der Jahrgangsstufe gültig und können, müssen aber nicht ersetzt werden.

In Englisch, in (der Fremdsprache) Deutsch, in Science und in Social Studies (Geschichte, Politik, Geografie und Ethik) müssen jeweils 4 Credits, in Mathematik 3 und in Sport 2 Credits erworben werden (Pflichtkurse). Wahlpflichtkurse, in denen weitere Credits erreicht werden können, sind neben den Fächern der Berliner Schule auch amerikanische Fächer wie Band, Choir und Orchestra.

Bei Schülerinnen und Schülern, die ihren bereits im Ausland begonnenen Bildungsgang zum High School Diploma an der John-F.-Kennedy-Schule fortsetzen und bisher keinen Deutsch-Kurs besucht haben, reduziert sich die Verpflichtung Credits in Deutsch einzubringen auf die ab der Aufnahme noch erreichbare Anzahl; diese fehlenden Credits sind durch andere Kurse einzubringen.

Schülerinnen und Schüler, die zugleich die gymnasiale Oberstufe besuchen, können alle Kurse in gleicher Weise einbringen, auch wenn der Fachunterricht in deutscher Sprache stattfindet.

Die jährlich im Mai stattfindenden schriftlichen AP Prüfungen - bestehend aus einem Multiple-Choice-Teil und einem Teil mit offener Fragestellung - werden zentral von Komitees, die sich aus Lehrkräften von Schulen und Hochschulen zusammensetzen, entwickelt, erstellt und ausgewertet.

Der Erwerb des High School Diploma setzt mindestens 26 Bewertungseinheiten und darüber hinaus die erfolgreiche Teilnahme an zwei Semestern des Kurses US-History voraus.

Im Rahmen des High-School-Diplomas werden in der Regel vier- bis sechstündige AP-Kurse angeboten, die von amerikanischen Universitäten ggf. als Äquivalent für besuchte Erst- und Zweitsemester anerkannt werden. Die Schule bietet - jahrgangsstufenübergreifend - jährlich bis zu 16 AP-Kurse an.

Zulässige AP-Kurse sind: Art History, Biology, Calculus AB, Chemistry, Comparative Government & Politics, English Language & Composition, English Literature & Composition, Environmental Science, European History, French Language & Culture, German Language & Culture, Music Theory, Physics 1 & 2, Physics C: Mechanics, Psychology, Spanish Language & Culture, Statistics, Studio Art (2-D and/or Drawing), US History. Erweiterungen dieses Angebots bedürfen der Genehmigung des American College Board und der Zustimmung des Erziehungsdirektoriums.

XVII Grundsätze der Schulverfassung

Konferenzsprache ist in allen Gremien gleichberechtigt Deutsch und Englisch.

Bei Wahlen, bei denen es auf die Staatsangehörigkeit ankommt, können Wahlberechtigte ohne deutsche oder amerikanische oder mit beiden Staatsangehörigkeiten sowohl bei ihrem aktiven als auch bei ihrem passiven Wahlrecht optieren, ob sie als deutsche oder amerikanische Vertreter(in) agieren.

VIII Schulleitung

Die Schule hat zwei deutsche und zwei amerikanische Schulleiterinnen bzw. Schulleiter, jeweils getrennt für die Primarstufe sowie die Sekundarstufen I und II (§ 7 Absatz 1 JFKS-Gesetz); die Schulleitungen für die Primarstufe und für die Sekundarstufen können sich unabhängig voneinander eine erweiterte Schulleitung entsprechend § 74 Absatz 3 Nr. 1 SchulG geben. Alle vier Schulleiterinnen bzw. Schulleiter und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter bilden das Schulleitungsteam.

Das Schulleitungsteam wählt für drei Jahre aus ihrem Kreis den geschäftsführenden Schulleiter oder die geschäftsführende Schulleiterin mit einfacher Mehrheit und bestimmt, wer diesen im Falle seiner

Verhinderung vertritt. Bei Stimmgleichheit in der Abstimmung entscheidet die für die Schule zuständige Schulaufsicht.

Die geschäftsführende Schulleiterin oder der geschäftsführende Schulleiter nimmt insbesondere die Pflichten aus § 69 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 und Nummer 7 SchulG wahr.

Abweichend von § 70 SchulG steht der geschäftsführenden Schulleiterin oder dem geschäftsführenden Schulleiter die Befugnis zu Beanstandungen zu, wenn es sich um Beschlüsse der Schulkonferenz, der Gesamtkonferenz der Lehrkräfte, der Gesamtschülervertretung oder der Gesamtelternvertretung handelt; sie oder er soll zuvor die anderen Schulleiterinnen und Schulleiter hören. Hinsichtlich der Beschlüsse anderer schulischer Gremien steht die Beanstandungsbefugnis jedem der beiden Schulleiterinnen oder Schulleiter des betreffenden Schulteils zu; zuvor soll die oder der jeweils andere mit der Schulleitung beauftragte Person gehört werden.

Freie oder frei werdende amerikanische Schulleitungsstellen werden auch in den USA ausgeschrieben.

Abweichend von § 72 Absatz 2 SchulG schlägt die Schulaufsichtsbehörde der Schulkonferenz alle fachlich qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber vor.

XIX Schulkonferenz

Abweichend von § 77 Absatz 1 des Schulgesetzes gehören der Schulkonferenz als stimmberechtigte Mitglieder abschließend an:

1. die geschäftsführende Schulleiterin oder der geschäftsführende Schulleiter als Vorsitzende oder Vorsitzender sowie die Schulleiterin oder der Schulleiter, die oder der die jeweils anderen Schulstufe und Sprachgruppe repräsentiert,
2. je zwei deutsche und amerikanische Lehrkräfte,
3. je zwei deutsche und amerikanische Schülerinnen und Schüler, die von der Gesamtschülervertretung aus ihrer Mitte gewählt werden,
4. je zwei deutsche und amerikanische Erziehungsberechtigte, die von der Gesamtelternvertretung aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die Mitglieder zu Nummer 2 werden zur Hälfte von den überwiegend im Grundschulteil und zur Hälfte von den überwiegend in den Sekundarstufen tätigen Mitgliedern der Gesamtkonferenz der Lehrkräfte gewählt.

Entscheidungsrechte der Schulkonferenz gemäß § 76 des Schulgesetzes, die Aufgaben des Erziehungsdirektoriums betreffen, können nur nach vorherigem Einverständnis des Erziehungsdirektoriums wahrgenommen werden.

Die beiden der Schulkonferenz nicht angehörenden Schulleiterinnen und Schulleiter können ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen.

XX Konferenzen der Lehrkräfte

Bei Sitzungen der Gesamtkonferenz der Lehrkräfte und ihrer Ausschüsse entsprechend § 82 Absatz 2 SchulG ist zu beachten, dass die Gesamtschülervertretung und der Gesamtelternvertretung jeweils einen Vertreter oder eine Vertreterin der deutschen und amerikanischen Seite entsendet.

Abweichend von Teil VI Abschnitt III des Schulgesetzes kann das Erziehungsdirektorium andere als die in § 80 SchulG genannten Fach- und Teilkonferenzen einrichten, wenn die Organisation oder besondere Aufgaben der Schule es erfordern.

XXI Schülervvertretung

In jeder Klasse werden - ab Jahrgangsstufe 3 - jeweils ein deutscher und ein amerikanischer Klassensprecher sowie für jede Sprachgruppe je eine Vertreterinnen oder ein Vertreter gewählt. Beide Klassensprecher und ihre Vertreter werden von den Schülerinnen und Schüler ihrer Klasse ungeachtet ihrer sprachlichen Repräsentanz gewählt.

Alle Schülervertreterinnen und -vertreter ab einschließlich Jahrgangsstufe 5 bilden die Gesamtschülervertretung.

Die Schülerinnen und Schüler wählen je einen deutschen und einen amerikanischen Schülerpräsidenten (President of Student Council). Die beiden Schülerpräsidenten vertreten sich gegenseitig und führen in der Gesamtschülervertretung, in der sie stimmberechtigte Mitglieder sind, abwechselnd den Vorsitz. Die Wahl findet erst statt, wenn sich die kandidierenden Schülerinnen und Schüler in einer Schülerversammlung der Sekundarstufen vorgestellt haben; zwischen der Schülerversammlung und der Wahl sollen mindestens drei Tage liegen. Die Wahlleitung übernimmt ein nicht kandidierender Sprecher, wenn die Mehrheit der Schülersprecher zustimmt; anderenfalls ist Wahlleiter ein Schulleiter oder eine von ihr oder ihm beauftragte Lehrkraft. Die Gesamtschülervertretung kann aus ihrer Mitte außerdem einen deutschen und einen amerikanischen Vizepräsidenten wählen.

Die Schülerinnen und Schüler wählen als Klassensprecherinnen oder Klassensprecher bzw. als Vertreterinnen oder Vertreter für die Klassenkonferenz gemäß § 84 Absatz 1 SchulG jeweils einen deutschen und einen amerikanischen Schüler. Die für die Sekundarstufen zuständigen Schulleiterinnen oder Schulleiter können zu Beginn eines Schuljahres bestimmen, dass in einer oder mehreren Klassenstufen der Sekundarstufen an Stelle von Klassensprechern Schülersprecher bzw. Vertreter für die Jahrgangskonferenz der Jahrgangsstufen gewählt werden. Wahlberechtigt sind jeweils alle Schülerinnen und Schüler der Klasse oder Jahrgangsstufe.

In der nach § 85 Absatz 8 SchulG zu bildenden Teilschülervertretung sollen deutsche und amerikanische Mitglieder in gleicher Zahl vertreten sein.

XXII Elternvertretung

Abweichend von § 89 Absatz 3 Satz 1 SchulG wählen die Erziehungsberechtigten einen deutschen und einen amerikanischen Klassenelternsprecher und jeweils einen Vertreter für die Gesamtelternvertretung (Parent Council). Beide Klassenelternsprecher und ihre Vertreter werden von den Erziehungsberechtigten ungeachtet ihrer sprachlichen Repräsentanz gewählt.

Die Gesamtelternvertretung wählt aus ihrer Mitte einen deutschen und einen amerikanischen Elternsprecher der Schule. Die beiden Elternsprecher bilden zusammen mit sechs weiteren gewählten Eltern - jeweils drei deutschen und amerikanischen - das Parent Council Board.

In den nach § 90 Absatz 4 SchulG zu bildenden Teilelternvertretungen sollen deutsche und amerikanische Mitglieder in gleicher Zahl vertreten sein.

XXIII Schulisches Personal

An der Schule sollen vier Sekretärinnen oder Sekretäre mit guten Kenntnissen in englischer Sprache eingesetzt werden, möglichst mit einer Qualifikation als Fremdsprachensekretärin oder -sekretär. Zudem ist eine Stelle für die Verwaltungsleitung obligatorisch.

Im Rahmen der Vertragsgestaltung mit freien Trägern ist darauf zu achten, dass die eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher gute Kenntnisse in Deutsch und Englisch haben.

Deutsche Lehrkräfte müssen gute Kenntnisse in der englischen Sprache nachweisen. Amerikanische Lehrkräfte müssen vor einer Festeinstellung gute Deutschkenntnisse nachweisen. Insgesamt soll sich das Lehrpersonal etwa zur Hälfte aus deutschen und amerikanischen Lehrkräften zusammensetzen.

Die amerikanischen Lehrkräfte werden in den USA unmittelbar von der Schulleitung angeworben; zu diesem Zweck finden jährlich Rekrutierungsreisen in die USA statt, an denen zwei Schulleiterinnen bzw. Schulleiter teilnehmen sollen. Die Einstellung der amerikanischen Lehrkräfte erfolgt nach Genehmigung des Erziehungsdirektoriums durch die Schulaufsichtsbehörde.

Die Beschäftigung und Weiterbeschäftigung von Lehrkräften und Mitgliedern der Schulleitung an der John-F.-Kennedy-Schule bedürfen der Genehmigung des Erziehungsdirektoriums; die Genehmigung kann im Rahmen des geltenden Rechts befristet werden. Wird die Genehmigung verweigert, kann im Fall einer eine Lehrkraft betreffenden Entscheidung die Schulleitung, im Fall einer die Schulleitung betreffende Personalentscheidung die Schulaufsichtsbehörde eine Entscheidung des für das Schulwesen zuständigen Senatsmitglieds beantragen. Dem Entscheidungsantrag ist eine Stellungnahme des Erziehungsdirektoriums beizufügen, der die wesentlichen Gründe der Entscheidung zu entnehmen sind. Betrifft die Genehmigung (*nach Satz 1 dieses Absatzes*) ein Mitglied des Erziehungsdirektoriums oder eine Lehrkraft, die eine Familienangehörige oder einen Familienangehörigen eines Mitglieds unterrichtet, so ist das betroffene Mitglied während der Beratung und Abstimmung über diese Frage von der Abstimmung ausgeschlossen (§ 6 Absatz 4 JFKS-Gesetz).

XXIV Bildung des Erziehungsdirektorium

An der John-F.-Kennedy-Schule wird nach § 5 JFKS-Gesetz ein Erziehungsdirektorium gebildet, dem folgende Personen angehören:

1. das für das Schulwesen zuständige Mitglied des Senats,
2. ein von der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung bestelltes Mitglied,
3. eine Vertreterin oder ein Vertreter der für die äußeren Schulangelegenheiten zuständigen Behörde,
4. zwei von der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benannte Personen,
5. die geschäftsführende Schulleiterin oder der geschäftsführende Schulleiter und ein weiteres Mitglied der Schulleitung,
6. zwei Elternvertreter,
7. zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Schülerschaft und
8. zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Lehrkräfte.

Die Mitglieder können sich in den Sitzungen des Erziehungsdirektoriums vertreten lassen. Die in den Nummern 6 bis 8 bezeichneten Mitglieder sowie ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden von der Gesamtelternvertretung, der Gesamtschülervertretung bzw. der Gesamtkonferenz der Lehrkräfte jeweils für zwei Jahre gewählt; von ihnen und den Vertreterinnen oder Vertretern der Schulleitung soll jeweils eine Person die amerikanische, die andere Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Die übrige Schulleitung nimmt an den Sitzungen des Erziehungsdirektoriums mit beratender Stimme teil.

Das Erziehungsdirektorium wählt eine oder einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung. Mitglieder der Schulleitung sollen nicht den Vorsitz im Erziehungsdirektorium übernehmen.

Das Erziehungsdirektorium tagt, sofern es nicht weitere Sitzungen beschließt, dreimal im Schuljahr.

Beschlüsse des Erziehungsdirektoriums werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst; sie bedürfen zur Wirksamkeit der Zustimmung des in Nummer 1 bezeichneten Mitglieds und eines der in Nummer 4 bezeichneten Mitglieder. Stimmenthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit außer Betracht. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Personalangelegenheiten werden nicht im Beisein der in Nummer 7 und 8 bezeichneten Personen behandelt. Weitere Personen können zu den Sitzungen des Erziehungsdirektoriums als Gäste hinzugezogen werden, wenn dies wegen des Beratungsgegenstandes geboten ist.

XXV Aufgaben des Erziehungsdirektoriums

Das Erziehungsdirektorium bestimmt im Einvernehmen mit der Schulleitung den Inhalt der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der John-F.-Kennedy-Schule und die pädagogischen Grundsätze, nach denen diese geleistet werden soll (§ 6 JFKS-Gesetz). Dabei müssen vor allem die gemeinsamen Aspekte der nationalen Ziele auf dem Gebiet des Schulwesens zur Geltung kommen. Zu den Aufgaben des Erziehungsdirektoriums gehört es insbesondere,

- die von der Schulleitung vorzulegenden Pläne für Unterricht und Erziehung und die Stundentafeln festzusetzen,
- das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung des von der Schule verliehenen High-School-Diplomas als in Amerika gültiger Hochschulreife zu überwachen,
- die Voraussetzungen für die Aufnahme in die John-F.-Kennedy-Schule, für den Übergang in die Sekundarstufe I sowie für das Bestehen der Probezeit und ihre Dauer zu regeln,
- Bestimmungen über die Versetzung der Schülerinnen und Schüler und über einen leistungsbedingten Ausschluss von der Schule aufzustellen,
- auf Vorschlag der Schulleitung die Unterrichtszeiten und ggf. vom Land Berlin abweichende Ferientermine festzulegen,
- Vorschriften über Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen zu erlassen,
- über Anträge auf die Durchführung von Schul- oder Modellversuchen zu entscheiden.

Die Schulleitung hat dem Erziehungsdirektorium über alle Schulangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung regelmäßig, jedoch mindestens einmal jährlich, Bericht zu erstatten. Das Erziehungsdirektorium kann bestimmte Themen benennen, welche in dem Bericht zwingend anzusprechen sind.

Der Vorschlag der Schulaufsicht zur Bestellung aller Schulleiterinnen und Schulleiter und ihrer Stellvertreter gemäß § 72 Absatz 2 SchulG bedarf der Genehmigung des Erziehungsdirektoriums.

Die Beschäftigung und die Beförderung von Lehrkräften an der John-F.-Kennedy-Schule bedürfen der Genehmigung des Erziehungsdirektoriums. Die Genehmigung der Beschäftigung der amerikanischen Lehrkräfte kann im Rahmen der Vertragsgestaltung befristet werden.

Das Erziehungsdirektorium entscheidet über Widersprüche und andere Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der John-F.-Kennedy-Schule, soweit diese innere Schulangelegenheiten (einschließlich Nichtaufnahmen) betreffen.

Die Zuständigkeit des Erziehungsdirektoriums besteht darüber hinaus, wenn festgelegte Anhörungs- oder Entscheidungsrechte dem Erziehungsdirektorium zuordnet sind oder das Erziehungsdirektorium kraft seines bisherigen Beschlussrechts bereits entsprechende Regelungen getroffen hat.

Das Erziehungsdirektorium kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse Ausschüsse bilden, denen auch Personen angehören dürfen, die nicht Mitglieder des Erziehungsdirektoriums sind.

Zur Führung der laufenden Geschäfte und zur Vorbereitung seiner Entscheidungen bedient sich das Erziehungsdirektorium eines Sekretärs oder einer Sekretärin, der oder die für diese Tätigkeit ein mo-

natürliches Honorar erhält; ein Arbeits- oder Dienstverhältnis mit dem Land Berlin wird damit nicht begründet. Zu den Aufgaben des Sekretärs oder der Sekretärin gehören insbesondere

- a) die Vorbereitung, Protokollierung und Auswertung der Sitzungen des Erziehungsdirektoriums,
- b) die Beratung und Unterstützung der oder des Vorsitzenden des Erziehungsdirektoriums bei ihrer Arbeit (selbständige Bearbeitung übertragener Angelegenheiten, Anfertigung von Übersetzungen, Archivierung aller Beschlüsse des Erziehungsdirektoriums),
- c) die Vorbereitung der Widerspruchsverfahren in Aufnahmeangelegenheiten.

XXVI Schulaufsicht

Die Schulaufsicht gewährleistet, dass die John-F.-Kennedy-Schule in ihren Bildungs- und Erziehungszielen trotz abweichender Lehr- und Erziehungsmethoden und Rahmenlehrplänen nicht hinter den Anforderungen anderer öffentlicher Schulen zurückbleibt (§ 8 JFKS-Gesetz).

XXVII Ordnungsmaßnahmen

Abweichend von § 63 Absatz 2 SchulG ist ein Ausschluss vom Unterricht und anderen schulischen Veranstaltungen grundsätzlich nur bis zu drei Tagen möglich; eine Suspendierung bis zu zehn Tagen ist lediglich zulässig, um Gefahren von anderen Schülerinnen und Schülern abzuwenden oder die Sicherheit des Schulbetriebs aufrechtzuerhalten. Die Erziehungsberechtigten sind vor einer Entscheidung lediglich in den Fällen des § 63 Absatz 2 Nummer 3 bis 5 SchulG zu hören.

§ 63 Absatz 5 SchulG findet keine Anwendung. Über die Ordnungsmaßnahmen wird vielmehr entsprechend nachstehender Matrix entschieden:

<u>Ordnungsmaßnahme</u>	<u>Anhörung durch</u>	<u>Entscheidung durch</u>
schriftlicher Verweis	Lehrkraft	Klassenkonferenz
Ausschluss vom Unterricht (bis 10 Tage)	Schulleitung	Klassenkonferenz
Ausschluss von schulischen Veranstaltungen	Schulleitung	Klassenkonferenz (bei einem Tag Klassenlehrer/in)
Umsetzung in eine Parallelklasse	Schulleitung	Klassenkonferenz
Überweisung in eine andere Schule	Schulkonferenz	Schulaufsichtsbehörde
Entlassung aus der Schule	Schulkonferenz	Schulaufsichtsbehörde

Gravierende Verstöße gegen das biculturelle - im Schulprogramm verankerte - Zusammenleben können grundsätzlich immer mit einer Ordnungsmaßnahme geahndet werden.

Die Möglichkeit, Erziehungsmaßnahmen gemäß § 62 SchulG vorzunehmen, bleibt unbenommen. Dies gilt auch für das Recht der geschäftsführenden Schulleiterin oder des geschäftsführenden Schulleiters, entsprechend § 63 Absatz 6 SchulG in dringenden Fällen vorläufig zu entscheiden.

XXVIII Unterrichtsfreie Tage

Jedes Schuljahr besteht aus mindestens 180 Unterrichtstagen. Feiertage in den USA werden bei der Gestaltung der schuleigenen Ferienregelung berücksichtigt.

XXIX Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Schule wird - bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 - klassenweise abgerechnet.

Sie erhält Teilungsunterricht in folgendem Umfang:

Jgst.	Dt. & Engl. ¹		2. FS ²	Math. ³	Musik ⁴	Science ⁵	Sport ⁶	Σ Jgst.	Σ Schul- Schul- stufe
0	4		-	-	-	-	-	4	4
1	15		-	2	-	-	-	17	188
2	15		-	2	-	-	-	17	
3	23		-	2	-	-	10	35	
4	23		-	2	-	-	-	25	
5	42		-	1	4	-	-	47	
6	42		-	1	4	-	-	47	
7	19	12	4	7	-	8	3	53	237
8	19	12	4	7	-	8	3	53	
9	21	15	3	7	4,5	12	3	65,5	
10	21	15	3	7	4,5	12	3	65,5	
Σ	298		14	38	17	40	22	429	429

¹ zusätzliche Lerngruppen wegen sehr heterogener Kenntnisstufen der Schülerinnen und Schüler

² für Computer Studies als Alternative für Schülerinnen und Schüler ohne zweite Fremdsprache

³ zur Leistungsdifferenzierung, in der Sekundarstufe I auch als Zusatzunterricht sowohl für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen wie solchen mit erheblichen Schwächen

⁴ für Instrumentalspiel, Chor und Orchester (Band), jahrgangsübergreifend

⁵ für zwei zusätzliche Kurse in deutscher Sprache

⁶ wegen Geschlechtertrennung (gerade Anzahl an Kursen)

Über den in der Stundentafel der Grundstufe ausgewiesenen Unterrichtsbedarf hinaus erhält die Schule in der Primarstufe insgesamt 148 Wochenstunden für Förderung insbesondere für spezifische Angebote (zusätzliche Kurse) nach amerikanischem Konzept. Darin enthalten sind auch Maßnahmen gegen Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten und Rechenstörungen sowie die Hausarbeitshilfe.

In den Jahrgangsstufen 7 bis 10 werden jeweils 2 Wochenstunden zur Förderung schwacher Schülerinnen und Schüler sowie eine Wochenstunde zur Begabtenförderung gewährt.

Die Ausstattung der zweijährigen gymnasialen Oberstufe richtet sich nach den dafür maßgeblichen Zumessungsrichtlinien (schülerbezogene Abrechnung); die Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 11 und 12 des Bildungsgangs zum Erwerb des High-School-Diploma werden in diese Bedarfsberechnung einbezogen. Zudem erhält die Schule entsprechend Rubrik XV Absatz 4 Nr. 1 für verstärkten Englisch-Unterricht 32 Wochenstunden.

Zur Durchführung der „Activities“ werden in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 jeweils 12 (insgesamt also 72) Wochenstunden, für die Sekundarstufen I und II insgesamt 96 Wochenstunden [70 Stunden insbesondere für spezifische Angebote nach amerikanischem Konzept, 8 Stunden für Musical und 18 Stunden für Vorbereitung, Logistik und Durchführung der „Berlin Model-United-Nations“ (Bermun)] gewährt.

Die Schule erhält für die Primarstufe jeweils 28 Wochenstunden für den Unterricht im Fach „Büchereiwesen“ und die Arbeit mit dem Computer, sowie weitere 26 Wochenstunden für den Unterricht im Fach „Büchereiwesen“ in der Sekundarstufe I.

Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden werden entsprechend den Zumessungsrichtlinien gewährt. Darüber hinaus bestehen folgende Anrechnungs- und Ermäßigungstatbestände:

Geschäftsführende/r Direktor/in (<i>Managing Principal</i>)	= 6 Stunden
3 weitere Schulleiter/innen	je 16 Stunden = 48 Stunden
3 weitere stellvertretende Schulleiter/innen	je 7 Stunden = 21 Stunden
Klassenlehrerstunden für Eingangsklasse	je 1 Stunde = 5 Stunden
7 Jahrgangsleiter/innen Grundstufe	Je 1 Stunde = 7 Stunden
4 Jahrgangsleiter/innen Sekundarstufe I	je 4 Stunden = 16 Stunden
3 Schullaufbahnberater/innen (<i>Guidance Counselors</i> ;	2 je 26 Stunden
zuständig für die Jahrgangsstufen bis 5, von 6 bis 9 sowie ab 10)	1 à 28 Stunden = 80 Stunden
Transcript Program & Computer Network Support	= 28 Stunden
Master Teacher (Workshops, internationale Akkreditierungen)	= 6 Stunden
Lehrplanarbeit (Übertragung und Koordination dt.+amerik. Lerninhalte)	= 30 Stunden
Fortbildung *	= 20 Stunden

* zur Lehrplanarbeit und der Vermittlung genuin amerikanischer Inhalte

Für alle Fachbereichsleiterinnen und -leiter werden insgesamt 50 Ermäßigungsstunden gewährt; davon sollen Beauftragte in der Primarstufe jeweils 2 Stunden erhalten.

Die Schule erhält zusätzlich zwei Lehrerstellen zur Beurlaubung von Lehrkräften für Visitationen und Unterrichtstätigkeiten in den USA. Damit wird die vertiefte Information über die pädagogischen Entwicklungen im amerikanischen Bildungssystem sichergestellt, die erforderlich ist, um den Unterrichtsauftrag der Schule erfüllen zu können.

Die Schule erhält keine Sprachfördermittel.

Die Ausstattung mit Sachmitteln, Lehr- und Lernmitteln sowie dem nichtpädagogischem Personal, einschließlich der Kosten für den Sekretär des Erziehungsdirektoriums, obliegt dem Schulträger.

XXX Trust Fund

Die Kosten für Angebote der Schule, die erforderlich sind, um den Bedürfnissen der amerikanischen Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden, trägt der von den USA finanzierte „John-F.-Kennedy-School Trust Fund“, der als gemeinnütziger Verein eingetragen ist.

Es handelt sich dabei im Wesentlichen um den Kauf amerikanischer Lehrmaterialien und Ausstattungen, zusätzliche Programme zur Erfüllung amerikanischer Lernziele, außercurriculare Veranstaltungen, Veröffentlichungen für amerikanische Eltern, Kollegium und Schüler, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zwischen Partnerschulen sowie Lehreraustauschprogramme, Akkreditierungsbeiträge der „New England Association of Schools and Colleges“, die Rekrutierung amerikanischer Lehrkräfte einschließlich der Stellenausschreibungen und der Reisen der Schulleiterinnen und Schulleiter in die USA sowie etwaiger Vermittlungsgebühren.

Die Höhe des Betrages wird vom Office of Oversea Schools in Verbindung mit der amerikanischen Botschaft festgesetzt.

Das Trust Fund Board besteht aus sechs Mitgliedern, darunter den beiden amerikanischen Schulleiterinnen und Schulleitern. Drei Mitglieder benennt die Botschaft der USA, ein Mitglied wird durch die für Schule zuständige Senatsverwaltung benannt. Der Trust Fund entscheidet mehrheitlich über die

Verwendung der ihm überwiesenen Mittel und beauftragt mit der Verwaltung der Gelder einen Steuerberater. Der Trust Fund unterliegt einer unabhängigen Wirtschaftsprüfung. Mittel des Trust Fund dürfen nicht dazu verwendet werden, um rechtliche, schulische oder politische Vorgaben zu umgehen.

XXXI Evaluation

Neben den regelmäßigen Überprüfungen durch die Berliner Schulinspektion, wird die John-F.-Kennedy-Schule alle fünf Jahre von der „New England Association of Schools and Colleges“ evaluiert. Durch die Akkreditierung wird sichergestellt, dass das amerikanische Programm, insbesondere das High School Diploma, weltweit anerkannt wird.

Als Vorbereitung führt die Schule eine umfassende Selbstevaluation durch. Die Kosten für den Akkreditierungsprozess trägt in der Regel der Trust Fund.

XXXI Informationspflicht

Das Erziehungsdirektorium ist bei Entwürfen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, welche ausschließlich die John-F.-Kennedy-Schule betreffen, zu hören. Bei wesentlichen Änderungen auch der Rahmenvorgaben ist das Benehmen mit der amerikanischen Botschaft herzustellen.

Beschlüsse oder andere Entscheidungen, die Auswirkungen auf diese Rahmenvorgaben - einschließlich aller Anlagen - haben können, sind mir unverzüglich durch die Schulleitung mitzuteilen.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Mark Rackles

Wochenstundentafel für die Grundstufe

Unterrichtsfach	Ein- gangs- klasse	Schulanfangs- phase		Jahrgangsstufen			
		1	2	3	4	5	6
Muttersprache ¹	-	10	10	7	6	6	6
Partnersprache ¹	-	-	-	5	5	6	6
Mathematik	-	5	5	5	5	5	5
Sachunterricht (Social Studies)	-	2	2	3	3	3	4
Kunst	-	2	1	2	2	1	2
Musik	-	2	2	1	1	2	2
Sport ²	1	2	2	2	3	3	3
Naturwissenschaften (Science)	-	-	-	2	2	4	4
Büchereiwesen (Library)	-	-	1	1	1	1	-
Electives / Wahlpflicht	-	-	-	-	-	2	1
Vorfachlicher Unterricht	24	-	-	-	-	-	-
Gesamtstundenzahl ^{3,4}	25	23	23	28	28	33	33

1 wird **differenziert nach Muttersprache** Deutsch oder Englisch unterrichtet

2 **Schwimmunterricht** wird ausschließlich in Jahrgangsstufe 3 durchgeführt.

3 Innerhalb der Gesamtstundenzahl sind in jeder Jahrgangsstufe mindestens 10 Stunden im Schuljahr für **Verkehrs- und Mobilitätserziehung** zu verwenden; in den Jahrgangsstufen 3 und 4 sind die Schülerinnen und Schüler auch durch praktische Übungen auf die Radfahrprüfung vorzubereiten.

4 Gemäß § 13 Absatz 5 Schulgesetz sind im Stundenplan wöchentlich 2 Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den **Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht** freizuhalten.

Wochenstundentafel für die Sekundarstufe I

Unterrichtsfach	Jahrgangsstufen				Σ
	7	8	9	10	
Deutsch ¹	4 (6)	4 (6)	5 (6)	5 (6)	18-24
Englisch	4	4	5	5	18
2. Fremdsprache / Naturwissenschaften (Computer Studies)	4 ²	4 ²	3	3	14
Mathematik	5	5	4	4	18
Biologie	2	-	6 ⁴	6 ⁴	20
Chemie	1	2			
Physik	1	2			
Geschichte/Sozialkunde	2	2	2	2	8
Geografie	2	1 ³	1	1	5
Ethik	2	1	1	1	5
Musik	2	2	1 ³	1 ³	6
Bildende Kunst	2	2	1 ³	1 ³	6
Sport	3	3	3	3	12
Wahlpflichtunterricht	-	3	3 ⁵	4 ⁵	10
Gesamtstundenzahl ⁶	34	35	35	36	

- 1 Das Stundenvolumen für Deutsch auf Leistungsstufe I und II steht vor der Klammer; in den Jahrgangsstufen 7 und 8 wird Deutsch auf Leistungsstufe III A, III B und IV jeweils 6-stündig unterrichtet, in Jahrgangsstufe 9 und 10 wird 6-stündig lediglich auf Leistungsstufe IV unterrichtet. Zur Bedarfsberechnung wird generell mit 5 Wochenstunden gerechnet.
- 2 Schülerinnen und Schüler, die Deutsch nicht mindestens auf Leistungsstufe II besuchen, erhalten stattdessen naturwissenschaftlichen Unterricht (auch als Computer Studies) in deutscher Sprache und zusätzlichen Deutsch-Unterricht.
- 3 kann **epochal** unterrichtet werden
- 4 kann entweder je Fach 2-stündig oder als Lernbereich Science zusammengefasst 6-stündig unterrichtet werden; Schülerinnen und Schüler im High-School-Diploma Programm werden in Jahrgangsstufe 9 in Biologie, in Jahrgangsstufe 10 in Chemie unterrichtet.
- 5 Das Wahlpflichtangebot gemäß Sekundarstufe I-Verordnung kann erweitert werden um in den USA übliche Fächer wie z. B. „US Drama“, „Science Lab“, „Art Elective“ und „Music Elective“.
- 6 Gemäß § 13 Absatz 5 Schulgesetz sind im Stundenplan wöchentlich 2 Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den **Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht** freizuhalten.

Erklärungen - Explanations

Beurteilungssystem		Marking System	
sehr gut	1+	=	A+
	1	=	A
	1-	=	A
gut	2+	=	A-
	2	=	B+
	2-	=	B
befriedigend	3+	=	B-
	3	=	C+
	3-	=	C
ausreichend	4+	=	C-
	4	=	D+
	4-	=	D
mangelhaft	5+	=	F
	5	=	F
	5-	=	F
ungenügend	6	=	F
ohne Beurteilung	o.B.		no grade given

Leistungstufen in den Sprachen Instructional Levels in the Languages

Deutsch 1:	Muttersprache	German 1:	Mother Tongue
Deutsch 2:	Partnersprache	German 2:	Partner Tongue
	Fortgeschrittene		Advanced Class
Deutsch 3:	Partnersprache	German 3:	Partner Tongue
	Mittelstufe		Intermediate Class
Deutsch 4:	Partnersprache	German 4:	Partner Tongue
	Anfänger		Beginners
Englisch 1:	Muttersprache	English 1:	Mother Tongue
Englisch 2:	Partnersprache	English 2:	Partner Tongue

US-Kurse

US-Kurse sind Kurse, die nach amerikanischem Curriculum unterrichtet werden.

US Courses

US-courses are taught according to an American curriculum.

Kommentare: Arbeitshaltung und soziales Verhalten Comments: Study habits and social development

Arbeitshaltung – Study Habits

Zweisprachigkeit / Bilinguality

- 1A ist sicher in der Zweisprachigkeit
is bilingual
- 1B zeigt Verbesserung der Sprachkompetenz in der Partnersprache
demonstrates improved partner-tongue language competence
- 1C bemüht sich nicht immer um Verbesserung der Sprachkompetenz in der Partnersprache
expends no consistent effort to improve partner-tongue language competence
- 1D bemüht sich nicht um Verbesserung der Sprachkompetenz in der Partnersprache
expends no effort to improve partner-tongue language competence

Einstellung / Attitude

- 2A arbeitet stetig, zuverlässig und selbständig
works steadily, reliably, and independently
- 2B die Arbeitshaltung hat sich verbessert
shows improved attitude toward work
- 2C die Leistungen entsprechen nicht den Fähigkeiten
is not working up to ability

Mitarbeit / Participation

- 3A beteiligt sich rege und interessiert am Unterricht
participates well and shows interest in class
- 3B beteiligt sich am Unterricht
participates in class
- 3C beteiligt sich zu wenig am Unterricht
participates insufficiently in class
- 3D beteiligt sich nicht am Unterricht
does not participate in class
- 3E die Mitarbeit hat sich verbessert
demonstrates improved class participation
- 3F zeigt kritisches und kreatives Denken
demonstrates critical and creative thinking

Ordnung / Organization/Neatness

- 4A erledigt Arbeiten sorgfältig und genau
works carefully and conscientiously
- 4B sollte die schriftlichen Arbeiten mit mehr Sorgfalt erledigen
should do written work more carefully
- 4C organisiert Arbeitsprozesse selbständig
organizes work independently
- 4D organisiert Arbeitsprozesse nicht oder nur zum Teil selbständig
organizes work with limited or no independence
- 4E sollte vollständige Arbeitsunterlagen zum Unterricht bringen
should bring all materials to class

Sozialverhalten - Social development

- 5A zeigt aufgeschlossenes Verhalten
demonstrates positive attitude
- 5B zeichnet sich durch Hilfsbereitschaft und gute Zusammenarbeit aus
distinguishes himself/herself through helpfulness and cooperation
- 5C zeigt mangelnden Respekt im Umgang mit Mitschülern oder Lehrern
demonstrates lack of respect for fellow students or teachers
- 5D ist gelegentlich unkonzentriert
is sometimes inattentive
- 5E stört häufig den Unterricht
frequently disturbs the class
- 5F unterhält sich zu oft im Unterricht
is too talkative in class
- 5G das Verhalten im Unterricht hat sich verbessert
behavior in class has improved

Teamfähigkeit / Teamwork

- 6A zeigt Führungskompetenzen für die Gruppe
demonstrates group leadership skills
- 6B übernimmt Verantwortung in der Gruppe
assumes responsibility within the group
- 6C übernimmt zu wenig Verantwortung in der Gruppe
assumes too little responsibility within the group
- 6D übernimmt keine Verantwortung in der Gruppe
assumes no responsibility within the group
- 6E die Teamfähigkeit hat sich verbessert
ability to work in a team has improved

Fehlen und Verspätungen / Absence and Tardiness

- 7A zu häufiges Fehlen beeinträchtigt den Unterrichtserfolg
excessive absences negatively affect school work
- 7B erscheint häufig zu spät zum Unterricht
frequently comes late to class

Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik

- Schulleitung -

Geschäftszeichen II C 1.7
 Bearbeitung Gernoth Schmidt
 Zimmer 4A11
 Telefon 030 90227 5688
 Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
 Fax +49 30 90227 6444
 eMail gernothe.schmidt
 @senbjw.berlin.de
 Datum 24. September 2015

Betr.: Weiterführung der **Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik** (03B08)
als Schule besonderer pädagogischer Prägung

Anlage Stundentafeln

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik wird als Schule besonderer pädagogischer Prägung gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 26. März 2014 (GVBl. S. 78), weitergeführt.

Diese Rahmenvorgaben aktualisieren ab dem Schuljahr 2015/16 den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung im Vorgriff auf die zu erlassende Rechtsverordnung und ersetzen meine bisherigen Genehmigungen für die Schule einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen. Der erfolgreich durchgeführte Schulversuch „Erweiterte Artistenausbildung“ endet mit Ablauf des Schuljahres 2014/15. Die Bestimmungen der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung über die Berufsfachschulen des Landes Berlin (APO-BFS) - einschließlich der für die Fachrichtungen Bühnentanz und Artistik maßgeblichen Stundentafeln - bleiben von dieser Genehmigung unberührt.

Die besondere pädagogische Prägung ist dadurch gekennzeichnet, dass die integriert geführte Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik allgemeine Schulbildung mit beruflicher Bildung in einem durchgehenden Bildungsgang verbindet, der in den Fachrichtungen Bühnentanz und Artistik die Grundstufe (Jahrgangsstufe 5 und 6), die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 7 bis 10), die Berufsfachschule und die gymnasiale Oberstufe - als berufliches Gymnasium (jeweils Jahrgangsstufe 11 bis 13) - konsekutiv umfasst.

Soweit die nachstehenden Rahmenvorgaben nichts anderes bestimmen, gelten das Schulgesetz sowie die für Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, die gymnasiale Oberstufe sowie die Berufsfachschulen maßgeblichen Regelungen.

II Auftrag der Schule

Die Schule bildet einerseits Bühnentänzerinnen und -tänzer, die den aktuellen technischen und künstlerischen Anforderungen der Berufspraxis an Opernhäusern, Theatern und in freien Ballett- und Tanzkompanien in Deutschland und international entsprechen, andererseits professionelle Artistinnen und Artisten aus, die sich in Zirkus, Varietés und anderen Formen des Showgeschäfts national und international behaupten können. Die Standards der Ausbildung in beiden Fachrichtungen orientieren sich an diesem hohen Niveau. Dazu gehört im künstlerisch-praktischen Teil auch die Vermittlung von Auftritts- und Bühnenerfahrungen für die Schülerinnen und Schüler durch eigene Programme sowie die Beteiligung an Programmen anderer Veranstalter. Gleichzeitig sollen die auszubildenden Schülerinnen und Schüler eine qualifizierte, der Regelschule entsprechende Allgemeinbildung erhalten, die ihnen über ihre künstlerische Karriere hinaus eine solide Basis auch für berufliche Alternativen bietet.

III Organisation

Die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik wird von einer Schulleiterin oder einem Schulleiter unter Heranziehung der beiden künstlerischen Leiter der Fachrichtungen Bühnentanz und Artistik geführt.

Organisation und Ausstattung der Schule entsprechen den speziellen Anforderungen der künstlerischen Ausbildung und ihrem Charakter als Schule, die für einen internationalen Arbeitsmarkt ausbildet. Eine starke zeitliche, physische und psychische Belastung der Schülerinnen und Schüler ist durch die intensive tänzerische bzw. artistische Aktivität in Unterrichten, Proben und Auftritten unvermeidbar. Diese Anforderungen zu erfüllen, gehört zu der auszubildenden Berufsqualifikation. Damit korrespondierend werden auch an das Lehr- und Betreuungspersonal hohe Erwartungen an fachliche Qualifikation, Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen und Einsatzbereitschaft gestellt.

In jedem Schülerjahrgang bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 werden mindestens zwei Klassen pro Jahrgangsstufe eingerichtet; insgesamt wird Dreizügigkeit angestrebt. Eine Klasse wird in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe fortgeführt.

Die Richtfrequenz beträgt 20 Schülerinnen und Schüler. Klassenfrequenzen von 24 Schülerinnen und Schülern dürfen nicht überschritten werden. Niedrigere Frequenzen sind insbesondere dann zulässig, wenn die Bewerbersituation dies begründet.

In der Fachrichtung Artistik ist wegen der früh einsetzenden Spezialisierung eine Teilung der Klassen beim Unterricht in den künstlerischen Fächern in der Regel erforderlich ab einer Klassenstärke

- von 18 Schülerinnen und Schülern in den Jahrgangsstufen 5 und 6,
- von 15 Schülerinnen und Schülern in den Jahrgangsstufen 7 und 8,
- von 12 Schülerinnen und Schülern ab der Jahrgangsstufe 9.

Die Grundstufe und die Sekundarstufe I werden als Ganztagschule in gebundener Form geführt. Die durch das besondere Profil der Schule bedingte Betreuung der Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen im Rahmen von Proben und künstlerischen Auftritten auch außerhalb der Schule wird gewährleistet. Für diese Betreuungszeiten wird kein Entgelt erhoben.

IV Aufnahme

Die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik nimmt ausschließlich tänzerisch oder artistisch besonders talentierten Schülerinnen und Schülern auf. Um an der Aufnahme interessierte Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten (auch überregional) zu informieren, findet an der Schule mindestens einmal jährlich eine Informationsveranstaltung statt.

Die Aufnahme erfolgt unter Berücksichtigung der Empfehlung der Fachlehrkräfte und einer von der Schule benannten Fachärztin oder eines von der Schule benannten Facharztes, die bzw. der die gesundheitliche Eignung für die Ausbildung bestätigt oder belegt.

Voraussetzung für die Aufnahme ist das Aufrücken in Jahrgangsstufe 5. Der Besuch der gymnasialen Oberstufe oder die Berufsfachschule setzt - unabhängig von der künstlerischen Eignung - voraus, dass die schulischen Anforderungen für die Aufnahme in diese Bildungsgänge erfüllt werden.

Weitere Voraussetzung für die Aufnahme ist das Bestehen eines Aufnahmetests, mit dem die nachstehenden Fähigkeiten nachgewiesen werden. Dies sind in der Fachrichtung Bühnentanz:

1. Körperliche und künstlerische Eignung:
 - a) Bewegungstalent (Bewegungsübungen, auch nach Musik, Dehnungsfähigkeit),
 - b) Bewegungsphantasie,
 - c) Musikalität,
 - d) körperliche Belastbarkeit und Konstitution;
2. darstellerische Ausdruckskraft,

in der Fachrichtung Artistik:

1. Körperliche und künstlerische Eignung:
 - a) Bewegungstalent (Bewegungsübungen, auch nach Musik, Dehnungsfähigkeit),
 - b) Bodenakrobatik (insbesondere Rolle, Radschlag, Hand- und Kopfstand),
 - c) koordinative Fähigkeiten (insbesondere Balance, Jonglage),
 - d) körperliche Belastbarkeit und Konstitution (Kraftübungen, Klimmzüge);
2. darstellerische Ausdruckskraft (Pantomime und szenische Darstellung).

Die Aufnahme in das berufliche Gymnasium oder die Berufsfachschule erfolgt, ggf. erneut, durch einen Eignungstest, der sich am künstlerischen Niveau des Ausbildungsstandes der Schülerinnen und Schüler der Fachrichtung Bühnentanz oder der Fachrichtung Artistik am Ende der Jahrgangsstufe 10 orientiert; darin ist festzustellen, in welcher gradueller Ausprägung die o. g. Fertigkeiten erfüllt werden.

Übersteigt die Zahl der grundsätzlich geeigneten Bewerberinnen und Bewerber die der verfügbaren Plätze entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter über die Aufnahme in oder den Verbleib an der Schule auf der Grundlage der Empfehlungen der Prüfungskommission, die sich aus mindestens drei Lehrkräften der jeweiligen Fachrichtung zusammensetzt. Bei gleicher Eignung werden vorrangig Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die bereits die Sekundarstufe I an der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik besucht haben.

Für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den bereits begonnenen Ausbildungsgang gelten diese Bedingungen sinngemäß („Quereinsteiger“).

Die Aufnahme in das berufliche Gymnasium setzt darüber hinaus Kenntnisse in der deutschen Sprache voraus, die ausreichen, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen. Die Sprachkenntnisse sind in einem die Aufnahmeprüfung ergänzenden, von der Schule erstellten Test nachzuweisen. Bewerberinnen und Bewerber mit fehlenden oder geringen Deutschkenntnissen können bei körperlicher und künstlerischer Eignung in die Berufsfachschule aufgenommen werden, wenn sie vor weniger als sechs Monaten aus dem Ausland zugezogen sind.

Der Besuch der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik setzt das Einverständnis der Erziehungsberechtigten - bei Volljährigkeit das Einverständnis der Schülerin bzw. des Schülers - voraus. Die Einverständniserklärung ist schriftlich abzugeben, nachdem eine ausführliche Information über die besonderen Bedingungen (auch die Regelungen über die Probezeit) und die Belastungen des Besuchs der Schule erfolgt ist.

V Unterricht, Stundentafel

Der Unterricht wird

- in der Primarstufe und der Sekundarstufe I gemäß den als Anlage 1 und 2 beigefügten Stundentafeln,
- in der Berufsfachschule gemäß Stundentafel der Ausbildungsordnung über die Ausbildung in der Berufsfachschule für Bühnentanz und Artistik,
- im beruflichen Gymnasium in den allgemeinbildenden Fächern der Einführungsphase gemäß Anlage 1a der VO-GO erteilt. Als künstlerische Fächer werden in der gymnasialen Oberstufe je nach Fachrichtung zusätzlich 2.000 Wochenstunden „Klassischer Tanz und andere Tanzformen“ bzw. „Artistisches Spezialgebiet“ fachpraktisch unterrichtet; abweichend davon erhalten Schülerinnen und Schüler, die in der Fachrichtung „Bühnentanz“ nicht die Doppelqualifikation Abitur mit Berufsabschluss anstreben, Unterricht gemäß Anlage 3.

Die künstlerischen Fächer sind ordentliche Unterrichtsfächer, deren Bewertung auch in die Berechnung von Durchschnittsnoten eingeht.

Als erste Fremdsprache wird Englisch unterrichtet.

Die am Ende der Jahrgangsstufen 5 und 6 gebildete Zeugnisnote setzt sich aus den Leistungen beider Schulhalbjahre zusammen (Jahrgangsnote).

In den Klassenstufen 7 bis 10 wird Französisch fakultativ als Wahlfach angeboten. Schülerinnen und Schüler, die daran nicht teilnehmen, werden im Rahmen von Schülerarbeitsstunden unterrichtet.

Im Fachbereich Artistik entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler nach Jahrgangsstufe 8, auf welches der Fächer („Äquilibristik“, „Artistik“, „Jonglieren“) sie sich fokussieren und das sie als ihr jeweiliges „Artistisches Spezialfach“ fortführen.

In der Sekundarstufe II werden die Schülerinnen und Schüler derselben Fachrichtung - unabhängig vom besuchten Bildungsgang - in den künstlerischen Fächern nach Möglichkeit gemeinsam unterrichtet.

In der gymnasialen Oberstufe ist Französisch zweite Fremdsprache. Sport/Tanz bzw. Sport/Artistik ist obligatorisch für alle Schülerinnen und Schüler zweites Leistungsfach; die inhaltlichen Schwerpunkte werden entsprechend der jeweiligen Fachrichtung gesetzt.

Schülerinnen und Schüler, die ausschließlich die Allgemeine Hochschulreife anstreben (ohne Doppelqualifikation) dürfen abweichend von § 26 Abs. 3 Nummer 3 VO-GO bis zu vier Zusatzkurse im Schwerpunkt „Tanz/Theater/Kultur“ in die Gesamtqualifikation einbringen.

Der fachtheoretische Unterricht der Berufsfachschule (Tanzgeschichte bzw. Geschichte der Artistik) kann durch Entscheidung der Schulleitung im Rahmen der Gesamtstundenzahl in jedem Schuljahr durchgeführt werden.

Schülerinnen und Schüler ohne hinreichende Deutschkenntnisse erhalten mindestens drei Wochenstunden Unterricht in Deutsch als Zweitsprache. Sie werden dabei in jahrgangsstufenübergreifend entsprechend ihrer Vorkenntnisse Niveaugruppen zugeordnet, in denen sie halbjährlich auf das jeweils höhere Niveau (A1, A2, B1, B2) gebracht werden sollen. Nach jedem Schulhalbjahr wird geprüft, ob das avisierte sprachliche Niveau erreicht wurde.

Bei Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule, die trotz fehlender oder geringer Deutschkenntnisse aufgenommen wurden, bleiben die Leistungen im ersten Jahr der Ausbildung in den Fächern Deutsch/Kommunikation sowie Wirtschafts- und Sozialkunde ohne Bewertung.

VI Probezeit

Die Aufnahme erfolgt auf Probe. Die Probezeit beträgt ein Jahr.

In der Grundstufe und der Sekundarstufe I gilt die Probezeit als bestanden, wenn in der Fachrichtung Bühnentanz die Leistungen im Fach „Klassischer Tanz“ sowie in den Jahrgangsstufen 5 und 6 auch im Fach „Gymnastik“ bzw. in der Fachrichtung „Artistik“ alle künstlerischen Fächer mindestens mit ausreichend benotet worden sind.

In der gymnasialen Oberstufe ist die Probezeit bestanden, wenn ergänzend zu den Bestimmungen der VO-GO in allen künstlerischen Fächern mindestens ausreichende Leistungen (5 Punkte) erzielt werden.

In der Grundstufe ist eine Verlängerung der Probezeit von bis zu einem Schuljahr in begründeten Ausnahmefällen durch Beschluss der Klassenkonferenz möglich.

Wer die Probezeit nicht bestanden hat, muss die Schule verlassen.

VII Versetzung

Abweichend von den Regelungen für Grundschulen und Integrierte Sekundarschulen erfolgt am Ende jedes Schuljahres eine Versetzungsentscheidung, für die ausschließlich die Bewertung in den künstlerischen Fächern maßgebend ist.

In der Grundstufe und in der Sekundarstufe I wird versetzt, wer in der Fachrichtung Bühnentanz mindestens ausreichende Leistungen im Fach „Klassischer Tanz“ erreicht; in der Fachrichtung Artistik wird versetzt, wer mindestens ausreichende Leistungen in den artistischen Grundlagen (Jahrgangsstufe 5 und 6), in allen künstlerischen Fächern (Jahrgangsstufe 7 und 8) bzw. in dem frei gewählten artistischen Spezialfach (Jahrgangsstufe 9 und 10) erreicht. In den Jahrgangsstufen 7 und 8 kann eine mangelhafte Leistung im Fachbereich Artistik durch mindestens gute Leistungen in zwei anderen Fächern ausgeglichen werden.

Die Versetzung in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe setzt mindestens ausreichende Leistungen im Fach „Klassischer Tanz“ bzw. im artistischen Spezialfach voraus.

Es finden keine Nachprüfungen gemäß § 24 Sek I-VO mit dem Ziel der Nachversetzung statt.

VIII Verlassen der Schule

Wer in derselben oder in zwei aufeinander folgenden Jahrgangsstufen nicht versetzt wird, muss die Schule verlassen.

Unabhängig von den schulischen Leistungen muss die Schule verlassen werden, wenn zu erwarten ist, dass die weitere Teilnahme am Unterricht die Gesundheit einer Schülerin oder eines Schülers unvertretbar gefährden würde oder ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung wegen der physiologischen Entwicklung ausgeschlossen erscheint oder Schülerinnen und Schüler trotz drei Jahren Unterricht „Deutsch als Zweitsprache“ nicht das Niveau B2 erreicht haben.

Bei Entscheidung über das Verlassen der Schule aus gesundheitlichen Gründen holt die Schulleitung - sofern erforderlich - ein fachärztliches Gutachten ein. Dies gilt auch, wenn die körperliche Entwicklung oder andere physiologische Umstände den Abbruch des Besuchs der Schule nahelegen. Die Klassenkonferenz entscheidet auf dieser Grundlage abschließend im Rahmen ihrer pädagogischen Verantwortung, ob die Schule verlassen werden muss.

Schülerinnen und Schüler, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen innerhalb eines Schuljahres mehr als ein Drittel des Unterrichts in den künstlerisch-praktischen Fächern versäumen, müssen in der Regel die Schule verlassen, da nicht zu erwarten ist, dass sie die besonderen physischen und psychischen Anforderungen des Berufs „Bühnentänzer/in“ oder „Artist/in“ bewältigen.

Ausnahmen von diesem Grundsatz sind von der Klassenkonferenz zu begründen; sie kann in diesem Zusammenhang auch die Wiederholung eines Schuljahres empfehlen.

Beim Wechsel in eine Grundschule oder eine Schule der Sekundarstufe I in Regelform bleiben bei der Entscheidung, welche Schulart bzw. welche Jahrgangsstufe künftig besucht werden kann, die Leistungen in den künstlerisch-praktischen Fächern unberücksichtigt.

Die Schule muss am Ende der Jahrgangsstufe 10 auch dann verlassen werden, wenn der obligatorische Aufnahmetest in das berufliche Gymnasium oder die Berufsfachschule nicht erfolgreich absolviert wird.

Das Verlassen der Schule aus gesundheitlichen Gründen oder wegen der körperlichen Entwicklung kann nach Eintritt in die Kursphase nicht mehr verlangt werden. Beim Verbleiben in der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik wird in diesem Fall keine parallele berufliche Qualifikation erworben.

IX Abschlüsse

Die Berufsbildungsreife, die erweiterte Berufsbildungsreife und der mittlere Schulabschluss werden auch dann erworben, wenn die Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss entsprechend den Vorgaben für die Integrierte Sekundarschule bei ausschließlicher Berücksichtigung der allgemeinbildenden Fächer erfüllt sind.

Erfolgreiche Absolventen der gymnasialen Oberstufe erwerben im Rahmen einer Doppelqualifikation neben dem Abitur je nach Fachrichtung den Berufsabschluss „Staatlich geprüfter Bühnentänzer/Staatlich geprüfte Bühnentänzerin“ oder „Staatlich geprüfter Berufsartist/Staatlich geprüfte Berufsartistin“.

X Doppelqualifikation in der gymnasialen Oberstufe

Im Unterricht in den künstlerischen Fächern der Sekundarstufe II werden die Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule und des beruflichen Gymnasiums gemeinsam unterrichtet. Der Teilkurs Praxis des Faches Sport/Tanz bzw. Sport/Artistik wird integriert in den Unterricht der künstlerischen Fächer erteilt, aber als allgemein bildendes Fach gesondert ausgewiesen und benotet.

Wer die jeweiligen berufsbezogenen Lernziele nicht erreicht, wird nicht in die Kursphase versetzt bzw. muss innerhalb der Kursphase in den nachfolgenden Schülerjahrgang zurücktreten.

XI Weitere schulische Besonderheiten

Unterricht kann auch nach 18 Uhr durchgeführt werden. Der Sonnabend ist in der Regel ein Unterrichtstag.

Die Schule kann abweichende Regelungen von den Bestimmungen der Ferienordnung beantragen, über die die für Schule zuständige Senatsverwaltung entscheidet.

Um bereits am ersten regulären Unterrichtstag qualifiziert mit dem künstlerisch-praktischen Unterricht beginnen zu können, führt die Schule in der letzten Woche oder höchstens den beiden letzten Wochen der Sommerferien werktags zur Minderung des Verletzungsrisikos einen Vorbereitungskurs im Umfang von täglich mindestens 60 Minuten durch, an dem alle Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 8 teilnehmen müssen. Für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II mit geringen Deutschkenntnissen findet in dieser Zeitspanne darüber hinaus - ebenfalls verpflichtend - ein Intensivkurs „Deutsch als Zweitsprache“ statt.

Die Schülerinnen und Schüler werden während der gesamten Ausbildung medizinisch und physiotherapeutisch betreut. Um etwaige körperliche Schädigungen durch die hohe Dauerbeanspruchung

frühzeitig zu erkennen, sind die Schülerinnen und Schüler verpflichtet, sich regelmäßig fachärztlichen Kontrollen zu unterziehen, ggf. auch durch von der Schule beauftragte Spezialisten. Die Erziehungsberechtigten tragen die Kosten der Untersuchung, sofern diese nicht von einer Ärztin oder einem Arzt durchgeführt wird, den die Schule beauftragt hat.

Alle an der Schule dauerhaft tätigen Pädagoginnen und Pädagogen nehmen obligatorisch - in der Regel im Abstand von zwei Jahren - an einer von der Schule organisierten Ersthelferausbildung teil.

Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen dürfen an Berufspraktika teilnehmen.

Der besonderen pädagogischen Prägung dieser Schule entsprechend, wird der Ganztags- und Internatsbetrieb pädagogisch und organisatorisch einheitlich geführt. Der Schule verfügt über ein Internat mit 74 Plätzen, das insbesondere den auswärtigen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht. Bei der Platzvergabe haben Schülerinnen und Schüler bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 Vorrang, die vor dem Eintritt in die Schule nicht im Land Berlin schulpflichtig waren.

XII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte der allgemeinbildenden und der künstlerischen Fächer sowie die Anrechnungsstunden für die schulischen Leitungsfunktionen richten sich nach den Vorgaben für Berufsfachschulen. Korrepetitoren begleiten den künstlerisch praktischen Unterricht im Umfang von durchschnittlich 26 Wochenstunden; Vorbereitungszeiten bleiben hierbei unberücksichtigt. Berechnungsgrundlage ist ihre Jahresarbeitszeitverpflichtung, so dass sie durch Vor- und Nacharbeit der Ferienzeiten den Unterricht faktisch 28 Wochenstunden begleiten.

Korrepetitoren werden in der Fachrichtung Bühnentanz im Umfang von mindestens 12 Stellen stellenwirtschaftlich abgesichert. Zusätzlich werden in der Fachrichtung Artistik weitere 24 Wochenstunden zur Begleitung der Tanzunterrichte abgesichert.

Abweichend vom allgemeinen Organisationsrahmen werden folgende wöchentlichen Ermäßigungs- und Anrechnungsstunden festgesetzt:

- Künstlerische/r Leiter/in Artistik	7 Stunden
- Künstlerische/r Leiter/in Bühnentanz	7 Stunden
- (zwei) Stellvertretende künstlerische Leiter/innen	je 6 Stunden (= 12 Stunden)
- (zwei) Koordinatoren/-innen des Repertoires/der Auftritte	je 6 Stunden (= 12 Stunden)
- Leiter/in für Probenkoordination der Fachrichtung Bühnentanz	6 Stunden
- Fachbereichsleitung allgemeinbildende Fächer	12 Stunden*
- Schullaufbahnberatung	1 Stunde
- Drogenberatung	1 Stunde.

* (je 2 Stunden für die Organisation der Grundstufe und der Berufsfachschule, je 4 Stunden für die Mittelstufenleitung und die pädagogische Koordination der gymnasialen Oberstufe)

Für die Eignungs- und Aufnahmeprüfungen, Spezialisierungen im Einzelunterricht, Proben, Einüben von Choreografie, Auftrittsbetreuung und Pflege des Repertoires werden jeder Vollzeitlehrkraft in den künstlerischen Fächern 6 Wochenstunden zur Verfügung gestellt. Aus diesem Stundenvolumen ist auch die Betreuung der Schülerinnen und Schüler während der Proben und im Rahmen von Auftritten sicherzustellen.

Der Stundenbedarf im Bereich Bühnentanz wird klassenweise berechnet. Für die Kursphase stehen einschließlich des Trainings in Klassischem Tanz pro Jahrgang 42 Wochenstunden zur Verfügung.

Für das Fach „Klassischer Tanz“ in der Fachrichtung Bühnentanz sind durchgängig 12 Teilungsstunden pro Klasse anzusetzen, da es erforderlich ist, Jungen und Mädchen getrennt zu unterrichten. Dies gilt auch für die Fächer „Spitze/Sprünge“ und „Repertoire“.

In der künstlerischen Ausbildung der Fachrichtung Artistik ist durchgängig Teilungsunterricht vor allem aus Sicherheitsgründen für Hilfestellungen notwendig. Daher wird in diesen Fächern jede Klasse der Jahrgangsstufen 5 bis 8 mit 1,5 Lehrkräften ausgestattet. Beim Unterricht im artistischen Spezialfach (Vorspezialisierung) werden in den Jahrgangsstufen 9 und 10 bei einer Klassenstärke von bis zu 12 Schülerinnen und Schülern 2 Lehrkräfte eingesetzt, ab 13 Schülerinnen und Schülern eine dritte Lehrkraft. In der Sekundarstufe II werden in der Regel drei Lehrkräfte je Jahrgangsstufe eingesetzt, bei mehr als 12 Schülerinnen und Schülern noch eine vierte Lehrkraft.

Für jeden Schülerin und Schüler mit entsprechend anerkanntem Hintergrund erhält die Schule eine DaZ-Stunde. Für die Förderung im Fach Englisch werden der Schule zwei Lehrerwochenstunden gewährt.

Die Zumessung an schulischem Betreuungspersonal orientiert sich an den Regelungen für die Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen mit Erziehern und Sozialarbeitern. Darüber hinaus erhält die Schule Internatserzieher sowie eine Internatsleitung. Die Aufgaben der Ganztags- und Internatsbetreuung werden von den Erzieherinnen und Erziehern übergreifend wahrgenommen.

Die Schule bewirtschaftet die für sie mit dem Haushaltsplan beschlossenen Einnahmen, Sachausgaben und Honorarmittel selbständig und verfügt über die Nutzung der Gebäude. Sie wählt ihr Personal unter Beachtung der geltenden Bestimmungen selbständig aus. Einnahmen, die bei Auftritten von Schülerinnen und Schülern außerhalb der Schule erzielt werden, verbleiben bei der Schule.

Die Schule stellt sicher, dass die Schülerinnen und Schüler angesichts ihrer besonderen Belastungen alters- und geschlechtsspezifisch begleitet werden.

Im Auftrag

Thomas Duveneck

Stundentafel

der „Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik“

(Jahrgangsstufe 5 bis 10 und Einführungsphase des beruflichen Gymnasiums)

Allgemeinbildende Fächer

Allgemeinbildende Fächer	Jahrgangsstufe						Σ
	5	6	7	8	9	10	
Deutsch	5	5	4	4	4	4	26
Englisch	4	5	3	3	3	3	21
Mathematik	5	5	4	4	4	4	26
Naturwissenschaften	4	4	-	-	-	-	8
Biologie	-	-	} 3	} 3	} 5	} 5	16
Physik	-	-					
Chemie	-	-					
ITG	-	-	-	1	-	1	2
Geografie	3	3	1	1	1	1	
Geschichte/Polit. Bildung			1	1	1	1	
Ethik	-	-	2	2	2	2	8
Kunst	2	2	1	1	1	1	8
Musik	2	2	1	1	1	1	8
Tanzgeschichte	2 ¹	2 ¹	-	-	-	-	4 ¹
Geschichte der Artistik	1 ²	1 ²	-	-	-	-	2 ²
Wahlfach Französisch / SAS*	-	-	4	4	3	3	14
Insgesamt	27 ³ 26 ⁴	28 ³ 27 ⁴	24	25	25	26	

Anmerkungen:

* SAS = Schülerarbeitsstunden

1 Dieses Fach wird nur in der Fachrichtung Bühnentanz unterrichtet.

2 Dieses Fach wird nur in der Fachrichtung Artistik unterrichtet.

3 Gesamtstundenzahl in der Fachrichtung Bühnentanz

4 Gesamtstundenzahl in der Fachrichtung Artistik

Gemäß § 13 Absatz 5 Schulgesetz sind im Stundenplan wöchentlich 2 Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

Studentafel
der „Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik“
(Jahrgangsstufe 5 bis 10)
Künstlerische Fächer

Fachrichtung Bühnentanz	Jahrgangsstufe						Σ
	5	6	7	8	9	10	
Klassischer Tanz	12	12	12	12	12	12	72
Gymnastik	3	3	-	-	-	-	6
Künstlerische Gymnastik	-	-	3	2	2	-	7
Tänzerische Darstellung	2	2	2	-	-	-	6
Spitze/Sprünge	1	2	2	2	-	-	7
Historische und zeitgenössische Tanztechniken	-	-	2	2	-	-	4
Folklore/Charakter	-	-	-	-	4	2	6
Contemporary¹	-	-	-	-	-	3	3
Modern Dance²	-	-	-	-	3	3	6
Pas de deux	-	-	-	-	-	1	1
Repertoire³	-	-	-	2	4	4	10
Insgesamt	18	19	21	20	25	25	
Gesamtstundenzahl	44	46	45	46	50	51	

- 1 Im Fach „Contemporary“ werden die Schülerinnen und Schüler mit Methoden vertraut gemacht, mit bekanntem, zu findendem und zu erfindendem Bewegungsmaterial schöpferisch umzugehen. Dieses Bewegungsmaterial recherchierend, gestalten sie eigene Bewegungskreationen mit Hilfe von z. B. Improvisation und Komposition.
- 2 Im Fach „Modern Dance“ werden die grundlegenden Techniken des zeitgenössischen Tanzes vermittelt, die die Basis des Verständnisses dieses Stils des professionellen Bühnentanzes bilden und die Schülerinnen und Schüler befähigen, diese Stilistik richtig widerzugeben. Zu den Techniken zählen insbesondere die Graham-Technik, die Limón-Technik und die Horton-Technik.
- 3 Im Fach „Repertoire“ ist es Aufgabe der Schülerinnen und Schüler, die Variationen des Klassischen Tanzes in Solo-, Partner- oder Gruppenchoreografien virtuos zu interpretieren.

Fachrichtung Artistik	Jahrgangsstufe						Σ
	5	6	7	8	9	10	
Artistische Grundlagen	12	14	-	-	-	-	26
Gymnastik/Schauspiel	2	2	-	-	-	-	4
Tanz	4	4	-	-	-	-	8
Ballett	-	-	4	4	2	2	12
Modern Dance	-	-	-	-	2	2	4
Äquilibristik	-	-	3	4	-	-	7
Parterrespringen	-	-	3	3	-	-	6
Trapez	-	-	3	3	-	-	6
Drahtseil	-	-	3	2	-	-	5
Jonglieren	-	-	3	3	-	-	6
Gruppendarbietung ¹	-	-	3	3	-	-	6
Artistisches Spezialfach ²	-	-	-	-	18	18	36
Insgesamt	18	20	22	22	22	22	
Gesamtstundenzahl	43	46	46	47	47	48	

1 Das Fach „Gruppendarbietung“ vermittelt spezialfachübergreifende artistische Darstellungsformen zur Erlangung szenischer Fähigkeiten und Fertigkeiten.

2 Als „Artistisches Spezialfach“ wird entweder „Äquilibristik“ oder „Jonglieren“ fortgesetzt oder „Akrobatik“ belegt, das die Fächer „Parterrespringen“, „Trapez“ und „Drahtseil“ zusammenfasst.

Studentafel

der „Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik“

(Einführungsphase und Qualifikationsphase der Fachrichtung Bühnentanz*)

Künstlerische Fächer

Fachrichtung Bühnentanz	Jahrgangsstufe					Σ
	11	12.1	12.2	13.1	13.2	
Klassischer Tanz	12 ¹	-	-	-	5 ²	17
Jazz Dance	2	5 ²	-	-	-	6
Modern Dance		-	5 ²	-	-	6
Tänzerische Darstellung	-	-	-	5 ²	-	5
Insgesamt	14	5	5	5	5	

* Diese Studentafel gilt für ausschließlich für Schülerinnen und Schüler, die sich nicht in der Doppelqualifikation Bühnentanz befinden, auf einem anderen Leistungsniveau unterrichtet werden (müssen) und deshalb in den künstlerisch-praktischen Fächern nicht gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern in der Doppelqualifizierung unterrichtet werden können.

¹ davon 10 Stunden Praxis und 2 Stunden Profilkurs (Theorie)

² als Leistungskurs Sport/Tanz mit 3 Stunden Praxis und 2 Stunden Sporttheorie



Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☒ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bwf

Andreas-Oberschule

Heinrich-Hertz-Oberschule

(beide Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Herder-Oberschule

(Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf)

Immanuel-Kant-Schule

(Bezirk Lichtenberg)

- Schulleitung(en) -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Vermittlung ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoht.schmidt
@senbwf.berlin.de

Datum 22. Dezember 2011

Betr.: Weiterführung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge an der **Andreas-Oberschule** (02Y01), der **Heinrich-Hertz-Oberschule** (02Y03), der **Herder-Oberschule** (04Y05) und der **Immanuel-Kant-Schule** (11Y11) als **Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die ab Jahrgangsstufe 5 bzw. Jahrgangsstufe 7 beginnenden mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge an der Andreas-Oberschule, der Heinrich-Hertz-Oberschule, der Herder-Oberschule und der Immanuel-Kant-Schule (früher Georg-Forster-Oberschule) werden als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden wesentliche Elemente der an diesen Gymnasien - beginnend ab dem Schuljahr 1991/92 - erfolgreich durchgeführten Abweichenden Organisationsformen, Schulversuche und Modellvorhaben fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die Vermittlung vertiefter Einblicke in die inhaltliche Vielfalt und in Arbeitsweisen insbesondere der Mathematik, die der fundamentalen Rolle dieses Kernfaches für den Fortschritt in Wissenschaft und Gesellschaft gerecht wird. Die Bedeutung, die hierbei auch der Physik und der Chemie zukommt, spiegelt sich in der Aneignung experimenteller Methoden sowie spezifischer naturwissenschaftlicher Denkweisen wider. Grundlage ist die Zielvereinbarung der Schulaufsichtsbehörde mit der Humboldt-Universität zu Berlin vom 5. September 2001.

Die Rahmenvorgaben beschreiben ab dem Schuljahr 2012/13 den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung im Vorgriff auf die gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I und II des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVBl. S. 344, 347), zu erlassende Rechtsverordnung und ersetzen meine Errichtungsgenehmigungen vom 11. April 1994 (für die Andreas-Oberschule), 18. Juli 1991 (für die Heinrich-Hertz-Oberschule), 21. November 1994 (für die Herder-Oberschule) bzw. 24. April 1996 (für die - ehemalige - Georg-Forster-Oberschule) einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

Bankverbindungen		Landeshauptkasse Berlin
		Kontonummer BLZ
Postbank Berlin	58100	10010010
Berliner Bank	9919260800	10020000
Landesbank Berlin	0990007600	10050000
Bundesbank Filiale Berlin	10001520	10000000

Soweit nichts anderes bestimmt wird, gelten das Schulgesetz sowie die für Gymnasien maßgebenden Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

II Organisation der Schulen

Im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten und der Nachfrage einer hinreichend qualifizierten Schülerschaft werden an der Heinrich-Hertz-Oberschule drei, an der Andreas-Oberschule, der Herder-Oberschule und der Immanuel-Kant-Schule jeweils zwei Züge mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Prägung eingerichtet; jeweils ein Zug beginnt an jeder der Schulen in Jahrgangsstufe 7, die anderen in Jahrgangsstufe 5.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für das Gymnasium festgelegte Einrichtungsfrequenz heranzuziehen; jedoch darf eine Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werden.

III Grundsätzliche Bemerkungen

Die Schulen vertiefen den Unterricht in Mathematik, Physik und Chemie. Sie sind Mitglieder im Berliner Netzwerk mathematisch profilierter Schulen und kooperieren mit dem Institut für Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Unterricht in Mathematik, Physik und Chemie werden die Rahmenlehrpläne der Sekundarstufe I um zusätzliche Inhalte und Anforderungen erweitert. Dabei können auch Inhalte aus späteren Jahrgangsstufen vorgezogen werden.

IV Aufnahme

Die Aufnahme in die Schule besonderer pädagogischer Prägung ist freiwillig und bedarf eines schriftlichen Antrags der Erziehungsberechtigten, die zuvor über Inhalt, Bedingungen und mögliche zusätzliche Belastungen informiert worden sein müssen.

Aufgenommen werden können in Jahrgangsstufe 5 bzw. 7 aufgerückte, für den besonderen Bildungsgang geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen in Mathematik nicht mindestens mit „gut“ bewertet werden, sind für den Besuch eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Zuges nicht geeignet.

a) Jahrgangsstufe 5

Aufgenommen werden können in Jahrgangsstufe 5 aufgerückte, für den besonderen Bildungsgang geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler.

Die weitere Eignung wird zunächst aus den Noten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 in den Fächern Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch abgeleitet. Dabei wird die Note in Mathematik mit dem Faktor 3, die Note im Deutsch mit dem Faktor 2 multipliziert. Die Punktschwere aus allen vier Fächern darf nicht höher als 15 sein.

Schülerinnen und Schüler, die diese Voraussetzung erfüllen, nehmen an einem einheitlichen, von der Schulaufsichtsbehörde autorisierten Eingangstest mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt teil, der an diesen grundständigen mathematisch-naturwissenschaftlich profilierten Schulen gleichzeitig erfolgt. Wer aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht am Test teilnimmt - ein Nachweis ist erforderlich -, kann den Test zu einem späteren, von den Schulen gemeinsam festzulegenden Zeitpunkt ablegen.

Die für die Auswahl der Schülerinnen und Schüler entscheidende Punktzahl ergibt sich zu 50 Prozent aus den Ergebnissen des Tests, zu 25 Prozent aus der Notensumme und zu 25 Prozent aus den vier Kompetenzkriterien der Förderprognose: „erkennt grundlegende Prinzipien oder Regeln und wendet sie sachgerecht an“, „arbeitet strukturiert, selbständig und verknüpft Wissensgegenstände“, „plant und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig“ und „ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert“. Je höher die Eignungsvermutung, desto höher ist die Punktbewertung. Maximal sind 20 Punkte erreichbar.

Dabei werden die Ergebnisse des Tests in Abhängigkeit von der erreichten absoluten Punktzahl mit 0 bis 10 Punkten bewertet. Die aus den Noten gebildete Punktschme und die Ausprägung der zentralen Kompetenzen werden entsprechend den nachstehenden Tabellen ebenfalls in Punkte umgerechnet. Bei den Kompetenzen wird jeweils ein Punkt vergeben, wenn eines der vier benannten Kriterien „besonders ausgeprägt“ ist; ein weiterer (fünfter) Punkt wird vergeben, wenn alle vier zentralen Kompetenzen besser als „durchschnittlich ausgeprägt“ ausgewiesen sind.

Notensumme:	7	8	9	10-11	12-13	14-15	Kompetenzkriterien (besonders ausgeprägt):	4x	3x	2x	1x
Punkte:	5	4	3	2	1	0	Punkte:	4	3	2	1

Bei gleicher Punktschme führt die Schulleitung mit den betreffenden Schülerinnen und Schülern jeweils ein qualifiziertes Aufnahmegespräch durch und dokumentiert dessen Ergebnis. Ebenfalls ein Gespräch wird mit Schülerinnen und Schülern geführt, bei denen Testergebnis und Bewertung der Grundschule deutlich voneinander abweichen.

Bei einem deutlichen Missverhältnis zwischen Mädchen und Jungen ist zur Gewährleistung des koedukativen Unterrichts dem schwächer vertretenen Geschlecht - bei gleicher Eignung - mindestens ein Drittel der Plätze zur Verfügung zu stellen.

Unabhängig von der Gesamtpunktzahl können bis zu 10 % der Plätze unter Berücksichtigung des Gesprächsergebnisses von der Schulleiterin oder dem Schulleiter an Schülerinnen und Schüler vergeben werden, die nur im Test herausragend abgeschnitten haben, mathematisch-technische Kompetenzen anderweitig nachweisen (z. B. erfolgreiche Wettbewerbsteilnahmen) oder als Zuziehende keine vergleichbare Förderprognose erhalten haben und damit auch keine Punkte bei der Bewertung der Kompetenzen einbringen können (spezielle Härtefälle). Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.

b) Jahrgangsstufe 7

Die Aufnahme kann nach Entscheidung jeder Schule vom Ergebnis eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufnahmetests abhängig gemacht werden, den die Schulen selbst erstellen; wird ein solcher Test durchgeführt, müssen mindestens 50% der möglichen Punkte erreicht werden.

Übersteigt in Jahrgangsstufe 7 die Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmekapazität dieser mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge, werden vorrangig die Schülerinnen und Schüler mit der niedrigsten Notensumme aus den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch und erste Fremdsprache bei doppelter Gewichtung des Faches Mathematik aufgenommen.

Unabhängig von der Notensumme können bis zu 10% der Plätze an Schülerinnen und Schüler vergeben werden, die mathematisch-technische Kompetenzen anderweitig nachweisen (z. B. erfolgreiche Wettbewerbsteilnahmen).

c) Seiteneinstieg zu einem anderen Zeitpunkt

Eine Aufnahme in einen bereits eingerichteten Zug ist möglich, wenn zu erwarten ist, dass die Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, erfolgreich am Unterricht teilzunehmen. Voraussetzung dafür

sind in Mathematik gute oder sehr gute, in einem der Fächer Chemie und Physik mindestens gute und in dem jeweils anderen Fach mindestens befriedigende Leistungen; wird nur eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Lernbereich gebildet, muss diese mindestens gut sein.

Die Aufnahme kann zudem vom Ergebnis eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufnahmetests an der gewünschten Schule abhängig gemacht werden.

V Unterricht und Stundentafel in der Sekundarstufe I

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist das Fach Naturwissenschaften Kernfach im Sinne des § 40 Abs. 2 Sek I-Verordnung.

Der Unterricht in den Fächern Mathematik, Biologie, Physik und Chemie orientiert sich insgesamt an den Rahmenlehrplänen. Allerdings ist es zulässig (und wegen der Vertiefung des Unterrichts auch notwendig), Inhalte in frühere Jahrgangsstufen vorzuverlegen, zu vertiefen und entsprechend der vorgelegten Konzeption zusätzlich neue Themengebiete zu behandeln.

Der Unterricht im Fach Naturwissenschaften erfolgt teilweise als Teilungsunterricht, der auch nach Geschlechtern differenziert erteilt werden kann.

Mathematik wird in der Sekundarstufe I durchgängig mit mindestens fünf Wochenstunden unterrichtet. Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern umfasst in den Jahrgangsstufen 7 und 8 mindestens sechs, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 mindestens sieben Wochenstunden.

Die in der Stundentafel vorgesehenen Profilstunden sind vorrangig zur Erweiterung des Unterrichts in diesen Fächern einzusetzen. Es ist zulässig, Sport durchgängig sowie die Fächer Bildende Kunst und Musik insgesamt in Jahrgangsstufe 8 mit zwei Wochenstunden zu unterrichten. Die Gesamtwochenstundenzahl entspricht der Regelstundentafel der Grundschule bzw. des Gymnasiums.

VI Gymnasiale Oberstufe

Eines der Fächer Mathematik, Physik oder Chemie muss Leistungskursfach sein. Darüber hinaus ist ein weiteres Fach aus dem Aufgabenfeld III entweder als Prüfungsfach oder als fünfte Prüfungskomponente zu wählen. Die Schülerinnen und Schüler können statt des Leistungskurses Mathematik (in Regelform) den Leistungskurs „Mathematik plus“ wählen; in diesem Leistungskurs wird nach eigenem Curriculum unterrichtet, das über den Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe hinaus den Minimalstoffplan des Instituts für Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin für Analysis I und Lineare Algebra/Analytische Geometrie I berücksichtigt.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ wählen, sind zur Teilnahme an mindestens zwei Zusatzkursen mathematischen Inhalts verpflichtet, die in Absprache der mathematisch-naturwissenschaftlichen Schulen gemeinsam mit Berliner Hochschulen konzipiert werden. Jeder Zusatzkurs erstreckt sich über ein Schulhalbjahr und umfasst drei Wochenstunden. Alle Zusatzkurse in „Mathematik plus“ dürfen ergänzend zu den gemäß § 26 Abs. 3 Nr. 3 VO-GO möglichen zwei bzw. zu den gemäß Nr. 5 möglichen drei Zusatzkursen in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ abbrechen, wechseln in den Leistungskurs Mathematik (in Regelform); ein Wechsel wird wegen der besonderen fachlichen Ausrichtung der Themen nur bis zum Ende des zweiten Kurshalbjahres empfohlen.

VII Ausscheiden aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug

Bei der Entscheidung über die Versetzung bleiben mangelhafte Leistungen in Mathematik oder Naturwissenschaften unberücksichtigt, wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt oder in einen Zug mit nicht mathematisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt wechselt.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen in zwei aufeinander folgenden Versetzungszeugnissen jeweils in mehr als einem der Fächer Mathematik, Physik und Chemie schlechter als ausreichend bewertet werden, müssen den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug unabhängig von einer Versetzung verlassen. Die Klassenkonferenz kann bei Vorliegen besonderer Gründe ausnahmsweise den Verbleib im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug beschließen.

VIII Weitere schulische Besonderheiten

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen - bisher insbesondere der Humboldt-Universität zu Berlin - werden Lehrkräfte der Schulen zeitweise an der Universität eingesetzt, andererseits unterrichten Dozenten der Hochschulen phasenweise in den Profilklassen, leiten Arbeitsgemeinschaften bzw. betreuen besonders begabte Schülerinnen und Schüler im Einzelunterricht. Ihnen obliegt in dieser Zeit auch die Aufsichtspflicht.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ durchgängig erfolgreich entsprechend den Vorgaben der Humboldt-Universität absolvieren, erhalten parallel zum Abitur die Scheine „Analysis I“ und „Algebra I“, die derzeit von allen Studieneinrichtungen an deutschen Hochschulen und Universitäten im Grundstudium anerkannt werden.

IX Haushaltsmäßige Auswirkungen

Für jeden mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug wird in der Sekundarstufe I (ab Jahrgangsstufe 5) pro Schuljahr eine zusätzliche Teilungsstunde für den erheblich höheren experimentellen Aufwand in den Profulfächern gewährt. Zur Durchführung zusätzlicher fakultativer Angebote insbesondere in den künstlerischen Fächern und in Sport erhält jede Schule pro komplett eingerichteten Zug zwei Wochenstunden.

Als Ausgleich für den wegen des Schwierigkeitsgrades erhöhten Aufwand bei der konzeptionell-didaktischen Aufbereitung des Zusatzkurses „Mathematik plus“ und den Korrekturen von Schülerarbeiten wird je „Mathematik plus“-Kurs eine Ermäßigungsstunde gewährt.

Dem Netzwerk werden weiterhin zwei Lehrerstellen gewährt, um in permanenter Kooperation zwischen Universität und Schulen die unterrichtenden Lehrkräfte auf dem jeweils aktuellsten wissenschaftlichen Stand zu halten.

Die ggf. erhöhte Sachmittelausstattung ist vom Schulträger bereitzustellen.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Im Auftrag

Pieper

Herder-Oberschule

- Schulleitung -

(Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf)

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt@senbwf.berlin.de
Datum 30. November 2012

Betr.: Mathematisch-naturwissenschaftliche Züge ab Jahrgangsstufe 5

Herder-Oberschule (04Y05)

Ich genehmige der Herder-Oberschule gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Ganztagsbetreuung für die Jahrgangsstufen 5 und 6 und für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen vom 19. Juni 2012 (GVBl. S. 166), ab dem Schuljahr 2013/14 die Einrichtung eines zweiten, ab Jahrgangsstufe 5 beginnenden mathematisch-naturwissenschaftlichen Zuges. Dieser Zug wird als Schule besonderer pädagogischer Prägung geführt.

Für die Einrichtung und Durchführung dieses Zuges gelten inhaltlich die Rahmenvorgaben meiner Einrichtungsverfügung vom 22. Dezember 2011.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Im Auftrag


Siegfried Arnz



Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☒ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjw

Käthe-Kollwitz-Gymnasium (Bezirk Pankow)

- Schulleitung -

Geschäftszeichen II C 1.7
Bearbeitung Gernoth Schmidt
Zimmer 4A11
Telefon 030 90227 5688
Vermittlung ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail gernoth.schmidt
@senbjw.berlin.de

Datum 23. November 2016

Betr.: Weiterführung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge am **Käthe-Kollwitz-Gymnasium** (03Y03) als **Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die ab Jahrgangsstufe 5 bzw. Jahrgangsstufe 7 beginnenden mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge am Käthe-Kollwitz-Gymnasium werden als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden wesentliche Elemente des an diesem Gymnasium - beginnend ab dem Schuljahr 2011/12 - erfolgreich durchgeführten Schulversuchs fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die Vermittlung vertiefter Einblicke in die inhaltliche Vielfalt und in Arbeitsweisen insbesondere der Mathematik, die der fundamentalen Rolle dieses Kernfaches für den Fortschritt in Wissenschaft und Gesellschaft gerecht wird. Die Bedeutung, die hierbei den naturwissenschaftlich-technischen Fächern zukommt, spiegelt sich in der Aneignung experimenteller Methoden sowie spezifischer naturwissenschaftlicher Denkweisen wider. Grundlage ist die Zielvereinbarung der Schulaufsichtsbehörde mit der Humboldt-Universität zu Berlin vom 5. September 2001.

Die Rahmenvorgaben beschreiben ab dem Schuljahr 2016/17 den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung im Vorgriff auf die gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juli 2016 (GVBl. S. 430), zu erlassende Rechtsverordnung und ersetzen meine Schulversuchsgenehmigung vom 12. Januar 2011 einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

Soweit nichts anderes bestimmt wird, gelten das Schulgesetz, die Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung sowie die für Gymnasien maßgebenden Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Bankverbindungen	Landeshauptkasse Berlin	
	Kontonummer	BLZ
Postbank Berlin	58100	10010010
Berliner Bank	9919260800	10020000
Landesbank Berlin	0990007600	10050000
Bundesbank Filiale Berlin	10001520	10000000

II Organisation der Schulen

Im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten und der Nachfrage einer hinreichend qualifizierten Schülerschaft werden am Käthe-Kollwitz-Gymnasium vier Züge mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Prägung eingerichtet, von denen zwei in Jahrgangsstufe 5 beginnen.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für das Gymnasium festgelegte Einrichtungsfrequenz heranzuziehen; jedoch darf bis einschließlich Jahrgangsstufe 6 eine Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werden.

III Grundsätzliche Bemerkungen

Die Schulen vertiefen den Unterricht in Mathematik und den naturwissenschaftlich-technischen Fächern. In Mathematik sowie mindestens in den Fächern Chemie und Physik wird der Rahmenlehrplan der Sekundarstufe I um zusätzliche Inhalte und Anforderungen erweitert. Dabei können auch Inhalte aus späteren Jahrgangsstufen vorgezogen werden.

Die Schulen sind Mitglieder im Berliner Netzwerk mathematisch profilierter Schulen und kooperieren mit dem Institut für Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

IV Aufnahme

Die Aufnahme in die Schule besonderer pädagogischer Prägung ist freiwillig und bedarf eines schriftlichen Antrags der Erziehungsberechtigten, die zuvor über Inhalt, Bedingungen und mögliche zusätzliche Belastungen informiert worden sein müssen.

Aufgenommen werden können in Jahrgangsstufe 5 bzw. 7 aufgerückte, für den besonderen Bildungsgang geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen auf dem der Anmeldung vorausgegangen Zeugnis in Mathematik nicht mindestens mit „gut“ bewertet werden, sind für den Besuch eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Zuges nicht geeignet.

a) Jahrgangsstufe 5

Aufgenommen werden können in Jahrgangsstufe 5 aufgerückte, für den besonderen Bildungsgang geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler.

Die weitere Eignung wird zunächst aus den Noten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 in den Fächern Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch abgeleitet. Dabei wird die Note in Mathematik mit dem Faktor 3, die Note im Deutsch mit dem Faktor 2 multipliziert. Die Punktsomme aus allen vier Fächern darf nicht höher als 15 sein.

Schülerinnen und Schüler, die diese Voraussetzung erfüllen, nehmen an einem einheitlichen, von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Eingangstest mit mathematischem Schwerpunkt teil, der an diesen grundständigen mathematisch-naturwissenschaftlich profilierten Schulen gleichzeitig erfolgt. Wer aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht am Test teilnimmt - ein Nachweis ist erforderlich -, kann den Test zu einem späteren, von den Schulen gemeinsam festzulegenden Zeitpunkt ablegen.

Die für die Auswahl der Schülerinnen und Schüler entscheidende Punktzahl ergibt sich zu 50 Prozent aus den Ergebnissen des Tests, zu 25 Prozent aus der Notensumme und zu 25 Prozent aus den vier Kompetenzkriterien der Förderprognose: „erkennt grundlegende Prinzipien oder Regeln und wendet sie sachgerecht an“, „arbeitet strukturiert, selbständig und verknüpft Wissensgegenstände“, „plant und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig“ und „ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert“. Je höher die Eignungsvermutung, desto höher ist die Punktbewertung. Maximal sind 20 Punkte erreichbar.

Dabei werden die Ergebnisse des Tests in Abhängigkeit von der erreichten absoluten Punktzahl mit 0 bis 10 Punkten bewertet. Die aus den Noten gebildete Punktschme und die Ausprägung der zentralen Kompetenzen werden entsprechend den nachstehenden Tabellen ebenfalls in Punkte umgerechnet. Bei den Kompetenzen wird jeweils ein Punkt vergeben, wenn eines der vier benannten Kriterien „besonders ausgeprägt“ ist; ein weiterer (fünfter) Punkt wird vergeben, wenn alle vier zentralen Kompetenzen besser als „durchschnittlich ausgeprägt“ ausgewiesen sind.

Notensumme:	7	8	9	10-11	12-13	14-15	Kompetenzkriterien (besonders ausgeprägt):	4x	3x	2x	1x
Punkte:	5	4	3	2	1	0	Punkte:	4	3	2	1

Bei gleicher Punktschme führt die Schulleitung mit den betreffenden Schülerinnen und Schülern jeweils ein qualifiziertes Aufnahmegespräch durch und dokumentiert dessen Ergebnis. Ebenfalls ein Gespräch wird mit Schülerinnen und Schülern geführt, bei denen Testergebnis und Bewertung der Grundschule deutlich voneinander abweichen.

Bei einem deutlichen Missverhältnis zwischen Mädchen und Jungen ist zur Gewährleistung des koedukativen Unterrichts dem schwächer vertretenen Geschlecht - bei gleicher Eignung - mindestens ein Drittel der Plätze zur Verfügung zu stellen.

Unabhängig von der Gesamtpunktzahl können bis zu 10 % der Plätze unter Berücksichtigung des Gesprächsergebnisses von der Schulleiterin oder dem Schulleiter an Schülerinnen und Schüler vergeben werden, die nur im Test herausragend abgeschnitten haben, mathematisch-technische Kompetenzen anderweitig nachweisen (z. B. erfolgreiche Wettbewerbsteilnahmen) oder für die keine Förderprognose erstellt wurde und die damit auch keine Punkte bei der Bewertung der Kompetenzen einbringen können (spezielle Härtefälle). Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.

b) Jahrgangsstufe 7

Die Aufnahme kann nach Entscheidung jeder Schule vom Ergebnis eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufnahmetests abhängig gemacht werden, den die Schulen selbst erstellen; wird ein solcher Test durchgeführt, müssen mindestens 50% der möglichen Punkte erreicht werden.

Übersteigt in Jahrgangsstufe 7 die Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmekapazität dieser mathematisch-naturwissenschaftlichen Züge, werden vorrangig die Schülerinnen und Schüler mit der niedrigsten Notensumme aus den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch und erste Fremdsprache bei doppelter Gewichtung des Faches Mathematik aufgenommen.

Unabhängig von der Notensumme können bis zu 10% der Plätze an Schülerinnen und Schüler vergeben werden, die mathematisch-technische Kompetenzen anderweitig nachweisen (z. B. erfolgreiche Wettbewerbsteilnahmen).

c) Seiteneinstieg zu einem anderen Zeitpunkt

Eine Aufnahme in einen bereits eingerichteten Zug ist möglich, wenn zu erwarten ist, dass die Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, erfolgreich am Unterricht teilzunehmen. Voraussetzung dafür sind in Mathematik gute oder sehr gute, in einem der Fächer Chemie und Physik mindestens gute und in dem jeweils anderen Fach mindestens befriedigende Leistungen; wird nur eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Lernbereich gebildet, muss diese mindestens gut sein.

Die Aufnahme kann zudem vom Ergebnis eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufnahmetests an der gewünschten Schule abhängig gemacht werden.

V Unterricht und Stundentafel in der Sekundarstufe I

In den Jahrgangsstufen 5 bis 8 ist das Fach Naturwissenschaften Kernfach im Sinne des § 31 Absatz 3 Sek I-Verordnung.

Schach ist in den Jahrgangsstufen 5 und 6 versetzungsrelevantes Unterrichtsfach; es wird im Umfang von jeweils zwei Wochenstunden erteilt. Grundlage für den Unterricht ist das von der Schule erarbeitete Curriculum.

Musik wird in den Jahrgangsstufen 5 und 6 dreistündig, Kunst einstündig unterrichtet. In Musik werden zwei Wochenstunden für Instrumentalunterricht verwendet; je nach Schülerjahrgang kommen im Wechsel Holz- und Blechblasinstrumente zum Einsatz. Das Instrumentalspiel geht dabei zur Hälfte in die Gesamtnote für Musik ein.

Der Unterricht in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie, Informatik und Physik orientiert sich insgesamt am Rahmenlehrplan. Allerdings ist es zulässig (und wegen der Vertiefung des Unterrichts auch notwendig), Inhalte zeitlich zu verschieben, zu vertiefen und entsprechend der vorgelegten Konzeption zusätzlich neue Themengebiete zu behandeln.

Der Unterricht im Fach Naturwissenschaften erfolgt teilweise als Teilungsunterricht, der auch nach Geschlechtern differenziert erteilt werden kann.

Mathematik wird in der Sekundarstufe I durchgängig mit mindestens fünf Wochenstunden unterrichtet. Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern umfasst in den Jahrgangsstufen 7 und 8 mindestens sechs, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 mindestens sieben Wochenstunden. In den Jahrgangsstufen 7 und 8 werden die naturwissenschaftlich-technischen Fächer fachübergreifend als Fach „Naturwissenschaften“ unterrichtet und bewertet; gesonderte Einzelnoten werden nicht gebildet.

In der Sekundarstufe I muss ein Wahlpflichtkurs aus dem MINT-Bereich gewählt werden.

Die in der Stundentafel vorgesehenen Profilstunden sind vorrangig zur Erweiterung des Unterrichts in diesen Fächern einzusetzen. Es ist zulässig, Sport durchgängig sowie die Fächer Kunst und Musik insgesamt in Jahrgangsstufe 8 mit zwei Wochenstunden zu unterrichten. Die Gesamtwochenstundenzahl entspricht der Regelstundentafel der Grundschule bzw. des Gymnasiums.

VI Gymnasiale Oberstufe

Eines der Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Informatik oder Physik muss erstes oder zweites Prüfungsfach sein. Darüber hinaus ist ein weiteres Fach aus dem Aufgabenfeld III entweder als Prüfungsfach oder als fünfte Prüfungskomponente zu wählen. Sofern nur Biologie oder Informatik als erstes oder zweites Prüfungsfach gewählt wird, besteht bei der Wahl des weiteren Faches aus dem Aufgabenfeld III im Rahmen der fünften Prüfungskomponente die Einschränkung, dass diese Leistung im Rahmen einer besonderen Lernleistung erbracht werden muss.

Die Schülerinnen und Schüler können statt des Leistungskurses Mathematik (in Regelform) den Leistungskurs „Mathematik plus“ wählen; in diesem Leistungskurs wird nach eigenem Curriculum unterrichtet, das über den Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe hinaus den Minimalstoffplan des Instituts für Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin für Analysis I und Lineare Algebra/Analytische Geometrie I berücksichtigt.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ wählen, sind zur Teilnahme an mindestens zwei Zusatzkursen mathematischen Inhalts verpflichtet, die in Absprache der mathematisch-naturwissenschaftlichen Schulen gemeinsam mit Berliner Hochschulen konzipiert werden. Jeder Zusatzkurs erstreckt sich über ein Schulhalbjahr und umfasst drei Wochenstunden. Alle Zusatzkurse in „Mathematik plus“ dürfen ergänzend zu den gemäß § 26 Absatz 3 Nr. 3 VO-GO möglichen zwei

bzw. zu den gemäß Nr. 5 möglichen drei Zusatzkursen in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ abbrechen, wechseln in den Leistungskurs Mathematik (in Regelform); ein Wechsel wird wegen der besonderen fachlichen Ausrichtung der Themen nur bis zum Ende des zweiten Kurshalbjahres empfohlen.

Schach kann als Zusatzkurs angeboten werden.

VII Ausscheiden aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug

Bei der Entscheidung über die Versetzung bleiben mangelhafte Leistungen in Mathematik oder Naturwissenschaften bis einschließlich Jahrgangsstufe 9 unberücksichtigt, wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt oder in einen Zug mit nicht mathematisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt wechselt.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen in zwei aufeinander folgenden Versetzungszeugnissen jeweils in mehr als einem der Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Informatik oder Physik schlechter als ausreichend bewertet werden, müssen den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug unabhängig von einer Versetzung verlassen. Die Klassenkonferenz kann bei Vorliegen besonderer Gründe ausnahmsweise den Verbleib im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug beschließen.

VIII Weitere schulische Besonderheiten

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen - bisher insbesondere der Humboldt-Universität zu Berlin - werden Lehrkräfte der Schulen zeitweise an der Universität eingesetzt, andererseits unterrichten Dozenten der Hochschulen phasenweise in den Profilklassen, leiten Arbeitsgemeinschaften bzw. betreuen besonders begabte Schülerinnen und Schüler im Einzelunterricht. Ihnen obliegt in dieser Zeit auch die Aufsichtspflicht.

Schülerinnen und Schüler, die den Leistungskurs „Mathematik plus“ durchgängig erfolgreich entsprechend den Vorgaben der Humboldt-Universität absolvieren, erhalten parallel zum Abitur die Scheine „Analysis I“ und „Algebra I“, die derzeit von allen Studieneinrichtungen an deutschen Hochschulen und Universitäten im Grundstudium anerkannt werden.

Wenn im Rahmen des Musikunterrichts die von der Schule (bzw. der kooperierenden Musikschule) zur Verfügung gestellten Blasinstrumente genutzt werden, wird eine Leihgebühr fällig; die Zahlungspflicht entfällt bzw. wird vom Förderverein übernommen, wenn die Erziehungsberechtigten zur Zahlung nicht in der Lage sind.

IX Haushaltsmäßige Auswirkungen

Für jeden mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug wird in der Sekundarstufe I (ab Jahrgangsstufe 5) pro Schuljahr eine zusätzliche Teilungsstunde für den erheblich höheren experimentellen Aufwand in den Profulfächern gewährt. Zur Durchführung zusätzlicher fakultativer Angebote insbesondere in den künstlerischen Fächern und in Sport erhält jede Schule pro komplett eingerichteten Zug zwei Wochenstunden. Der Mehrbedarf beträgt damit im Schuljahr 2017/18 - bei Einrichtung von vier mathematisch-naturwissenschaftlichen Eingangsklassen - 23, im Endausbau maximal 28 Wochenstunden.

Zu Beginn jeden Schuljahres meldet die Schule die Anzahl der komplett eingerichteten Züge und die Schülerzahlen an die für das Fach Mathematik zuständige Fachaufsicht.

Als Ausgleich für den wegen des Schwierigkeitsgrades erhöhten Aufwand bei der konzeptionell-didaktischen Aufbereitung des Zusatzkurses „Mathematik plus“ und den Korrekturen von Schülerarbeiten wird je „Mathematik plus“-Kurs eine Ermäßigungsstunde gewährt.

Dem Netzwerk werden weiterhin zwei Lehrerstellen gewährt, um in permanenter Kooperation zwischen Universität und Schulen die unterrichtenden Lehrkräfte auf dem jeweils aktuellsten wissenschaftlichen Stand zu halten.

Die ggf. erhöhte Sachmittelausstattung ist vom Schulträger bereitzustellen.

Mark Rackles

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport



Beuthstr. 6-8
10117 Berlin-Mitte

Verkehrsverbindungen:
U Spittelmarkt, Bus 142

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin (Postanschrift)

Schulfarm Insel Scharfenberg
- Schulleitung -

Geschäftszeichen	II C 3.8
Bearbeiter	Herr Schmidt
Zimmer	5044
☎	(0 30) 90 26 - 56 88
Fax	+49 (30) 90 26 50 12
eMail	Gernoth.Schmidt @SenBJS.Verwalt-Berlin.de
Internet	www.senbjs.berlin.de
Datum	3. Mai 2005

Betr.: Weiterführung der **Schulfarm Insel Scharfenberg (12Y06)**
im Rahmen einer **Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die Schulfarm Insel Scharfenberg wird ab dem Schuljahr 2004/05 gemäß § 125 Abs. 1 des Schulgesetzes für das Land Berlin - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ mit modifizierter Konzeption weitergeführt. Die seit Gründung der Schulfarm durch Wilhelm Blume in der Weimarer Republik bestehende reformpädagogische Ausrichtung, deren wesentliches Element die Einheit vom gemeinsamen Leben und Lernen ist, wird darin fortgesetzt und zeitgemäß akzentuiert.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die gemeinschaftsfördernde, ganzheitliche Verbindung von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten. Die Schule hat ihre Schwerpunkte in den Bereichen naturwissenschaftlicher – insbesondere biologisch-ökologischer – sowie künstlerischer – insbesondere künstlerisch-gestaltender - Bildung.

Neben der Förderung kognitiver Leistungen werden in besonderem Maße praktische und sportliche Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt.

Zu diesem Zweck werden Unterrichtsprojekte als Elemente praktischen Lernens in das schulische Curriculum einbezogen.

Die Schule entwickelt darüber hinaus ein Schulprogramm gemäß § 8 SchulG, das neue Organisationsformen des Unterrichts ermöglicht, die ihrer intendierten reformpädagogischen Ausrichtung entsprechen.

Soweit die nachstehenden Rahmenvorgaben nichts anderes bestimmen, gelten das Schulgesetz sowie die für Gymnasien maßgebenden Bestimmungen.

Diese Genehmigung gilt für alle ab dem Schuljahr 2004/05 neu eintretenden Schülerjahrgänge.

Die Regelungen – auch für den Ganztagsbetrieb - gelten auch für die Schülerinnen und Schüler, die auf der Grundlage des Genehmigungsentwurfs vom 22. August 2003 bereits im Vorgriff auf die neuen Regelungen unterrichtet wurden.

II Organisation der Schule

Die Schulfarm Insel Scharfenberg wird als dreizügiges Gymnasium eingerichtet und in der Sekundarstufe I durchgängig als Ganztagschule in gebundener Form geführt.

Unterricht sowie außerunterrichtliche Förderung und Betreuung verteilen sich über den gesamten Ganztagsbetrieb. Ergänzend zum Unterricht wird der Schultag durch die Mittagspause und das sogenannte Mittagsband rhythmisiert, das im Umfang von wöchentlich 5 bis 7 Unterrichtsstunden Raum bietet, insbesondere für betreute Hausaufgaben, eigenverantwortliches Lernen, Projektarbeiten und Sport.

Zur Schule gehört ein Internat.

III Aufnahme

Die Schulfarm Insel Scharfenberg führt zur Information der an einer Aufnahme interessierten Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Erziehungsberechtigten Informationsveranstaltungen durch.

Über die Aufnahme entscheidet die Schulleiterin bzw. der Schulleiter.

Für die Anmeldung gelten vorgezogene Anmeldefristen.

Abweichend von § 56 Abs. 5 SchulG werden nur Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die dem naturwissenschaftlichen und künstlerischen Profil der Schule entsprechen; unter ihnen sind vorrangig solche mit einer Gymnasialempfehlung zu berücksichtigen.

Liegen mehr geeignete (dem Profil entsprechende) Bewerbungen vor, als Schulplätze vorhanden sind, werden davon zunächst 25 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die auch das Internat besuchen wollen. Sofern das Internat – ausgehend von der tatsächlichen Platzkapazität des Internats – darüber hinaus freie Kapazitäten hat, sollen entsprechend mehr Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden; dabei muss gewährleistet sein, dass auch in den Folgejahren jeweils 25 Internatsschüler aufgenommen werden können. Bei der Aufnahme in das Internat werden im Rahmen der freien Kapazität zunächst Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die in Berlin wohnen, danach Schülerinnen und Schüler, die außerhalb Berlins wohnen.

Die übrigen Plätze stehen für geeignete Schülerinnen und Schüler zur Verfügung, die nicht das Internat besuchen.

Sofern mehr geeignete Anmeldungen vorliegen als Plätze verfügbar sind, entscheidet unter beiden Gruppen von Schülerinnen und Schülern in getrennten Verfahren das Los.

Für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den bereits begonnenen Ausbildungsgang gelten diese Bedingungen entsprechend.

IV Sekundarstufe I

Es gilt die anliegende Stundentafel.

Alle Schülerinnen und Schüler nehmen an einem zusätzlichen zweistündigen Wahlpflichtprojekt teil. Die methodischen und didaktischen Verfahren der Wahlpflichtprojekte orientieren sich an den relevanten fachlichen Disziplinen und entsprechen den von der Schulfarm Insel Scharfenberg entwickelten curricularen Vorgaben, Bewertungsmaßstäben und Arbeitsplänen.

Die in der Regel in halbjährlichem Turnus organisierte Arbeit in den Wahlpflichtprojekten soll als verbindendes Element zwischen Schule und gemeinschaftlichem Leben die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit der Schulfarm durch den Einsatz in einem jeweils selbst gewählten Projekt festigen und die eigenen praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausbilden (z. B. Inselfeuerwehr, Bootsbau/-pflege, Metallwerkstatt, Holzwerkstatt, Medienwerkstatt, Kunstwerkstatt, naturwissenschaftliches Experimentieren, Haus- und Landschaftspflege, Chor, Tanz, Theater).

Als Ergänzung der Wahlpflichtprojekte und zur Ausprägung der schulischen Schwerpunkte ist für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 und 8 die Teilnahme an jeweils einem

weiteren zweistündigen Pflichtprojekt verbindlich. Dieses Pflichtprojekt findet in Jahrgangsstufe 7 im Bereich der Biologie (Botanik, Zoologie), in Jahrgangsstufe 8 im Bereich der ästhetischen Bildung (Kunst, Musik, Darstellendes Spiel) statt.

Bei der Planung und Durchführung der Arbeit in den Projekten sind die Schülerinnen und Schüler beteiligt. Die Teilnahme wird bescheinigt.

Die Entscheidung für eines der in den Jahrgangsstufen 9 bzw. 10 eingerichteten Wahlpflichtangebote (Dritte Fremdsprache – nur in Jahrgangsstufe 9 wählbar –, Bildende Kunst, Musik, Sport, Darstellendes Spiel, Biologie, Chemie, Physik) ist für ein Schuljahr bindend; ein Wechsel ist nur innerhalb der ersten beiden Unterrichtswochen zulässig. Weitere Wahlpflichtangebote können entsprechend den schulrechtlichen Regelungen eingerichtet werden. Wahlpflichtfächer sind in der Regel nach einem Schuljahr zu wechseln; abweichend davon verpflichtet die Teilnahme am Unterricht in einer dritten Fremdsprache in Jahrgangsstufe 9 zur Fortsetzung in Jahrgangsstufe 10.

V Gymnasiale Oberstufe

Es gilt die Stundentafel der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe mit folgenden Abweichungen:

Die Teilnahme an einem Basiskurs Philosophie ist verbindlich.

Eines der Fächer Biologie oder Bildende Kunst soll in der gymnasialen Oberstufe durchgängig belegt und als Prüfungsfach oder als fünfte Prüfungskomponente gewählt werden.

VI Außerunterrichtliche Förderung und Erziehung, Tutorium

Das unterrichtliche Angebot der Schule wird ergänzt durch Arbeitsgemeinschaften. Arbeitsgemeinschaften können durch Lehrkräfte oder Mitarbeiter der Schulfarm, durch Erziehungsbeauftragte oder nicht zur Schulfarm gehörende fachlich qualifizierte Personen geleitet werden.

Jede Schülerin und jeder Schüler ist verpflichtet, im Umfang von bis zu zwei Wochenstunden bei der Erledigung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben mitzuwirken. Dazu gehören insbesondere Küchen- und Fährdienste sowie die Mitarbeit im Gartenbau, in der Landwirtschaft und bei der Landschaftspflege.

Darüber hinaus haben alle Schülerinnen und Schüler nach Festlegung der Schulleiterin oder des Schulleiters zur Erhaltung und Gestaltung der Insel an „Inseltagen“ oder „Inselwochenenden“ teilzunehmen.

Zur Förderung der sozialen Kompetenz und des gemeinschaftlichen Bewusstseins ist erwünscht, dass die Schüler der gymnasialen Oberstufe für ein Schulhalbjahr die Patenschaft für neu aufgenommene Schülerinnen und Schüler übernehmen (Tutorium) und sie mit den Abläufen und Verhaltensregeln auf der Schulfarm vertraut machen.

VII Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen

Es gelten die allgemeinen Regelungen für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen gemäß §§ 62 und 63 SchulG.

Schülerinnen und Schüler, die auf schwerwiegende Weise das Zusammenleben auf der Insel nachhaltig gefährden, müssen die Schulfarm Insel Scharfenberg verlassen. Dies ist bei Delikten, die strafrechtlich relevant sind oder es nur wegen fehlender Strafmündigkeit nicht sind, sowie Vandalismus und fortgesetzter Bedrohung von Mitschülerinnen und Mitschülern grundsätzlich der Fall.

VIII Internat

Das Internat bildet eine Lebensgemeinschaft, die von gegenseitiger Achtung, Respekt und Verantwortung getragen wird. Es bietet den Jugendlichen ein stabiles Umfeld und die kompetente Förderung vielseitiger Interessen und Begabungen.

Organisation

Die Leitung des Internats obliegt der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter.

Die innere und pädagogische Organisation und das Zusammenleben im Internat werden in der Inselordnung beschrieben.

In den Schulferien ruht der Internatsbetrieb. Bei kürzeren Ferien, insbesondere bei um ein oder zwei Tagen verlängerten Wochenenden, kann der Internatsbetrieb weitergeführt werden.

Aufnahme ins Internat

Mit Schülerinnen und Schülern, die eine Aufnahme ins Internat anstreben sowie deren Erziehungsberechtigten führt der Schulleiter oder die Schulleiterin bzw. eine von ihm beauftragte Person ein Einführungsgespräch. Darin ist auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Internats sowie der Schule und die sich für die Schülerinnen und Schüler ergebenden besonderen Verpflichtungen hinzuweisen.

Mit den Schülerinnen und Schülern wird zeitnah zu den Anmeldefristen eine Informationsveranstaltung (Aufnahmeseminar) durchgeführt, in denen sie mit den Einrichtungen auf der Insel, insbesondere den Wohnhäusern, vertraut gemacht und stundenweise in Deutsch, Englisch, Mathematik, Biologie, Bildende Kunst und Sport unterrichtet werden. Dieser Unterricht und auch die obligatorische Übernachtung im Internat sollen den Jugendlichen einen Eindruck von den schulischen Besonderheiten vermitteln und sie in die Lage versetzen, sich bewusster für oder gegen einen Besuch des Internats zu entscheiden. Der Schule wird durch dieses Seminar die Möglichkeit gegeben, bei erkennbar mangelnder Eignung für einen Internatsaufenthalt (z. B. völliger Unselbstständigkeit, fehlender Konfliktfähigkeit oder betont aggressivem Verhalten) von einer Entscheidung für das Internat abzuraten.

Die vorläufige Aufnahme – einschließlich der Teilnahme am Aufnahmeseminar – setzt die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten zu Zielsetzungen der Schule sowie zur Inselordnung voraus und bedingt den Abschluss eines zunächst befristeten Internatsvertrages. Die Teilnahme am Aufnahmeseminar sowie die vorläufige oder endgültige Aufnahme in das Internat darf nicht gegen den ausdrücklich erklärten Willen der Schülerin bzw. des Schülers erfolgen.

Nach Abschluss und Auswertung des Aufnahmeseminars führt der Schulleiter oder eine von ihm beauftragte Person mit den Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten ein entsprechendes Beratungsgespräch hinsichtlich der vorläufigen Aufnahme in das Internat.

Beobachtungszeit

Neben den allgemeinen Regelungen für das Bestehen der Probezeit an Gymnasien unterliegen Schülerinnen und Schüler des Internats der Schulfarm Insel Scharfenberg einer halbjährigen Beobachtungszeit, in der die Eignung für das Zusammenleben in der Gemeinschaft des Internats festzustellen ist.

Stellt sich im Laufe des Beobachtungszeitraums heraus, dass eine Schülerin oder ein Schüler gegen die Inselordnung verstößt, sucht die Schule unverzüglich das Gespräch mit den Erziehungsberechtigten und bemüht sich gemeinsam mit ihnen um Möglichkeiten, bei der Schülerin oder bei dem Schüler eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Bei wiederholten Verstößen ist über das Verlassen des Internats ggf. auch über den Wechsel an eine andere Schule zu entscheiden.

Die vorläufige Aufnahme kann während der Beobachtungszeit von der Internatsleiterin oder dem Internatsleiter widerrufen werden.

Der Widerruf ist auszusprechen, wenn das Verhalten der Schülerin oder des Schülers das geordnete Zusammenleben und die Ordnung der Inselgemeinschaft stört oder schwer wiegend belastet.

Die Beobachtungszeit muss auf Beschluss der Internatsleiterin oder des Internatsleiters wiederholt werden, wenn eine Entscheidung über die Eignung für den Besuch des Internats wegen längerer Erkrankung oder erschwerter sozialer Eingewöhnung nicht möglich ist.

Wird der Widerruf nicht ausgesprochen und die Probezeit bestanden, ist die Schülerin oder der Schüler nach Abschluss eines unbefristeten Internatsvertrages endgültig aufgenommen.

Nach Ende der Beobachtungszeit frei werdende Plätze können mit Nachrückern besetzt werden.

Internatsausschuss

Die Schulkonferenz bildet einen Internatsausschuss, der mindestens einmal im Schulhalbjahr von der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter einberufen wird. Dem Internatsausschuss gehören an

- die/der Schulleiter/in als Vorsitzende/r,
- zwei der im Internat tätigen Mitarbeiter/innen,
- zwei Lehrkräfte,
- zwei der im Internat lebenden Schülerinnen und Schüler,
- zwei Erziehungsberechtigte von im Internat lebenden Schülerinnen und Schülern.

Der Internatsausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten, die für die Internatsarbeit von wesentlicher Bedeutung sind. Er berät insbesondere über Maßnahmen auf folgenden Gebieten:

- Erzieherisch-pädagogische Grundsätze
- Organisation des Inselalltags
- Ausstattung
- Disziplinarfragen, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen
- Inselordnung.

IX Haushaltsmäßige Auswirkungen

Der zur Weiterführung der Schulfarm Insel Scharfenberg als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ erforderliche Personalbedarf wird jeweils in den Organisationsrichtlinien stelltenwirtschaftlich abgesichert.

Für die Organisation der Ganztagschule entsteht über die Regelausstattung eines Gymnasiums hinaus ein Mehrbedarf an 93 Lehrerwochenstunden.

Der Schulträger finanziert das sonstige für die Schulfarm Insel Scharfenberg tätige Personal (z. B. Küche, Landwirtschaft, Fährbetrieb, Werkstätten). Er stellt zudem die erforderlichen Sachmittel bereit und gewährleistet die Betriebsfähigkeit der Schulfarm.

Der Schulträger kann Stipendien vergeben.

X Abschließende Bemerkungen

Die Schulfarm Insel Scharfenberg ermöglicht Schülerinnen und Schülern anderer Schulen, sozialen Einrichtungen der Jugendarbeit und Sportvereinen im Rahmen des organisatorisch Vertretbaren die Nutzung der vorhandenen Einrichtungen, auch in den Schulferien (z. B. „Sommercamp“).

Die bereits bestehenden Kooperationen mit Berliner Schulen und Hochschulen zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ein Studium sowie im Bereich der Lehrerbildung wird weiter entwickelt; entsprechende Vereinbarungen in organisatorischer und fachlicher Hinsicht sind auszubauen. Eine auch personelle Zusammenarbeit wird angestrebt.

Der Schulträger wird von mir informiert.

In Vertretung

Thomas Härtel



Wochenstundentafel

für die
"Schulfarm Insel Scharfenberg"
 Sekundarstufe I

Unterrichtsfächer	Zahl der Wochenstunden je Jahrgangsstufe (Jst.)			
	Jst. 7	Jst. 8	Jst. 9	Jst. 10
Deutsch	4 (160)	4 (160)	3 (120)	3 (120)
Mathematik	4 (160)	4 (160)	3 (120)	3 (120)
1. Fremdsprache Englisch	4 (160)	4 (160)	3 (120)	3 (120)
2. Fremdsprache Französisch	4 (160)	4 (160)	3 (120)	3 (120)
Biologie	2 (80)	2 (80)	2 (80)	2 (80)
Physik	1 (40)	2 (80)	2 (80)	2 (80)
Chemie	-	1 (40)	2 (80)	2 (80)
Geschichte / Sozialkunde	2 (80)	2 (80)	3 (120)	3 (120)
Erdkunde	2 (80)	1 (40)	2 (80)	2 (80)
Musik	2 (80)	2 (80)	2 (80)	2 (80)
Bildende Kunst	2 (80)	2 (80)	2 (80)	2 (80)
Sport	3 (120)	3 (120)	2 (80)	2 (80)
Wahlpflichtunterricht	-	-	3 (120)	3 (120)
ITG	1 (40)	-	-	-
Insgesamt	31 (1240)	31 (1240)	32 (1280)	32 (1280)

Anmerkungen:

Der Klammerwert beinhaltet den jeweils verfügbaren Jahresstundenrahmen.

Zusätzlich zur Stundentafel sind gemäß § 13 Abs. 5 des Schulgesetzes im Stundenplan wöchentlich zwei Stunden innerhalb der normalen Unterrichtszeit für den Religions- und Weltanschauungsunterricht freizuhalten.

Name, Vorname

Datum

Adresse

<p>Antrag auf Aufnahme in das Internat der Schulfarm Insel Scharfenberg</p> <p>der Schülerin / des Schülers _____</p>

Wir sind / Ich bin damit einverstanden, dass die Aufnahme in das Internat der Schulfarm Insel Scharfenberg unter Vorbehalt erfolgt und während der halbjährigen Beobachtungszeit – die mit dem ersten Unterrichtstag beginnt – widerrufen werden kann.

Ich akzeptiere, dass ein Widerruf ausgesprochen wird, wenn das Verhalten der Schülerin bzw. des Schülers trotz sozialpädagogischer Förderung das gedeihliche Zusammenleben und die Ordnung der Inselgemeinschaft stört oder schwerwiegend belastet.

Über die endgültige Aufnahme wird in Zusammenhang mit der Entscheidung über das Bestehen der Probezeit entschieden. Hierbei werden die für Gymnasien geltenden Regelungen herangezogen.

Wir bestätigen / Ich bestätige, über die besonderen Bedingungen des Besuchs der Schulfarm Insel Scharfenberg informiert worden zu sein und eine Ausfertigung der Inselordnung sowie ein Merkblatt erhalten zu haben.

Erziehungsberechtigte

Schüler(In)

Schulfarm Insel Scharfenberg

- Schulleitung -

Geschäftszeichen	II C 1.7
Bearbeitung	Gernoth Schmidt
Zimmer	4A12
Telefon	030 90227 5688
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444
eMail	gernoth.schmidt@senbwf.berlin.de
Datum	3. August 2010

Betr.: Schule besonderer pädagogischer Prägung „**Schulfarm Insel Scharfenberg**“ (12Y06)
hier: Änderung der Aufnahmebedingungen

Gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2010 (GVBl. S. 342), ändere ich Rubrik III (Aufnahme) Absatz 5 der Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung vom 3. Mai 2005 wie nachstehend beschrieben; die Änderungen sind unterstrichen.

„Liegen mehr geeignete (dem Profil entsprechende) Bewerbungen vor, als Schulplätze vorhanden sind, werden davon zunächst 30 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die auch das Internat besuchen wollen (Internatskontingent). Sofern das Internat - ausgehend von der tatsächlichen Platzkapazität des Internats - darüber hinaus freie Kapazitäten hat, sollen entsprechend mehr Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden; dabei muss gewährleistet sein, dass auch in den Folgejahren jeweils 30 Internatsschüler aufgenommen werden können. Bei der Aufnahme in das Internat werden im Rahmen der freien Kapazität zunächst Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die in Berlin wohnen, nachrangig Schülerinnen und Schüler, die außerhalb Berlins wohnen. Im Internatskontingent freibleibende Plätze dürfen nur zur Hälfte mit anderen Schülerinnen und Schülern belegt werden, um die spätere Aufnahme von Seiteneinsteigern ins Internat zu ermöglichen.“

Diese Regelung gilt unter dem Vorbehalt der entsprechenden Änderung der Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung.

Die Regelungen des Schulgesetzes sind für die in dieser Verordnung benannten Schulen hinsichtlich der Aufnahmebestimmungen - einschließlich der Verpflichtung, einen Teil der Plätze zu lösen - nicht maßgebend. Insofern ist hier keine weitere Ausnahmeregelung erforderlich.

Der Schulträger und das Schulamt Reinickendorf erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.

Im Auftrag
Pieper

Beglaubigt

Beuthstr. 6-8
10117 Berlin-Mitte

Verkehrsverbindungen:
U Spittelmarkt, Bus 142

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin (Postanschrift)

Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium

- Schulleitung -
(Bezirk Mitte)

Geschäftszeichen

Bearbeiter

Zimmer



Fax

eMail

Internet

Stand

II C 3.8

Herr Schmidt

5044

(0 30) 90 26 - 56 88

+49 (30) 90 26 50 12

Gernoth.Schmidt@

SenBJS.Verwalt-Berlin.de

www.senbjs.berlin.de

12. August 2005

**Betr.: Weiterführung des Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasiums (01Y04)
als Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium wird gemäß § 18 in Verbindung mit § 125 des Schulgesetzes für Berlin - SchulG - in der Fassung vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26) als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Darin setzt die Schule wesentliche Elemente der ab dem Schuljahr 1991/92 erfolgreich durchgeführten Abweichenden Organisationsform und der früheren, in die Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ integrierten Spezialschule für Musik fort und entwickelt sie weiter.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch das Prinzip, Schülerinnen und Schüler nicht nur zum Abitur zu führen, sondern sie durchgängig und umfassend in enger Zusammenarbeit mit beiden Berliner Musikhochschulen, der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ und der Universität der Künste Berlin, musikalisch zu fördern und auszubilden und dadurch zu befähigen, unmittelbar nach Beendigung des Schulbesuchs ein Musikstudium zu beginnen.

Soweit die nachstehenden Rahmenvorgaben nichts anderes bestimmen, gelten das Schulgesetz sowie die für die Grundstufe sowie die für die Sekundarstufen I und II maßgebenden Regelungen einschließlich der Stundentafeln in der jeweils geltenden Fassung.

Diese Genehmigung gilt ab dem Schuljahr 2005/06 und ersetzt meine Errichtungsgenehmigung vom 19. Juni 1991 einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

II Organisation der Schule, Einrichtung

Die Schule wird einzügig eingerichtet und umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13.

Grundstufe und Sekundarstufe I werden durch die Verbindung von schulischem und in Verantwortung der beiden Berliner Musikhochschulen durchgeführten künstlerisch-musikalischem Unterricht als Ganztagschule gekennzeichnet. Letztgenannter Unterricht kann auch außerhalb des Schulgebäudes durchgeführt werden. Schulischer Unterricht, künstlerisch-musikalischer Unterricht und Betreuungsphasen verteilen sich über den gesamten Anwesenheitszeitraum, der täglich grundsätzlich nicht vor 16.00 Uhr endet.

Die durch das besondere Profil der Schule erforderliche Betreuung der Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen im Rahmen von zusätzlichen Übungen, Proben und künstlerischen Auftritten wird durch Erzieherinnen und Erzieher, ggf. auch von künstlerischen Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen, gewährleistet. Während dieser Zeit stehen den Schülerinnen und Schülern Räume zur Verfügung, in denen sie an den Musikinstrumenten üben können. Insoweit kann sich die Betreuungsphase auch bis 20.00 Uhr ausdehnen.

Für die gesamte schulische Betreuung wird aufgrund der besonderen Konzeption kein Entgelt erhoben. Von den Hochschulen erhobene Entgelte bleiben hiervon unberührt.

Unterrichtet werden insgesamt höchstens so viele Schülerinnen und Schüler, wie von der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin und der Universität der Künste Berlin als Gasthörer aufgenommen werden, d. h. grundsätzlich nicht mehr als 165.

III Grundsätzliche Bemerkungen

Das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium bereitet in Zusammenarbeit mit den beiden Berliner Musikhochschulen Kinder und Jugendliche auf das Abitur und auf ein späteres Musikstudium vor und stellt entsprechend hohe künstlerische Anforderungen.

Eine starke zeitliche und psychische Belastung der Schülerinnen und Schülern ist durch intensive musikalische Aktivitäten und regelmäßige Prüfungen unvermeidbar.

Damit korrespondierend werden auch an das Lehr- und Betreuungspersonal hohe Erwartungen an Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen und Einsatzbereitschaft gestellt.

Musikinstrumente, die sich im Eigentum des Landes Berlin befinden, werden den Schülerinnen und Schülern erst nach Abschluss einer entsprechenden Nutzungsvereinbarung leihweise überlassen.

IV Aufnahme

Die Aufnahme in das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium ist kontinuierlich ab Jahrgangsstufe 5 bis zum Beginn der Jahrgangsstufe 11 – in der Regel in den Jahrgangsstufen 5 und 7 – möglich. Sie setzt eine hervorragende musikalische Begabung voraus, die von einer Fachkommission im Rahmen einer Eignungsprüfung festgestellt wird. Diese Fachkommission setzt sich aus Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen zusammen.

Aufgenommen werden kann nur, wer nach Bestehen dieser Prüfung den Gasthörerstatus an den genannten Musikhochschulen erlangt hat.

Für die Aufnahme ist weiterhin die Erfüllung der regulären schulischen Voraussetzungen (insbesondere Aufrücken oder Versetzung in die jeweilige Klassenstufe, Fremdsprachenfolge Englisch/Französisch) erforderlich. Ausländische Schülerinnen und Schüler, die im Land Berlin nicht der Schulpflicht unterliegen, werden nachrangig aufgenommen, sofern hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache – ggf. durch eine Sprachstandsmessung – nachgewiesen werden. Die nachrangige Aufnahme gilt auch für Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern.

Weitere Voraussetzungen für die Aufnahme sind die Bereitschaft zum Spielen von Kammermusik und die Mitwirkung in Chor und/oder Orchester.

Um an der Aufnahme interessierte Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten zu informieren, findet an der Schule mindestens einmal jährlich eine Informationsveranstaltung („Tag der offenen Tür“) statt, in der Regel im November.

Für die Schule gelten vorgezogene Anmeldefristen.

V Probezeit

Die Aufnahme in das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium erfolgt zunächst auf Probe. Die Probezeit dauert ein Schuljahr. Abweichend von den für Gymnasien geltenden Regelungen ist die Probezeit auch dann nicht bestanden, wenn die Leistungen im Fach Musik insgesamt nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet werden.

VI Unterricht und Stundentafel

In der Grundstufe wird Musik dreistündig unterrichtet; eine Stunde davon im Rahmen des Gruppenunterrichts Tonsatz/Gehörbildung. Musik ist in den Jahrgangsstufen 5 und 6 Kernfach im Sinne des § 40 Abs. 2 Sekundarstufe I-Verordnung.

In der Sekundarstufe I wird das Fach Musik durchgängig zweistündig unterrichtet.

Englisch ist erste, Französisch zweite Fremdsprache. Tonsatz/Gehörbildung ist in den Klassenstufen 9 und 10 Wahlpflichtfach im Umfang von jeweils 2 Wochenstunden. Für dieses Wahlpflichtfach sind ein Arbeitsplan zu entwickeln und Leistungsstandards zu beschreiben. Dieser versetzungsrelevante Spezialunterricht wird von Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen durchgeführt. Die diesen Unterricht durchführenden Lehrkräfte erhalten eine Lehrerlaubnis.

Es ist zulässig, im Fach Sport, abweichend vom geltenden Rahmenlehrplan, gezielt Ausgleichstraining durchzuführen, das dazu dient, den spezifischen Belastungen der Instrumentalusbildung (Haltungsschäden) vorzubeugen.

Ergänzend zur Stundentafel wird der künstlerisch-musikalische Unterricht in der Verantwortung der Musikhochschulen durchgeführt, und zwar als Einzelunterricht wöchentlich im Umfang von 90 Minuten im Hauptfach und weiteren insgesamt 135 Minuten für Klavier (Pflichtfach), Korrepetition sowie Gruppenunterricht Gehörbildung und Tonsatz bis einschließlich Jahrgangsstufe 8; dieses Unterrichtsvolumen kann über die gesamte Schulzeit fach- und jahrgangsbezogen variabel eingesetzt werden.

Als Hauptfach im künstlerisch-musikalischen Unterricht können alle Orchesterinstrumente gewählt werden sowie Klavier, Akkordeon, Gitarre, Saxophon, Blockflöte, Gesang und Komposition. Daneben sind auch grundsätzlich alle Instrumente im Bereich Jazz/Pop möglich.

Schülerinnen und Schüler können für Ensemblearbeit im Umfang von wöchentlich bis zu 90 Minuten verpflichtet werden. Auch dieses Unterrichtsvolumen kann jahrgangsbezogen variabel, auch geblockt eingesetzt werden.

Bei der Planung und Durchführung des speziellen künstlerisch-musikalischen Unterrichts werden die Semesterferien der Hochschulen berücksichtigt.

Schülerinnen und Schülern, die zeitweise zur Vorbereitung auf Konzerte vom Unterricht von der Schulleitung freigestellt werden, ist die Möglichkeit der Nacharbeit anzubieten.

VII Gymnasiale Oberstufe

Der zweite Profilkurs wird durch Tonsatz/Gehörbildung abgedeckt. Dieser Unterricht wird von Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen nach den dort geltenden Ordnungen erteilt.

Musik muss 2. Leistungskursfach sein. Im Rahmen der Besonderen Lernleistung sind auch Wettbewerbe musikalischen Inhalts zulässig (z. B. „Jugend musiziert“).

Ergänzend zur Stundentafel wird der künstlerisch-musikalische Unterricht weiterhin in der Verantwortung der Musikhochschulen durchgeführt, und zwar als Einzelunterricht im Umfang von wöchentlich 90 Minuten im Hauptfach und wöchentlich 45 Minuten Klavier (Pflichtfach) und 30 Minuten Korrepetition. Der Besuch des Unterrichts in Klavier/Korrepetition (Pflichtfach) endet mit der bestandenen Abschlussprüfung vor einer Kommission von künstlerischen Lehrkräften beider Berliner Musikhochschulen.

Für Ensemblearbeit können Schülerinnen und Schüler im Umfang von bis zu 90 Minuten wöchentlich verpflichtet werden. Dieses Unterrichtsvolumen kann jahrgangsbezogen variabel, auch geblockt eingesetzt werden. Der Besuch des Ensemblekurses Musik ist erwünscht.

VIII Zeugnis / Zertifikate

Die Teilnahme am künstlerisch-musikalischen Unterricht wird auf den Zeugnissen unter „Bemerkungen“ dargestellt.

Darüber hinaus wird jedem Zeugnis eine von den künstlerischen Lehrkräften beider Berliner Musikhochschulen ausgestellte Anlage beigelegt, in der die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im (musikalischen) Hauptfach, in Klavier (Pflichtfach), in Gehörbildung sowie im Tonsatz benotet werden; eine zusätzliche verbale Beschreibung ist möglich. Daraus muss hervorgehen, dass diese Bewertungen auf den künstlerischen Anforderungen der Musikausbildung basieren.

IX Zusammenarbeit mit den Musikhochschulen

Die künstlerisch-musikalische Spezialausbildung erfolgt durch künstlerische nichtschulische Lehrkräfte der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin und der Universität der Künste Berlin

nach den Richtlinien der Hochschulen; dieser Unterricht findet in der Regel in den Räumen des Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasiums statt. Hierzu gelten die Ordnungen der beiden Berliner Musikhochschulen zur Förderung des musikalisch besonders begabten Nachwuchses. Den eingesetzten Lehrkräften der Musikhochschulen obliegt während des künstlerisch-musikalischen Unterrichts auch die Aufsichtspflicht.

Im Rahmen ihrer/seiner Gasthörerschaft erhält jede Schülerin und jeder Schüler Einzelunterricht im Hauptfachinstrument und im Pflichtfach Klavier/Korrepetition, Tonsatz- und Gehörbildungsunterricht, teilweise auch Orchesterausbildung und Kammermusikunterricht.

Um den Gasthörerstatus zu behalten, muss jede Schülerin und jeder Schüler halbjährlich durch ein Vorspiel vor künstlerischen Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen die individuell erzielten Fortschritte und damit die weitere Eignung für die Ausbildung nachweisen.

Zusätzlich findet im Laufe der Jahrgangsstufe 9 eine Eignungsprüfung im Hauptfachinstrument vor einer Fachkommission einer oder beider Berliner Musikhochschulen statt; eine nicht bestandene Prüfung darf einmal wiederholt werden. Wird diese Eignungsprüfung nicht bestanden, muss die Schule am Ende der Jahrgangsstufe 10 verlassen werden.

Die Belange der spezifischen künstlerisch-musikalischen Ausbildung werden von der künstlerischen Leiterin bzw. dem künstlerischen Leiter für das Musikgymnasium sowie einer Stellvertreterin bzw. einem Stellvertreter in Zusammenarbeit mit der Schulleitung koordiniert. Beide werden von beiden Berliner Musikhochschulen bestimmt. Die Fachgruppenleitung jedes künstlerisch-musikalischen Bereichs (Klavier, Holzbläser, Blechbläser, Schlagzeug, hohe Streicher, tiefe Streicher, Gitarre, Akkordeon, Jazz, Pflichtfach Klavier, Tonsatz/Gehörbildung) obliegt einer Dozentin bzw. einem Dozenten der beiden Berliner Musikhochschulen. Ihr bzw. ihm obliegt auch die Einteilung der (nichtsulischen) künstlerischen Lehrkräfte sowie die Festlegung des Ablaufs der künstlerischen Prüfungen und Vorspiele.

Die künstlerisch-musikalische Abschlussprüfung wird in der Regel in Jahrgangsstufe 12 in Verantwortung der beiden Berliner Musikhochschulen durchgeführt.

Die künstlerischen Lehrkräfte bestreiten zudem im Wesentlichen die Präsentation ihres Lehrangebots bei Informationsveranstaltungen.

X Verlassen der Schule

Unabhängig von den schulischen Leistungen muss die Schule verlassen werden, wenn der Gasthörerstatus an den Musikhochschulen erlischt. Das begonnene Schulhalbjahr darf noch beendet werden. Wer sich bereits in der Kursphase der gymnasialen Oberstufe befindet, verbleibt an der Schule.

Beim Wechsel in eine herkömmliche Grund- oder Oberschule bleiben bei der Entscheidung, welcher Schulzweig bzw. welche Klassenstufe künftig besucht werden kann, die Leistungen in Musik unberücksichtigt, sofern sie nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet wurden.

Schülerinnen und Schüler, die auf Grund ihrer mangelnden künstlerisch-musikalischen Leistungen das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium verlassen müssen, sollen vorrangig an anderen musikalisch orientierten Gymnasien, insbesondere der Georg-Friedrich-Händel-Oberschule aufgenommen werden.

XI Weitere schulische Besonderheiten

Die Durchführung verpflichtender Veranstaltungen ist auch nach 16.00 Uhr zulässig.

Das Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium kann abweichende Regelungen von den Bestimmungen der Ferienordnung beantragen, über die die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung entscheidet. Solche Abweichungen sind insbesondere erforderlich, um Schul- und Semesterferien aufeinander abzustimmen.

Kooperationen mit anderen Gymnasien – beispielsweise im Interesse eines hinreichend breiten Fächerangebots im Kurssystem – werden bedarfsgerecht von der Schulleitung initiiert.

Die Schule darf zur Förderung ihres pädagogischen Konzepts und zu Beratungszwecken Projektgruppen auch mit schulfremden Dritten einrichten, sofern schulrechtliche Belange nicht beeinträchtigt werden.

XII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Der Unterrichtsbedarf (Abdeckung der Stundentafel, Teilungsstunden und dem obligatorischen Zuschlag für freiwilligen Unterricht) wird in Grundstufe und Sekundarstufe I klassenweise berechnet.

Darüber hinaus werden insgesamt 12 Lehrerwochenstunden als Fördermaßnahme für Schülerinnen und Schülern gewährt, um gezielt den Unterricht nachzuholen, von dessen Besuch sie von der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter – insbesondere zur Vorbereitung auf Konzerte – freigestellt worden sind, und zur fachlichen Hausaufgabenbegleitung.

Zur Absicherung der individuellen Betreuungs- und Übungszeiten werden 2 Vollzeitstellen für Erzieher bewilligt. Beschränkt auf den Zeitraum der derzeitigen Sanierungs- und Umbauphase des Schulgebäudes, wird zusätzlich eine weitere Erzieherstelle zur Verfügung gestellt, da sich die Übungsräume auf mehrere Ausweichgebäude verteilen und andernfalls keine hinreichende örtliche Präsenz von Betreuungspersonal vorhanden wäre.

Die sächliche Ausstattung obliegt dem Schulträger. Dabei ist der Betrag für Lehr- und Lernmittel pro Schüler doppelt so hoch anzusetzen wie an Schulen in Regelform. Zusätzlich ist durch die Finanzierung insbesondere der Pflege der instrumentalen Ausstattung und der durch Konzerte entstehenden Aufwändungen zu gewährleisten, dass die Schule ihr besonderes pädagogisches Angebot erfolgreich fortsetzen kann. Dazu gehört auch die Absicherung der vorhandenen Stellen für Pförtner und Klavierstimmer.

In Vertretung


Thomas Härtel

Beuthstr. 6-8
10117 Berlin-Mitte

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin (Postanschrift)

Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium

- Schulleitung -
(Bezirk Mitte)

Geschäftszeichen

Bearbeiter

Zimmer



Fax

eMail

Internet

Stand

Verkehrsverbindungen:
U Spittelmarkt, Bus 142

II C 3.8

Herr Schmidt

5044

(0 30) 90 26 - 56 88

+49 (30) 90 26 67 14

Gernoth.Schmidt@

SenBJS.Verwalt-Berlin.de

www.senbjs.berlin.de

18. Oktober 2005

Betr.: Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium\$ (01Y04)

Ergänzend zu meiner Verfügung vom 12. August 2005 genehmige ich dem Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasium, bei der Prüfung in besonderer Form im Rahmen des mittleren Schulabschlusses abweichend von § 44 (1) Nr. 5 der Sekundarstufe I-Verordnung vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 28) bei entsprechender Wahl der Schülerin oder des Schülers auch das Fach Musik heranzuziehen.

Auf Antrag können die Prüfungen im Fach Musik insbesondere dann als Einzelprüfungen gemäß § 52 (2) der Sekundarstufe I-Verordnung durchgeführt werden, wenn Solopräsentationen aufgrund der Themenstellung erforderlich oder aus organisatorischen Gründen unvermeidbar sind.

Der Schulträger erhält eine Durchschrift dieser Entscheidung.

Im Auftrag



Prokalt
(Landesschulrat)

Musikgymnasium Carl-Philipp-Emanuel-Bach
- Schulleitung -
(Bezirk Mitte)

Geschäftszeichen	II C 1.7
Bearbeitung	Gernoth Schmidt
Zimmer	4A11
Telefon	030 90227 5688
Vermittlung ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444
eMail	gernoth.schmidt @senbwf.berlin.de
Datum	19. Juli 2012

Betr.: Änderung der Rahmenvorgaben als Schule besonderer pädagogischer Prägung
Musikgymnasium Carl-Philipp-Emanuel-Bach (01Y04)

Gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Ganztagsbetreuung für die Jahrgangsstufen 5 und 6 und für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen vom 19. Juni 2012 (GVBl. S. 166), werden die Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung vom 12. August 2005, geändert am 18. Oktober 2005, wie nachstehend beschrieben neu gefasst; die Neuregelungen gelten für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I ab dem Schuljahr 2012/13, für die in die gymnasiale Oberstufe eintretenden Schülerjahrgänge ab dem Schuljahr 2013/14.

1. In Rubrik II „Organisation der Schule, Einrichtung“ lautet der erste Absatz künftig wie folgt:
„Die Schule wird einzügig eingerichtet und umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10 sowie die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe.“
2. In Rubrik IV „Aufnahme“ wird der letzte Absatz wie folgt neu gefasst:
„Künstlerisch-musikalische Aufnahmeprüfungen können bereits vor dem Anmeldezeitraum durchgeführt werden.“
3. Rubrik VI „Unterricht und Stundentafel“ wird wie Folgt neu gefasst:
„Englisch ist erste, Französisch zweite Fremdsprache.

Das Fach Musik wird in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 durchgängig zweistündig unterrichtet. Hinzu kommen jeweils zwei Wochenstunden in Tonsatz/Gehörbildung, die als Wahlpflichtunterricht - in den Jahrgangsstufen 5 und 6 im Rahmen der Schwerpunktbildung - für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich sind.

Musik ist in den Jahrgangsstufen 5 und 6 Kernfach im Sinne des § 31 Absatz 3 Sek I-VO.

Bankverbindungen

	Landeshauptkasse Berlin	
	Kontonummer	BLZ
Postbank Berlin	58100	10010010
Berliner Bank	9919260800	10020000
Landesbank Berlin	0990007600	10050000
Bundesbank Filiale Berlin	10001520	10000000

Den Spezialunterricht in Tonsatz/Gehörbildung erteilen entsprechend den entwickelten Arbeitsplänen und den darin festgelegten Standards Lehrkräfte der beiden Berliner Musikhochschulen, die dafür eine Lehrerlaubnis erhalten.

Es ist zulässig, im Fach Sport, abweichend vom geltenden Rahmenlehrplan gezielt Ausgleichstraining durchzuführen, das dazu dient, den spezifischen Belastungen der Instrumentalausbildung (Haltungsschäden) vorzubeugen.

Das Fach Bildende Kunst wird bis einschließlich Jahrgangsstufe 7 zweistündig, in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 einstündig erteilt.

Die naturwissenschaftlichen Fächer werden in den Klassenstufen 7 bis 10 durchgängig im Gesamtvolumen von jeweils vier Wochenstunden unterrichtet.

Für alle Schülerinnen und Schüler ist die Mitwirkung in den Ensembles Chor bzw. Orchester sowie die Mitwirkung an künstlerischen Projekten gemäß der Einteilung durch die Schulleitung verbindlich. Der Umfang der Probenarbeit beträgt in der Regel ca. 90 Minuten wöchentlich, kann aber nach Bedarf projektbezogen gebündelt werden.

Ergänzend zur Stundentafel wird der künstlerisch-musikalische Unterricht in der Verantwortung der Musikhochschulen durchgeführt, und zwar (außer Tonsatz/Gehörbildung) als Einzelunterricht wöchentlich im Umfang von 90 Minuten im Hauptfach sowie - sofern nicht Klavier Hauptfach ist - 30 Minuten Korrepetition und - ab Jahrgangsstufe 7 - 45 Minuten Klavier (Pflichtfach); dieses dafür jeweils insgesamt zur Verfügung stehende Unterrichtsvolumen kann über die gesamte Schulzeit variabel eingesetzt werden.

Als Hauptfach im künstlerisch-musikalischen Unterricht können alle Orchesterinstrumente gewählt werden sowie Klavier, Akkordeon, Gitarre, Saxophon, Blockflöte, Gesang und Komposition. Daneben sind grundsätzlich auch alle Instrumente im Bereich Jazz/Pop möglich.

Bei der Planung und Durchführung des künstlerisch-musikalischen Unterrichts werden die Semesterferien der Hochschulen berücksichtigt.

Schülerinnen und Schülern, die zeitweise zur Vorbereitung auf Konzerte von der Schulleitung vom Unterricht freigestellt werden, ist die Möglichkeit der Nacharbeit anzubieten."

4. Rubrik VII „Gymnasiale Oberstufe“ wird wie folgt neu gefasst:

„Die Qualifikationsphase erstreckt sich am Musikgymnasium Carl-Philipp-Emanuel-Bach über sechs Kurshalbjahre; die bisherige Einführungsphase entfällt.

Die Schülerinnen und Schüler müssen in jedem Kurshalbjahr die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik belegen. In den beiden ersten Kurshalbjahren werden diese Fächer als zweistündige Zusatzkurse durchgeführt und dürfen nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden. Wer in mehr als zwei dieser insgesamt sechs Zusatzkurse weniger als vier Punkte oder in einem Zusatzkurs null Punkte erhält, wird nicht zur Abiturprüfung zugelassen. Etwaige Prüfungen in diesen Fächern finden stets nach sechs Kurshalbjahren statt.

Musik muss zweites Leistungskursfach sein; es wird vierstündig unterrichtet. Zusätzlich ist die Teilnahme am Unterricht in Tonsatz/Gehörbildung verpflichtend, der von Lehrkräften der beiden Berliner Musikhochschulen nach den dort geltenden Ordnungen erteilt wird. Die darin erbrachten Leistungen werden bei der Bildung der Gesamtnote in Musik zu etwa einem Viertel berücksichtigt. Die Abiturprüfung in Musik erfolgt nach den ersten vier Kurshalbjahren.

Der Unterricht in Musik wird in den beiden letzten Kurshalbjahren - wie in Sport, der ebenfalls durchgängig zu belegen ist - als zweistündiger Zusatzkurs durchgeführt. Die Zusatzkurse

in Musik und Sport können unter Beachtung von § 26 Absatz 3 VO-GO in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.

Ebenfalls in jedem Kurshalbjahr ist jeweils mindestens ein Fach aus dem Aufgabenfeld II und III (zusätzlich zu Mathematik) zu belegen, wobei hier ein Wechsel des Fachs zulässig ist, sofern das andere Fach durchgängig vier Kurshalbjahre besucht wird.

Die Prüfungen in allen Fächern außer Deutsch, Englisch, Mathematik, Musik und Sport können nach vier oder sechs Kurshalbjahren stattfinden, soweit die dafür erforderlichen Belegverpflichtungen erfüllt sind.

Im Rahmen der besonderen Lernleistung dürfen auch Wettbewerbsbeiträge rein musikalischen Inhalts berücksichtigt werden (z. B. „Jugend musiziert“).

In den Zusatzkursen sind - zusätzlich und außerhalb der Rahmenlehrpläne - die Unterrichtsinhalte fachübergreifend unter Einbeziehung musikalischer Themen und Schwerpunkte zu gestalten.

Für Ensemblearbeit können Schülerinnen und Schüler im Umfang von bis zu 90 Minuten wöchentlich verpflichtet werden. Dieses Unterrichtsvolumen kann jahrgangsbezogen variabel - auch geblockt - eingesetzt werden. Der Besuch des Ensemblekurses Musik ist erwünscht.“

5. In Rubrik IX „Zusammenarbeit mit den Musikhochschulen“ lautet der Absatz 6 künftig wie folgt:

„Ergänzend zur Studentafel wird der künstlerisch-musikalische Unterricht weiterhin in der Verantwortung der Musikhochschulen durchgeführt, und zwar als Einzelunterricht im Umfang von wöchentlich 90 Minuten im Hauptfach sowie - sofern nicht Klavier Hauptfach ist - wöchentlich 45 Minuten Klavier und 30 Minuten Korrepetition. Der Besuch dieses Unterrichts endet mit der bestandenen Abschlussprüfung an den Musikhochschulen nach in der Regel zweijährigem Besuch der gymnasialen Oberstufe vor einer Kommission von künstlerischen Lehrkräften beider Berliner Musikhochschulen.“

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

In Vertretung

Sigrid Klebba

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

☎ + ☎ Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bwf

Georg-Friedrich-Händel-Oberschule

- Schulleitung -

(Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Geschäftszeichen	II C 1.7
Bearbeitung	Gernoth Schmidt
Zimmer	4A11
Telefon	030 90227 5688
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444
eMail	gernoth.schmidt @senbwf.berlin.de
Datum	8. Dezember 2011

Betr.: „Georg-Friedrich-Händel-Oberschule (02Y04)“

hier: Erweiterung der Schule besonderer pädagogischer Prägung durch einen in Jahrgangsstufe 7 beginnenden Zug

Gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I und II des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVBl. S. 344, 347), werden Teile der Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung vom 27. Januar 2006, geändert am 3. August 2010, wie nachstehend beschrieben neu gefasst; die Neuregelungen gelten ab dem Schuljahr 2012/13.

1. Kapitel II „Organisation der Schule“ wird wie folgt neu gefasst:

„Die Schule wird mit zwei in Jahrgangsstufe 5 beginnenden Zügen als Gymnasium mit musikalischer Prägung eingerichtet und umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 12. Entsprechend ihren räumlichen Möglichkeiten und der entsprechenden Nachfrage für dieses Profil geeigneter Bewerberinnen und Bewerber darf die Schule in Einvernehmen mit dem Schulträger ab dem Schuljahr 2012/13 zusätzlich höchstens eine in Jahrgangsstufe 7 beginnende Klasse einrichten. Angestrebt wird für die Einrichtung dieser Klassen ein Zweijahresrhythmus.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für Gymnasien festgelegte Richtfrequenz heranzuziehen; jedoch darf eine Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werden.“

2. Damit korrespondierend lautet in Kapitel IV „Aufnahme“ Satz 1 wie folgt:

„Die Aufnahme in die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule erfolgt in Jahrgangsstufe 5, wenn eine entsprechende Klasse eingerichtet wird, auch in Jahrgangsstufe 7.“

3. Der letzte Absatz in Kapitel IV „Aufnahme“ entfällt, da es generell keine vorgezogenen Anmeldezeiträume mehr gibt.

4. In Kapitel V wird Satz 2 entsprechend der zwischenzeitlich an Gymnasien generell geltenden Regelung wie folgt formuliert:

„Die Probezeit ist auch dann nicht bestanden, wenn die Leistungen in Musik insgesamt nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet werden.“

Ein haushaltsmäßiger Mehrbedarf entsteht durch den zusätzlichen Zug nicht. Neu eingerichtete Klassen werden wie Regelzüge abgerechnet. Die der Schule für ihre besondere pädagogische Prägung gewährte zusätzliche Ausstattung von insgesamt 116 Wochenstunden bleibt unverändert erhalten.

Schulaufsicht und Schulträger erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.

Im Auftrag
Pieper

Beglaubigt


Beuthstr. 6-8
10117 Berlin-Mitte

Verkehrsverbindungen:
U Spittelmarkt, Bus 142

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin (Postanschrift)

Georg-Friedrich-Händel-Oberschule

- Schulleitung -
(Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)

Geschäftszeichen	II C 3.8
Bearbeiter	Herr Schmidt
Zimmer	5044
	(0 30) 90 26 - 56 88
Fax	+49 (30) 90 26 67 14
eMail	Gernoth.Schmidt@ SenBJS.Verwalt-Berlin.de
Internet	www.senbjs.berlin.de
Stand	27. Januar 2006

Betr.: Weiterführung der **Georg-Friedrich-Händel-Oberschule** (02Y04)
als **Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule wird als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden wesentliche Elemente der an diesem Musikgymnasium ab dem Schuljahr 1991/92 erfolgreich durchgeführten Abweichenden Organisationsform und der früheren Spezialschule Georg-Friedrich-Händel fortgesetzt und weiter entwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch das Prinzip, musikalisch besonders begabten Schülerinnen und Schülern zusätzlich zu einer ausgezeichneten schulischen Bildung zu ermöglichen, sich bei Eignung und Interesse auf unterschiedliche mit Musik verbundene Berufe und Studiengänge vorzubereiten.

Die Einrichtung der Georg-Friedrich-Händel-Oberschule erfolgt gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin - SchulG - vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 23. Juni 2005 (GVBl. S. 322), im Rahmen einer Rechtsverordnung. Die Inhalte werden den nachstehenden Rahmenvorgaben entsprechen; soweit diese nichts anderes bestimmen, gelten das Schulgesetz sowie die für die Sekundarstufen I und II maßgebenden Regelungen in der jeweils geltenden Fassung; die Regelungen der Sekundarstufe I-Verordnung erstrecken sich auch auf die Jahrgangsstufen 5 und 6.

Die Einrichtung als Schule besonderer pädagogischer Prägung gilt mit Inkrafttreten der Rechtsverordnung – voraussichtlich ab dem Schuljahr 2006/07 – und ersetzt meine Errichtungsgenehmigung vom 18. Juli 1991 einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

II Organisation der Schule

Die Schule wird als zweizügiges Gymnasium mit musikalischer Prägung eingerichtet und umfasst für die bis einschließlich Schuljahr 2005/06 eingetretenen Schülerjahrgänge die Jahrgangsstufen 5 bis 13, für die später aufgenommenen Schülerjahrgänge die Jahrgangsstufen 5 bis 12.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für Gymnasium festgelegte Richtfrequenz heranzuziehen; jedoch darf eine Klassenfrequenz von 30 Schülern nicht überschritten werden.

III Grundsätzliche Bemerkungen

Über die Verstärkung des Unterrichtsfaches Musik hinaus erfolgt die musikalische Förderung der Schülerinnen und Schüler durch zusätzliche intensive Musikausübung in Chören, Orchestern und anderen Musikensembles der Schule sowie Instrumental- bzw. Stimmbildungsunterricht in enger Zusammenarbeit mit den Berliner Musikschulen und Musikhochschulen.

Die stärkere zeitliche und psychische Belastung durch zusätzlichen Unterricht und vielfältige musikalische Aktivitäten erfordert von den Schülerinnen und Schülern eine stark ausgeprägte Leistungsbereitschaft.

Damit korrespondierend werden auch von allen Dienstkräften in besonderem Maße Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen und Einsatzbereitschaft sowie eine Identifikation mit dem musikalischen Profil der Schule erwartet.

Musikinstrumente, die sich im Eigentum des Landes Berlin befinden, werden den Schülerinnen und Schülern erst nach Abschluss einer entsprechenden Nutzungsvereinbarung leihweise überlassen.

IV Aufnahme

Die Aufnahme in die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule erfolgt in Jahrgangsstufe 5.

Eine nachträgliche Aufnahme ist nach Maßgabe freier Plätze möglich; sie unterliegt denselben Voraussetzungen wie die Aufnahme in Jahrgangsstufe 5. Bei gleicher Eignung werden Schülerinnen und Schüler des Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Musikgymnasiums vorrangig aufgenommen.

Aufgenommen wird nur, wer seine musikalische Eignung im Rahmen eines von der Schule durchgeführten standardisierten Programms, das aus musikalischen Grundübungen besteht, nachgewiesen hat. Dabei werden die Leistungen der Kandidatinnen und Kandidaten von zwei Lehrkräften mit der Fakultas Musik unabhängig voneinander mit Punkten bewertet. Wer nach der Addition aller Punkte mindestens 60 (von 100 möglichen) Punkten erreicht, ist in musikalischer Hinsicht für den Besuch der Schule geeignet.

Die Kriterien der Bewertung sind:

- [nach Wahl der Schülerinnen und Schüler] Sängerische Fähigkeiten (Stimmfunktion, Stimmumfang, Intonation, sängerische Haltung und Ausstrahlung, Atmung) oder Instrumentalkenntnisse (Schwierigkeitsgrad des Vortrages, Technik, Ausführung/Interpretation, Intonation, Mitwirkung bei Wettbewerben) sowie
- Melodik (Erkennen melodischer Besonderheiten, melodisches Empfinden, Orientierung in der Tonart, Nachsingen) und
- Rhythmik (Erkennen rhythmischer Besonderheiten, Aufnahme des Metrums).

Jede Lehrkraft kann für jedes Teilkriterium bei den sängerischen Fähigkeiten bzw. Instrumentalkenntnissen maximal 3 (insgesamt 15) Punkte vergeben. Schülerinnen und Schüler, die sich im jeweils nicht gewählten Bereich freiwillig einer Überprüfung stellen, erhalten bis zu 5 Punkten. In den Bereichen Melodik und Rhythmik wird jede der jeweils 5 Grundübungen mit bis zu 3 (insgesamt 30) Punkten bewertet.

Die Aufnahme setzt weiterhin mindestens gute Leistungen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sachunterricht und Musik voraus sowie die Wahl von Englisch als erster Fremdsprache und die Erfüllung der regulären schulischen Voraussetzungen (Aufrücken oder Versetzung in die jeweilige Jahrgangsstufe).

Unter den Schülerinnen und Schülern, die sowohl die musikalischen als auch die schulischen Voraussetzungen erfüllen, erfolgt die Auswahl nach ihrer – mit Punkten bewerteten – musikalischen Qualifikation.

Weitere Voraussetzungen für die Aufnahme ist die schriftlich erklärte Bereitschaft zur Mitwirkung in den Ensembles der Schule einschließlich der Teilnahme an Probenphasen, Konzerten und Wettbewerben sowie die Verpflichtung zum individuellen Instrumental- oder Stimmbildungsunterricht.

Besondere Härtefälle im Sinne des § 56 Abs. 6 des Schulgesetzes sind insbesondere musikalisch herausragend begabte Schülerinnen und Schüler, die nicht durchweg gute Leistungen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sachunterricht und Musik nachweisen.

Die Aufnahme von Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern erfolgt entsprechend § 41 Abs. 4 des Schulgesetzes.

Für die Schule gelten vorgezogene Anmeldefristen.

V Probezeit

Die Aufnahme in die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule erfolgt zunächst auf Probe. Abweichend von den für Gymnasien geltenden Regelungen dauert die Probezeit ein Schuljahr und ist auch dann nicht bestanden, wenn die Leistungen im Fach Musik insgesamt nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet werden.

VI Unterricht und Stundentafel in der Sekundarstufe I

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 gilt die Stundentafel der Grundschule; die jeweils zweistündige Schwerpunktbildung erfolgt in Musik.

In den Jahrgangsstufen 7 bis 10 wird das Fach Musik durchgängig zweistündig unterrichtet; der Schwerpunkt des Einsatzes der vorhandenen Poolstunden erfolgt in Musik.

Das Fach Bildende Kunst wird in den Jahrgangsstufen 7 und 8 zweistündig, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 einstündig unterrichtet.

Englisch ist erste, Französisch zweite Fremdsprache.

Musik ist einziges Wahlpflichtfach; die Möglichkeit zur Wahl von Latein bleibt davon unberührt.

VII Gymnasiale Oberstufe

Musik muss zweites Leistungskursfach sein.

Im Rahmen der Besonderen Lernleistung ist auch die Teilnahme an Wettbewerben musikalischen Inhalts zulässig (z. B. „Jugend musiziert“), sofern sie mit musikwissenschaftlichen und/oder Interpretationskonzepten verbunden ist und entsprechend dokumentiert und präsentiert wird.

Für Schülerinnen und Schüler, die noch in 13 Schuljahren zum Abitur geführt werden, ist in der Einführungsphase Musik als zweiter Profilkurs zu wählen.

VIII Weitere schulische Besonderheiten

Alle Schülerinnen und Schüler sind in jedem Schuljahr zur Ensemblearbeit im Umfang von bis zu 4 Wochenstunden sowie zur Teilnahme an individuellem Instrumental- oder Stimmunterricht verpflichtet.

Für das Wahlpflichtfach und den Profilkurs Musik sind Arbeitspläne zu entwickeln, die ausgehend von den musikpraktischen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler in Anlehnung an die Rahmenlehrpläne andere Akzentuierungen und Inhalte setzen, die insbesondere verstärkt der Gehörbildung dienen und Fähigkeiten im Tonsatz entwickeln.

Die Durchführung verpflichtender Veranstaltungen ist auch am Wochenende und nach 16 Uhr zulässig.

Anstelle eines Betriebspraktikums finden in vergleichbarem zeitlichem Umfang Proben der Ensembles an musikalischen Aufführungsorten (z. B. Schauspielhaus, Musikakademie Rheinsberg) statt.

Schülerinnen und Schüler können zur Teilnahme an musikalischen Wettbewerben, Förder-, Leistungs- und Meisterkursen von der Schulleitung freigestellt werden; ihnen ist die Möglichkeit der Nacharbeit zu eröffnen.

IX Zeugnis / Zertifikate

Die Mitwirkung in den Ensembles der Schule wird auf den Zeugnissen unter „Bemerkungen“ dargestellt. Darüber hinaus kann ein von mir zu autorisierendes Zertifikat ausgestellt werden, das die musikalischen Leistungen detailliert beschreibt.

X Verlassen der Schule

Unabhängig von den schulischen Leistungen müssen Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, wenn sie die bei Aufnahme eingegangenen Verpflichtungen zur Mitwirkung in den Ensembles und zur individuellen musikalischen Ausbildung nicht erfüllen. Das begonnene Schulhalbjahr darf noch beendet werden. Wer sich bereits in der Kursphase der gymnasialen Oberstufe befindet, verbleibt an der Schule.

Beim Wechsel in eine andere Schule bleiben bei der Entscheidung, welche Schulart bzw. welche Jahrgangsstufe künftig besucht werden kann, die Leistungen in Musik unberücksichtigt, sofern sie nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet wurden.

XI Zusammenarbeit mit Institutionen und Trägern des Musiklebens

Die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule fördert insbesondere die Zusammenarbeit mit Institutionen und Trägern des Berliner Musiklebens im Interesse einer sehr guten Qualität der musikalischen Ausbildung jeder Schülerin und jedes Schülers und zur Wahrung des hohen Leistungsstandes aller schulischen Ensembles.

Dazu dienen vor allem die enge Verbindung zu den Berliner Musikschulen und Musikhochschulen, die Zusammenarbeit der schulischen Ensembles mit dem Berliner Sängerbund, die Mitwirkung der Chöre in Konzerten der Berliner Orchester, eigene Konzerte an herausragenden Spielstätten (Konzerthaus und Philharmonie) sowie die Einbeziehung professioneller Orchestermusikerinnen und -musiker sowie Sängerinnen und Sänger in Probenarbeit, Vorbereitung und Durchführung von musikalischen Großprojekten.

Die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule beteiligt sich mit ihren Ensembles und mit einzelnen besonders begabten Schülerinnen und Schülern an regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerben. Schwerpunkte sind die Bundeswettbewerbe „Jugend musiziert“ auf allen Ebenen, „Jeunesses Musicales“, Chortreffen, Chorolympiaden und Festivals. Lehrkräfte der Schule unterstützen diese Aktivitäten durch ihre Mitwirkung als Juroren oder Kursleiter.

Zur Erweiterung der musikalischen Erfahrungen werden Begegnungen und Konzertreisen mit europäischen und außereuropäischen Jugendorchestern und -chören gepflegt.

Die schulischen Ensembles wirken bei der Gestaltung von Veranstaltungen in Berlin mit.

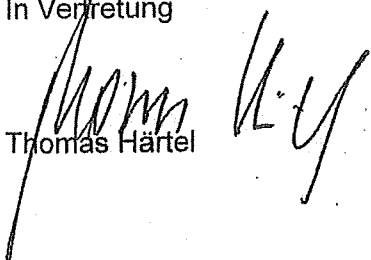
XII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule erhält über die reguläre Ausstattung hinaus insgesamt 116 Lehrerwochenstunden für die Durchführung der zusätzlichen musikalischen Ausbildung und des Instrumentalunterrichts. Der obligatorische Zuschlag für Arbeitsgemeinschaften und freiwilligen Unterricht wird für die Durchführung der Ensemblearbeit verwendet.

Die sächliche Ausstattung obliegt dem Schulträger. Er gewährleistet, dass zur Erfüllung der vielfältigen musikalischen Aufgaben (Unterricht, Proben usw.) für mehr als 550 Schülerinnen und Schüler mindestens vier Räume über den entsprechend der Klassenzahl festgelegten Standardbedarf hinaus zur Verfügung stehen, die als Unterrichts-, Chor- und Orchesterprobenräume geeignet sind. Der Schulträger stellt für Wartung, Pflege und Reparatur der Musikinstrumente, die Wartung der Klaviere und zur Finanzierung des Notenbedarfs zusätzliche Mittel bereit und weist zur Sicherung der differenzierten Arbeit in den Ensembles Honorarmittel für die Durchführung thematisch spezieller Arbeitsgemeinschaften zu.

In Vertretung

Thomas Härtel





Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U + S Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjw

Hildegard-Wegscheider-Gymnasium

(Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf)

Freiherr-vom-Stein-Gymnasium

(Bezirk Spandau)

Emmy-Noether-Gymnasium

(Bezirk Treptow-Köpenick)

Melanchthon-Gymnasium

(Bezirk Marzahn-Hellersdorf)

- Schulleitung(en) -

Geschäftszeichen	II C 1.7
Bearbeitung	Gernoth Schmidt
Zimmer	4A11
Telefon	030 90227 5688
Vermittlung ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444
eMail	gernoth.schmidt @senbjw.berlin.de
Datum	21. September 2015

Betr.: Weiterführung der naturwissenschaftlichen Züge am
Hildegard-Wegscheider-Gymnasium (04Y08),
Freiherr-vom-Stein-Gymnasium (05Y01),
Emmy-Noether-Gymnasium (09Y11),
Melanchthon-Gymnasium (10Y11) als **Schule besonderer pädagogischer Prägung**

Rahmenvorgaben der Schule besonderer pädagogischer Prägung

I Allgemeines

Die ab Jahrgangsstufe 5 bzw. Jahrgangsstufe 7 beginnenden naturwissenschaftlichen Züge am Hildegard-Wegscheider-Gymnasium, am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, am Emmy-Noether-Gymnasium und am Melanchthon-Gymnasium werden ab dem Schuljahr 2015/16 als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ weitergeführt. Dabei werden wesentliche Elemente der an diesen Gymnasien im Rahmen des Schulversuchs „Individualisierung des gymnasialen Bildungsganges“ eingerichteten mathematisch-naturwissenschaftlichen Profilzüge fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die besondere pädagogische Prägung ist gekennzeichnet durch die Vermittlung vertiefter Einblicke in die inhaltliche Vielfalt der MINT-Fächergruppe durch projekt- und anwendungsorientierten Unterricht, die der fundamentalen Rolle dieser Fächer für den Fortschritt in Wissenschaft und Gesellschaft gerecht wird.

Die Rahmenvorgaben beschreiben den Inhalt der Schule besonderer pädagogischer Prägung im Vorgriff auf die gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 26. März 2014 (GVBl. S. 78), zu erlassende Rechtsverordnung und ersetzen meine Schulversuchsgenehmigungen vom 12. Januar 2011 (für das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium), vom 18. Juli 2011 (für das Hildegard-Wegscheider-Gymnasium), vom 26. Juli 2011 (für das Emmy-Noether-Gymnasium) und vom 24. Januar 2014 (für das Melanchthon-Gymnasium) einschließlich sämtlicher nachfolgender Änderungen.

Bankverbindungen		Landeshauptkasse Berlin
		Kontonummer BLZ
Postbank Berlin	58100	10010010
Berliner Bank	9919260800	10020000
Landesbank Berlin	0990007600	10050000
Bundesbank Filiale Berlin	10001520	10000000

Soweit nichts anderes bestimmt wird, gelten das Schulgesetz sowie die für Gymnasien maßgebenden Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

II Organisation der Schulen

An den teilnehmenden Gymnasien wird jeweils ein in den Jahrgangsstufen 5 und 7 beginnender Zug mit naturwissenschaftlicher Prägung eingerichtet.

Für die Einrichtung der Klassen ist die für das Gymnasium festgelegte Einrichtungsfrequenz heranzuziehen; jedoch darf eine Höchstfrequenz von 30 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werden.

III Grundsätzliche Bemerkungen

Die Schulen vertiefen den Unterricht in Mathematik, Physik und Chemie, bei entsprechendem Beschluss der Schulkonferenz auch Biologie. Sie sind Mitglieder im Naturwissenschaftlichen Netzwerk Berliner Gymnasien und kooperieren mit Berliner Hochschulen. Darüber hinaus kooperiert jede Schule mit öffentlichen Einrichtungen oder Wirtschaftsbetrieben im Bereich Technik und Forschung.

Im Unterricht in Physik, Chemie und Mathematik - ggf. auch Biologie - werden die Rahmenlehrpläne um zusätzliche Inhalte und Anforderungen erweitert. Es ist zulässig (und wegen der Vertiefung des Unterrichts auch notwendig), Inhalte in frühere Jahrgangsstufen vorzuverlegen, zu vertiefen und entsprechend der vorgelegten Konzeption zusätzlich neue Themengebiete zu behandeln.

IV Aufnahme

Die Aufnahme in die Schule besonderer pädagogischer Prägung ist freiwillig und bedarf eines schriftlichen Antrags der Erziehungsberechtigten. Diese müssen zuvor über Inhalt, Bedingungen und mögliche zusätzliche Belastungen informiert worden sein.

Aufgenommen werden können in Jahrgangsstufe 5 bzw. 7 aufgerückte, für den besonderen Bildungsgang geeignet erscheinende Schülerinnen und Schüler. Maßgeblich sind die Vorschriften der Verordnung über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung.

Die Aufnahme setzt mindestens gute Leistungen in Mathematik voraus.

a) Jahrgangsstufe 5

Die weitere - über die Voraussetzung in Absatz 3 hinausgehende - Eignung wird zunächst aus den Noten des ersten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 4 in den Fächern Mathematik, erste Fremdsprache, Sachunterricht und Deutsch abgeleitet. Dabei wird die Note in Mathematik mit dem Faktor 3, die Note im Deutsch mit dem Faktor 2 multipliziert. Die gewichtete Notensumme aus allen vier Fächern darf nicht höher als 15 sein.

Schülerinnen und Schüler, die diese Voraussetzung erfüllen, nehmen an einem einheitlichen, von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Test mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt teil, der an allen grundständigen naturwissenschaftlich profilierten Schulen gleichzeitig erfolgt. Wer aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht am Test teilnimmt - ein Nachweis ist erforderlich -, kann den Test zu einem späteren, von den Schulen gemeinsam festzulegenden Zeitpunkt ablegen.

Die weitere Auswahl der Schülerinnen und Schüler erfolgt anhand einer Eignungsprüfung, die auf einem Punkteverfahren beruht. Die entscheidende Punktzahl ergibt sich zu 50 Prozent aus den Ergebnissen des Tests, zu 25 Prozent aus der Notensumme nach Absatz 2 und zu 25 Prozent aus den vier Kompetenzkriterien der Förderprognose: „erkennt grundlegende Prinzipien oder Regeln und wendet sie sachgerecht an“, „arbeitet strukturiert, selbständig und verknüpft Wissensgegenstände“, „plant

und organisiert Arbeitsschritte zielgerichtet und zügig“ und „ist ideenreich, Neuem gegenüber aufgeschlossen und vielseitig interessiert“. Je höher die erreichte Punktzahl ist, desto höher ist die Eignungsvermutung. Maximal sind 20 Punkte erreichbar. Die Ergebnisse des Tests werden in Abhängigkeit von der erreichten absoluten Punktzahl mit 0 bis 10 Punkten bewertet. Die Notensumme und die Ausprägung der zentralen Kompetenzen der Förderprognose werden ebenfalls in Punkte umgerechnet. Bei der Notensumme erfolgt dies, indem absteigend von fünf Punkten bis einem Punkt für die Notensummen „7“, „8“, „9“, „10 bis 11“ und „12 bis 13“ vergeben werden. Bei den Kompetenzen wird jeweils ein Punkt vergeben, wenn eines der vier benannten Kriterien „besonders ausgeprägt“ ist; ein zusätzlicher Punkt wird vergeben, wenn alle vier zentralen Kompetenzen besser als „durchschnittlich ausgeprägt“ ausgewiesen sind.

Bei gleicher Punktschme führt die Schulleitung mit den betreffenden Schülerinnen und Schülern jeweils ein qualifiziertes Aufnahmegespräch durch. Bei einem deutlichen Missverhältnis zwischen Mädchen und Jungen ist zur Gewährleistung des koedukativen Unterrichts dem schwächer vertretenen Geschlecht - bei gleicher Eignung - mindestens ein Drittel der Plätze zur Verfügung zu stellen. Ein qualifiziertes Aufnahmegespräch führt die Schulleitung auch mit den Schülerinnen und Schülern durch, bei denen Testergebnis und Bewertung der Grundschule deutlich voneinander abweichen.

Unabhängig von der Gesamtpunktzahl können bis zu 10 % der Plätze unter Berücksichtigung des Gesprächsergebnisses von der Schulleiterin oder dem Schulleiter an Schülerinnen und Schüler vergeben werden, die nur im Test herausragend abgeschnitten haben, naturwissenschaftliche Kompetenzen anderweitig nachweisen (z. B. erfolgreiche Wettbewerbsteilnahmen) oder für die keine Förderprognose erstellt wurde und die damit auch keine Punkte bei der Bewertung der Kompetenzen einbringen können, sofern unter Berücksichtigung des Ergebnisses des in diesen Fällen mit den Schülerinnen und Schülern zu führenden qualifizierten Aufnahmegesprächs eine der Eignungsvermutung nach Absatz 4 Satz 3 vergleichbare Eignungsvermutung besteht. Die Begründung dieser Aufnahmeentscheidungen ist der Schülerakte beizufügen.

b) Jahrgangsstufe 7

Die Aufnahme kann über die Voraussetzung des Absatzes 3 hinaus nach Entscheidung jeder Schule vom Ergebnis eines Aufnahmetests mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt abhängig gemacht werden, den die Schulen selbst erstellen; wird ein solcher Test durchgeführt, müssen mindestens 50 Prozent der möglichen Punkte erreicht werden.

Übersteigt in Jahrgangsstufe 7 die Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmekapazität der naturwissenschaftlichen Züge, werden vorrangig die Schülerinnen und Schüler mit der niedrigsten Notenpunktschme aus den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch und erste Fremdsprache bei doppelter Gewichtung der Fächer Mathematik und Naturwissenschaften aufgenommen.

c) Seiteneinstieg zu einem anderen Zeitpunkt

Eine Aufnahme in einen bereits eingerichteten Zug ist nach Maßgabe freier Plätze möglich, wenn in zwei der drei Fächer Physik, Chemie und Mathematik mindestens gute und in dem jeweils anderen Fach mindestens befriedigende Leistungen vorliegen; wird nur eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Lernbereich gebildet, muss diese mindestens gut sein.

Die Aufnahme kann zudem vom Ergebnis eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufnahmetests an der gewünschten Schule abhängig gemacht werden.

V Unterricht und Stundentafel in den Jahrgangsstufen 5 bis 10

Es gelten die Stundentafeln der Grundschule bzw. des Gymnasiums, soweit nicht nachstehend davon abgewichen wird. Die Gesamtwochenstundenzahl darf grundsätzlich nicht überschritten werden.

Das Fach Naturwissenschaften wird in den Jahrgangsstufen 5 und 6 um mindestens eine Wochenstunde verstärkt.

Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern umfasst in den Jahrgangsstufen 7 und 8 mindestens sechs, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 mindestens sieben Wochenstunden. Mathematik soll mit fünf Wochenstunden unterrichtet werden; wird im Umfang von vier Wochenstunden unterrichtet, ist dafür in der Regel ein naturwissenschaftliches Fach einschließlich Informatik weiter zu verstärken.

In den Jahrgangsstufen 9 und 10 ist für alle Schülerinnen und Schüler das Fach „Wissenschaftsethik“ Wahlpflichtfach. Dieses Fach soll Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, einen offenen, aber verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Technologien zu entwickeln. Maßgebend dafür ist das Kerncurriculum gemäß Anlage 1. Weitere Wahlpflichtkurse, insbesondere im MINT-Bereich, können angeboten werden.

Die in der Stundentafel vorgesehenen Stunden für Schwerpunkt- bzw. Profilbildung sind vorrangig zur Erweiterung des Unterrichts in den MINT-Fächern einzusetzen. Es ist zulässig, Sport durchgängig sowie die Fächer Bildende Kunst und Musik insgesamt in Jahrgangsstufe 8 mit zwei Wochenstunden und das Fach Ethik in den Jahrgangsstufen 9 und 10 mit einer Wochenstunde - auch epochal - zu unterrichten.

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist das Fach Naturwissenschaften Kernfach im Sinne des § 31 Abs. 3 Sek I-Verordnung.

Der Unterricht im Fach Naturwissenschaften erfolgt teilweise als Teilungsunterricht, der auch nach Geschlechtern differenziert erteilt werden kann.

Durch projekt- und anwenderorientierten Unterricht sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern (Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen in Forschung und Technik) soll der Anteil experimentellen Unterrichts signifikant erhöht werden.

VI Gymnasiale Oberstufe

Eines der Fächer Physik, Chemie, Mathematik oder Informatik muss Leistungskursfach sein. Darüber hinaus ist ein weiteres Fach aus dem Aufgabenfeld III entweder als Prüfungsfach oder als fünfte Prüfungskomponente zu wählen.

In den ersten beiden Kurshalbjahren wird durchgängig der Kurs „Wissenschaftspropädeutik im naturwissenschaftlichen Netzwerk“ als Ergänzungskurs angeboten. Die Ausgestaltung des Kerncurriculums (Anlage 2) obliegt den Schulen. Die Leistungsüberprüfung erfolgt in Einzelleistung im Rahmen einer schriftlich erstellten Projektarbeit.

VII Ausscheiden aus dem naturwissenschaftlichen Zug

Bei der Entscheidung über die Versetzung bleiben mangelhafte Leistungen in einem naturwissenschaftlichen Fach oder Mathematik unberücksichtigt, wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt oder in einen Zug mit nicht mathematischem und/oder naturwissenschaftlichem Schwerpunkt wechselt.

Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen in zwei aufeinander folgenden Versetzungszeugnissen jeweils in mehr als einem der Fächer Physik, Chemie und Mathematik schlechter als ausreichend be-

wertet werden, müssen den naturwissenschaftlichen Zug unabhängig von einer Versetzung verlassen. Die Klassenkonferenz kann bei Vorliegen besonderer Gründe ausnahmsweise den Verbleib im naturwissenschaftlichen Zug beschließen.

VIII Haushaltsmäßige Auswirkungen

Für jeden naturwissenschaftlichen Zug wird in der Sekundarstufe I (ab Jahrgangsstufe 5) pro Schuljahr eine zusätzliche Teilungsstunde für den erheblich höheren experimentellen Aufwand in den Profulfächern gewährt. Zur Durchführung zusätzlicher fakultativer Angebote insbesondere in den künstlerischen Fächern und in Sport erhält jede Schule pro komplett eingerichteten Zug zwei Wochenstunden.

Die ggf. erhöhte Sachmittelausstattung ist vom Schulträger bereitzustellen.

Schulträger und Schulaufsicht erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

In Vertretung

Mark Rackles

Wissenschaftsethik in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 des naturwissenschaftlich-mathematischen Netzwerks

Allgemeines:

Der Fortschritt in Forschung und Technik bringt nicht nur in den Lebenswissenschaften überlieferte Überzeugungen und Werte ins Wanken. In fast allen Disziplinen stellt der technische Fortschritt tief greifende Fragen an das menschliche Selbstbild und an unser Verhältnis zur Umwelt, zu unserer Geschichte und unserer Zukunft. Mit modernen Technologien wird der Planet in unbekannter Intensität umgestaltet.

Ziel von Wissenschaftsethik ist es, die Schülerinnen und Schüler vertieft zur Reflexion über naturwissenschaftliche Erkenntnisse, ethische Standards innerhalb der Wissenschaften als auch auf die gesellschaftlichen Auswirkungen des Forschungsprozesses, technischen Fortschritt und dessen Folgen anzuregen; dabei gilt es auch, ein Bewusstsein für Verantwortung zu schaffen und sie in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Handeln als Teil dieser Gesellschaft verstehen und vertreten zu können (Reflexionskompetenz).

Wissenschaftsethik soll die Strukturen, Prozesse und Produkte von Wissenschaft und Technologie aus ethischer Perspektive untersuchen und ethische Normen formulieren.

Organisatorisches:

Die Netzwerkschulen richten in der Sek. I in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 ein für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtendes, fächerübergreifendes und interdisziplinäres Unterrichtsangebot „Wissenschaftsethik“ ein.

Die Organisationsform und die Inhalte sind durch die Einzelschule entsprechend dem Kerncurriculum „Wissenschaftsethik im naturwissenschaftlich-mathematischen Netzwerk“ zu gestalten.

Die Themen und Inhalte knüpfen vor allem an die Themen und Inhalte für die Naturwissenschaften in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 an. Sie bieten die Möglichkeit der Vernetzung und der fächerübergreifenden Kooperation.

Die Einzelschule wählt aus der Tabelle „Themenfelder und Inhalte der Doppeljahrgangsstufe 9/10“ im Regelfall vier Themen aus unterschiedlichen Teildisziplinen.

Fachbezogene Kompetenzen:

Die Reflexionskompetenz umfasst die folgenden sich ergänzenden, teils sich überschneidenden, in gegenseitiger Wechselwirkung stehenden Kompetenzen.

Wahrnehmen und deuten:

Auf der Grundlage naturwissenschaftlich-mathematischen Fachwissens erkennen, untersuchen und erklären die Schülerinnen und Schüler moralische Aspekte aus verschiedenen wissenschaftsethischen Bereichen. Dabei begreifen sie, dass ethische Positionen und menschliches Handeln an Werte und an moralische Normen gebunden sind.

Perspektiven übernehmen:

Auf Grundlage der Kenntnisse einer anderen Person vollziehen die Schülerinnen und Schüler zumindest in Annäherung deren Denken, Fühlen, Wollen etc. in einer konkreten Situation nach: Es geht um die Fähigkeit, die Welt mit den Augen des Anderen zu betrachten. Voraussetzung hierfür ist eine Beschäftigung mit den Gegebenheiten, welche die Person des Anderen konstituieren, wie Biographie, Kultur, Religion, Gesellschaft usw. Sie erkennen zunehmend, inwieweit ihre eigenen Entscheidungen und Taten Auswirkungen auf ihre Umwelt haben. Insofern folgt aus der Kompetenz der Perspektivübernahme die Fähigkeit, soziale, kulturelle und religiöse Interaktionsprobleme zu bewältigen.

Einen Dialog führen:

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln die Kompetenz, eine dialogische Gesprächskultur, in der Konsens angestrebt wird und Dissens akzeptiert und ausgehalten wird, auszubilden. In diesem Zusammenhang setzen sich die Schülerinnen und Schüler inhaltlich mit unterschiedlichen Kulturen, wissenschaftlichen Standpunkten, Religionen und Weltanschauungen auseinander und entwickeln dabei ein Bewusstsein für individuelle und kulturelle Unterschiede, sowie für das wissenschaftliche Entwicklungsbestreben des Menschen. Gefühle und Wertungen werden verständigungsorientiert mitgeteilt und lebensweltlich geprägte Sichtweisen und Fragen auf Begriffe gebracht. Ziel wissenschaftsethischer Dialoge ist es nicht, Recht zu bekommen, sondern das zur Debatte stehende Problem zu klären oder einzusehen, dass es für eine Klärung weiterer Gespräche bedarf.

Argumentieren und urteilen

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln die Kompetenz, sich mit eigenen und fremden Positionen kritisch auseinanderzusetzen, widerspruchsfrei und begründet zu argumentieren, differenziert Positionen zu beurteilen und eigenständig ein eigenes reflektiertes Urteil zu wissenschaftsethischen Fragen und Problemen zu fällen. Zentrale Voraussetzung für die Entwicklung der Kompetenz Argumentieren und Urteilen ist ein Wissen über Handlungsbedingungen, Theorien und Argumentationsmethoden.

Themenfelder und Inhalte der Doppeljahrgangsstufe 9/10:

Teildisziplin	Exemplarische Themen	Exemplarische naturwissenschaftliche Schwerpunkte
Medizinethik und Bioethik	Organspende Sterbehilfe Abtreibung Ökonomisierung der Pharmazie Ästhetische Chirurgie Gentechnik/Klonen Präimplantationsdiagnostik und Pränataldiagnostik	Gesundheit/Krankheit (Biologie) Genetik (Biologie)
Technikethik	Kerntechnik und -energie Robotik/Roboterrechte Kunststoffe	Kernphysik (Physik) Atombau (Physik/Chemie) Endlagerstätten (Chemie) Kunststoffe (Chemie)
Umweltethik	Nachhaltigkeit Ökologischer Fußabdruck Klimawandel	Nachhaltigkeit (Geographie) Energieumwandlungen in Natur und Technik (Physik)
Wissenschaftsphilosophie, Logik, Erkenntnistheorie	Deduktion/Induktion Rationalismus/Empirismus Logischer Positivismus Kritischer Rationalismus	Argumentieren (Mathematik)
Anthropologie Transhumanismus	Human Enhancement Entwicklung des Menschen/der Menschheit	Evolution (Biologie)
Tierethik	Massentierhaltung Tierversuche Speziesismus	Bau und Funktion des Nervensystems (Biologie)
Medienethik	Der transparente Mensch Moderne Kommunikationsverfahren Virtuelle vs. Reale Welt: Manipulation von Wirklichkeit	Geschichte der Informatik Information und Daten Leben in und mit vernetzten Systemen (Informatik)

Die Themen der Wissenschaftsethik sind stets in den drei sich überschneidenden Perspektiven (individuelle Perspektive, gesellschaftliche Perspektive, ideengeschichtliche Perspektive) zu entwickeln.

WISSENSCHAFTSPROPÄDEUTIK IN DER GYMNASIALEN OBERSTUFE DES NATURWISSENSCHAFTLICHEN NETZWERKES

ALLGEMEINES

Non scholae, sed vitae discimus

Mit dieser an die modernen Anforderungen an Schule adaptierten Variante einer Sentenz aus Epistel 106 des antiken Philosophen Seneca werden die Aufgaben der Schule pointiert charakterisiert. Eben die Verbindung zwischen den in der Bildungsinstitution vermittelten Inhalten und den künftigen Herausforderungen des postschulischen Lebens bildet die Komplexität der Erwartungen an den Unterricht ab. In allen Fächern ist die Vorbereitung zumindest auf ein Universitätsstudium der an den Unterricht in der Sekundarstufe II gestellte Anspruch, oder wie es exemplarisch im Berliner Rahmenlehrplan des Faches Geschichte für die Sekundarstufe II heißt:

"Der beschleunigte Wandel einer von Globalisierung geprägten Welt erfordert ein dynamisches Modell des Kompetenzerwerbs, das auf lebenslanges Lernen und die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen im Alltags- und Berufsleben ausgerichtet ist". (BRLP (2006), S.8)

ORGANISATORISCHES:

Die Netzwerkschulen richten in den ersten beiden Kurshalbjahren der gymnasialen Oberstufe ein für alle Schülerinnen und Schüler zugänglichen Ergänzungskurs „Wissenschaftspropädeutik“ ein.

Die Organisationsform und die Inhalte sind durch die Einzelschule entsprechend dem Kerncurriculum „Wissenschaftspropädeutik im naturwissenschaftlichen Netzwerk“ zu gestalten.

BESCHREIBUNG DES ERGÄNZUNGSKURSES

Im Ergänzungskurs „Wissenschaftspropädeutik“ erlernen die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 11 fächerübergreifend die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens als konkret unterstützende Vorbereitung auf das 5. Prüfungsfach im Abitur sowie als allgemeine Vorbereitung auf das Hochschulstudium.

Sie erlernen die Grundbestandteile von Wissenschaftssprache bezogen auf lateinische und griechische Wurzeln mit Anwendung in deutscher und englischer Wissenschaftssprache sowie die korrekte Verwendung von Fachbegriffen im jeweiligen Kontext.

Des Weiteren werden sie in die grundlegenden wissenschaftlichen Arbeitstechniken wie Funktion und Gestaltung von Fußnoten, Zitation, Quellenangaben sowie Kenntnis von Hilfswissenschaften eingeführt und erproben diese exemplarisch. Zusätzlich üben sie den Umgang mit wissenschaftlicher Literatur anhand der Lektüre verschiedener fachsprachlicher Texte. Der Bereich der Recherchearbeit soll sowohl theoretisch vorbereitet als auch vor Ort durch einen Bibliotheksbesuch an einer Universität praktisch angewendet werden.

KOMPETENZEN UND STANDARDS

Im Ergänzungskurs „Wissenschaftspropädeutik“ erlernen die Schülerinnen und Schüler im **1. Semester** folgende Kompetenzen:

- Sie wissen um die Zielsetzung wissenschaftlichen Arbeitens
- Sie wissen um den Aufbau einer wissenschaftlich angelegten Arbeit mit der selbstständigen Entwicklung von Fragestellungen
- Sie kennen den Inhalt und Stil von schriftlichen Arbeiten und üben deren praktische Umsetzung im Selbstversuch
 - Sie kennen und üben den Umgang mit wissenschaftlichen Hilfsmitteln
 - Sie erwerben Kenntnis der wichtigsten (Hilfs-)Wissenschaften
- Sie wenden die grundlegenden Recherchetechniken zur Informationsbeschaffung an
 - Sie wissen um Bedeutung und Gebrauch von Wissenschaftssprachen (Deutsch und Englisch)
 - Sie erwerben die Fähigkeit zum erfolgreichen Dekodieren von Aufgabenstellungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften
- Sie weisen die Fähigkeit nach, nach den allgemein gültigen Standards das Gerüst einer Arbeit zu verfassen (mit den wichtigsten geisteswissenschaftlichen Arbeitstechniken)

Im Ergänzungskurs „Wissenschaftspropädeutik“ erlernen die Schülerinnen und Schüler im **2. Semester** folgende Kompetenzen:

1. Wissenschafts"geschichte"

— Schwerpunkte: Reflexion — Kommunikation —

- Beschreiben und vergleichen exemplarisch die Entwicklung der wissenschaftstheoretischen Begriffe und Konzepte vom Altertum zur Moderne
- Analysieren und vergleichen kritisch die Wissenschaftsethik der heutigen Zeit mit der Alltagsvorstellung
- Diskutieren sachlich und argumentieren zur Motivation der Wissenschaft und ethischen Vorstellungen

2. Grundbestandteile von Wissenschaftssprache

— Schwerpunkt: Fachwissen —

- Stellen ihr Fachwissen über wissenschaftstheoretische Fachbegriffe dar
- Beschreiben Modelle als Konstruktion mit dem Ziel einen Teilaspekt der „Wirklichkeit“ zu erfassen
- Wenden ihr Wissen von Modellen in unterschiedlichen Kontexten an

3. Grundlagen zum Wissenschaftlichen Arbeiten

— Schwerpunkt: Methodenwissen —

- Beschreiben heuristische Methoden der Problemlösung, planen sie, führen sie durch und werten sie aus
- Wenden Methoden der Recherche an
- Erarbeiten einen wissenschaftlichen Text
- Präsentieren Arbeitsergebnisse adressaten-, situationsgerecht sowie mediengestützt und verteidigen sie im Plenum

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U + S Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjw

An alle Schulen der Sekundarstufen I und II
die Schulpraktischen Seminare
die Schulaufsicht in den Außenstellen
die Schulämter der Bezirke
die Träger der Freien Schulen

Geschäftszeichen II C 1.4
Bearbeitung Dr. Kristin Dimitrov
Zimmer 4A12
Telefon 030 90227 5679
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6444
eMail kristin.dimitrov@senbjw.berlin.de
Datum 18.04.2015

Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 3 / 2015

Langfristige Beurlaubungen während des Besuchs der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe für einen Auslandsaufenthalt mit verpflichtendem Schulbesuch

Im Folgenden sind die bei einer langfristigen Beurlaubung für einen Auslandsaufenthalt mit verpflichtendem Schulbesuch während der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe generell zu beachtenden rechtlichen Rahmenbedingungen und einzuhaltenden Verfahrensschritte (Nr. 1 bis 6) sowie die Besonderheiten einer Beurlaubung in der Jahrgangsstufe 10 (Nr. 7) und während der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe (Nr. 8) dargestellt.

1. Zuständigkeit für die Entscheidung über den Beurlaubungsantrag

Die Zuständigkeit für die Entscheidung über langfristige Beurlaubungen für Auslandsaufenthalte mit verpflichtendem Schulbesuch liegt gemäß Nummer 4 Abs. 3 AV Schulbesuchspflicht vom 19. November 2014 (ABl. S. 2235) in der jeweils geltenden Fassung bei den Schulleiterinnen und Schulleitern, die dazu eine Stellungnahme der klassen- oder kerngruppenleitenden Lehrkraft oder der Oberstufentutorin oder des Oberstufentutors einholen. Umfasst die Beurlaubung ein ganzes Schuljahr, ist die Schulbehörde zu informieren.

2. Antragstellung

Eine Beurlaubung liegt nur dann vor, wenn das Schulverhältnis weiter besteht. Es muss also im Beurlaubungsantrag zum Ausdruck kommen, dass der bisher in Berlin besuchte Bildungsgang auch nach Rückkehr aus der Beurlaubung weiter besucht werden soll. Dies ist nicht der Fall, wenn die Absicht besteht, den Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt dauerhaft oder auf unabsehbare Zeit ins Ausland zu verlagern.

Eine Beurlaubung setzt einen rechtzeitig vor Beginn der Beurlaubung zu stellenden schriftlichen Antrag voraus, aus dem sich Beginn und Ende der Beurlaubung (zeitliche Befristung) ergeben müssen. Auch bei Verlängerung einer Beurlaubung müssen diese Kriterien erfüllt sein. Eine nachträgliche oder stillschweigende Beurlaubung ist nicht zulässig.

3. Prüfung und Entscheidung über den Antrag

Über den Beurlaubungsantrag ist einzelfallbezogen unter Berücksichtigung insbesondere folgender Kriterien zu entscheiden:

- a) Würdigung der angegebenen Beurlaubungsgründe
(z. B. Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse),
- b) Beurlaubungsdauer
(sind insb. Versetzungs- oder Abschlussentscheidungen berührt),
- c) Leistungsstand und Leistungsvermögen
(werden Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung nach Rückkehr befürchtet),
- d) Folgen der Beurlaubung für die Fortsetzung des Bildungsganges
(ergeben sich ggf. Wiederholungsverpflichtungen),
- e) sonstige persönliche Gründe
(z.B. Alter, Reife, besondere familiäre Umstände),
- f) bei nicht mehr Schulpflichtigen
(kommt alternativ zur Beurlaubung eine Unterbrechung des Schulbesuchs in Frage).

Insbesondere ist zu klären, ob im Beurlaubungsbescheid außer der Bedingung des Schulbesuchs im Ausland (auflösende Bedingung), der durch ein Zeugnis oder einen entsprechenden Nachweis zu belegen ist, Auflagen festgelegt werden müssen. Wenn z.B. durch die Beurlaubung eine Versetzungsentscheidung berührt ist, kann die Auflage darin bestehen, dass der Unterricht in bestimmten Fächern besucht werden muss oder für die Anerkennung nach Rückkehr an einer Leistungsüberprüfung teilzunehmen ist.

Darüber hinaus sind die Schülerinnen und Schüler sowie, bei noch nicht Volljährigen, deren Erziehungsberechtigte über eine ggf. notwendig erscheinende eigenständige Fortbildung in einzelnen Fächern während der Beurlaubung zu beraten. Sie sind ferner umfassend über mögliche oder feststehende Folgen einer Beurlaubung zu informieren, insbes. darüber, unter welchen Voraussetzungen eine Wiederholung der Jahrgangsstufe zwingend erforderlich ist oder wahrscheinlich erscheint.

4. Beurlaubungsbescheid

In den Beurlaubungsbescheid sind neben der Bedingung zum verpflichtenden Schulbesuch auch alle Auflagen aufzunehmen, die zu erfüllen sind, um die Wiederholung einer Jahrgangsstufe zu vermeiden. Auch die Hinweise zu einer eigenständigen Fortbildung können aufgeführt werden, falls sie nicht bereits beim Beratungsgespräch übermittelt und dokumentiert wurden.

Sofern der Beurlaubungsantrag abgelehnt wird, sind eine entsprechende Begründung für diese Entscheidung und eine Rechtsbehelfsbelehrung in den Bescheid aufzunehmen. Musterbescheide werden über die regionale Schulaufsicht zur Verfügung gestellt. Gegen den Bescheid kann Widerspruch eingelegt werden, über den die regionale Schulaufsicht entscheidet.

5. Zeugnisse während des Beurlaubungszeitraums

Erstreckt sich die Beurlaubung über einen oder mehrere Zeugnistermine, ist folgendermaßen zu verfahren:

- a) Ein Halbjahreszeugnis wird in der Sekundarstufe I und am Ende des ersten Halbjahres der Einführungsphase nur dann ausgestellt, wenn die oder der Beurlaubte zu diesem Zeitpunkt zurückkehrt und während des Halbjahres sowohl die Berliner Schule als auch eine Schule im Ausland besucht wurden oder am Ende eines vollständig im Ausland verbrachten Halbjahres der Sekundarstufe I eine Entscheidung (z.B. Rücktritt oder Probezeitentscheidung) getroffen werden muss.
- b) Ein Jahrgangszeugnis wird in der Sekundarstufe I und der Einführungsphase immer erteilt. Wenn in der Schule im Ausland erbrachte Leistungen berücksichtigt werden sollen und / oder nach Rückkehr eine Leistungsüberprüfung stattfinden soll, wird das Zeugnis erst nach Rückkehr aus der Beurlaubung ausgestellt. Bei einer Beurlaubung während der Qualifikationsphase werden nur dann Zeugnisse erteilt, wenn der Schulbesuch im Ausland anerkennungsfähig ist; bei nicht anerkennungsfähigen Auslandsaufenthalten gelten für die Zeugniserteilung die in Nummer 7 dargestellten Besonderheiten.

Wenn aufgrund der in Berlin erbrachten Leistungen keine Beurteilung möglich ist, wird auf den Zeugnissen anstelle von Noten ein „o.B.“ ausgewiesen. Auf den Schulbesuch im Ausland, gegebenenfalls nach dortigem Landesrecht erworbene Abschlüsse sowie das Ergebnis einer Leistungsüberprüfung nach Rückkehr, ist unter Bemerkungen hinzuweisen. Darüber hinaus ist eine im Beurlaubungszeitraum getroffene Entscheidung zur Fortsetzung des Bildungsganges (Versetzung, Wiederholung, Rücktritt) zu vermerken.

6. Entscheidungen nach Rückkehr aus der Beurlaubung

Sofern während oder am Ende des Beurlaubungszeitraums eine Versetzungsentscheidung oder eine andere die Fortsetzung des Bildungsganges berührende Entscheidung zu treffen ist, sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- a) der vor der Beurlaubung erreichte Leistungsstand,
- b) der während des Schulbesuchs im Ausland erworbene Leistungsstand
sowie gegebenenfalls
- c) ein während der Beurlaubung erreichter und von der Zeugnisanerkennungsstelle meines Hauses förmlich festgestellter Bildungsabschluss der ausländischen Schule,
- d) das Ergebnis einer Leistungsüberprüfung,
- e) die Prognose, dass eine erfolgreiche Mitarbeit am Unterricht der nächsthöheren Jahrgangsstufe zu erwarten ist.

Das Überspringen einer Jahrgangsstufe ist nach Rückkehr aus der Beurlaubung ausgeschlossen.

Bei Besuch einer Schule in Frankreich gilt die Anerkennung der dort erworbenen Leistungen als erteilt, wenn eine der Schule in Berlin vergleichbare Schulart in Frankreich besucht wurde.

Nach Beendigung der Beurlaubung wird der Schulbesuch grundsätzlich an der vorher besuchten Schule wiederaufgenommen. Soll ein Schul- oder Schulartwechsel erfolgen, sind die hierfür geltenden Bestimmungen anzuwenden (§ 25 Sek I-VO, § 7 VO-GO oder die jeweiligen Aufnahmebedingungen von Schulen besonderer pädagogischer Prägung).

7. Besonderheiten bei einer Beurlaubung während der Jahrgangsstufe 10

Durch die Änderung von § 9 Sek I-VO und § 8 VO-GO vom 8. Mai 2014 haben sich die Besonderheiten bei einer Beurlaubung während der Jahrgangsstufe 10 verändert.

Neben der bereits in der Vergangenheit vorgesehenen Möglichkeit, den mittleren Schulabschluss während einer Beurlaubung im Ausland durch die Rückkehr spätestens zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres der Jahrgangsstufe 10 zu erwerben, ist nun Folgendes neu geregelt worden:

Schülerinnen und Schüler können nach einem mindestens im zweiten Halbjahr der Jahrgangsstufe 10 erfolgenden Auslandsaufenthalt ohne Erwerb des mittleren Schulabschlusses am Ende der Jahrgangsstufe 10 mit einer halbjährigen Probezeit in die gymnasiale Oberstufe übergehen und bei Erfüllung der festgelegten Bedingungen ein dem mittleren Schulabschluss gleichwertigen Abschluss erlangen. Mit Bestehen der Probezeit wird ein dem mittleren Schulabschluss gleichwertiger Schulabschluss erworben und die gymnasiale Oberstufe kann fortgesetzt werden. Bei nicht erfolgreich abgeschlossener Probezeit ist der Rücktritt in das zweite Halbjahr der Jahrgangsstufe 10 möglich, so dass der mittlere Schulabschluss noch originär erworben und gegebenenfalls erneut in die gymnasiale Oberstufe übergegangen werden kann.

8. Besonderheiten bei einer Beurlaubung während der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe

Außer bei Besuch einer Schule im Ausland, die zu einer Abiturprüfung nach deutschem Recht führt (in der Regel sogen. Deutsche Auslandsschule), ist bei einem Auslandsaufenthalt während der Qualifikationsphase ausschließlich das erste Kurshalbjahr anerkennungsfähig (§ 8 Abs. 3 VO-GO). In allen anderen Fällen - also z.B. bei einem ganzjährigen Auslandsaufenthalt während des ersten und zweiten Kurshalbjahres - muss nach Rückkehr in die Berliner Schule in den folgenden Schülerjahrgang zurückgetreten werden. Ein solcher Rücktritt wird gemäß § 8 Abs. 4 VO-GO nicht auf die zulässige Zahl der Rücktritte angerechnet.

Bei nicht anerkennungsfähigen Auslandsaufenthalten während der Qualifikationsphase sind folgende Besonderheiten zu beachten:

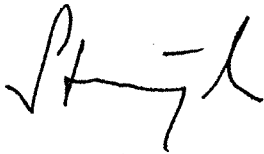
- a) Es ist in jedem Fall zu prüfen, ob statt einer Beurlaubung eine Unterbrechung des Schulbesuchs in Frage kommt (vgl. Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe f). Da keine Schulpflicht mehr besteht und die im Ausland erworbenen Leistungen nicht anerkannt werden können, ist mindestens bei einem längerfristigen Auslandsaufenthalt ab einem Jahr von einer Unterbrechung auszugehen. Eine Beurlaubung ist nur dann angezeigt, wenn die feste Absicht besteht, die Qualifikationsphase in Berlin nach Rückkehr weiter zu besuchen.

- b) Sofern eine Beurlaubung genehmigt wird, bleibt der Schülerstatus während der Beurlaubungszeit erhalten und der Schulbesuch ruht wie bei einer Unterbrechung.
- c) Die Beurlaubung für einen nicht anerkennungsfähigen Auslandsaufenthalt ist immer für ein volles Schuljahr oder Schulhalbjahr auszusprechen d.h. die betroffenen Schülerinnen und Schüler nehmen vor Beginn oder nach dem Ende des Auslandsaufenthalts nicht am Unterricht der Qualifikationsphase teil, sofern Unterrichts- und Ferienzeiten der Schulen in Berlin und im Ausland differieren.
- d) Bei einem nicht anerkennungsfähigen Auslandsaufenthalt während der Qualifikationsphase erhalten beurlaubte Schülerinnen und Schüler kein Zeugnis, da weder in der Berliner Schule erworbene Leistungen ausgewiesen werden können noch auf solche aus dem Ausland, die diesen gleichgestellt werden könnten, verwiesen werden kann.

9. Inkrafttreten

Die Verwaltungsvorschrift tritt am 1. August 2015 in Kraft. Die Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 6 / 2012 vom 4. April 2012 wird durch diese Verwaltungsvorschrift ersetzt.

Im Auftrag



Tom Stryck
(Abteilungsleiter)

Arbeitsanweisung zur Regelung des Verfahrens zur Besetzung von Funktionsstellen in der Berliner Schule nach Ausschreibung ab 01.10.2018

Inhalt

Vorbemerkung	3
1. Ausschreibung und Bewerbung	3
1.1 Ausschreibung	3
1.2 Eingang der Bewerbungen und Bearbeitung	3
1.3 Dienstliche Beurteilungen/Arbeitszeugnisse	4
1.4 Verspätet eingegangene Bewerbungen	5
2. Grundsätze zum Auswahlverfahren (Stellenbesetzungsverfahren)	5
2.1 Auswahlverfahren (Stellenbesetzungsverfahren)	5
2.2 Bindungswirkungen für die Schulaufsichtsbehörde	5
3. Verfahren zur Besetzung von Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter, deren ständige Vertreterinnen und Vertreter sowie für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter an Oberstufenzentren (§§ 72, 73 SchulG)	5
3.1 Allgemeines	5
3.2 Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch) und Auswahlkommission	5
3.3 Standards für Aufgaben im Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch), die Kompetenzen beschreiben	6
3.4 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen am Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)	7
3.5 Auswahlvermerk	7
3.6 Beschränkung des Vorschlages gemäß § 72 SchulG auf eine Bewerberin oder einen Bewerber	8
3.7 Entscheidung über den Vorschlag gemäß § 72 SchulG	8
3.8 Benehmen mit dem Schulträger - gilt nur für die allgemein bildenden Schulen und nicht für die zentral verwalten und beruflichen Schulen	9
3.9 Benehmen mit der Schulleiterin/dem Schulleiter	9
3.10 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen vor der Schulkonferenz	9
3.11 Schulkonferenz	9
3.11.1 Vorschlag von zwei Bewerberinnen und/ oder Bewerbern	9
3.11.2 Vorschlag einer Bewerberin oder eines Bewerbers	10
3.11.3 Dokumentation durch die Schulkonferenz	10
3.12 Regelungen gemäß § 72 Abs. 4 SchulG	10
3.13 Abschließende Auswahlentscheidung	10
3.14 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen nach der Schulkonferenz und nach Auswahlentscheidung	11
3.15 Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber	11
3.16 Verfahren nach § 72 Abs. 6 SchulG („Verfahren in besonderen Fällen“)	11
3.17 Begleitung und Beratung neu ausgewählter Schulleiterinnen und Schulleiter, stellvertretender Schulleiterinnen und stellvertretender Schulleiter sowie Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter an Oberstufenzentren (Führungskräfte) durch die zuständige Schulaufsicht	12
4. Verfahren für die Besetzung der sonstigen Funktionsstellen	13
4.1 Begriffsklärung „Sonstige Funktionsstellen“	13
4.2 Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)	13
4.3 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen am Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)	13
4.4 Auswahlvermerk	14
4.5 Auswahlentscheidung	14
4.6 Benehmen mit der Schulleiterin/dem Schulleiter	15
4.7 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen an der Auswahlentscheidung	15
4.8 Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber	15
5. Inkrafttreten	15

Vorbemerkung

Funktionsstellen an den öffentlichen Berliner Schulen werden besetzt durch

1. Umsetzung von Beschäftigten im Personal- oder Besoldungsüberhang
2. Umsetzung von Funktionsstelleninhaberinnen und Funktionsstelleninhabern aus anderen Gründen oder
3. nach Ausschreibung und Auswahlverfahren.

Die nachfolgende Arbeitsanweisung regelt das Verfahren zur Besetzung von Funktionsstellen an den öffentlichen Berliner Schulen nach Ausschreibung und Auswahlverfahren (3.).

1. Ausschreibung und Bewerbung

1.1 Ausschreibung

Die Schulleiterin oder der Schulleiter beantragt die Ausschreibung einer Funktionsstelle im Regelfall ein Jahr vor dem planmäßigen Ausscheiden der bisherigen Funktionsstelleninhaberin oder des bisherigen Funktionsstelleninhabers bei der für die Schule zuständigen Schulaufsicht. Die Schulaufsicht veranlasst die Ausschreibung über die zuständige Referatsleitung (Außenstelle oder Referat für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen) bei dem für das Personalmanagement an Schulen zuständigen Referat. Es werden die mit den zuständigen Beschäftigtenvertretungen abgestimmten Standardausschreibungstexte und die Anforderungsprofile gemäß AV Lehrerbeurteilung verwendet. Abweichungen von den Standardtexten sind zu begründen und auf Einzelfälle zu beschränken.

Das für Personalmanagement an Schulen zuständige Referat beteiligt die zuständigen Beschäftigtenvertretungen entsprechend den gesetzlichen Regelungen:

- Anhörung der Gesamtschwerbehindertenvertretung (GSbV) bzw. der Schwerbehindertenvertretung der zentral verwalteten und beruflichen Schulen (SbVzbS) gem. § 178 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX (SGB IX)
- Beteiligung der Gesamtfrauenvertreterin (GFV) gem. § 18a Abs. 4 Landesgleichstellungsgesetz (LGG) bzw. der Frauenvertreterin der zentral verwalteten und beruflichen Schulen (FVzbS) gem. § 17 Abs. 2 LGG
- Mitwirkung des Gesamtpersonalrats (GPR) bzw. des Personalrats der zentral verwalteten und beruflichen Schulen (PRzbS) gem. § 90 Nr. 6 Personalvertretungsgesetz (PersVG Berlin)

1.2 Eingang der Bewerbungen und Bearbeitung

Die Bewerbungen gehen bei dem für Stellenwirtschaft an Schulen zuständigen Referat ein. Hier erfolgt die Prüfung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen. Die geprüften Bewerbungen werden nach Ablauf der Bewerbungsfrist - mit einem Hinweis auf schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber - über die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats an die zuständige Schulaufsicht gesandt.

Die Schulaufsicht unterrichtet über die eingegangenen Bewerbungen

1. den Personalrat im Rahmen seines Informationsrechts (gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 73 Abs. 1 PersVG Berlin) sowie
2. die Frauenvertreterin gem. § 17 Abs. 2 - 2. Spiegelstrich - LGG.
3. Die Schwerbehindertenvertretung ist gem. §§ 164 Abs.1, 178 Abs. 2 SGB IX über sämtliche eingegangene Bewerbungen zu unterrichten
 - sofern Bewerbungen von Schwerbehinderten oder ihnen Gleichgestellten eingegangen sind oder
 - sofern es sich um die Besetzung einer ausgeschriebenen Stelle für Schulleiterinnen oder Schulleiter oder für stellvertretende Schulleiterinnen oder stellvertretende Schulleiter handelt. (In diesem Fall ist die Schwerbehindertenvertretung in jedem Fall über die eingegangenen Bewerbungen zu unterrichten [siehe Protokollauszug der Personalkommission des Senats vom 16.02.2010])

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber und ihnen Gleichgestellte erhalten bei Vorliegen der notwendigen fachlichen Voraussetzungen grundsätzlich eine Einladung zum Bewerbungsgespräch.

Es wird empfohlen, die Schwerbehindertenvertretung grundsätzlich gemeinsam mit den anderen Gremien über die vorliegenden Bewerbungen zu informieren. Dies kann eine Verfahrenserleichterung für die Schulaufsicht bedeuten, da nicht in jedem Einzelfall zu entscheiden ist, ob die Information erforderlich ist. Zudem kann die Schwerbehindertenvertretung erkennen und beraten, ob ihr bekannte schwerbehinderte Menschen (oder Antragsteller/innen) unter den Bewerberinnen und Bewerbern sind.

Hinweis für Bewerbungen für eine Stelle Schulleiterin oder Schulleiter:

Nach § 15 Abs. 3 Bildungslaufbahnverordnung (BLVO) darf in ein Amt als Schulleiterin oder Schulleiter nur befördert werden, wer nach Ablegen der Zweiten Staatsprüfung an mehr als einer Schule tätig war. Ausnahmen davon sind nur bei Vorliegen dringender dienstlicher Belange zulässig.

Diese Voraussetzung gilt als erfüllt, wenn

- der Umfang der Tätigkeit an einer anderen Schule mindestens die Hälfte der Pflichtstundenzahl beträgt oder betragen hat
- die Tätigkeit an einer anderen Schule mindestens ein Schuljahr umfasst oder umfasst hat (dabei können kürzere Zeiträume zusammengezählt werden) und
- diese beiden Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Eingangs der Bewerbung erfüllt sind

Die Feststellung einer Tätigkeit an mehr als einer Schule wird anhand der Schulnummern (BSN) getroffen. Tätigkeiten an einer Privatschule oder einer Schule im Ausland finden dabei Berücksichtigung.

Auch eine Bewerbung, die die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, wird zusammen mit den anderen geprüften Bewerbungen über die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats an die zuständige Schulaufsicht gesandt. Die Schulaufsicht prüft und erstellt einen schriftlichen Vermerk, ob ggf. dringende dienstliche Belange vorliegen, die eine Ausnahme rechtfertigen könnten. Dieser Vermerk wird über die zuständige Referatsleitung der Außenstelle an die Leitung des für das Personalmanagement an Schulen zuständigen Referats zur Zustimmung gesandt. Bei Stellen an zentral verwalteten und beruflichen Schulen entscheidet die zuständige Referatsleitung.

Sofern im Ergebnis dringende dienstliche Belange nicht vorliegen, erfolgt durch das für die Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat eine entsprechende Mitteilung an die Bewerberin oder den Bewerber, dass ihre bzw. seine Bewerbung wegen der fehlenden Voraussetzung nach § 15 BLVO Abs. 3 nicht berücksichtigt werden kann. Im Anschluss werden die entsprechenden Unterlagen an die zuständige Schulaufsicht zur Vervollständigung des Stellenbesetzungsvorgangs gesandt.

Wenn nach dem Ergebnis der Prüfung durch die zuständige Schulaufsicht und mit Zustimmung der Leitung des für das Personalmanagement an Schulen bzw. der Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats das Vorliegen dringender dienstlicher Belange bejaht wird, erhält die zuständige Schulaufsicht den Vermerk zur weiteren Berücksichtigung der Bewerbung im Stellenbesetzungsverfahren zurück.

Dringende dienstliche Belange nach Rechtsprechung Bundesverwaltungsgericht (BVerwG):

Dringende dienstliche Belange sind solche aus dem Dienstbetrieb resultierenden Bedürfnisse, deren Bedeutung über das Normalmaß hinausgeht, die also mit erhöhter Prioritätsstufe ein bestimmtes Handeln oder Unterlassen erfordern, um einen effektiven dienstlichen Betrieb zu gewährleisten. Sie liegen damit zwar noch unterhalb der Schwelle der „zwingenden“ dienstlichen Belange, sind ihnen aber bereits angenähert.

1.3 Dienstliche Beurteilungen/Arbeitszeugnisse

Zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung muss von jeder Bewerberin oder jedem Bewerber eine aktuelle dienstliche Beurteilung vorliegen, d.h. nicht älter als ein Jahr zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung (Zustimmung Referatsleitung bzw. von der für Personalmanagement an Schulen zuständigen Referatsleitung zum Vorschlag der Schulaufsicht).

Sofern sich in der Personalakte der Bewerberin oder des Bewerbers keine hinreichend aktuelle dienstliche Beurteilung befindet, weist die Schulaufsicht die Bewerberin oder den Bewerber darauf hin, dass die Erstellung einer dienstlichen Beurteilung bei der zuständigen Beurteilerin oder dem zuständigen Beurteiler von ihr oder ihm zu beantragen ist. Die dienstliche Beurteilung ist unverzüglich zu erstellen.

Dienstliche Beurteilungen sind in der Regel Bestandteil der Personalakte. Nur die Frauenvertreterin hat ein gesetzlich normiertes Einsichtsrecht in die Personalakten der Bewerberinnen und Bewerber (§ 17 Abs. 2 5. Spiegelstrich LGG). Personalrat und Schwerbehindertenvertretung dürfen nur Einsicht nehmen, wenn dies von den Bewerberinnen und Bewerbern gestattet wird. Die Zustimmung zur Einsichtnahme wird mit der Eingangsbestätigung der Bewerbung bei den Bewerberinnen und Bewerbern abgefragt.

Sofern es sich um externe Bewerberinnen oder Bewerber handelt, tritt an die Stelle der dienstlichen Beurteilung ein Arbeitszeugnis.

1.4 Verspätet eingegangene Bewerbungen

Bewerbungen, die nach der Zustimmung der Referatsleitung zum Auswahlvorschlag der Schulaufsicht eingehen, werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

2. Grundsätze zum Auswahlverfahren (Stellenbesetzungsverfahren)

2.1 Auswahlverfahren (Stellenbesetzungsverfahren)

Die zuständige Schulaufsicht führt das gesamte Auswahlverfahren unter Beachtung der gesetzlichen und sonstigen Vorschriften schnellstmöglich durch; bei planmäßigen Personalausritten wird eine unmittelbare und bei nichtplanmäßigen Personalausritten eine schnellstmögliche Nachbesetzung angestrebt. Frauenvertreterin, gegebenenfalls Personalrat sowie gegebenenfalls auch die Schwerbehindertenvertretung werden beteiligt.

Die Frauenvertreterin nimmt am gesamten Auswahlverfahren gem. § 17 Abs. 2 2. Spiegelstrich i.V.m. § 6 LGG teil; bei schwerbehinderten Bewerberinnen oder Bewerbern bzw. ihnen Gleichgestellten nimmt auch die Schwerbehindertenvertretung gem. § 178 Abs. 2 SGB IX teil.

Sofern Bewerbungen schwerbehinderter Lehrkräfte oder ihnen Gleichgestellter vorliegen, hat die Schwerbehindertenvertretung das Recht, an allen weiteren Bewerbungsgesprächen des Auswahlverfahrens teilzunehmen, also auch an denen nicht schwerbehinderter Mitbewerberinnen und Mitbewerber oder ihnen Gleichgestellter. So ist es der Schwerbehindertenvertretung möglich, sich einen direkten und persönlichen Eindruck von den Bewerberinnen und Bewerbern zu verschaffen, direkte Vergleiche zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern anzustellen und den Auftrag zu erfüllen, ihren Beitrag zur Chancengerechtigkeit zu leisten.

2.2 Bindungswirkungen für die Schulaufsichtsbehörde

Die Schulaufsichtsbehörde trifft die Entscheidung über die Stellenbesetzung unter Beachtung der dienstrechtlichen Bestimmungen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, ihrer Verpflichtung nach dem Landesgleichstellungsgesetz und dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX und VV Integration behinderter Menschen) sowie ggf. unter Berücksichtigung des Votums der Schulkonferenz.

3. Verfahren zur Besetzung von Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter, deren ständige Vertreterinnen und Vertreter sowie für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter an Oberstufenzentren (§§ 72, 73 Schulgesetz (SchulG))

3.1 Allgemeines

Die Schulaufsicht führt das Auswahlverfahren mit dem Ziel durch, zunächst die beiden geeignetsten Bewerberinnen und/oder Bewerber der Schulkonferenz vorzuschlagen. Die Auswahl kann bei überragender Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers auf diese Bewerberin bzw. diesen Bewerber beschränkt werden (siehe Nr. 3.6).

3.2 Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch) und Auswahlkommission

Für die Auswahl ist ein geeignetes Auswahlverfahren (Auswahlinterview, strukturiertes Auswahlgespräch oder gruppenbezogenes Auswahlverfahren - § 6 Abs. 4 Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz (VGG)) durchzuführen.

Zur Auswahl gehört auch die Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließendem Personalgespräch (Analyse der Unterrichtsstunde und Beratung der Lehrkraft). In Ausnahmefällen kann auf die Beobachtung einer Unterrichtsstunde verzichtet werden. Zu den Aufgaben im Auswahlverfahren siehe nachfolgende Nummer.

Für das **Auswahlverfahren** wird eine Auswahlkommission aus mindestens zwei Mitgliedern mit folgender Zusammensetzung gebildet:

- zuständige Schulaufsicht (Leitung der Kommission)
- ggf. Schulaufsicht aus einem anderen Schulaufsichtsbereich (in der Regel aus einer anderen Region)
- ggf. Schulleiterin oder Schulleiter einer anderen Schule (in der Regel aus der gleichen Region)

Über die Zusammensetzung der Auswahlkommission entscheidet die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats auf Vorschlag der zuständigen Schulaufsicht.

3.3 Standards für Aufgaben im Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch), die Kompetenzen beschreiben

Bei der Begutachtung und nachfolgend bei der Bewertung der Leistungen im Auswahlverfahren muss ein enger Bezug zu den im Anforderungsprofil der Funktionsstelle geforderten Kompetenzen und deren Gewichtung hergestellt werden. Die in den Anforderungsprofilen geforderten Kompetenzen müssen sich in den Beobachtungen und Bewertungen für das Auswahlverfahren widerspiegeln.

Die Aufgaben im Auswahlverfahren sind so zu wählen, dass durch sie die geforderten fachlichen und personalen Kompetenzen der Bewerberin oder des Bewerbers deutlich werden und die Bewerberinnen und Bewerber die geforderten Kompetenzen nachweisen können.

Im ca. 15-minütigen **Personalgespräch** (Analyse einer Unterrichtsstunde und Beratung der Lehrkraft) sollen Kompetenzen nachgewiesen werden durch

- die Analyse von Unterricht in seiner komplexen Dimension
- die Beurteilung von Planung und Durchführung des Unterrichts
- die situations- und adressatengerechte Beratung der Lehrkraft entsprechend der Aufgabe des angestrebten Amtes
- den dem Gesprächsziel dienenden methodischen Aufbau des Gesprächs

In dem anschließenden ca. 10-minütigen Rückblick auf das geführte Gespräch sollen Kompetenzen durch die kommunika-

tionspsychologische Reflexion des Gesprächshandelns über den Verlauf des Gesprächs, Beratungsschwerpunkte, etc. nachgewiesen werden.

In der 10- bis 15-minütigen **Selbstpräsentation** soll die Bewerberin oder der Bewerber die Kompetenz nachweisen, dass sie oder er als Führungskraft vor anderen Darstellen kann. Hierzu gehören neben fachlichen Kompetenzen auch sprachliche und stimmliche Kompetenzen.

Die ausschließliche Wiedergabe des eigenen beruflichen Werdegangs ist nicht hinreichend. Die Bewerberin oder der Bewerber sollte darstellen können, warum sie oder er aufgrund des beruflichen Werdegangs, der erworbenen Qualifikationen und persönlicher Kompetenzen die oder der Geeignete für die angestrebte Aufgabe ist.

Aufgabentypen für die Selbstpräsentation, die einerseits dem Standard des angestrebten Amtes entsprechen, andererseits die bisher erworbenen Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnisse im Hinblick auf das angestrebte Amt zum Tragen kommen lassen, könnten sein:

- Begrüßung der 1., 5. oder 7. Klassen als Rede (nur vor Schülerinnen und Schülern, vor Eltern und Schülerinnen und Schülern)
- Rede vor dem Kollegium zu einem besonderen Anlass; Vorstellung vor der Schulkonferenz oder der erweiterten Schulleitung
- Diskussionsbeitrag vor dem Schulausschuss des Bezirks zur Begründung des angestrebten oder vorgeschlagenen Schulprofils
- Rede zur Jahrfeier der Schule mit einem fachlichen Bezug

Die Vorbereitung der Selbstpräsentation unmittelbar vor Beginn des Auswahlverfahrens dient dem Ziel des Nachweises der entsprechenden Kompetenzen.

Die **weiteren Aufgaben** orientieren sich grundsätzlich am SchulG (§ 69 u. a.), am LGG, am SGB IX, am PersVG, an anderen Rechtsvorschriften sowie Dienstvereinbarungen, den verschiedenen Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, an der AV-Lehrerbeurteilung (Anforderungsprofil) u. a. m., wobei die Vorgaben des LGG, des Frauenförderplans und der Integrationsvereinbarung zu beachten sind.

Bei der Bearbeitung der Aufgaben und der ca. 45-minütigen Vorstellung und Erläuterung der Ergebnisse sollen Kompetenzen nachgewiesen werden, die zeigen, dass hinreichen-

de fachliche und soziale Kenntnisse (Recht, Schulentwicklung, Bildungspolitik, Personalentwicklung, Dynamik von Gruppenprozessen) angewendet werden, um ausgehend von einem vorgestelltem Problem zielführende und realistische Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die Wiedergabe detaillierter Sachkenntnisse ist nur in Verbindung mit dadurch nachgewiesenen Kompetenzen sinnvoll.

Aufgabenstellungen sollten einerseits dem Standard des angestrebten Amtes entsprechen und andererseits die bisher erworbenen Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnisse im Hinblick auf das angestrebte Amt zum Tragen kommen lassen. Dabei kommt es darauf an, dass die Aufgabe sachlich analysiert wird, dass die zu Grunde liegenden oder zu Rate zu ziehenden Rechtsvorschriften normativ geordnet und begründet vorgestellt werden, dass dienstrechtliche Beziehungen sensibel reflektiert werden und dass die Situation in einen selbstständig gewählten Kontext eingebettet wird.

3.4 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen am Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)

FV: Die zuständige Frauenvertreterin hat gemäß § 17 Abs. 2 3. Spiegelstrich LGG das Recht, an dem Auswahlverfahren einschließlich der Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließender Beratung der Lehrkraft teilzunehmen. Letzteres gilt, sofern die Unterrichtsstunde und Beratung Bestandteil des Verfahrens ist.

SbV: Die Schwerbehindertenvertretung hat ein Teilnahme- und Anhörungsrecht, auch wenn keine Schwerbehinderten bzw. Gleichgestellten im Auswahlverfahren sind.

PR: Der Personalrat hat kein Teilnahmerecht; sofern die Bewerberin / der Bewerber zustimmt, darf im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 73 Abs. 1 PersVG Berlin ein Mitglied des Personalrats anwesend sein.

Einsicht in die Personalakte

FV: Die zuständige Frauenvertreterin erhält die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen.

SbV: Bei Zustimmung der Bewerberin / des Bewerbers erhält die zuständige Schwerbehindertenvertretung die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen. Ohne Zustimmung

erhält die Schwerbehindertenvertretung Einblick in die Bewerbungsunterlagen und die entscheidungsrelevanten Teile der Personalakten und dienstliche Beurteilungen.

PR: Nur bei Stellen für ständige Vertreterinnen oder Vertreter bzw. für Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter erhält der Personalrat bei Zustimmung der Bewerberin oder des Bewerbers die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen. Ohne Zustimmung erhält der Personalrat Einblick in die Bewerbungsunterlagen und die entscheidungsrelevanten Teile der Personalakten und dienstliche Beurteilungen.

3.5 Auswahlvermerk

Die zuständige Schulaufsicht fertigt einen Auswahlvermerk. Als Grundlage für die im Auswahlvermerk festzuhaltende Beurteilung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Bewerberinnen und Bewerber kommt den dienstlichen Beurteilungen - insbesondere der aktuellen - eine wesentliche Bedeutung zu. Wesentlich ist ein Abgleich der dienstlichen Beurteilungen und der ergänzend vorliegenden Nachweise mit den Anforderungsmerkmalen und Kompetenzen im Anforderungsprofil des angestrebten Amtes unter Berücksichtigung der vorgegebenen Gewichtungen. In den Auswahlvermerk sind die entscheidungsrelevanten Erkenntnisse aus der Personalakte (Laufbahnenentwicklung, Fortbildungen) sowie - bei der Besetzung der Stelle einer Schulleiterin oder eines Schulleiters - Ausführungen zur Erfüllung der in § 71 SchulG und in § 15 der Bildungslaufbahnverordnung genannten Voraussetzungen aufzunehmen.

Der Auswahlvermerk stützt sich ergänzend auch auf das Ergebnis des Auswahlverfahrens gem. § 6 Abs. 4 VGG und die Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließendem Personalgespräch (Analyse der Stunde und Beratung der Lehrkraft). Letzteres gilt, sofern die Unterrichtsstunde und Beratung Bestandteil des Verfahrens ist.

Es ist darauf zu achten, dass ein aktueller Leistungsvergleich aller Bewerberinnen oder Bewerber vorgenommen wird. Dies setzt voraus, dass für jede Bewerberin oder jeden Bewerber eine zeitnahe dienstliche Beurteilung (nicht älter als ein Jahr zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Stellenbesetzung) bzw. ein vergleichbares Arbeitszeugnis vorliegt.

Bei dem Auswahlvorschlag über die Besetzung einer Beförderungsstelle ist deshalb zunächst

- ein Vergleich der aktuellen dienstlichen Beurteilungen bzw. der Arbeitszeugnisse aller Bewerberinnen und Bewerber anzustellen. In dem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass der Beurteilung im höheren Statusamt grundsätzlich ein höheres Gewicht beizumessen ist. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind einzelfallbezogen herauszuarbeiten. Bei diesen Betrachtungen sind auch die Einzelbewertungen insbesondere in den Bereichen, die für das angestrebte Beförderungsamts von besonderer Bedeutung sind, miteinander zu vergleichen
- Ergibt sich nach diesem Vergleich kein eindeutiger Eignungsvorsprung einer Bewerberin oder eines Bewerbers, ist ein Vergleich der älteren dienstlichen Beurteilungen bzw. der älteren Arbeitszeugnisse aller Bewerberinnen und Bewerber anzustellen
- Wenn sich nach den Hauptkriterien (aktuelle und ggf. ältere dienstliche Beurteilung) kein Vorsprung einer Bewerberin oder eines Bewerbers ergibt, darf der Dienstherr leistungs- und eignungsbezogene Hilfskriterien bestimmen, nach denen die Auswahl erfolgt (BVerwG vom 21.08.03 - 2 C 14.02)

Als Hilfskriterien kommen unter anderem in Betracht:

- Auswahlinterview
- strukturierte Auswahlgespräche
- gruppenbezogene Auswahlverfahren (Assessment-Center)
- Äußerung der Schulkonferenz und Schulträger. (Liegen erst zu einem späteren Zeitpunkt im Auswahlverfahren vor.)

Die zuständige Schulaufsicht stellt über den Auswahlvermerk das Einvernehmen mit den anderen Mitgliedern der Auswahlkommission her.

3.6 Beschränkung des Vorschlages gemäß § 72 SchulG auf eine Bewerberin oder einen Bewerber

Der Vorschlag kann nach § 72 Abs. 2 Satz 2 SchulG auf eine Bewerberin oder einen Bewerber beschränkt werden, wenn sie oder er im Vergleich zu den Mitbewerberinnen und Mitbewerbern um die konkrete Stelle als „überragend geeignet“ bewertet wird. Es ist jeweils unter Berücksichtigung aller eignungserheblichen Gesichtspunkte zu prüfen und nachvollziehbar zu dokumentieren, dass die Beschränkung des Vor-

schlages auf eine Person gerechtfertigt ist. Eine „überragende Eignung“ liegt dann vor, wenn für diese Bewerberin oder diesen Bewerber im Vergleich mit den anderen Bewerberinnen und Bewerbern ein signifikanter Eignungsvorsprung nach den für die Auswahl maßgebenden Eignungskriterien (§ 4, § 13 Abs. 2 Laufbahngesetz (LfbG)) besteht.

Die Feststellung der „überragenden Eignung“ setzt voraus, dass die Bewerberin oder der Bewerber nach Persönlichkeit, fachlichem Können und Wissensstand erheblich über dem allgemein anerkannten durchschnittlichen Leistungsniveau liegt. Dazu müssen Eignung und Leistung der Bewerberin oder des Bewerbers im bisherigen Amt über längere Zeit überdurchschnittlich beurteilt worden sein.

Ein wesentliches Indiz für die „überragende Eignung“ ist außerdem, dass die Bewerberin oder der Bewerber ihre Fachkenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen von Fortbildungen gemäß § 67 Abs. 6 SchulG nachweislich vertieft und erweitert hat. Durch eine vergleichende Darstellung ist im Auswahlvermerk deutlich zu machen, auf welchen Gesichtspunkten die Feststellung der „überragenden Eignung“ im Wesentlichen beruht.

3.7 Entscheidung über den Vorschlag gemäß § 72 SchulG

Die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen zuständigen Referats trifft die Entscheidung über den Vorschlag gemäß § 72 Abs. 2 SchulG auf der Grundlage des Auswahlvermerks der zuständigen Schulaufsicht.

Die zuständige Referatsleitung stellt - sofern mehr als eine Bewerbung vorliegt - das Einvernehmen mit dem für das Personalmanagement an Schulen zuständigen Referat her. Sofern das Einvernehmen nicht hergestellt werden kann, trifft die für die operative Schulaufsicht zuständige Abteilungsleitung die Entscheidung.

Fertigt die Referatsleiterin oder der Referatsleiter der Außenstelle den Auswahlvermerk, ist zur Auswahlentscheidung die Zustimmung der Leitung des für Personalmanagement an Schulen zuständigen Referats erforderlich. Fertigt die Leitung des für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen zuständigen Referats den Auswahlvermerk, ist die Zustimmung der zuständigen Abteilungsleitung erforderlich.

3.8 Benehmen mit dem Schulträger - gilt nur für die allgemein bildenden Schulen und nicht für die zentral verwalten und beruflichen Schulen

Sofern der Schulkonferenz zwei Bewerberinnen und/oder Bewerber vorgeschlagen werden, stellt die Referatsleitung der Außenstelle das Benehmen über diesen Personalvorschlag mit dem für die Schule zuständigen Bezirksamt her und vertritt diesen Vorschlag gegenüber dem Bezirksamt.

Das Benehmen (Gelegenheit zur Stellungnahme vor der Entscheidung) gilt zwei Wochen nach der Beteiligung als erteilt.

3.9 Benehmen mit der Schulleiterin/dem Schulleiter

Bei Auswahlentscheidungen für stellvertretende Schulleiterinnen und stellvertretende Schulleiter bzw. für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter stellt die zuständige Schulaufsicht das Benehmen über die Auswahlentscheidung mit der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter her.

Das Benehmen (Gelegenheit zur Stellungnahme vor der Entscheidung) gilt zwei Wochen nach der Beteiligung als erteilt.

3.10 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen vor der Schulkonferenz

Die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats legt den Personalvorschlag gem. § 72 SchulG zusammen mit dem vollständigen Auswahlvorgang

- der zuständigen Schwerbehindertenvertretung zur Anhörung gem. § 178 Abs. 2 SGB IX - bei Zustimmung der Bewerberinnen und Bewerber auch die Personalakte - und nachfolgend
- der Frauenvertreterin zur Beteiligung gemäß § 17 Abs. 2 - 2. Spiegelstrich - LGG vor

3.11 Schulkonferenz

Nach Abschluss der Beteiligungsverfahren schlägt die zuständige Schulaufsicht der Schulkonferenz

1. die beiden geeignetsten Bewerberinnen und/oder Bewerber oder

2. die einzige geeignete Bewerberin oder den einzigen geeigneten Bewerber oder
3. die überragend geeignete Bewerberin oder den überragend geeigneten Bewerber vor.

Die Schulkonferenz tagt gemäß § 72 Abs. 3 SchulG binnen eines Monats.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass Bewerberinnen und Bewerber ausschließlich zur Vorstellung in der Schulkonferenz eingeladen werden dürfen. Vorherige andere Gespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern durch Teile der Schulkonferenz oder des Kollegiums sind nach dem Schulgesetz für Berlin und entsprechender rechtlicher Prüfung nicht vorgesehen und nicht zulässig. Insbesondere vor dem Hintergrund einer möglichen verwaltungsgerichtlichen Überprüfung einer Auswahlentscheidung ist eine durch solche anderen Gespräche denkbare unzulässige Beeinflussung der Schulkonferenz unbedingt zu vermeiden.

3.11.1 Vorschlag von zwei Bewerberinnen und/oder Bewerbern

Die Schulkonferenz führt eine Anhörung der vorgeschlagenen Bewerberinnen und/oder Bewerber durch. Zur Anhörung durch die Mitglieder der Schulkonferenz lädt die oder der Vorsitzende der Schulkonferenz ein. Für den Fall, dass eine der vorgeschlagenen Bewerberinnen oder Bewerber amtierende Vorsitzende oder amtierender Vorsitzender der Schulkonferenz ist, tritt an ihre oder seine Stelle die Vertreterin oder der Vertreter in der Schulkonferenz. Sofern die oder der amtierende Vorsitzende und die Vertreterin oder der Vertreter als Bewerberin oder Bewerber der Schulkonferenz vorgeschlagen werden oder aus anderen Gründen nicht den Vorsitz in der Schulkonferenz übernehmen können (z.B. Ruhestand, Erkrankung), übernimmt die zuständige Schulaufsicht den Vorsitz der Schulkonferenz.

Die Entscheidung über den Vorschlag ist gemäß § 72 Abs. 4 Satz 2 SchulG mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder der Schulkonferenz zu fassen. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder allein ist daher für einen Beschluss der Schulkonferenz nicht ausreichend.

Die zuständige Schulaufsicht kann aus eigenem Ermessen an der Anhörung teilnehmen. Sofern die Schulkonferenz sie ein-

lädt, ist sie verpflichtet an der Anhörung teilzunehmen. Die Schulkonferenz ist unter angemessener Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Bewerberinnen und Bewerber über die Ausbildung und den beruflichen Werdegang der vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber zu informieren.

3.11.2 Vorschlag einer Bewerberin oder eines Bewerbers

Ist der Schulkonferenz nur eine Bewerberin oder ein Bewerber vorgeschlagen worden, hat die Schulkonferenz das Recht zur Stellungnahme. Ein Vorschlagsrecht besteht hier nicht. Für die Stellungnahme ist die einfache Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder ausreichend.

3.11.3 Dokumentation durch die Schulkonferenz

Die Schulkonferenz dokumentiert ihren zu 3.11.1 gefassten Vorschlag bzw. ihre zu 3.11.2 formulierte Stellungnahme und informiert auf diese Weise schriftlich die zuständige Schulaufsicht.

3.12 Regelungen gemäß § 72 Abs. 4 SchulG

In Fällen, in denen die Schulkonferenz einen Beschluss nicht, nicht rechtzeitig oder nicht mit der erforderlichen Mehrheit fasst, trifft die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen zuständigen Referats die Auswahlentscheidung.

3.13 Abschließende Auswahlentscheidung

Die zuständige Schulaufsicht prüft den zu 3.11.1 gefassten Vorschlag der Schulkonferenz zur Besetzung der Stelle bzw. nimmt die zu 3.11.2 verfasste Stellungnahme zur Kenntnis und macht unter Berücksichtigung des zuvor gefertigten Auswahlvermerks einen Vorschlag für die Besetzung der Leitungsstelle.

Die zuständige Referatsleitung entscheidet über den Vorschlag zur Stellenbesetzung.

Die Referatsleitung der Außenstelle übersendet den Stellenbesetzungsvorgang an die Leitung des für das Personalma-

nagement an Schulen zuständigen Referats.

- Bei allen Stellen unterhalb der BesGr. A 15 + Amtszulage erfolgt die abschließende Zustimmung zur Auswahlentscheidung durch die Leitung des für das Personalmanagement an Schulen zuständigen Referats. Bei Stellen an den zentral verwalteten und beruflichen Schulen erfolgt die abschließende Zustimmung durch die zuständige Referatsleitung
- Bei Stellen der BesGr. A 15 + Amtszulage trifft die zuständige Abteilungsleitung die abschließende Entscheidung über die Auswahl. Im Bereich der zentral verwalteten und beruflichen Schulen wird diese Entscheidung von der zuständigen Abteilungsleitung aufgrund des Vorschlags der Leitung des für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen zuständigen Referats getroffen
- In allen Fällen einer Stellenbesetzung der BesGr. A 16 trifft die Senatorin oder der Senator die abschließende Auswahlentscheidung

Soll von dem Vorschlag der Schulkonferenz gemäß 3.11.1 dieser Arbeitsanweisung abgewichen werden, ist die Abweichung von der zuständigen Referatsleitung zu begründen und über die Leitung des für Personalmanagements an Schulen zuständigen Referats und die zuständige Abteilungsleitung der Senatorin oder dem Senator zur Zustimmung vorzulegen.

Die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats vertritt nach Vorliegen dieser Zustimmung das Abweichen von dem o.g. Vorschlag gegenüber der Schulkonferenz.

Die Schulkonferenz kann binnen zweier Wochen ihren Vorschlag bestätigen.

In diesem Fall bestätigt die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats die Entscheidung der Senatorin oder des Senators.

3.14 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen nach der Schulkonferenz und nach Auswahlentscheidung

Die zuständige Referatsleitung

- hört zunächst die zuständige Schwerbehindertenvertretung gemäß § 178 Abs. 2 SGB IX an
- beteiligt die zuständige Frauenvertreterin gemäß § 17 Abs. 1 LGG
- führt - nur bei Stellen für ständige Vertreterinnen oder ständige Vertreter bzw. Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter - die Mitbestimmung des zuständigen Personalrats gemäß § 88 Nr. 7 PersVG bzw. § 87 Nr. 2 PersVG herbei

Bei den Verfahren zur Besetzung von Stellen einer Schulleiterin oder eines Schulleiters bestimmt der Personalrat nach einer Entscheidung des BVerwG vom 22.06.2005 nicht mit (§ 89 Abs. 3 i.V.m. § 13 Abs. 3 Nr. 2 PersVG Berlin).

Nach Abschluss der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen wird der Stellenbesetzungsvorgang mit der Dokumentation des Verfahrens an das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat geleitet.

3.15 Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber

Im Nachgang wird die Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber durch das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat vorbereitet. Die Schreiben werden den Bewerberinnen und Bewerbern in einem Personalentwicklungsgespräch im Ergebnis des Auswahlverfahrens von der für das Auswahlverfahren zuständigen Schulaufsicht vorzugsweise übergeben oder in Ausnahmefällen postalisch übersandt.

Um dem Rechtsschutzbedürfnis der unterlegenen Bewerberinnen und Bewerber Rechnung zu tragen, leitet das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat die Unterlagen erst zwei Wochen nach Aushändigung der Absagen an die nicht ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber an die Personalakten führende Stelle, die die notwendigen Maßnahmen zur Beauftragung und Ernennung vornimmt.

Die Beauftragung der ausgewählten Bewerberin oder des ausgewählten Bewerbers mit den Aufgaben der ausgeschriebenen Stelle wird von der Referatsleitung der Außenstelle bzw. im Bereich der zentral verwalteten und beruflichen Schulen von der zuständigen Referatsleitung schlussgezeichnet und persönlich übergeben.

3.16 Verfahren nach § 72 Abs. 6 SchulG („Verfahren in besonderen Fällen“)

Bei dem Wechsel einer Dienstkraft, die nach einer Tätigkeit an einer anderen öffentlichen Schule oder im Auslandsschuldienst, in der Schulaufsichtsbehörde oder im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg in einer ihrem Amt entsprechenden Stelle eingesetzt werden soll, findet ein Verfahren gem. § 72 Abs. 1 - 5 SchulG nicht statt.

In diesen Fällen gibt die für die aufnehmende Schule zuständige Schulaufsicht der Schulkonferenz und - sofern es sich nicht um eine zentral verwaltete oder berufliche Schule handelt - dem für die Schule zuständigen Bezirksamt vor dem Wechsel Gelegenheit zur Stellungnahme.

Durch das Schulgesetz werden insbesondere die Rechtsvorschriften, nach denen bestimmte Personen Ernennungs- oder Wiederverwendungsansprüche haben (z.B. nach § 44 Abs. 1 des LBG oder § 47 Abs. 2 LBG; § 3 b des Bezirksamtsmitgliedergesetzes) bzw. eine Unterbringungsverpflichtung nach § 47 Landeshaushaltsordnung besteht, nicht berührt.

Ein Verfahren nach § 72 SchulG ist nicht durchzuführen, wenn die Dienstbehörde aufgrund von Rechtsvorschriften zur Stellenbesetzung verpflichtet ist. Eine solche Rechtsverpflichtung der Dienstbehörde, die auch die Schulkonferenz bindet, kann auch auf einem rechtskräftigen Urteil beruhen. Die Schulkonferenz ist zuvor von der für die aufnehmende Schule zuständigen Schulaufsicht zu informieren.

3.17 Begleitung und Beratung neu ausgewählter Schulleiterinnen und Schulleiter, stellvertretender Schulleiterinnen und stellvertretender Schulleiter sowie Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter an Oberstufenzentren (Führungskräfte) durch die zuständige Schulaufsicht

Die vorliegende Arbeitsanweisung regelt das Verfahren zur Besetzung von Funktionsstellen im Schuldienst. Nachfolgend werden Arbeitsabläufe für die Probezeit festgelegt.

Zu Beginn der Tätigkeit führt die zuständige Schulaufsicht als zukünftige Beurteilerin oder zukünftiger Beurteiler ein Gespräch auf der Grundlage des Anforderungsprofils gemäß AV Lehrerbeurteilung, um die mit der Aufgabenstellung verbundenen Erwartungshaltungen miteinander abzustimmen. Dabei ist die Gewichtung der Merkmale des Anforderungsprofils zu erläutern (siehe Nr. 5.2 AV Lehrerbeurteilung).

Personale und fachliche Stärken und Schwächen der ausgewählten Bewerberin oder des ausgewählten Bewerbers sind zu thematisieren und entsprechende Fortbildungshinweise zu geben.

Innerhalb der Probezeit von zwei Jahren führt die zuständige Schulaufsicht in jedem Schuljahr mindestens ein Beratungs- und Rückmeldegespräch mit der neu ausgewählten Führungskraft.

In den Gesprächen werden die nachfolgend genannten Punkte nach Bedarf thematisiert:

- das Führungs- und Leitungshandeln
- die Zusammenarbeit mit den Gremien der Schule
- die Zusammenarbeit mit internen Lenkungsgruppen als Führungsaufgabe, z.B. Erweiterte Schulleitung, Steuergruppe, ggf. mit weiteren Funktionsstelleninhaberinnen und Funktionsstelleninhabern
- die Steuerung der Gruppenprozesse und den Ausgleich gegensätzlicher Anforderungen (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, weiteres pädagogisches und nichtpädagogisches Personal)
- der Umgang mit personellen und materiellen Ressourcen
- die Qualitätssicherung auf der Grundlage des Handlungsrahmens Schulqualität durch Arbeit mit dem Schulprogramm und Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht
- die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Unterrichts- und Erziehungsarbeit als Führungsaufgabe
- die Personalentwicklung (Fortbildung und Qualifizierung) und Personalführung (transparente Maßstäbe, Gerechtigkeit, Optimismus, Umgang mit Konflikten, Kommunikationswege)
- der Umgang mit der Öffentlichkeit und Vertretung der Schule nach innen und außen (Haltungen, Auftreten, Motivation)
- die Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht
- das Schul- und Verwaltungsrecht sowie die Beteiligungsrechte der Beschäftigtenvertretungen
- die Teilnahme an Fortbildungen. Die zweijährige Probezeit wird durch eine verbindliche Teilnahme als Berufseingangsphase ausgestaltet. Das Ziel der Berufseingangsphase besteht darin, den neuen Führungskräften Orientierung im System der Berliner Schule zu geben, sie bei der Schul- und Qualitätsentwicklung zu unterstützen, bei Selbstlernprozessen und kontinuierlichem Weiterlernen zu begleiten, die Entwicklung einer professionellen Führungspersönlichkeit berufsbegleitend zu fördern, Hilfen bei der Organisation des beruflichen Alltags zu geben, vertiefte Kenntnisse der Praxis, Routinenbildung und das Entwickeln von Handlungsstrategien zu unterstützen

Die Regelung zur Fortbildungsverpflichtung von Führungskräften erfolgt im Rahmen des § 52 Abs. 1 LBG. Es handelt sich um eine Konkretisierung der Arbeitszeit, die in der Arbeitszeitverordnung (AZVO) geregelt ist.

Die Fortbildung erfolgt durch:

- A. Seminare (Themen: Führen und Managen, Personalentwicklung, Schul- und Qualitätsentwicklung, Kommunikation, Konfliktmanagement, Teamentwicklung)
- B. Coaching
- C. Mentoring
- D. Austauschgruppen

Die jährlich geführten Beratungs- und Rückmeldegespräche werden durch die Fertigung eines Vermerks über die Gesprächsergebnisse dokumentiert; dieser Vermerk enthält Elemente zum Abschluss von Zielvereinbarungen. Er wird als Kopie der Führungskraft ausgehändigt. Die in den Gesprächen festgestellten Fortbildungsbedarfe werden in der Berufseingangsphase berücksichtigt. Diese Vermerke sind wesentliche Grundlage für die Bewährungsentscheidung mit Ablauf der Probezeit.

Im Übrigen wird auf § 97 Absatz 4 des LBG von Berlin verwiesen, wonach bei Zweifeln an der erfolgreichen Bewährung regelmäßig, mindestens alle drei Monate seit Feststellung der begründeten Zweifel, Mitarbeiter- und Vorgesetztengespräche zu führen sind.

4. Verfahren für die Besetzung der sonstigen Funktionsstellen

4.1 Begriffsklärung „Sonstige Funktionsstellen“

Dieser Abschnitt regelt die Besetzung der Funktionsstellen mit Ausnahme der Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter, der ständigen Vertreterinnen oder ständigen Vertreter der Schulleiterinnen und Schulleiter sowie der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter an Oberstufenzentren.

Es handelt sich um die Besetzung der folgenden Stellen: Leiterin und Leiter des Grundschulteils an Integrierten Sekundarschulen oder Gemeinschaftsschulen, Abteilungsleiterin, Abteilungsleiter, Koordinatorin und Koordinator der Sekundarstufe I, Leiterin und Leiter der Sekundarstufe I, Oberstufenkoordinatorin, Oberstufenkoordinator, Fachbereichsleiterin, Fachbereichsleiter, Qualitätsbeauftragte, Qualitätsbeauftragter, Ausbildungsbereichsleiterin, Ausbildungsbereichsleiter, Beauftragte und Beauftragter für Inklusion, Ganztagskoordinatorin, Ganztagskoordinator, Beauftragte und Beauftragter für ein von der Schule festgelegtes Aufgabengebiet, Fachleiterin, Fachleiter, Fachleiterin und Fachleiter für die Sekundarstufe I an Gymnasien oder gymnasiale Oberstufe, Fachleiterin als Qualitätsbeauftragte, Fachleiter als Qualitätsbeauftragter, Fachleiterin als Beauftragte für Inklusion, Fachleiter als Beauftragter für Inklusion, Fachleiterin als Ganztagskoordinatorin, Fachleiter als Ganztagskoordinator, Fachleiterin als Beauftragte und Fachleiter als Beauftragter für ein von der Schule festgelegtes Aufgabengebiet, Leiterin und Leiter von Lehrgängen an einer Volkshochschule und Zweite Sonderschulkonrektorin und Zweite Sonderschulkonrektor sowie Zweite Konrektorin und Zweite Konrektor (Grundschulen).

4.2 Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)

Für die Auswahl ist ein geeignetes Auswahlverfahren (Auswahlinterview, strukturiertes Auswahlgespräch oder grup-

penbezogenes Auswahlverfahren - § 6 Abs. 4 VGG -) durchzuführen. Zur Auswahl kann auch die Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließender Beratung der Lehrkraft gehören.

Die Durchführung des Auswahlverfahrens gemäß § 6 Abs. 4 VGG sowie ggf. die Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließender Beratung der Lehrkraft und die Dokumentation der Ergebnisse können der Schulleiterin oder dem Schulleiter von der Referatsleitung der Außenstelle bzw. von der für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referatsleitung übertragen werden.

Die mit der Durchführung des Auswahlverfahrens beauftragte Schulleiterin oder der damit beauftragte Schulleiter erhält keine Einsicht in die Personalakten der Bewerberinnen und/oder Bewerber.

Bei der Besetzung einer Stelle Oberstufenkoordinatorin oder Oberstufenkoordinator kann mit Zustimmung der Referatsleitung der Außenstelle bzw. der Referatsleitung für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen eine Auswahlkommission gebildet werden. Die Ausführungen zur Auswahlkommission aus Abschnitt 3 dieser Arbeitsanweisung gelten hier entsprechend.

4.3 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen am Auswahlverfahren (Bewerbungsgespräch)

FV: Die zuständige Frauenvertreterin hat gemäß § 17 Abs. 2 3. Spiegelstrich LGG das Recht, an dem Auswahlverfahren, einschließlich der Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließender Beratung der Lehrkraft teilzunehmen. Letzteres gilt, sofern die Unterrichtsstunde und Beratung Bestandteil des Verfahrens ist.

SbV: Die Schwerbehindertenvertretung hat nur dann ein Teilnahmerecht, wenn Bewerbungen von Schwerbehinderten oder ihnen Gleichgestellten eingegangen sind.

PR: Der Personalrat hat kein Teilnahmerecht; sofern die Bewerberin / der Bewerber zustimmt, darf im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 73 Abs. 1 PersVG Berlin ein Mitglied des Personalrats anwesend sein.

Einsicht in die Personalakte

FV: Die zuständige Frauenvertreterin erhält die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen.

SbV: Bei Zustimmung der Bewerberin / des Bewerbers erhält die zuständige Schwerbehindertenvertretung die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen. Ohne Zustimmung erhält die Schwerbehindertenvertretung Einblick in die Bewerbungsunterlagen und die entscheidungsrelevanten Teile der Personalakten und dienstliche Beurteilungen.

PR: Der Personalrat erhält nur bei Zustimmung der Bewerberin oder des Bewerbers die Möglichkeit, Einsicht in die Personalakte zu nehmen. Ohne Zustimmung erhält der Personalrat Einblick in die Bewerbungsunterlagen und die entscheidungsrelevanten Teile der Personalakten und dienstliche Beurteilungen.

4.4 Auswahlvermerk

Die zuständige Schulaufsicht fertigt einen Auswahlvermerk. Als Grundlage für die im Auswahlvermerk festzuhaltende Beurteilung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Bewerberinnen und Bewerber kommt den dienstlichen Beurteilungen – insbesondere der aktuellen – eine wesentliche Bedeutung zu. Wesentlich ist ein Abgleich der dienstlichen Beurteilungen und der ergänzend vorliegenden Nachweise mit den Anforderungsmerkmalen und Kompetenzen im Anforderungsprofil des angestrebten Amtes unter Berücksichtigung der vorgegebenen Gewichtungen. In den Auswahlvermerk sind die entscheidungsrelevanten Erkenntnisse aus der Personalakte (Laufbahnentwicklung, Fortbildungen) aufzunehmen.

Der Auswahlvermerk stützt sich ergänzend auch auf das Ergebnis des Auswahlverfahrens gem. § 6 Abs. 4 VGG und ggf. die Beobachtung einer Unterrichtsstunde mit anschließendem Personalgespräch (Analyse der Stunde und Beratung der Lehrkraft).

Es ist darauf zu achten, dass ein aktueller Leistungsvergleich aller Bewerberinnen und Bewerber vorgenommen wird. Dies setzt voraus, dass für jede Bewerberin und jeden Bewerber eine zeitnahe dienstliche Beurteilung (nicht älter als ein Jahr zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Stellenbesetzung) vorliegt.

Bei dem Auswahlvorschlag über die Besetzung einer Beförderungsstelle ist deshalb zunächst

- ein Vergleich der aktuellen dienstlichen Beurteilungen aller Bewerberinnen und Bewerber anzustellen. In dem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass der Beurteilung im höheren Statusamt grundsätzlich ein höheres Gewicht beizumessen ist. Ausnahmen von diesem Grundsatz wären einzelfallbezogen herauszuarbeiten. Bei diesen Betrachtungen sind auch die Einzelbewertungen insbesondere in den Bereichen, die für das angestrebte Beförderungssamt von besonderer Bedeutung sind, miteinander zu vergleichen
- Ergibt sich nach diesem Vergleich kein eindeutiger Eignungsvorsprung einer Bewerberin oder eines Bewerbers, ist ein Vergleich der älteren dienstlichen Beurteilungen aller Bewerberinnen und Bewerber anzustellen
- Wenn sich nach den Hauptkriterien (aktuelle und ggf. ältere dienstliche Beurteilung) kein Vorsprung einer Bewerberin oder eines Bewerbers ergibt, darf der Dienstherr leistungs- und eignungsbezogene Hilfskriterien bestimmen, nach denen die Auswahl erfolgt (BVerwG vom 21.08.03 - 2 C 14.02)

Als Hilfskriterien kommen unter anderem in Betracht:

- Auswahlinterview
- strukturierte Auswahlgespräche
- gruppenbezogene Auswahlverfahren (Assessment-Center)

4.5 Auswahlentscheidung

Nach der Fertigung des Auswahlvermerks leitet die Schulaufsicht den Auswahlvermerk an die zuständige Referatsleitung weiter.

Die Referatsleitung der Außenstelle bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats trifft aufgrund des Auswahlvermerks die Auswahlentscheidung. Sofern die Referatsleitung dem Auswahlvorschlag nicht folgen kann, trifft die für die operative Schulaufsicht zuständige Abteilungsleitung die Entscheidung unter Einbeziehung der Leitung des für Personalmanagement an Schulen zuständigen Referats.

Sofern die Referatsleitung der Außenstelle oder bzw. die Leitung des für die zentral verwalteten und beruflichen Schulen zuständigen Referats den Auswahlvermerk fertigt,

ist für die Auswahlentscheidung die Zustimmung der Leitung des für Personalmanagement an Schulen zuständigen Referats erforderlich.

4.6 Benehmen mit der Schulleiterin/dem Schulleiter

Über das Ergebnis des Auswahlverfahrens stellt die zuständige Schulaufsicht das Benehmen mit der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter her. Das Benehmen (Gelegenheit zur Stellungnahme vor der Entscheidung) gilt zwei Wochen nach der Beteiligung als erteilt.

4.7 Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen an der Auswahlentscheidung

Die zuständige Referatsleitung

- hört zunächst die zuständige Schwerbehindertenvertretung gemäß § 178 Abs. 2 SGB IX an, sofern Bewerbungen von Schwerbehinderten oder ihnen Gleichgestellten eingegangen sind
- beteiligt die zuständige Frauenvertreterin gemäß § 17 Abs. 1 LGG
- führt die Mitbestimmung des zuständigen Personalrats gemäß § 88 Nr. 7 PersVG bzw. § 87 Nr. 2 PersVG herbei

Nach Abschluss der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen wird der Stellenbesetzungsvorgang mit der Dokumentation des Verfahrens an das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat geleitet.

4.8 Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber

Im Nachgang erfolgt die Benachrichtigung der Bewerberinnen und Bewerber durch das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat. Diese Schreiben werden den Bewerberinnen und Bewerbern in einem Personalentwicklungsgespräch im Ergebnis des Auswahlverfahrens von der für das Auswahlverfahren zuständigen Schulaufsicht vorzugsweise übergeben oder in Ausnahmefällen postalisch übersandt.

Um dem Rechtsschutzbedürfnis der unterlegenen Bewerberinnen und Bewerber Rechnung zu tragen, leitet das für Stellenwirtschaft an Schulen zuständige Referat die Unter-

lagen erst zwei Wochen nach Aushändigung der Absagen an die nicht ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber an die Personalakten führende Stelle, die die notwendigen Maßnahmen zur Beauftragung und Ernennung vornimmt.

Die Beauftragung der ausgewählten Bewerberin oder des ausgewählten Bewerbers mit den Aufgaben der ausgeschriebenen Stelle wird von der Referatsleitung der Außenstelle bzw. im Bereich der beruflichen und zentral verwalteten Schulen von der zuständigen Referatsleitung schlussgezeichnet und grundsätzlich persönlich übergeben.

5. Inkrafttreten

Diese Arbeitsanweisung ersetzt die „Arbeitsanweisung zur Regelung des Verfahrens zur Besetzung von Funktionsstellen im Schuldienst“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vom 01.04.2013. Sie tritt am 01.10.2018 in Kraft.

Herausgeber

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Kontakt:

Referat I B
Holger Schmidt

Auflage: 500 Stück

Berlin, September 2018

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie



Vereinbarung
über
die Finanzierung und Leistungs-
sicherstellung
in spezialisierten Besonderen
Gruppen in Kindertageseinrich-
tungen

(Rahmenvereinbarung spezialisierte Be-
sondere Gruppen – RV-sBG)

Geltend ab 01.08.2017
auf Basis der „Lesefassung aufgrund der Änderungen
nach Anlage 4 vom 01.08.2017“

Vereinbarung
über
die Finanzierung und Leistungssicherstellung
in spezialisierten Besonderen Gruppen in Kindertageseinrichtungen
(Rahmenvereinbarung spezialisierte Besondere Gruppen - RV-sBG)

Zwischen

dem Paritätischen, Landesverband Berlin e. V., nachstehend Der Paritätische, LV Berlin genannt,

und

dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie nachstehend „Berlin“ genannt

wird folgende Vereinbarung über
die Finanzierung und Leistungssicherstellung in spezialisierten Besonderen
Gruppen in Kindertageseinrichtungen

(Rahmenvereinbarung spezialisierte Besondere Gruppen - RV-sBG)

geschlossen:

§ 1

Gegenstand und Rechtsgrundlage der Rahmenvereinbarung

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kosten der vorschulischen Tagesbetreuung, die den in der Anlage 1 genannten Trägern durch den Betrieb von spezialisierten Besonderen Gruppen in Kindertageseinrichtungen entstehen. Diese spezialisierten Gruppen unterscheiden sich von Besonderen Gruppen nach § 6 Abs. 3 KitaFöG durch die hochgradig intensiven Förder- und Betreuungsangebote für Kinder mit schweren Behinderungen.
- (2) Rechtsgrundlage dieser Vereinbarung ist § 23 KitaFöG.
- (3) Soweit in dieser Vereinbarung nichts Abweichendes geregelt ist, finden die Regelungen der RV Tag in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Die QVTAG wird unter der notwendigen Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen und Anforderung der betreuten Kinder umgesetzt. Die Vereinbarungspartner werden hierzu ggf. ergänzende Absprachen treffen.

§ 2

Leistungen der Träger

- (1) Die Träger verpflichten sich, in ihren Tageseinrichtungen Kinder mit Behinderungen gemäß den Bestimmungen des SGB VIII und des KitaFöG sowie den dazu erlassenen Rechtsvorschriften zu fördern.
- (2) Aufgrund des besonderen Förderbedarfs wird von den Trägern grundsätzlich eine Ganztagsbetreuung angeboten. Im Ausnahmefall können Träger auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern Kinder auch halbtags betreuen.
- (3) Die Träger stellen zur Betreuung der Kinder in den spezialisierten Besonderen Gruppen qualifiziertes Fachpersonal gemäß § 11 Abs. 2 und 3 VOKitaFöG bereit. Auf Grund der besonderen Erfordernisse der Einrichtung können anteilig auch Fachkräfte mit anderen Qualifikationen wie Musik-, Kunstpädagogen sowie Kinderkrankenschwestern und Gebärdendolmetscher eingesetzt werden, soweit die Zustimmung der für die Aufsicht nach § 45 SGB VIII zuständigen Stelle vorliegt.

§ 3

Finanzierung der Leistungen

- (1) Grundlage für die Finanzierung der Leistungen für Kinder mit Behinderungen in spezialisierten Besonderen Gruppen sind die Gesamtkosten eines Jahres pro Platz. Die Höhe der Kosten je nach Alter und Betreuungsumfang ergibt sich aus den jeweils einschlägigen Kostenblättern, die Teil dieser Vereinbarung sind (Anlage 2).

- (2) Kindbezogene Zuschläge für spezialisierte Besondere Gruppen werden im Kostenblatt gesondert ausgewiesen. Berlin erstattet diese Kosten in voller Höhe gemäß Kostenblatt.
- (3) Die platzbezogenen Kosten je nach Alter und Betreuungsumfang des Kindes enthalten:
 - a) die Personalkosten entsprechend der Personalbemessung nach § 11, Abs. 2 Nr. 1c). KitaFöG mit der Einschränkung, dass nur in Halbtags- und Ganztagsplätze unterschieden wird,
 - b) die Sachkosten analog Kostenblatt der RVTag,
 - c) den Leitungsanteil analog Kostenblatt RVTag

Diese platzbezogenen Kosten, die dem Träger entstehen, werden in einer Höhe von 97,3 v.H. (Kostendeckungsgrad) durch eine Kostenerstattung des Landes Berlin abzüglich der Festsetzung der Kostenbeteiligung nach dem Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz (TKBG) erstattet (Erstattungsquote).

- (4) Die kindbezogenen Kostensätze enthalten, soweit für das Kind zutreffend:
 - a) kindbezogene Zuschläge für spezialisierte Besondere Gruppen nach § 16 Abs. 3 VOKitaFöG,
 - b) zusätzliche Sachkosten für spezialisierte Besondere Gruppen,
 - c) sowie kindbezogene Zuschläge gemäß §§ 17 und 18 VOKitaFöG.
- (5) Die Anpassung der Personal- und Sachkosten erfolgt entsprechend dem in der RVTag vorgesehenen Verfahren.
- (6) Aufgrund des besonderen Förderbedarfs wird, unabhängig von der vertraglich vereinbarten Betreuungszeit, grundsätzlich ein einheitlicher Kostensatz gewährt. Wenn Träger Kinder nach § 2 Abs. 2 Satz 2 dieser Vereinbarung halbtags betreuen, werden 50 v.H. der Personalbemessung nach § 16 Abs. 3 VOKitaFöG festgesetzt.

§ 4

Voraussetzungen der Kostenerstattung

- (1) Als Voraussetzung für die Kostenerstattung der vertraglich belegten Plätze liegt dem Träger der Nachweis des Anspruches des geförderten Kindes auf Eingliederungshilfe gemäß ihrer Zuordnung zum Personenkreis der §§ 53, 54 SGB XII und/oder § 35 a SGB VIII vor. Der Träger verpflichtet sich den hochgradig intensiven Förder- und Betreuungsbedarf, der eine Zuschlagsberechtigung begründet, fortlaufend zu dokumentieren.
- (2) Ergänzend hierzu muss für jedes im Rahmen der Kostenerstattung zu berücksichtigende Kind spätestens bei Abschluss eines Betreuungsvertrages ein Bedarfsbescheid nach § 5 VOKitaFöG (Gutschein) des zuständigen Jugendamtes vorliegen.
- (3) Jede Vertragsänderung oder -beendigung ist neben der Meldung gemäß dem Verfahren nach der RV Tag zugleich der finanzierenden Stelle der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung mitzuteilen.

§ 5

Gutscheinverfahren

- (1) Das Antrags-, Bedarfsfeststellungs-, Nachweis- und Finanzierungsverfahren richtet sich nach den Vorgaben des KitaFöG und der VOKitaFöG in der jeweils aktuellen Fassung.
- (2) Grundlage für die Betreuung Brandenburger Kinder in Berliner Tageseinrichtungen ist der Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vom 15.03.2002 - in Kraft getreten zum 01.09.2002.
- (3) Die Kostenerstattung erfolgt überregional durch die für Jugend und Familie zuständige Senatsverwaltung.

§ 6

Überregionales Verfahren der Kostenerstattung

- (1) Berechnungsgrundlage sind die im IT-Fachverfahren registrierten vertraglichen Belegungen der jeweiligen Einrichtung, welche dem Träger in Listenform zur manuellen Ergänzung der spezifischen Merkmale über die Gruppenzuordnung gem. § 3 Abs. 4 dieser Rahmenvereinbarung übersandt werden.
- (2) Die vom Land Berlin zu erstattenden Kosten werden für alle Kinder in Monatsraten, jeweils in der ersten Woche eines jeden Monats, angewiesen. Eine Anpassung der Zahlungsraten an die aktuellen Berechnungsgrundlagen erfolgt im Wege des Verrechnungsverfahrens grundsätzlich alle 3 Monate (beginnend mit dem 01.10.2008).
Hiervon abweichend ist bei außergewöhnlichen Veränderungen auf Antrag des Trägers auch eine zeitnahe Aktualisierung der Berechnungsgrundlagen möglich.
- (3) Das Land Berlin stellt hierzu dem Zahlungsempfänger eine kind- und einrichtungsbezogene Abrechnungsübersicht analog dem IT-Fachverfahren zur Verfügung.

§ 7

Freihalteregelerung

- (1) Um insbesondere den Übergang von Kindern mit Behinderungen von spezialisierten Besonderen Gruppen in integrative Gruppen zu fördern, wird eine Freihalteregelerung vereinbart. Der Platz wird nach dem Ausscheiden des Kindes (Vertragsbeendigung) für zwei Monate frei gehalten und die Kosten dafür erstattet.
- (2) Veränderungen der Erstattungsbeträge werden im Verrechnungsverfahren ausgeglichen.

§ 8

Laufzeit, ordentliche Kündigung und Nachwirkung

Diese Vereinbarung gilt ab **01.08.2017** bis zum **31.12.2018**. Sie verlängert sich bis zum 31.07.2019, sofern die Vertragsparteien im Oktober 2018 keine anschließende Vereinbarung mit Wirkung zum 01.01.2019 getroffen haben.

§ 9

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

§ 10

Anlagen

Bestandteil dieser Vereinbarung sind folgende Anlagen:

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Träger und Einrichtungen, die spezialisierte Besondere Gruppen in Kindertageseinrichtungen gemäß § 1 Abs. 3 dieser RV vorhalten |
| Anlage 2 | Kostenblatt gemäß § 1 Abs. 3 dieser RV |
| Anlage 3 | Erläuterungen zum Finanzierungsverfahren gem. §§ 4 bis 8 dieser RV |
| Anlage 4 | Vereinbarung zur Anpassung der RV-sBG einschl. der Anlage 2 gemäß § 3 Abs. 5 RV-sBG |

Protokoll-Notizen:

- zu § 2 Abs. 3: Die Zustimmung gemäß § 45 SGB VIII zum Einsatz von Fachkräften mit anderen Qualifikationen kann wie beschrieben nach erfolgter Einzelfallprüfung bei qualitativ gleichrangigen Ausbildungen erteilt werden.
- Zu § 3 Abs. 6: Sollten die Eltern einen Teilzeitplatz wünschen, erfolgt die Finanzierung analog § 3 Abs 6 dieser RV. Die Berechnung des Elternbeitrages auf Grundlage eines Teilzeitplatzes bleibt davon unberührt.
- Zu § 5 Abs. 1: Soweit ein behindertes Kind in einer Sondergruppe betreut werden soll und die Erforderlichkeit vom Träger und von den Eltern formlos, schriftlich schlüssig beschrieben wird, soll die Berechtigung zur besonderen Personalausstattung vom Jugendamt ohne weitere Prüfung erteilt werden.
- zu § 7 Abs. 1: Die Freihalterregelung soll insbesondere auch dann Anwendung finden, wenn ein Kind verstirbt. Sie dient als Unterstützung für alle Beteiligten zur Bearbeitung des Abschieds.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.

Berlin

Mai 2017

Anlage 1 Träger und Einrichtungen, die spezialisierte Besondere Gruppen in Kindertageseinrichtungen gemäß § 1 Abs. 3 dieser RV vorhalten:

	Träger	Adresse der Einrichtung
1.	Spastikerhilfe Berlin eG Lindenstr. 20-25 10969 Berlin	Prettaufer Pfad 23-33 12207 Berlin
2.	Heilpädagogische Kindertages- stätte Rominter Allee - Berlin e.V.	Rominter Allee 2 14052 Berlin
3.	Autismus Deutschland Vereini- gung zur Förderung von Men- schen mit Autismus Landesver- band Berlin e.V. Arno-Holz- Str. 10 12165 Berlin	Frühfördergruppe West Arno-Holz- Str. 10 12165 Berlin Frühfördergruppe Ost Eldenaer Str.28 A 10247 Berlin
4.	Thomas- Haus Berlin e.V.	Peter-Lenné-Str. 42 14195 Berlin

Anlage 2

Kostenblatt RV sBG

Anlage 2, teilanalog RV Tag Kostenblatt Nr. XX, gültig ab 01.12.2017

a) nach Alter und Betreuungsumfang		Personal- stellenanteile	Personal- kosten Euro/Jahr	Leistungs- anteil Euro/Jahr	Sachkosten Euro/Jahr	Gesamtkosten Euro/Jahr	Erstattung Euro/Monat
							97,3%
* III e	- ganztags mit Essen	0,109	5.957,07	690,92	2.741,31	9.389,30	761,31
	- halbtags mit Essen	0,070	3.825,64	690,92	2.741,31	7.257,87	588,49
	ohne Essen	0,070	3.825,64	690,92	2.028,13	6.544,69	530,66
	ohne Essen in reinen Halbtageeinrichtungen	0,070	3.825,64	690,92	1.841,86	6.358,42	515,56
* Werte analog der Altersgruppe "3 Jahre - Schuleintritt" des Kita-BKT-Kostenblatts der RV Tag							
b) kindbezogene Zuschläge							100%
- Integration nach § 16 (3) VOKitaFöG	ganztags	0,360	19.674,73		2.003,36	21.678,09	1.806,51
	halbtags	0,180	9.837,36		2.003,36	11.840,72	986,73
	ohne Essen	0,180	9.837,36		1.308,54	11.145,90	928,83
	in Halbtageeinr.	0,180	9.837,36		1.138,36	10.975,72	914,64
- Quartiersmanagem./MSS nach § 18 VOKitaFöG	ganztags	0,010	546,52			546,52	45,54
	halbtags	0,005	273,26			273,26	22,77
- nichtdt. Herkunftssprache nach § 17 VOKitaFöG	ganztags	0,017	929,08			929,08	77,42
	halbtags	0,009	491,87			491,87	40,99

Basiswerte

gültig ab: 01. Dezember 2017

		alter Wert	Steigerung (Darstellung gerundet)	neuer Wert	Bemerkungen
Personal- kosten	Fachlerzieher/in	53.832,24	1,52%	54.652,02	Steigerung auf Grundlage von § 3 (5) RV-sBG i.V.m. § 8 (1) Nr. 1 RV Tag: Steigerung im TV-L (Berlin) zum 01.12.2017 (Angleichung von 98,5 auf 100%)
	Leistungsanteil	680,56	1,52%	690,92	
Sach- kosten	Ganztagsplatz	2.741,31	0,00%	2.741,31	
	Halbtagsplatz mit Essen	2.741,31	0,00%	2.741,31	
	Halbtagsplatz ohne Essen	2.028,13	0,00%	2.028,13	
	Halbtagsplatz ohne Essen in Halbtageeinrichtungen	1.841,86	0,00%	1.841,86	
	Zuschlag pro Integrationsplatz mit Essen	2.003,36	0,00%	2.003,36	
	Zuschlag pro Integrationsplatz ohne Essen	1.308,54	0,00%	1.308,54	
Zuschlag pro Integrationsplatz in Halbtageeinrichtungen		1.138,36	0,00%	1.138,36	

Kostenblatt RV sBG

Anlage 2, teilanalog RV Tag Kostenblatt Nr. XXI, gültig ab 01.01.2018

a) nach Alter und Betreuungsumfang

* alle		Personal- stellenanteile	Personal- kosten Euro/Jahr	Leistungs- anteil Euro/Jahr	Sachkosten Euro/Jahr	Gesamtkosten		Erstattung Euro/Monat
						Euro/Jahr	Euro/Monat	
	- ganztags mit Essen	0,109	6.144,00	713,95	2.866,04	9.723,99	810,33	788,45
	- halbtags mit Essen	0,070	3.945,69	713,95	2.866,04	7.525,68	627,14	610,21
	ohne Essen	0,070	3.945,69	713,95	2.120,41	6.780,05	565,00	549,75
	ohne Essen in reinen Halbtageseinrichtungen	0,070	3.945,69	713,95	1.925,66	6.585,30	548,78	533,96

* Werte analog der Altersgruppe "3 Jahre - Schuleintritt" des Kita-EKT-Kostenblatts der RV Tag

b) kindbezogene Zuschläge

		Personal- stellenanteile	Personal- kosten Euro/Jahr	Leistungs- anteil Euro/Jahr	Sachkosten Euro/Jahr	Gesamtkosten		Erstattung Euro/Monat
						Euro/Jahr	Euro/Monat	
- Integration nach § 16 (3) VOKitaFöG	ganztags	0,360	20.292,12	2.094,51	2.094,51	22.386,63	1.865,55	1.865,55
	halbtags	0,180	10.146,06	2.094,51	2.094,51	12.240,57	1.020,05	1.020,05
	ohne Essen	0,180	10.146,06	1.368,08	1.368,08	11.514,14	959,51	959,51
	in Halbtageseinr.	0,180	10.146,06	1.190,16	1.190,16	11.336,22	944,69	944,69
- Quartiersmanagem./MSS nach § 18 VOKitaFöG	ganztags	0,010	563,67			563,67	46,97	46,97
	halbtags	0,005	281,84			281,84	23,49	23,49
- nichttdt. Herkunftssprache nach § 17 VOKitaFöG	ganztags	0,017	958,24			958,24	79,85	79,85
	halbtags	0,009	507,30			507,30	42,28	42,28

Basiswerte

gültig ab: 01. Januar 2018

	alter Wert	Steigerung (Darstellung ggf. gerundet)	neuer Wert	Bemerkungen
Personal- Facherzieher/in	54.652,02	3,138%	56.367,00	Steigerung auf Grundlage von § 3 (5) RV-sBG i.V.m. § 8 (1) Nr. 1 RV Tag:
kosten	690,92	3,333%	713,95	Regel-Steigerung TV-L zum 01.01.2018 i.H.v. 2,35% zzgl. Einführung neue Endstufe
Ganztagsplatz	2.741,31	4,55%	2.866,04	
Halbtagsplatz mit Essen	2.741,31	4,55%	2.866,04	
Halbtagsplatz ohne Essen	2.028,13	4,55%	2.120,41	
Sach-	1.841,86	4,55%	1.925,66	Steigerung auf Grundlage von § 3 (5) RV-sBG i.V.m. § 8 (1) Nr. 2 RV Tag i.H.v. 1,55%
kosten	2.003,36	4,55%	2.094,51	zusätzlich Steigerung gem. § 3 (5) RV-sBG i.V.m. § 8 (1) Nr. 3 RV Tag i.H.v. 3,00%
Zuschlag pro Integrationsplatz mit Essen	1.308,54	4,55%	1.368,08	
Zuschlag pro Integrationsplatz ohne Essen	1.138,36	4,55%	1.190,16	

Kostenblatt RV sBG

Anlage 2, teilanalog RV Tag Kostenblatt Nr. XXII, gültig ab 01.08.2018

a) nach Alter und Betreuungsumfang

alle*	- ganztags	mit Essen	0,109	6.144,00	713,95	2.866,04	9.723,99	810,33	788,45
	- halbtags	mit Essen	0,070	3.945,69	713,95	2.866,04	7.525,68	627,14	610,21
		ohne Essen	0,070	3.945,69	713,95	2.120,41	6.780,05	565,00	549,75
		ohne Essen in reinen Halbtageseinrichtungen	0,070	3.945,69	713,95	1.925,66	6.585,30	548,78	533,96

* Werte analog der Altersgruppe "3 Jahre - Schuleintritt" des Kita-EKT-Kostenblatts der RV Tag

b) kindbezogene Zuschläge

100%								
- Integration nach § 16 (3) VOKitaFöG	ganztags halbtags ohne Essen in Halbtageseinr.	0,360 0,180 0,180 0,180	20.292,12 10.146,06 10.146,06 10.146,06		2.094,51 2.094,51 1.368,08 1.190,16	22.386,63 12.240,57 11.514,14 11.336,22	1.865,55 1.020,05 959,51 944,69	1.865,55 1.020,05 959,51 944,69
- Quartiersmanagem./MSS nach § 18 VOKitaFöG	ganztags halbtags	0,010 0,005	563,67 281,84			563,67 281,84	46,97 23,49	46,97 23,49
- nichttdt. Herkunftssprache nach § 17 VOKitaFöG	ganztags halbtags	0,017 0,009	958,24 507,30			958,24 507,30	79,85 42,28	79,85 42,28

Basiswerte

gültig ab: 01. August 2018

	alter Wert	Steigerung (Darstellung ggf. gerundet)	neuer Wert	Bemerkungen
Personal-Facherzieher/in kosten Leitungsanteil	56.367,00 713,95	0,00% 0,00%	56.367,00 713,95	
Ganztagsplatz	2.866,04	0,00%	2.866,04	
Halbtagsplatz mit Essen	2.866,04	0,00%	2.866,04	
Halbtagsplatz ohne Essen	2.120,41	0,00%	2.120,41	
Halbtagsplatz ohne Essen in Halbtageseinrichtungen	1.925,66	0,00%	1.925,66	
Zuschlag pro Integrationsplatz mit Essen	2.094,51	0,00%	2.094,51	
Zuschlag pro Integrationsplatz ohne Essen	1.368,08	0,00%	1.368,08	
Zuschlag pro Integrationsplatz in Halbtageseinrichtungen	1.190,16	0,00%	1.190,16	

Kostenblatt RV sBG

Anlage 2, teillanalog RV Tag Kostenblatt Nr. XXIII, gültig ab 01.10.2018

a) nach Alter und Betreuungsumfang

	Personal- stellenanteile	Personal- kosten	Leistungs- anteil	Sachkosten	Gesamtkosten		Erstattung
					Euro/Jahr	Euro/Monat	
alle							97,3%
- ganztags mit Essen	0,109	6.190,94	720,74	2.866,04	9.777,72	814,81	792,81
- halbtags mit Essen	0,070	3.975,83	720,74	2.866,04	7.562,61	630,22	613,20
ohne Essen	0,070	3.975,83	720,74	2.120,41	6.816,98	568,08	552,74
ohne Essen in reinen Halbtageeinrichtungen	0,070	3.975,83	720,74	1.925,66	6.622,23	551,85	536,95

* Werte analog der Altersgruppe "3 Jahre - Schuleintritt" des Kita-EKT-Kostenblatts der RV Tag

b) kindbezogene Zuschläge

- Integration nach § 16 (3) VOKitaFoG	0,360	20.447,15		2.094,51	22.541,66	1.878,47	1.878,47
ganztags	0,180	10.223,58		2.094,51	12.318,09	1.026,51	1.026,51
halbtags	0,180	10.223,58		1.368,08	11.591,66	965,97	965,97
ohne Essen	0,180	10.223,58		1.190,16	11.413,74	951,15	951,15
in Halbtageeinr.	0,010	567,98			567,98	47,33	47,33
- Quartiersanagem./MSS nach § 18 VOKitaFoG	0,005	283,99			283,99	23,67	23,67
ganztags	0,017	965,56			965,56	80,46	80,46
halbtags	0,009	511,18			511,18	42,60	42,60
- nichtdt. Herkunftssprache nach § 17 VOKitaFoG							
ganztags							
halbtags							

Basiswerte

gültig ab: 01. Oktober 2018

	alter Wert	Steigerung (Darstellung ggf. gerundet)	neuer Wert	Bemerkungen
Personal - Fachlehrer/in	56.367,00	0,764%	56.797,64	Steigerung auf Grundlage von § 3 (5) RV-sBG i.V.m. § 8 (1) Nr. 1 RV Tag
kosten	713,95	0,951%	720,74	2. Teil der Einführung einer neuen Endstufe im TV-L (Berlin)
Leistungsanteil				
Ganztagsplatz	2.866,04	0,00%	2.866,04	
Halbtagsplatz mit Essen	2.866,04	0,00%	2.866,04	
Halbtagsplatz ohne Essen	2.120,41	0,00%	2.120,41	
Halbtagsplatz ohne Essen in Halbtageeinrichtungen	1.925,66	0,00%	1.925,66	
Zuschlag pro Integrationsplatz mit Essen	2.094,51	0,00%	2.094,51	
Zuschlag pro Integrationsplatz ohne Essen	1.368,08	0,00%	1.368,08	
Zuschlag pro Integrationsplatz in Halbtageeinrichtungen	1.190,16	0,00%	1.190,16	

Anlage 3

Zusammenarbeit des Trägers mit dem zuständigen Jugendamt zur Erfassung / Aktualisierung der finanzierungsrelevanten Grunddaten im Fachverfahren ISBJ-KiTa:

Aufgaben des Jugendamtes:

für Berliner Kinder ⇒ das für den Wohnsitz des Kindes zuständige Jugendamt

- Erteilung eines „Basisgutscheines“ auf Antrag der Eltern;
- jährliche Überprüfung und Festsetzung der gesetzlichen Kostenbeteiligung (TKBG-Beiträge) gem. § 26 KitaFöG und Versand der Mitteilung über die TKBG-Beitragshöhe aus dem Fachverfahren ISBJ-KiTa an die Kostenpflichtigen und den Träger.
- Registrierung des Betreuungsvertrages im Fachverfahren zu der betreuenden Einrichtung durch das Jugendamt oder ggf. Freigabe der vom Träger online über das Trägerportal erfolgten Meldung unter Beachtung der Ausschlussfrist nach § 6 (3) der RV-Tag

für Brandenburger Kinder ⇒ das örtlich für den Standort der betreuenden Einrichtung zuständige Jugendamt

- Erteilung eines „Brandenburg-Gutscheines“ nach Vorlage eines Leistungsbescheides und einer Kostenübernahmeerklärung des zuständigen Brandenburger Jugendamtes bzw. der zuständigen Brandenburger Wohnortgemeinde sowie des zuständigen Sozialleistungsträgers (Anerkennung des besonderen Förderbedarfes) durch die Eltern.
- Die Festsetzung der gesetzlichen Kostenbeteiligung (Elternbeiträge) erfolgt ebenfalls durch das zuständige Brandenburger Jugendamt bzw. die zuständige Brandenburger Wohnortgemeinde und ist auch von den Kostenpflichtigen dorthin zu entrichten. Somit beträgt die Kostenerstattung für diese Kinder 97,3 v.H.
- Registrierung des Betreuungsvertrages im Fachverfahren zu der betreuenden Einrichtung durch das Jugendamt oder ggf. Freigabe der vom Träger online über das Trägerportal erfolgten Meldung unter Beachtung der Ausschlussfrist nach § 6 (3) der RV-Tag.

Allgemein:

- Versand der Bestätigung an den Träger über die erfolgte Vertragsregistrierung (stellt gleichzeitig die Finanzierungsbestätigung für das Auszahlungsverfahren durch die finanzierende Stelle der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung dar). Die Finanzierungsbeträge werden mit „0 €“ ausgewiesen, da die Zahlungen nicht unmittelbar aus dem Fachverfahren ISBJ-KiTa erfolgen.
- Änderungen der Vertragsdaten im Fachverfahren ISBJ-KiTa (Einrichtungswechsel, Laufzeit, Stammdaten des Kindes etc.) infolge der Trägermeldungen.

Aufgaben des Trägers

- Abschluss eines Betreuungsvertrages nur nach Vorlage des von den Eltern vorzulegenden entsprechenden Betreuungsgutscheines.
In den Betreuungsvertrag für ein „Brandenburger Kind“ ist aufzunehmen, dass mit einer Beendigung der Kostenübernahme die Betreuungsverpflichtung des Trägers endet.
- Rückmeldung über die Inanspruchnahme eines Platzes nach § 23 Abs. 5 KitaFöG per Vordruck analog der Anlage 6 der RV-Tag oder online über das Trägerportal unter Beachtung der Ausschlussfrist nach § 6 Abs. 3 der RV-Tag

Zusammenarbeit des Trägers mit der finanzierenden Stelle der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung

Aufgaben des Trägers

- Übersendung einer Kopie der jeweiligen Meldung über die Inanspruchnahme eines Platzes nach § 23 Abs. 5 KitaFöG unter Beachtung der Ausschlussfrist nach § 6 Abs. 3 der RV-Tag, welche zusätzlich mit dem Merkmal über die Gruppenzuordnung zur Gewährung des kindbezogenen Zuschlages nach § 3 Abs. 4 dieser RV zu ergänzen ist.
- Einziehung der TKBG-Beiträge direkt von den Eltern in Eigenverantwortung verbunden mit dem Risiko eines möglichen Einnahmefalles.

Aufgaben der finanzierenden Stelle

- Erstellung einer standardisierten Berichtsabfrage aus dem Fachverfahren mit den kind- und einrichtungsbezogenen aktuellen Daten als Finanzierungsgrundlage unter Beachtung der Ausschlussfrist nach § 6 Abs. 3 der RV-Tag:
Anzahl der registrierten Verträge, Laufzeit der Verträge, Höhe der festgesetzten TKBG-Beiträge etc.
- Abgleich der aktuellen Datenbasis in Listenform mit dem Träger unter Berücksichtigung des Merkmals über die Gruppenzuordnung zur Gewährung des kindbezogenen Zuschlages nach § 3 Abs. 4 dieser RV.
- Manuelle Berechnung des Finanzierungsbetrages pro Kind / Einrichtung gesamt / Träger gesamt auf der Grundlage der jeweils geltenden Basisentgelte;
- analoge Fertigung der bereits im Fachverfahren ISBJ-KiTa geltenden Abrechnungsvordrucke.
- Auszahlung des Erstattungsbetrages über ProFiskal.
- Anpassung der Berechnungsgrundlagen und Zahlungsraten im Wege des Verrechnungsverfahrens jeweils zu Beginn eines Quartals.

Freihalteregelung zur Erprobung der Integration

verbunden mit dem kindbezogenen Wechsel der Finanzierungszuständigkeiten

Der Wechsel von einer spezialisierten Besonderen Gruppe in eine Integrationsgruppe ist sowohl innerhalb einer Tageseinrichtung eines Trägers als auch in die Tageseinrichtung eines anderen Trägers möglich.

- Meldung des Trägers an das zuständige Jugendamt über die „probeweise“ Neuaufnahme durch den Wechsel des Kindes von einer spezialisierten Besonderen Gruppe in eine integrative Gruppe / Tageseinrichtung.
- Vom Jugendamt bzw. vom jeweiligen Träger wird im Fachverfahren ISBJ-KiTa die bisherige Vertragsregistrierung beendet und der Folgevertrag zu der entsprechenden integrativen Gruppe der gleichen Tageseinrichtung oder einer anderen Tageseinrichtung neu registriert.
- Bei einem Wechsel von der spezialisierten Besonderen Gruppe in eine integrative Gruppe erhält das Kind automatisch den Status wesentlich erhöhter Bedarf gemäß § 16 Abs. 2 VO KitaFöG.
- Die Finanzierung erfolgt nach dem Wechsel in die Integration an den betreuenden Träger vom erstattungspflichtigen Jugendamt unmittelbar aus dem Fachverfahren ISBJ-KiTa.
- Die Kostenerstattung für den sog. „Freihalteplatz“ erfolgt für maximal 2 Monate nach dem formalen Ausscheiden des Kindes weiterhin von der finanzierenden Stelle der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung außerhalb des Fachverfahrens.

Im Falle eines Wechsels zurück aus einer Integrationsgruppe in die spezialisierte Besondere Gruppe:

- Kehrt das Kind wieder in die ursprüngliche Tageseinrichtung oder spezialisierte Besondere Gruppe zurück, erfolgt die Trägermeldung ans zuständige Jugendamt über die Beendigung der Vertragsregistrierung in der Integrationseinrichtung.
- Die Vertragsregistrierung in der integrativen Gruppe wird zu diesem Zeitpunkt im Fachverfahren beendet und die Zahlung aus dem Fachverfahren ISBJ-KiTa wieder eingestellt.
- Der Folgevertrag dieses Kindes wird wieder zur ursprünglichen Tageseinrichtung bzw. spezialisierten Besonderen Gruppe des entsprechenden Trägers registriert. Die Erstattungspflicht geht wieder auf die finanzierende Stelle der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung über und die Zahlung wird wieder direkt an den Träger der spezialisierten Besonderen Gruppe aufgenommen.
- Veränderungen der Erstattungsbeträge werden im Verrechnungsverfahren ausgeglichen.

Anlage 4 Vereinbarung zur Anpassung der Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung in spezialisierten Besonderen Gruppen in Kindertageseinrichtungen (RV-sBG) gemäß § 3 Abs. 5 RV-sBG

Die Basiswerte (Personal- und Sachkosten) des Kostenblatts RV-sBG in Anlage 2 werden entsprechend den Änderungen der RVTag angepasst.